G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Gunnar Matthiessen
Abrüstung – von der Utopie zum Sachzwang?

Bernd Moldenhauer
Politische und ökonomische Entstehungsbedingungen der zivilen Atomindustrie

Wilfried v. Bredow
Zum Ausbau des Instrumentariums der „Inneren Sicherheit" in der BRD

Wolfgang Hecker
Zum Orientierungsrahmen '85 der SPD

Léon Bieber
Zur Entwicklung in Argentinien seit 1973
Die Rolle des Peronismus

Gert Meyer
Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland (1917–1930)

Politischer Aktionsplan der Bewegung der Streitkräfte Portugals vom 21. Juni 1975

7'75

Juli 1975 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Juni 1975

CHRONIK DES MONATS MAI 1975 597

KOMMENTARE UND BERICHTE

Politisch-institutionelle Konsequenzen der KSZE
Ein Diskussionsbeitrag . . . . . *Helmut Ridder* 600
Zur Lage in Angola und Moçambique . . . . . *Jürgen Ostrowsky* 603
Die Peinlichkeit der Befreiung. Zum 8. Mai 1975 . . . . . *Dorothee Sölle* 608

HAUPTAUFSÄTZE

NATO-Gipfel und NATO-Krise. Zur gegenwärtigen Situation
und Politik des Nordatlantikpaktes . . . . . *Lorenz Knorr* 612
Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht *Jürgen Kuczynski* 625
Ökonomische Stabilisierung durch Monetarismus?
Ideologie und Technik eines Konzeptes . . . . . *Herbert Schui* 632
Kriegsdienstverweigerung ohne Prüfungsverfahren?
Kritische Anmerkungen zu den Suspendierungsplänen der
SPD/FDP-Koalition und ihrem Verhältnis zur
Wehrstrukturreform . . . . *Klaus Mannhardt und Winfried Schwamborn* 649
Zur Kritik der sozialdemokratischen
Hausgeschichtsschreibung (II) . . . . *Georg Fülberth und Jürgen Harrer* 660
Lebensweg und Karriere des Franz Josef Strauß (IV)
Das Scheitern des Interimskanzlers Erhard . . . . . *Dieter Halfmann* 678

MEDIENKRITIK

Genres und Gebrauchswert
(6: Der Realismus des Fernsehkrimis) . . . . . *Günter Giesenfeld* 689

BÜCHER

Sozialdemokratie und Europa . . . . . *Wolfram Elsner* 690
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 696

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten . . . . . *Jürgen Goldberg* 698

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Kommuniqué der Tagung des Nordatlantikrates
am 29. und 30. Mai in Brüssel (Wortlaut) 701
Neun-Punkte-Programm des ZK der KPdSU, des Präsidiums des
Obersten Sowjets und der Regierung der Sowjetunion für Frieden,
Abrüstung und Zusammenarbeit vom 9. Mai 1975 702
Plattform des konstitutionellen Einverständnisses zwischen der Bewegung
der Streitkräfte (MFA) und den politischen Parteien in Portugal (Wortlaut) 704
Resolution des Bezirksvorstandes der SPD Hessen-Süd
vom 24. Mai 1975 zur Praxis der Berufsverbote (Wortlaut) 709
Aufruf hessischer Persönlichkeiten vom Mai 1975 zur
Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte (Wortlaut) 710

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Zwanzigster Jahrgang · Heft 7/1975

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KUHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN

Mitbegründet von

HILDE BENTELE †
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER †
HANS RHEINFELDER †
ROBERT SCHOLL †
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Juni 1975

1.—2. 6. — N a h e r O s t e n. Der amerikanische Präsident Ford und der ägyptische Präsident Sadat treffen in Salzburg zu einem Meinungsaustausch über die Lage im Nahen Osten zusammen. Der österreichische Bundeskanzler Kreisky hält sich ebenfalls in Salzburg auf. — Am 2. 6. kündigt der israelische Ministerpräsident Rabin eine Reduzierung der in der „verdünnten Zone" im Gebiet des Suez-Kanals stationierten israelischen Truppen an. Die Aktion solle bis zum 4. 6. abgeschlossen werden. — Am 5. 6. wird in Anwesenheit von Präsident Sadat der seit Juni 1967 geschlossene Suez-Kanal für die internationale Schiffahrt wieder geöffnet. — Am 11. 6. beginnt Ministerpräsident Rabin in Washington eine Serie von Gesprächen mit Außenminister Kissinger und Präsident Ford.

2. 6. — P o r t u g a l. Im Palacio Sao Pento in Lissabon konstituiert sich die am 25. 4. gewählte Verfassunggebende Versammlung, der 250 Abgeordnete angehören. Präsident wird Henrique de Barros (Sozialist).

5. 6. — G r o ß b r i t a n n i e n. Die auf Initiative der Labour-Regierung abgehaltene Volksabstimmung ergibt (bei einer Wahlbeteiligung von 64,5 Prozent) eine Mehrheit für die weitere Mitgliedschaft Großbritanniens in den Europäischen Gemeinschaften. Das amtliche Endergebnis lautet: Ja-Stimmen 17 378 581 (67,2 %); Nein-Stimmen 8 470 073 (32,8 %).

— *D D R. Die 14. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands faßt den Beschluß, den 9. Parteitag der SED vom 18. bis 22. Mai 1976 nach Berlin einzuberufen.*

5.—9. 6. — Z y p e r n. Unter dem Vorsitz von UN-Generalsekretär Waldheim findet in Wien eine weitere Verhandlungsrunde zwischen den Vertretern der beiden Volksgruppen statt. Gesprächspartner sind wiederum Vizepräsident Denktasch (türkische Volksgruppe) und Parlamentspräsident Klerides (griechische Volksgruppe). Zur Diskussion stehen die Vollmachten und Aufgaben der Zentralregierung eines künftigen Bundesstaates Zypern. — Am 13. 6. verlängert der UN-Sicherheitsrat das Mandat der Friedenstruppe der Vereinten Nationen auf Zypern (UNFICYP) um weitere sechs Monate bis zum 15. Dezember 1975. Die Entscheidung fällt ohne Gegenstimmen in Abwesenheit des Vertreters der Volksrepublik China.

6. 6. — U N O. Mit einem Veto verhindern die Vertreter Frankreichs, Großbritanniens und der USA im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Verhängung eines obligatorischen Waffenembargos gegen Südafrika. Ein entsprechender Beschlußentwurf war dem Rat von Guyana, dem Irak, Kamerun, Mauretanien und Tansania vorgelegt worden.

7. 6. — C D U / C S U. Der Parteiausschuß der Christlich-Sozialen Union billigt einstimmig ein „Positionspapier" und faßt (bei vier Gegenstimmen und zwei Enthaltungen) einen Beschluß: „Der Parteiausschuß stellt fest, daß der Parteivorsitzende, Franz Josef Strauß, die am besten geeignete Persönlichkeit . . . zur Bestimmung und Gestaltung der Bundesrepublik ist." Der Pressesprecher der CSU erklärt am 9. 6., das „Positionspapier" solle „der Vorbereitung der Gespräche mit der CDU über die mit den Bundestagswahlen zusammenhängenden Fragen" dienen und „im wesentlichen Bereich die Positionen der CSU abstecken oder verdeutlichen". — Am 10. 6. konferieren die Parteipräsidien beider Parteien in Bonn über die Nominierung eines gemeinsamen Kanzlerkandidaten. Nach einer zweiten, ebenfalls vertraulichen Zusammenkunft am 19. 6. wird ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem es u. a. heißt: „Die CDU hat Helmut Kohl als Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers vorgeschlagen. Die CSU hat davon Kenntnis genommen, daß die CDU als größere Partei den Anspruch erhebt, den Kanzlerkandidaten zu stellen. Die CSU hält an ihrer Bewertung fest, daß ihr Vorsitzender der geeignete Kandidat ist. Die CSU wird im Interesse der gemeinsamen Sache ebenso wie die CDU Helmut Kohl als Kanzlerkandidaten unterstützen." — Vom 23.—25. 6. wird in Mannheim der 23. Bundesparteitag der CDU abgehalten. Die Delegierten bestätigen Ministerpräsident Kohl mit 696 von 707 abgegebenen Stimmen (5 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen) in seinem Amt als Parteivorsitzenden. Der Parteitag verabschiedet eine „Mannheimer Erklärung".

9. 6. — D D R / V a t i k a n. Der im vatikanischen Staatssekretariat für auswärtige Angelegenheiten zuständige Erzbischof Casaroli trifft zu einem sechstägigen Besuch in der DDR ein. Der Erzbischof, der zunächst Gast der Regierung und später Gast der katholischen Kirche ist, führt Gespräche u. a. mit Außenminister Fischer, Ministerpräsident Sindermann sowie mit Kardinal Bengsch.

12. 6. — G r i e c h e n l a n d. Die Regierung stellt den Antrag auf Vollmitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften. Eine entsprechende Erklärung gibt Ministerpräsident Karamanlis vor den Botschaftern der EG-Mitgliedstaaten in Athen ab. — Am 19. 6. wählt das Parlament Professor Konstantin Tsatsos zum Staatspräsidenten. Tsatsos erhält 210 von 295 abgegebenen Stimmen.

13. 6. — U d S S R. Auf einer Kundgebung anläßlich der Wahlen zum Obersten Sowjet am 16. 6. erklärt Generalsekretär Breschnew im Kongreßpalast des Kreml, die Sowjetunion sei „entschieden und konsequent für die Gesundung des internationalen Klimas" und trete „für die weitere Verbesserung der Beziehungen zu Frankreich, den USA, der BRD, Großbritannien, Italien, Japan, zu allen Ländern, die uns ebenso entgegenkommen", ein. Breschnew äußert sich auch zu Problemen der Abrüstung: „Es geht darum, daß die Staaten, vor allem aber die Großmächte, ein Abkommen abschließen, das verbietet, neue Arten von Massenvernichtungsmitteln sowie neue Systeme solcher Waffen zu entwickeln. Der Stand der heutigen Wissenschaft und Technik ist so hoch, daß die ernste Gefahr besteht, daß eine noch schrecklichere Waffe als die Kernwaffe entwickelt wird."

15. 6. — Italien. Die Neuwahl von 15 der 20 Regionalparlamente (gleichzeitig werden 6345 Gemeindeparlamente neugewählt) führt zu einer Verschiebung im Kräfteverhältnis der politischen Parteien. Die Christdemokraten bleiben knapp stärkste Partei, Stimmengewinne verzeichnen vor allem die Kommunisten und die Sozialisten. Es entfallen auf: Christdemokraten (DC) 35,3 (1970: 37,8) Prozent, Kommunisten (PCI) 33,4 (27,9), Sozialisten (PSI) 12,0 (10,4), Sozialbewegung (MSI) 6,4 (5,2), Sozialdemokraten (PSDI) 5,6 (7,0), Republikaner (PRI) 3,2 (2,9), Liberale (PLI) 2,5 (4,8). Die Wahlbeteiligung liegt über 90 Prozent.

24.—26. 6. — RGW. In Budapest findet die 29. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe statt. Der Rat tagt auf der Ebene der Regierungschefs und befaßt sich mit der weiteren Integration und der Koordinierung der Wirtschaftspläne der Mitgliedstaaten für die Jahre 1976 bis 1980 sowie mit Energieproblemen. Den Vorsitz führt der ungarische Ministerpräsident Lazar.

25. 6. — Moçambique. Nach knapp 500 Jahren portugiesischer Kolonialherrschaft wird in der Hauptstadt Lourenco Marques die Unabhängigkeit ausgerufen. Erster Präsident der Volksrepublik Moçambique wird der Vorsitzende der Befreiungsfront (Frelimo), Samora Machel.

26. 6. — Indien. Auf Antrag der Regierung verhängt Staatspräsident Ahmed den (zunächst auf zwei Monate befristeten) Ausnahmezustand über das ganze Land. Es werden mehrere hundert Personen in Haft genommen, ein Demonstrations- und Versammlungsverbot angeordnet und die Pressezensur eingeführt. Ministerpräsidentin Indira Gandhi beschuldigt in einer Rundfunkansprache Teile der Opposition der Verschwörung und begründet die getroffenen Maßnahmen mit der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit, die durch die anhaltende Agitation gegen ihre weitere Amtsführung entstanden sei. Verschiedene Oppositionspolitiker hatten zu einer „Woche des Ungehorsams" und der „Nichtzusammenarbeit" mit der Regierung aufgerufen und als Anlaß dazu das Urteil eines Gerichts in Allahabad vom 12. 6. benutzt, in dem Frau Gandhi unzulässige Wahlkampfpraktiken angelastet und das Abgeordnetenmandat sowie das passive Wahlrecht für sechs Jahre aberkannt worden waren. Das Oberste Gericht in Neu Delhi hatte am 24. 6. in einer ersten Revision die Ministerpräsidentin ermächtigt, bis zu einer endgültigen Entscheidung in dem eingeleiteten Berufungsverfahren im Amt zu bleiben.

27. 6. — BRD / Brasilien. Bundesaußenminister Genscher und der brasilianische Außenminister Azeredo da Silveira unterzeichnen in Bonn ein umfassendes Rahmenabkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Kernenergie. Der Vertrag bezieht sich u. a. auf die Prospektion, die Gewinnung und Aufbereitung von Uranerzen und Uranverbindungen, auf die Herstellung von Kernreaktoren und anderen Kernenergieanlagen, auf Urananreicherung, auf die Herstellung von Brennelementen und die Wiederaufbereitung bestrahlter Brennstoffe sowie den Austausch der dazugehörigen technologischen Informationen. Außenminister Genscher erklärt, die Bundesregierung werde Verhandlungen mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) aufnehmen, um das Abkommen dem Kontrollsystem der Organisation zu unterstellen. Der brasilianische Außenminister bekräftigt noch einmal die ablehnende Haltung seiner Regierung gegenüber dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen; Brasilien hat diesen Vertrag bisher nicht unterzeichnet.

30. 6. — Libanon. Nach einer mehrwöchigen Regierungskrise gelingt es dem designierten Ministerpräsidenten Raschid Karame, ein neues Kabinett zu bilden. Ministerposten erhalten u. a. der frühere Staatspräsident Camille Schamun und vier weitere Politiker, die nicht dem Parlament angehören. Karame fordert die sich bekämpfenden Gruppen zu einem sofortigen Waffenstillstand auf, um das Land vor einem Bürgerkrieg zu bewahren.

— KSZE. Der Koordinierungsausschuß der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der in Genf tagt, kann sich noch nicht auf einen Termin für das abschließende „Gipfeltreffen" in Helsinki einigen. Der sowjetische Parteisekretär Breschnew hatte in einer Botschaft an die 35 Teilnehmerstaaten vorgeschlagen, dieses Treffen am 22. Juli 1975 zu eröffnen.

Kommentare und Berichte

Zum Mannheimer Parteitag der CDU

Der Mannheimer Parteitag der CDU unterscheidet sich von seinen Vorgängern in wichtigen Punkten; früher waren es Adenauer-, Erhard-, Kiesinger- oder auch noch Barzel-Tage für die CDU und die daran interessierte bundesdeutsche Öffentlichkeit — jetzt war es trotz der demonstrativen Personalorientierung auf Helmut Kohl eine Tagung der Partei, der Delegierten, die diesmal ihre Individual- und Gruppeninteressen nicht zurückzustellen oder auszuklammern und unterzuordnen bereit waren. Das Paradoxe und natürlich von der CDU aus uneingestanden Besondere dieser Entwicklung ist darin zu sehen, daß sie ein Ergebnis der von der CDU so lange und noch immer bekämpften Koexistenz- und Entspannungspolitik ist. Erst die von den bisherigen Randgruppen der CDU lange vergeblich geforderte und jetzt stärker zur Geltung gekommene Gleichrangigkeit der Innen- und Gesellschaftspolitik mit der früher überbetonten Außen- und Militär- oder NATO-Politik versetzt die CDU in die Lage, sich aus einem Wahl- und Honoratiorenverein großwirtschaftlicher und konservativer Interessentengruppen in eine Mitgliederpartei zu verwandeln, die die Traditionen feudaler Führungshierarchien und aristokratischer Willensbildung oder besser: Entscheidungsvermittlung hinter das Schauspiel demokratischer Basis-Bezogenheit der Präsidiums-Entscheidungen und besserer Mitbestimmungsmöglichkeiten der einfachen Mitglieder und lokalen Parteiorganisationen zurücktreten zu lassen.

Sechs Jahre Opposition im Bundestag und zwei Wahlniederlagen — 1969 und 1972 — haben die CDU auf den für sie harten Weg der inneren Erneuerung, ja: der eigentlichen Partei-Werdung gezwungen. Bedenkt man, wie zu Adenauers Zeiten die CDU nicht von ihrem Bonner Büro aus, sondern quasi nebenbei vom Bundeskanzleramt dirigiert und auch repräsentiert wurde — nach dem Sonnenkönigs-Motto des Alten von Rhöndorf: „Die CDU bin ich" —, so läßt sich ermessen, welche Ironie nicht zuletzt für die CDU selbst darin enthalten ist, daß sie Adenauers hundertsten Geburtstag im Januar 1976 als bundespolitisch tonangebenden und für ihre Erfolgs-Chancen verheißungsvollen Auftakt des Bundestags-Wahljahres zu feiern gedenkt; denn: nur ihre Emanzipation vom Weg und vom Stil Adenauers könnte ihr wieder die reale Ausgangsposition für eine Rückkehr in die so stark begehrte Bonner Regierungsverantwortung verschaffen.

Der fast einstimmig zum CDU-Vorsitzenden wiedergewählte Helmut Kohl und sein in die Rolle eines Partei-Kanzlers emporgewachsener Generalsekretär Kurt Biedenkopf wissen das genau; aber sie sind objektiv gezwungen, den Übergang der CDU vom Adenauer-Verein zur schlagkräftigen Partei bei aller Klarheit der Zielvorstellung behutsam und traditionsbedacht zu vollziehen.

Noch sind die alten, einst allein tonangebenden Gruppen und Kräfte der CDU stark vertreten und wirksam; sie fühlen sich im Grunde noch immer als Herren der Partei. Nur die notwendige Rücksichtnahme auf alle erschließbaren Wählerreservoire läßt sie scheinbar tolerant abwarten, was die Zukunft bringt. Auch hier sind Ironie und Widerspruch in der Parteientwicklung kräftig am Werke: Gerade die Übernahme der taktischen Position des CSU-Vorsitzenden Strauß, auf das Werben und Koalitionsbemühen um die FDP von vornherein zu verzichten, zwingt die CDU, aus der Optik ihrer besonders von der CSU betriebenen Rechts- oder gar Rechtsaußen-Orientie-

rung und damit Teil-Isolierung herauszukommen und zur Öffnung für politische Positionen der Mitte oder gar der linken Mitte glaubhaft bereit zu werden. Insofern darf die verbale Anpassung Helmut Kohls an die Argumentations- und Ausdrucksweise seines Konkurrenten Franz Josef Strauß nicht überbewertet werden: hart in den Worten — elastisch in den Positionen sein ist jetzt CDU-Devise nach dem endgültigen Beginn der Ära Kohl-Biedenkopf.

Längst haben nämlich die für die CDU mitdenkenden Manager in Industrie und Bankwelt der Bundesrepublik erkannt, daß neben der Strukturreform der CDU auch die Überholung, Erneuerung und Umgestaltung ihrer politischen Konzeptionen fällig ist. Gerade um der Aufrechterhaltung der traditionellen Herrschaftspositionen der maßgeblichen großbürgerlichen Interessentengruppen willen ist es erforderlich, die CDU von ihrem unzeitgemäßen Beharren auf alten Führungsmodellen und Orientierungsmustern abzubringen. Der ehemalige Industrie-Manager Biedenkopf ist zum General-Überholer der CDU ausersehen worden und jetzt offenbar unsentimental und konsequent dabei, die Partei nicht nur als angemessen funktionierendes Instrument, sondern auch und vor allem als mittel- und langfristig programmierenden Wegweiser der bundesdeutschen Politik auf den modernsten Stand zu bringen. Zum technokratischen Geschick kam nun in Mannheim noch das Glück der Stunde hinzu: Sowohl die Herausforderung der CDU durch das ins Stadium der totalen Unverschämtheit geratene Machtstreben des CSU-Chefs Strauß als auch die Telefon-Abhör-Affäre zwangen die Delegierten des Parteitages dazu, sogar größere Vorbehalte gegen Kohl/Biedenkopf zurückzustellen und sich nahezu uneingeschränkt mit ihnen zu solidarisieren. Dadurch konnte der größer gewordene konzeptionelle Spielraum der Diskussion und Willensbildung des Parteitages optisch relativiert und der tatsächlich anstehende prinzipielle Anpassungsprozeß weniger auffällig vorbereitet werden.

Die Fortschritte der Koexistenz- und Entspannungspolitik in Europa und der Sieg der Volks- und Befreiungskräfte in Kambodscha, Süd-Vietnam, Moçambique, Angola wie in Portugal selbst haben ebenso wie die stärker gewordene Rolle der arabischen Staaten auch im politischen Weltbild der CDU unvermeidliche Spuren hinterlassen und den Anstoß zur Herausbildung einer neokonservativen Theorie und Strategie verstärkt. Die jetzt vom 23. Parteitag der CDU als Ausgangsposition verabschiedete „Mannheimer Erklärung" hat zwar noch im Stile traditioneller Partei-Papiere einen pragmatischen, von der Jungen Union als zu „funktionalistisch-etatistisch-technokratisch" kritisierten Charakter, soll aber im Unterschied zu den oft schnell vergessenen Dokumenten früherer Zeiten (man denke an das Ahlener Programm vom 3. 2. 1947 nach Maßgabe zahlreicher modifizierender Parteitagsbeschlüsse und einiger stark unterstützter Diskussionsbeiträge weiterbearbeitet, ergänzt und „fortgeschrieben" werden, so daß der Übergang der innerparteilichen Meinungsbildung zu den tieferliegenden Grundsatzfragen, deren Beantwortung einem speziellen Programm-Kongreß im Frühjahr 1976 vorbehalten sein soll, schon jetzt deutlich genug offengehalten ist.

In der Außenpolitik, speziell in der sogenannten Deutschland-Politik, gibt es verbal noch nicht einmal neue Nuancen oder gar Akzente, und das Karlsruher Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 31. Juli 1973 zum Grundlagenvertrag BRD—DDR, in dem die DDR faktisch zum Bundesland degradiert wird, hat sogar bei der sonst nur von distanziert-kühlem Applaus aufgenommenen Grußrede von Strauß noch einmal lebhaft zustimmende Resonanz gefunden — aber strategisch-prozedural ließen sich Kohl und Biedenkopf die Hände nicht

binden. So wurde ein detailliertes Antragspapier des rechten Parteitagsflügels um Olaf v. Wrangel zur Ostpolitik nur an den Parteivorstand überwiesen und nicht beschlußmäßig verabschiedet. Leisler Kiep betonte die unerläßliche Vertragstreue der Bundesrepublik auch unter einer CDU-Regierung; die Junge Union, die Sozialausschüsse und die erstmals durch einige Reformanstöße im Rahmen des UNO-Frauenjahres vergleichsweise beachtlich hervorgetretene Frauenvereinigung der CDU, die ihre Stellungnahmen diesmal fast immer gemeinsam vorbrachten, legten auf die Gleichrangigkeit von Außenpolitik und Gesellschaftspolitik so prinzipiellen Wert, daß nach der Annahme ihrer Einzelanträge auch dieser neue Trend der Parteientwicklung stärker zur Geltung kommen kann. Prompt meldeten sich die Traditionalisten um Gerhard Schröder und Philipp v. Bismarck mit ihren Uralt-Bedenken gegen die „gefährliche Vernachlässigung der Außenpolitik".

Wenn so die konzeptionellen Gegensätze in der CDU auch nur abgeschwächt zum Ausdruck kommen konnten, so sollten sie der interessierten bundesdeutschen und internationalen Öffentlichkeit doch nicht verborgen bleiben: das internationale Kräfteverhältnis, das wenn auch unter Widerständen und Schwierigkeiten eine Stärkung der Positionen der Koexistenz- und Entspannungspolitik und damit der Reform- und Befreiungskräfte in den davon berührten Regionen und Ländern erkennen läßt, hat nun sogar dem scheinbar so hart und fest verpackten CDU-Arsenal aus der Zeit des Kalten Krieges seinen Tribut abgefordert; die alten unaufgebbaren Herrschaftsansprüche der Großbourgeoisie sollen im Rahmen ihres Selbstverständnisses mit angepaßt neuen Parolen und Rezepten zwar prinzipiell aufrechterhalten, an nicht haltbaren Einzelpunkten aber stillschweigend, ohne Aufsehen zu erregen, aufgegeben werden. Die mit der sogenannten „Erreichung der Grenzen des Wachstums" und damit der Grenzen der Fortsetzung des Wirtschaftswunders eingetretene Verunsicherung des Wählervolkes, dem trotz dieser „Grenz-Philosophie" die etwa eine Million Arbeitslosen nur als Ergebnis der SPD/FDP-Politik vorgehalten werden, hofft die CDU im Sinne eines neokonsersativen Absicherungsbedürfnisses auch und gerade der sozial Schwachen ausnutzen und zur Basis einer letztlich anti-progressiven Solidarität der vermeintlich in ihrem Besitzstand Bedrohten ausbauen zu können. Vor solcher Perspektive erscheinen dann auch die Zugeständnisse, die das Mannheimer Parteitagsplenum dem Bündnis der genannten drei „Randgruppen"-Vereinigungen (Jugend, Frauen, Arbeiter) einräumen mußte, weniger aufregend — so stolz mit Recht der Vorsitzende der Jungen Union, Matthias Wissmann, auch sein durfte, daß er im Plenum gegen die Stellungnahme des Präsidiums den Beschluß zur Formalisierung und Demokratisierung des Verfahrens der Wahl künftiger Kanzler-Kandidaten durchsetzen konnte. Im ganzen aber ist festzuhalten, daß die CDU bei Fortsetzung ihrer neuen Biedenkopf-Strategie ein ernster zu nehmender Wahlkampf-Gegner für die Bonner Koalitionsparteien wird, als es die Unionsparteien noch zu Zeiten von Barzel und seinem so gut wie vergessenen Generalsekretär Kraske waren. Das CSU-Problem ist mit Mannheim für die CDU in Wirklichkeit viel definitiver gelöst, als es ihr selber schon bewußt geworden sein mag. Nach dem Verzicht auf den Koalitionsversuch mit der FDP kann nämlich weder die CSU noch eine andere Rechtsaußen-Partei der CDU auch nur eine Stimme mehr einbringen, als sie ohnehin schon sicher hat. Wenn überhaupt, dann könnte nur eine wahlrelevante Gruppenbildung in der Mitte oder gar linken Mitte der CDU die zur absoluten Bundestagsmehrheit erforderlichen Prozente zuführen; in diese Position aber haben sich in Mannheim jetzt genau die drei „linken" Rand-

gruppen-Vereinigungen — allerdings innerparteilich — hineinprofiliert. So können Kohl und Biedenkopf nach der voll wahrgenommenen Gunst der Mannheimer Parteitagsstunde an den Ausbau ihrer Startpositionen für den 3. Oktober 1976 gehen.

Gewiß ist es vorwiegend alter Wein, den sie in neue Schläuche füllen wollen — aber in der gegenwärtigen Lage, in der eine Wahl wie etwa die im Saarland zu einem Kräfte-Patt im Bundestag führen könnte, kommt es auf jeden Pluspunkt an, den Koexistenzpolitik und Reformpolitik im Kontext des neuen internationalen Kräfteverhältnisses und Humanitätsbewußtseins etwa auch in der Bundesrepublik für sich verbuchen können. Wenn die CDU das Zauberwort „Wiedervereinigung" durch die Beschwörungsformel „Menschenrechte" ersetzen will, so muß sie zwangsläufig in Kauf nehmen, daß diese schwerpunktmäßig vor allem im traditionellen Kolonial- und Herrschaftsbereich der NATO-Staaten verletzt und beeinträchtigt und damit zur Quelle peinlicher Rückfragen an die eigene Adresse werden. Klaus Ehrler

Atomare Kooperation BRD-Brasilien

Am 27. Juni wurde in Bonn von Außenminister Genscher und seinem brasilianischen Amtskollegen Silveira ein Regierungsabkommen über die friedliche Nutzung der Kernenergie unterzeichnet. Dieses Abkommen ist die Voraussetzung für ein 12-Mrd.-DM-Geschäft der BRD: Brasilien wird danach mit 8 Atomkraftwerken (mit je 1,2 Mio. Kilowatt Leistung), einer Urananreicherungsanlage, einer Brennelementefabrik und einer Pilotanlage zur Brennstoffwiederaufbereitung beliefert und soll dafür der BRD brasilianisches Natururan liefern.

Das Spektakuläre an diesem Geschäft liegt nicht so sehr in der Höhe des Lieferwertes und in der Tatsache, daß dies das erstemal ist, daß ein Nuklearlieferant Anlagen für den gesamten Brennstoffkreislauf, also eine komplette Atomtechnologie, liefert. Vielmehr muß besonders kritisch stimmen, daß der Empfänger, Brasilien, dadurch zur potentiellen Atommacht wird. Regierungsoffizielle Kreise beider Länder wie auch die bürgerliche Presse halten dieser Befürchtung verschiedene Argumente entgegen:

1. Brasilien habe einen so großen Energiebedarf, daß an eine Bombenproduktion gar nicht zu denken sei (für die 80er Jahre macht Brasilien geltend, daß eine Energielücke von ca. 10 Mio. Kilowatt voraussagbar ist);

2. Brasilien habe sich zur friedlichen Atomenergienutzung verpflichtet:

a) auch als Nichtunterzeichner des Atomwaffensperrvertrages würden die vertraglichen Kontrollmaßnahmen zwischen der BRD, Brasilien und der Wiener Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) die als Bedingung für dieses Abkommen getroffen wurden, voll die Forderungen des Atomwaffensperrvertrages erfüllen;

b) lt. dem brasilianischen Außenminister Silveira habe sich sein Land im Rahmen des Vertrages von Tlatelolco darauf festgelegt, zur Freihaltung Lateinamerikas von Atomwaffen beizutragen.

Folgende Punkte beweisen jedoch, daß diese Argumente sehr vordergründig sind und die Öffentlichkeit bzw. andere Regierungen nur beruhigen sollen:

brasilianischen Arbeitsmarktes zu sichern (die Aussprüche von Genscher, daß in keinem Land in Übersee die deutschen Investitionen so hoch seien wie in Brasilien, und von Peter Hermes, Leiter der zuständigen Außenwirtschaftsabteilung des AA: „Es ist besser, mit einer Nichtvertragspartei [bzgl. des Atomwaffensperrvertrages, d. Verf.] ein Abkommen zu schließen mit den Sicherungsmaßnahmen, die der Vertrag vorsieht, als dieses Land einer unkontrollierten Entwicklung zu überlassen", sprechen für sich) müssen auch die subimperialistischen Absichten der brasilianischen Militärdiktatur gekennzeichnet werden: Erst kürzlich hatte Brasilien dem Nachbarland Uruguay, das ebenfalls von einer ultrakonservativen Regierung beherrscht wird, gönnerhaft einen 50-Mio.-Dollar-Kredit gewährt.

Der Zuschlag für das Milliardengeschäft an die BRD ist auf die Politik des seit März 1974 amtierenden Präsidenten Ernesto Geisel zurückzuführen, nun auch in der Nuklearpolitik nationalistische Tendenzen wirksam werden zu lassen, die man durch eine noch engere Bindung an die USA nicht glaubt realisieren zu können. Wie in der Automobilindustrie wird angestrebt, über Importe zunächst eine Zulieferindustrie aufzubauen, die die Grundlage für eine eigenständige nationale Industrie schaffen soll. Außerdem wäre Brasilien als Atommacht in der Lage, durch die entsprechende militärische Potenz das Abbröckeln der Macht der USA in Südamerika zu kompensieren. Logisch läuft also der Vertrag zwischen Brasilien und der BRD auf eine Stärkung der brasilianischen Militärdiktatur hinaus. Es kommt nun darauf an, die Öffentlichkeit mit den nötigen kritischen Informationen zu versorgen, damit durch öffentlichen Druck in der Zukunft derartige Geschäfte mit den Wünschen anderer Länder, Atommacht zu werden, unterbunden werden. Tobias Thomas

Italien nach den Regionalwahlen

Selten führen Gemeinde- und Regionalwahlen in einem der westeuropäischen Länder zu derartig spektakulären Ergebnissen und entsprechend hektischen Reaktionen der herrschenden Kreise im In- und Ausland, wie dies bei den italienischen Wahlen vom 15. Juni 1975 der Fall war. Während die italienische Börse ihren tiefsten Kurseinbruch seit über 15 Jahren erlebte, überbot sich die internationale westliche Presse in düsteren Prognosen über das „rote Italien" von morgen. Ihnen folgten bestürzte Kommentare der „befreundeten" Regierungen des Nordatlantik-Pakts, und wieder einmal erwies sich kein Klischee über „südliche Unvernunft" als zu abgegriffen, um nicht zu reichlicher Verwendung im Chor der kapitalistischen Kassandra-Rufer zu gelangen.

Wenige Tage später aber schien man plötzlich zu begreifen, daß sich die „rote Springflut" nur in Stimmzetteln für Gemeindeparlamente ausgedrückt hatte. So war bei nüchterner Betrachtung eigentlich nichts verloren. Die langsamen Mühlen der vielgeschmähten italienischen Demokratie würden es den Linken schon beibringen, die Kirche im Dorf zu lassen und sich gefälligst mit systemimmanenter Reformarbeit zufriedenzugeben. So unvermittelt und unerklärt man deshalb das krisengeschüttelte Italien der westlichen Öffentlichkeit als nächstes Opfer kommunistischen Machthungers präsentiert hatte, so unvermittelt verschwand es wieder aus den Schlagzeilen. Nur der kundige Leser stieß noch in den Wirtschaftsteilen der Zeitungen auf beruhigende Erklärungen von Gianni Agnelli, dem Chef des Fiat-Konzerns und des italienischen Unternehmerverbandes, der persönlich dazu aufforderte, „der demokratischen Wahl der italienischen Bürger Rechnung zu

tragen". Parallel dazu aber ging die Routine-Berichterstattung über Italien wieder dazu über, die gegenwärtige Mitte-Links-Koalition als das einzige überhaupt denkbare Regierungsbündnis hinzustellen.

Was also bedeuten die Wahlen vom 15. Juni wirklich, welche Relevanz erhalten ihre Ergebnisse als „Maßstab für die Proportionierung unserer Aktionen", der die Linke hier wie dort „vor unzeitiger Zaghaftigkeit ebenso wie vor unzeitiger Tollkühnheit" (Engels) zu bewahren hat?

Zunächst: Die Linke hat gesiegt, und zwar in einem Ausmaß, das für italienische Verhältnisse einem Erdrutsch gleichkommt. Die italienischen Kommunisten (PCI), seit langem stärkste Arbeiterpartei ihres Landes, erhielten erstmals über 10 Mio. Stimmen oder 33,4 % der abgegebenen gültigen Stimmen. Die Sozialisten (PSI) erreichten 3,6 Mio. oder 12 % der Stimmen. Beide Parteien zusammen steigerten ihren Stimmenanteil gegenüber den letzten Regionalwahlen um 7,3 %. Die Christdemokraten verzeichneten demgegenüber mit 35,2 % ihren niedrigsten Stimmenanteil seit den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung 1946. Gegenüber den Regionalwahlen 1970 verminderte sich ihr Anteil um 2,6 %. Der Stimmenabstand zwischen Christdemokraten und Kommunisten, der bei den letzten Parlamentswahlen noch 10,1 % betragen hatte, reduzierte sich auf 1,9 % im nationalen Durchschnitt.

Während die bürgerlichen Koalitionsparteien der DC (Sozialdemokraten, Republikaner) auf kaum veränderte Ergebnisse kamen, mußten die rechts von der Regierung stehenden Parteien deutliche Stimmeneinbußen hinnehmen. Besonders verloren die Neofaschisten (MSI), die bei den Parlamentswahlen 1972 im Zuge der damaligen „Tendenzwende nach rechts" einen erheblichen Wählerzulauf erhalten hatten. Ihr Stimmenanteil ging von 8,1 % (1972) auf 6,4 % (1975) zurück. Zudem verminderte sich der Wählerrückhalt der rechtsstehenden Liberalen weiter (von 3,9 % auf 2,5 %). Insgesamt standen damit dem massiven Vordringen der Linken klare Stimmenverluste der Christdemokraten sowie der konservativen und rechtsradikalen Parteien gegenüber. Prophetisch hatte „Il Mondo", das Wochenmagazin des „Corriere della Sera", vor den Wahlen geschrieben: „Die Kommunisten bei 30 Prozent, die Christdemokraten bei 35, die Sozialisten bei 15, und die gesamte politische Landschaft Italiens hätte sich verwandelt. Das ist nicht schwer zu begreifen." — Nach den Wahlen hatten die Sozialisten zwar keine 15 %, dafür aber die Kommunisten wesentlich mehr als 30 % gewonnen und die Christdemokraten gerade eben die 35 % Grenze behauptet — der befürchtete politische Wandel Italiens wäre somit selbst nach den Maßstäben von „Il Mondo" in vollem Umfang eingetreten.

Wichtiger noch als die veränderten Stimmenanteile im nationalen Durchschnitt sind die Konsequenzen des 15. Juni für die örtlichen Gemeinderäte, die Provinz- und Regionalparlamente. Hier kam es vielerorts zu jenen Umkehrungen der demokratischen Mehrheitsverhältnisse und den damit eingeleiteten Machtverschiebungen, denen die Christdemokraten vergeblich durch monatelanges Verschleppen des Wahltermins hatten entgehen wollen. In fast sämtlichen Großstädten des Landes, darunter Rom, Mailand, Turin, Genua, Neapel, Florenz, Bologna, Venedig, wurde die PCI zur stärksten politischen Partei. Spektakuläre Zugewinne glückten den Kommunisten in Rom und Turin, aber ebenso in ihrer traditionellen Hochburg Bologna, wo die PCI allein die absolute Mehrheit im Stadtrat errang. Da gleichzeitig auch die Sozialisten ihre Position verbesserten, ergibt sich jetzt über die schon bisher „Roten Regionen" (Emilia, Toscana, Umbrien) hinaus in zahl-

reichen weiteren Städten und Provinzen die Möglichkeit einer „rein linken Mehrheit" von Kommunisten und Sozialisten. Dies gilt beispielsweise für Genua und Turin ebenso wie für die gesamte Region Ligurien.

Aber auch dort, wo das Mitte-Links-Bündnis (DC, PSI, PRI, PSDI) numerisch fortbestehen kann, ist das Gewicht der Linken wesentlich gestärkt. Ohne die Sozialisten können die Christdemokraten fast nirgendwo mehr regieren — es sei denn, sie gehen auf das Bündnisangebot der Kommunisten, den „historischen Kompromiß", ein, der ihnen aber zweifellos erheblich größere Zugeständnisse im Sinne einer fortschrittlichen Kommunal- und Regionalpolitik auferlegen würde. Soweit dies gegenwärtig absehbar ist, werden die Gemeinden Italiens in den nächsten 5 Jahren von einer rapide wachsenden Zahl „roter Rathäuser" verwaltet werden, darüber hinaus hat der politische Druck zum Zusammengehen von Christdemokraten, Sozialisten und Kommunisten durch die Wahl vom 15. Juni überall zugenommen.

Die ganze Tragweite dieses Vorgangs für die italienische wie die westeuropäische Linke ist jedoch erst aus dem Zusammenhang der ökonomischen und politischen Klassenauseinandersetzungen seit dem Ende der 60er Jahre zu erschließen. Der „heiße Herbst 1969" und die ihm folgenden gewerkschaftlichen Massenaktionen für Sozialreformen hatten der italienischen Arbeiterbewegung eine Reihe bedeutender Erfolge noch auf dem Boden des bestehenden staatsmonopolitischen Systems eingetragen. Neben den unmittelbar ökonomischen Verbesserungen (beträchtliche Reallohnsteigerungen, Verkürzung der Arbeitszeit, Ausbau der Rentenversorgung usw.) zählte hierzu vor allem ein gesamtgesellschaftlich erheblich gewachsener Einfluß der Gewerkschaftsbewegung. Dieser fand seinen Ausgangs- und Angelpunkt in der neuen gewerkschaftlichen Machtstellung in den Betrieben. Hier bildeten die unmittelbare Kontrolle der betrieblichen Arbeitsorganisation und die Herausbildung neuer gewerkschaftlicher Basisorgane (Delegierte, Fabrikräte, überbetriebliche „Zonenräte") die zentralen Elemente einer Gewerkschaftsstrategie, die zu den fortgeschrittensten Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung im heutigen Kapitalismus gezählt werden können.

Auf der politischen Ebene kam es demgegenüber nur zu begrenzten Teilerfolgen der progressiven Kräfte (wie etwa die Dezentralisierung des Staatsapparats und die Errichtung der Regionen, das Statut der Arbeitnehmerrechte und die Scheidungsreform). Vor allem mißlangen sämtliche Versuche, eine mehr als punktuelle Zusammenarbeit zwischen den drei großen politischen Parteien herbeizuführen, die über eine Massenverankerung in der arbeitenden Bevölkerung verfügen.

Wohl entfalteten die zugespitzten ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse immer wieder starke Impulse, die zur Vereinheitlichung und zum gemeinsamen Handeln aller fortschrittlichen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen drängten. Die Offensivphase der Streikbewegung führte zu Anfang der 70er Jahre bis zu den Umrissen einer neuen Einheitsgewerkschaft, die in gleicher Weise auf die Autonomie von den politischen Parteien wie die umfassende Herausarbeitung der Klasseninteressen der Lohnabhängigen abzielte. Dennoch reichten diese Anstöße nicht aus, um das Zustandekommen einer systemüberwindenden Alternative im gesamtgesellschaftlichen Bereich zu erzwingen. Gerade die Konkurrenz und Zersplitterung zwischen jenen politischen Kräften, die in Italien für eine solche Alternative unverzichtbar sind, erwies sich im folgenden als ein wichtiger Hebel für die Gegenoffensive der Groß-

bourgeoisie. Ihr glückte 1972/73 zeitweilig eine Umkehrung in der Entwicklungsrichtung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, wobei der rechten „Tendenzwende" ebenso wie gegenwärtig in der Bundesrepublik zunächst die vertiefte ökonomische Krise in die Hände arbeitete. Es kann an dieser Stelle nicht darum gehen, die einzelnen Etappen der systemstabilisierenden Gegenbewegung von seiten der herrschenden Klasse nachzuzeichnen (vgl. Detlev Albers, Abriß der sozialen und politischen Entwicklung in Italien 1971—1974; in: „Blätter", 1/1975 und 2/1975).

Für die Einschätzung des 15. Juni 1975 kommt es vielmehr darauf an, den Stellenwert des Wahlergebnisses im Rahmen und als Beleg jener erneuten „Gegentendenzwende nach links" zu bestimmen, mit der es dort den fortschrittlichen Kräften anders als bisher in der BRD gelungen ist, das Ringen der antagonistischen Klassen in ihrem Sinne umzukehren. Die Kommunal- und Regionalwahlen erscheinen in diesem Zusammenhang als vorläufiger Höhepunkt im Prozeß des Vordringens linker Positionen, der sich jetzt vorrangig auf politischer Ebene abzuzeichnen beginnt. Dies ist um so bemerkenswerter, als die Wahlerfolge der italienischen Linken vor dem Hintergrund einer weiter verschärften konjunkturellen und strukturellen Krise des ökonomischen Systems erzielt wurden. Der kurze zyklische Aufschwung, den das Land 1973/74 nicht zuletzt infolge der drastischen Lira-Abwertungen zur Export-Ankurbelung erlebt hatte, war bereits am Ende des vergangenen Jahres von einer tiefen ökonomischen Depression abgelöst worden. Seitdem beherrschen der Rückgang der realen Industrieproduktion und steigende Arbeitslosigkeit bei nur langsam sinkender Inflationsrate das Bild der italienischen Wirtschaft. Aber anders als zu Beginn der 70er Jahre konnte in dieser Phase zwar die Kampfkraft der Gewerkschaften geschwächt werden, nicht jedoch die politische Offensive der Linken. So zeigen die Wahlergebnisse des 15. Juni einmal mehr, daß keine zwangsläufige Verknüpfung von ökonomischer Krise und politischer Rechtsentwicklung existiert. Stattdessen machen die gerade jetzt erreichten Erfolge von Kommunisten und Sozialisten deutlich, daß sich die Zuspitzung der grundlegenden kapitalistischen Widersprüche von einer politisch bewußt handelnden Arbeiterbewegung als die überzeugendste Begründung für die Notwendigkeit sozialistischer Alternativen einsetzen läßt.

Gesellschaftliche Umbruchsituationen wie die „linke Gegentendenzwende", als deren Ausdruck und bislang wichtigstes Ergebnis die italienischen Kommunal- und Regionalwahlen interpretiert werden, haben stets ihre eigenen Vorläufer und spezifischen Entstehungsbedingungen. Für Italien zählen dazu die Kontinuität der gewerkschaftlichen Kampferfahrungen, das Zusammenwirken progressiver katholischer und laizistischer Kräfte beim Sieg über die klerikalen Scheidungsgegner und das unübersehbare Abwirtschaften der christdemokratisch geführten Regierungen und Kommunalverwaltungen, das schon 1974 in Sardinien sowie bei anderen Nachwahlen zu empfindlichen Niederlagen der DC geführt hatte.

Im Bereich der ideologischen und programmatischen Auseinandersetzung erlangte das kommunistische Bündnisangebot des „historischen Kompromisses" eine ähnliche Bedeutung für das erneute Vordringen der Linken. Diese nach dem gewaltsamen Sturz der chilenischen Unidad Popular formulierte Bündniskonzeption wies der gleichberechtigten Zusammenarbeit von Christdemokraten, Sozialisten und Kommunisten eine langfristige, auf den gesamten Prozeß der sozialistischen Umgestaltung Italiens bezogene Perspektive zu. Ihr Zustandekommen er-

forderte natürlich eine grundlegende Umorientierung der christdemokratischen Politik, ebenso wie es die Überwindung reformistischer Illusionen auf seiten der Sozialisten oder den Verzicht auf unausgewiesene Führungsansprüche von kommunistischer Seite bedingte. Die konkrete Ausgestaltung einer solchen Strategie, Inhalt und Reihenfolge der von einer Regierung des „historischen Kompromisses" durchzusetzenden systemverändernden Maßnahmen sind heute zweifellos noch nicht im einzelnen absehbar. Sie dürften auch nach dem 15. Juni nicht unmittelbar auf der politischen Tagesordnung stehen. Andererseits ist nicht zu verkennen, und hierin könnte sich langfristig die größte Bedeutung des Wahlausgangs erweisen, daß mit dem Wahlsieg der Linken die Realisierungschancen dieser Strategie erheblich gestiegen sind.

Detlev Albers

Zweite Europäische Sportkonferenz in Dresden

„Der Sport im Leben der Menschen und Völker" — unter diesem Leitmotiv fand vom 27.—30. Mai 1975 in Dresden die zweite Europäische Sportkonferenz statt. Diese Konferenz setzte die Bestrebungen fort, die bereits vor 2 Jahren in Wien bei der Konstituierung der Europäischen Sportkonferenz als einer ständigen, alle 2 Jahre tagenden Einrichtung eingeleitet worden sind: Beratung über gemeinsame Probleme des Sports aller europäischen Länder, Vertiefung der Verständigung auf diesem Gebiet, besonders zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Sportorganisationen und -institutionen aller europäischen Länder. Bereits in Wien hatten Delegationen aus 25 Ländern an den Beratungen teilgenommen. In Dresden waren mit 27 Delegationen ebenfalls fast alle europäischen Staaten vertreten, daneben auch Vertreter der Vereinten Nationen, der UNESCO und des Internationalen Olympischen Komitees (IOC).

Durch die Dresdener Konferenz bestätigte sich erneut, daß sich auch in nicht im Mittelpunkt politischer Entwicklungen stehenden Bereichen wie dem Sport zunehmend Tendenzen zur gezielten Stärkung der Entspannung und internationaler Verständigung in Europa durchzusetzen beginnen.

Besondere Akzente wurden auf dieser Konferenz vor allem durch Bestrebungen gesetzt, die Ziele der Europäischen Sportkonferenz über allgemeine humanitäre Absichten hinaus noch klarer politisch zu profilieren. Im Mittelpunkt stand hier das Referat von Sergej Pawlow, dem Vorsitzenden des Komitees für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der UdSSR. Es befaßte sich mit dem „Beitrag des Sports zur Festigung der internationalen Zusammenarbeit". Pawlow betonte dabei besonders den wichtigen Stellenwert der staatlichen Einwirkung sowohl in der nationalen Entwicklung des Sports — in der systematischen Förderung sportlicher Spitzenleistungen und des Breitensports, in der Zurückdrängung negativer Einflüsse durch Kommerzialisierung und Professionalisierung des Sports, durch Rassendiskriminierung usw. — als auch in der Entwicklung der internationalen Sportbeziehungen im Geiste der Verständigung und der Sicherung des Friedens. Besonders zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung komme hierbei (z. B. bilateralen) staatlichen Rahmenvereinbarungen eine besondere Bedeutung zu. Pawlows Ausführungen wurden zusammengefaßt in dem Vorschlag zur Bildung eines institutionalisierten Organs zwischenstaat-

licher Sportbeziehungen, in der Form eines Europäischen Sportrates der UNESCO, der als Ergänzung zu den bestehenden internationalen Sportorganisationen als Konsultativorgan die sportpolitischen Beziehungen zwischen den europäischen Ländern institutionalisieren und intensivieren könnte. Diese wichtige Initiative Pawlows wurde ergänzt durch einen Vorschlag der rumänischen Delegation, die die Übersendung der Dokumente dieser Konferenz an die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) anregte. Auf diese Weise könnte die Unterstützung der Arbeit und Zielsetzungen der KSZE durch die Europäische Sportbewegung und deren klarer Wille zu einem politischen Beitrag des Sports zur Sicherung des Friedens eindrucksvoll dokumentiert werden.

Beide außerordentlich konstruktiven Vorschläge haben sich im Verlaufe der Diskussion auf der Konferenz nicht durchsetzen können. Sie sind dementsprechend auch nicht im Abschlußkommuniqué wiederzufinden. Das ist der zweifelhafte „Erfolg" von Vorbehalten gegen die beschriebene klarere politische Profilierung der internationalen Sportbewegung — von Vorbehalten einiger westeuropäischer Delegationen, die am pointiertesten von seiten des Präsidenten des Deutschen Sportbundes, Willi Weyer, artikuliert wurden und darauf abzielten, „den Sport" im unbestimmten Vorfeld politischer Stellungnahme zu belassen und die Institutionalisierung eines klarer sportpolitisch akzentuierten europäischen Sportrates oder auch nur der Europäischen Sportkonferenz als einem *beschlußfassenden* Organ zu verhindern. Der politische Aspekt sei nicht der einzige; vielmehr habe der Sport der Humanität, der Spontaneität, der individuellen Eigenentscheidung und Gestaltung zu dienen und Raum zu geben. Weyer suchte den Eindruck zu erzeugen, als würden diese Zielsetzungen durch die von Pawlow umrissene politische Einordnung und die Betonung politischer Voraussetzungen zu ihrer Verwirklichung gerade verhindert. Er warnte folglich davor, die „bestehenden Grundlagen des internationalen Sports auszuhöhlen und die geniale Idee eines freien Weltsports auf die Ebene staatlicher Abkommen zu schieben".

Im Kern ging es bei den hiermit angedeuteten Meinungsverschiedenheiten und Positionsunterschieden zwischen den Delegationen der sozialistischen und einiger kapitalistischen Länder um folgende Frage: Es ist natürlich unbestreitbar, daß die Entwicklung der internationalen Beziehungen des Sports in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe der allgemeinen internationalen Beziehungen zwischen den Völkern Europas entscheidend abhängig ist von zwischenstaatlichen vertraglichen Regelungen von Grundsatzfragen und dem damit gegebenen allgemeinen politischen Handlungsrahmen und -spielraum. Erst auf diesen Grundlagen und den Grundprinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung können konkrete Schritte zum Ausbau, zur inhaltlichen Füllung auch in Teilbereichen und zur praktischen Kooperation mit Aussicht auf Erfolg in Angriff genommen werden. Nicht zuletzt sind ja die 1974 geschlossenen Sportabkommen zwischen dem Deutschen Sportbund (DSB) und dem Deutschen Turn- und Sportbund (DTSB) in ihrer Abhängigkeit vom Viermächte-Abkommen über Berlin und von den Nachfolgeabkommen zwischen den beiden deutschen Staaten Ausdruck genau dieser Tatsachen. Diese grundlegenden Probleme sind gegenwärtig natürlich nicht dadurch zu lösen, daß man sie umgeht und ihre Lösung auf die private Ebene von Individuen, Gruppen und einzelnen gesellschaftlichen Organisationen verlagert, wie es hintersinnig immer wieder von bundesdeutschen Institutionen und Organisationen, wie z. B. auch dem DSB zuletzt in Dresden gefordert wird. Angesichts

dieser Situation ist also die Frage zu stellen, ob von solchen politischen Grundsatzregelungen abhängige Bereiche wie der Sport passiv die Schaffung ihren Erwartungen entsprechender allgemeiner politischer Regelungen abwarten oder ob sie selbst aktiv unterstützend zu ihrer Schaffung beitragen sollen. Nichts spricht gegen letzteres, es sei denn, man verfolgt im Hinblick auf Friedenssicherung, Entspannung und Kooperation als entscheidenden Voraussetzungen auch für die Entwicklung der internationalen Verständigung und Kooperation im Sport de facto andere Ziele, als man verbal äußert.

Weitergehende Schritte und Entscheidungen der Konferenz im Sinne der eingangs beschriebenen Vorschläge wurden also durch Vorbehalte einiger westeuropäischer Länder mit der BRD an der Spitze verhindert. Dennoch konnte Pawlow zum Abschluß dieses ersten Beratungskomplexes resumierend 3 Punkte feststellen: Einmütig würden von allen Delegationen die Aufgaben des Sports für die Friedenssicherung betont; ebenso einmütig werde eine Ausweitung der internationalen Beziehungen ohne politische Vorbedingungen angestrebt; schließlich würde allseits eine Verstärkung auch zweiseitiger Beziehungen begrüßt. Bereits ein solcher Minimalkonsens kann als ein wichtiges Ergebnis der Konferenz festgehalten werden, das auch seinen entsprechenden Niederschlag im Abschlußkommuniqué gefunden hat. „Kein offizielles, dennoch wichtiges Ergebnis dieser Konferenz ist die Tatsache, daß die Position der BRD offensichtlich selbst bei westlichen Ländern immer weniger Resonanz findet. Der Versuch, auch im Sport als Vorreiter beim Bau von Verständigungsbarrieren aufzutreten, scheint — wie in anderen Bereichen — zunehmend in die politische Isolation zu führen. Deshalb kommentierte DTSB-Präsident Ewaldt das nicht vollauf befriedigende Ergebnis der Konferenz mit Gelassenheit damit, daß die internationale Verständigung ihre eigene Dynamik besitze und man deshalb bis zur nächsten Konferenz sicherlich ein gutes Stück weiter sein werde."

Der bei diesem ersten und zweifellos wichtigsten Beratungskomplex erkennbare kompromißoffene Grundsatz, die Möglichkeiten zur gegenseitigen Information, Kommunikation und Herausarbeitung einer gemeinsamen Arbeitsbasis gegenüber dem offenen Austragen von Kontroversen in den Vordergrund zu stellen, war richtungweisend auch für den weiteren Verlauf der Konferenz. Weitere Schwerpunkte bildeten ein Referat von Prof. Yves Boulogne, Direktor des Nationalen Instituts für Volksbildung (Frankreich), zu Problemen von „Sport und Erziehung" sowie ein Referat von Dr. Otto Ventruba, Ministerialrat im Österreichischen Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz, zu Problemen von „Sport und Umwelt". Die sich anschließenden Diskussionen förderten eine Reihe von wichtigen Aspekten zutage, die weitgehende Übereinstimmungen in der Analyse der bestehenden Probleme unter den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in den genannten Bereichen erkennen ließen, die Frage nach politischen Lösungen jedoch ausklammerten.

Zum Abschluß der Konferenz wurde einmütig die Absicht bekräftigt, derartige Konferenzen weiterhin regelmäßig durchzuführen. Die Dritte Europäische Sportkonferenz wird 1977 in Kopenhagen stattfinden.

Sven Güldenpfennig, Hans-Jürgen Schulke und Peter Weinberg

Abrüstung – von der Utopie zum Sachzwang?

Eine Bestandsaufnahme der bisherigen Ergebnisse und der Perspektiven der Abrüstungsbemühungen [1])

Von Gunnar Matthiessen

Mit dem bevorstehenden erfolgreichen Abschluß der KSZE hat die politische und völkerrechtliche Seite der Ost-West-Entspannung eine Stufe erreicht, auf der die Frage nach den militärischen Konsequenzen, nach der Nutzung — aber auch Absicherung — des entspannungspolitisch Erreichten auf militär- und rüstungspolitischem Gebiet, also die Abrüstungsfrage allenthalben neue und dringliche Aufmerksamkeit auf sich zieht; dies nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund akuter Wirtschafts- und Finanzprobleme, die die Fragwürdigkeit fortgesetzt steigender Rüstungsausgaben schroff hervortreten lassen.

Die Diskussion über Chancen und Hemmnisse der Abrüstung ist allerdings bis heute vielfach mit dem Handicap mangelnder Information über bisherige Abrüstungspolitik und ihre Ergebnisse belastet, da die Berichterstattung der Massenmedien in der BRD auf diesem Gebiet besonders eklatant versagt. Der vorliegende Aufsatz soll durch die Darstellung und Einschätzung der bisher abgeschlossenen Abkommen und Maßnahmen zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung eine tragfähige Grundlage für die realistische Erörterung des Erreichbaren, für die Formulierung von Forderungen und Zielen schaffen helfen.

Womit beginnen? Mit dem Wettrüsten oder ersten Ansätzen zur Rüstungsbegrenzung? Vor einigen Jahren noch wäre diese Frage überflüssig gewesen; man hätte zwangsläufig mit dem Zustand des Wettrüstens beginnen müssen, da über anderes wenig zu berichten gewesen wäre.

Es war die Politik der militärisch-politischen Konfrontation und des Wettrüstens, die bislang die internationale Entwicklung ausschließlich beherrschte. Sie waren die bestimmenden Momente, von denen aus ein Verständnis für die Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu gewinnen war.

Seit Beginn der 70er Jahre aber setzen sich neue, demokratische Völkerrechtsprinzipien, die Prinzipien des Gewaltverzichts, der Nichteinmischung, der Achtung der Souveränität und des Rechts der Völker, über ihr eigenes Schicksal zu bestimmen, der Respektierung der bestehenden Grenzen, der vorteilhaften Zusammenarbeit, des gutnachbarschaftlichen Verhältnisses und andere durch.

Die Verträge, die in Europa u. a. zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, der Volksrepublik Polen, der CSSR und der DDR abgeschlossen wurden, neben zahlreichen anderen Abkommen, die westeuropäische Staaten mit sozialistischen Ländern trafen, sowie die zahlreichen Vereinbarungen und die Festlegung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR sind Ausdruck für den Umbruch in den internationalen politischen Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme. Durch sie kündigt sich — um ein geflügeltes Wort von

[1]) Vgl. die ausführliche Fassung dieser Studie, die im Herbst 1975 als Bd. 24 der „Hefte zu politischen Gegenwartsfragen" im Pahl-Rugenstein Verlag erscheinen wird. D. Red.

Richard Nixon zu gebrauchen — der Übergang von der politischen Konfrontation zur Kooperation an.

Noch aber sind den Anfängen politischer Entspannung keine einschneidenden Schritte militärischer Entspannung gefolgt. Noch ist das Wettrüsten nicht gestoppt. Noch ist die Gefahr eines weltweiten, atomaren Vernichtungskrieges nicht gesichert gebannt. Noch wird, Statistiken zufolge, 2,5mal soviel für Rüstung wie für das Gesundheitswesen, 1,5mal soviel wie für das Bildungswesen und 30mal soviel wie für die Wirtschaftshilfe an die Entwicklungsländer ausgegeben.

Trotz dieser bedrückenden Feststellung sind positive Ansätze der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung festzustellen.

I. Die Verträge der 60er Jahre

a) Allgemeine und vollständige Abrüstung

So jung auch die Geschichte der Abrüstung sein mag — die ersten Bemühungen auf internationaler Ebene fanden 1899 in Den Haag statt — so unerträglich langwierig müssen dennoch die vergeblichen Abrüstungsbemühungen erschienen sein. Über 50 Jahre blieben die Beratungen — trotz der bitteren Erfahrungen zweier Weltkriege — erfolglos. Das Prinzip der allgemeinen und vollständigen Abrüstung, wie es zum erstenmal die Sowjetunion 1922 und später 1927 im Rahmen des Vorbereitungsausschusses für die Abrüstungskonferenz, die erfolglos 1932 stattfand, vorschlug, ebenso wie das Prinzip der gleichen Sicherheit, das die militärische Übervorteilung der anderen Seite verhindern soll, wurden in den Verhandlungen nicht anerkannt.

Erst zu Beginn der 60er Jahre konnte ein geschichtlicher Durchbruch erreicht werden. Am 20. September 1961 verpflichteten sich die Vereinigten Staaten und die UdSSR gemeinsam auf das Programm der Allgemeinen und Vollständigen Abrüstung: „Das Programm der Allgemeinen und Vollständigen Abrüstung soll alle Staaten verpflichten, ausschließlich diejenigen nichtnuklearen Bewaffnungen, Kräfte, Anlagen und Einrichtungen zu haben, die nach Übereinstimmung notwendig sind, die internationale Ordnung zu stärken und die persönliche Sicherheit der Bürger zu schützen" [2]).

Auf der Grundlage dieser Vereinbarung konnten Verhandlungen über Rüstungsbegrenzungsmaßnahmen eingeleitet und erste Abkommen geschlossen werden.

b) Die ersten Rüstungsbegrenzungsverträge

— Am 1. Dezember 1959 unterzeichneten Argentinien, Australien, Belgien, Chile, Frankreich, Großbritannien, Japan, Neuseeland, Norwegen, die Südafrikanische Union, die UdSSR und die USA den Vertrag über die Antarktis, der am 23. Juli 1961 in Kraft trat. Darin wurde vereinbart, die Antarktis ausschließlich zu friedlichen Zwecken zu nutzen. Alle Maßnahmen militärischen Charakters, wie Gründung von Militärstützpunkten und Befestigungen und die Abhaltung militärischer Manöver sowie Versuche mit jedweden Waffen wurden verboten.

— Am 5. August 1963 wurde in Moskau der Vertrag über das Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser [a])

[2]) UN-Doc. A/4879, II. Art.
[a]) Wortlaut in: „Blätter", 8/1963, S. 647 f.

unterzeichnet. Er trat am 10. Oktober 1963 in Kraft. Mit diesem Vertrag verpflichteten sich die Unterzeichnerstaaten, in diesen Bereichen keine „experimentelle Kernwaffenexplosion jeder Art und andere Kernwaffenexplosionen jeder Art und jedwedem Raum, der sich unter seiner Jurisdiktion oder Kontrolle befindet", vorzunehmen.

— Am 27. Januar 1967 wurde der Vertrag über die Prinzipien für die Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraumes einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper [b]) unterzeichnet. Er trat am 10. Oktober 1967 in Kraft. Darin verpflichteten sich die Teilnehmerstaaten, „keine Objekte mit Kernwaffen oder anderen Arten von Massenvernichtungswaffen auf eine Umlaufbahn um die Erde zu bringen, keine derartigen Waffen auf Himmelskörpern oder auf andere Weise im Weltraum zu stationieren." Der Vertrag verbietet „die Errichtung von Militärbasen, Anlagen und Befestigungen, die Erprobung jeder Art von Waffen, die Durchführung militärischer Manöver auf Himmelskörpern".

— Am 1. Juli 1968 wurde der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen [c]) unterzeichnet, der am 5. März 1970 in Kraft trat.

— Am 14. März 1967 unterzeichneten 14 lateinamerikanische Staaten den Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika [d]), der jeder Art der Erprobung, Verwendung, Herstellung, Erzeugung oder des Erwerbs sowie den Empfang, die Lagerung, den Einbau, die Aufstellung und jede Form des Besitzes irgendwelcher Kernwaffen in lateinamerikanischen Ländern verbietet.

— Am 11. Februar 1971 unterzeichneten die Sowjetunion, die USA und Großbritannien den Vertrag über das Verbot der Stationierung von Kernwaffen und anderen Vernichtungswaffen auf dem Meeresgrund, dem Ozeanboden und in deren Untergrund [e]). Er trat am 18. Mai in Kraft. Der Vertrag verbietet es, außerhalb der 12-Seemeilen-Zone Kernwaffen oder andere Massenvernichtungswaffen sowie Bauten, Abschußrampen oder sonstige Einrichtungen für die Lagerung, Erprobung oder Verwendung derartiger Waffen im Meeresbett, auf dem Meeresboden oder im Meeresuntergrund zu errichten oder zu stationieren.

— Am 10. April 1972 wurde die Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von bakteriologischen (biologischen) und Toxin-Waffen und über ihre Vernichtung [f]) unterzeichnet. Die Konvention verbietet jede Entwicklung, Produktion, Lagerung sowie den Erwerb und die Aufbewahrung bakteriologischer oder anderer biologischer Kampfstoffe oder Toxine. Das Verbot umfaßt auch Waffen, Ausrüstungen und Trägermittel, die dazu geeignet wären, diese Stoffe als Kampfstoffe oder in bewaffneten Konflikten einzusetzen.

c) Bewertung

Vor allem die der kritischen Friedensforschung zugerechneten Institute, wie das Stockholmer Institut (SIPRI), das Osloer Institut (PRIO) und die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) haben sich um eine ausführliche kritische Würdigung der Verträge bemüht. Sie kommen durchweg zu einer negativen Einschätzung. Das Teilverbot der Kernwaffenversuche wird als ein politischer Fehler gewertet [3]).

b) Wortlaut in: „Blätter", 2/1967, S. 204 ff.
c) Wortlaut in: „Blätter", 7/1968, S. 767 ff.
d) Wortlaut in: „Blätter", 9/1967, S. 964 ff.
e) Wortlaut in: „Blätter", 3/1971, S. 317 ff.
f) Wortlaut in: „Blätter", 5/1972, S. 553 ff.
3) „Bulletin of Peace-Proposals", 4/1971, S. 319.

Der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen wird als ein Mittel zur Durchsetzung der Interessen der Nuklearmächte auf dem Gebiete der nuklearen Rüstung dargestellt [4]).

Dem Vertrag über das Verbot der Stationierung von atomaren Waffen auf dem Meeresboden wird jegliche Bedeutung abgesprochen [5]). In der sogenannten Weizsäcker-Studie wird — allerdings im positiven Gesamtverständnis — von Verträgen ohne Substanz gesprochen [6]). Dieter Senghaas schätzt die bisherigen Maßnahmen als wertlos ein, weil sie die Aufrüstung nicht gestoppt haben und das Wettrüsten weitergegangen ist. „Wenn es ... zur gleichen Zeit zwanzig andere Schritte gibt, die den Rüstungskomplex voran treiben, dann ist der erste Schritt wirklich kein erster Schritt, und wenn man ihn als solchen bezeichnet, dann würde ich dies eine falsche Konkretheit nennen" [7]). Er hält jeden geschichtlichen Vergleich für verfehlt. Geschichte wird „sogar mißbraucht" [8]).

Alle diese kritischen Stimmungen zeichnet ein richtiger Grundgedanke aus: Es gibt keinen Anlaß, die Verträge überzubewerten; sie können ihrem Stellenwert und ihrer Funktion nach nur erste Schritte sein, und zwar nach den Zeiten radikalen Wettrüstens und unter den Bedingungen einer noch ausstehenden Vereinbarung über eine Politik der friedlichen Koexistenz gerade auf jenen Gebieten, über die sich die Kontrahenten am leichtesten (und eben nicht am schwersten) einigen konnten.

Trotz dieser eingeschränkten Bedeutung gibt es aber keinen Grund zur durchweg negativen Beurteilung, wie sie die kritische Friedensforschung vornimmt. Sie erinnert an die Alles-oder-Nichts-Haltung, die immer schon erschwert, wenn nicht gar verhindert hat, daß man das Ziel des Alles schrittweise erreicht.

Was soll das alles — so wird z. B. auch im Zusammenhang mit den Wiener Abrüstungsverhandlungen gefragt. Die Briten wollen ohnehin ihre Truppen abziehen. Warum aber, wäre gegenzufragen, weigern sie sich dann, überhaupt darüber zu verhandeln. Sicherlich gibt es so etwas wie Poker. Und dabei gibt es auch so etwas wie Bluff. Um den Wert der Abkommen anschließend in den Augen der Öffentlichkeit herabzusetzen, behauptet man, man hätte eh — und das freiwillig — vorgehabt, was in zähen Verhandlungen vereinbart wurde. Nur konkret, d. h. ohne die Verhandlungen, hat man nur noch nie diesen Beweis angetreten. Die Hoffnung ist klar: man will eine allgemeine Stimmung gegen weitere Abrüstungsverhandlungen schaffen. Klar ist auch: wer auf den Bluff hereinfällt, verliert politisch an Spielraum, wissenschaftlich an Überzeugungskraft.

— Zusammengefaßt wären infolgedessen die Rüstungsbegrenzungsmaßnahmen der 60er Jahre als Durchbruch zu ersten, konkreten Abkommen zu beurteilen, als erste vertrauensbildende Schritte auf dem Wege zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung, als ein Unternehmen, das dem Wettrüsten Grenzpfähle setzte und damit günstigere Bedingungen für weitere Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsmaßnahmen schuf.

— Die Verträge bedeuten nicht, daß das Wettrüsten schon gestoppt wäre, daß keine verstärkten Rüstungsanstrengungen mehr stattfinden würden. Die Politik der Aufrüstung wird, was die äußere Erscheinung betrifft, auch in naher Zukunft noch die Szene beherrschen.

---

4) The Near Nuclear-Countries and the NPT, SIPRI, Stockholm 1972, S. 123.
5) Prospects for Arms-Control in the Ocean, „SIPRI Research-Report", 7/1972.
6) Wissenschaftliches Symposium des Internationalen Instituts für den Frieden „Mechanismus der Sicherheit und Probleme der Abrüstung in Europa", Wien, 29.—30. März 1974, in: „Wissenschaft und Frieden", 3/1974, S. 129 f.
7) Ebd.
8) Ebd.

— Die Verträge der 60er Jahre aber haben gezeigt, daß sich im Kampf zwischen den Tendenzen der Aufrüstung und Abrüstung eine Richtungsänderung vollzogen hat und es den Friedenskräften nachweisbar gelingen kann, die Kräfte der Aufrüstung zurückzudrängen, von der Begrenzung des Rüstungswettlaufes zu seinem Einfrieren überzugehen und von dort her den Prozeß der Abrüstung einzuleiten.

II. Die Begrenzung der strategischen Rüstung

Zu den Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA

Für die Verminderung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges und für die Eindämmung des Wettrüstens sind die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR von hervorragender Bedeutung. Folgende Abkommen und Vereinbarungen wurden bisher getroffen:

— Am 30. September 1971 wurden zwischen beiden Staaten Maßnahmen zur Verringerung der Gefahr des Ausbruchs eines Nuklearkrieges festgelegt, die insbesondere im Falle eines militärischen Konfliktes beide Seiten verpflichten, über den „heißen Draht" Versuche einer friedlichen Lösung zu unternehmen.

— Am 26. Mai 1972 wurde in Moskau ein Abkommen über die Begrenzung der Systeme zur Abwehr ballistischer Flugkörper (ABM-System) und ein zeitweiliges Abkommen über die Begrenzung der nuklear-strategischen Offensivwaffen unterzeichnet.

— Am 21. Juni 1973 wurden, anläßlich des Besuches Breschnews in den Vereinigten Staaten, in San Clemente ein Abkommen über die friedliche Nutzung der Atomenergie, ein weiteres über die Grundprinzipien der Verhandlungen über die weitere Begrenzung der strategischen Angriffswaffen [g]) und als bedeutendstes Abkommen die Vereinbarung zur Verhinderung eines Atomkrieges [h]) abgeschlossen.

— Am 3. Juli 1974 wurde zwischen der Sowjetunion und den USA in Moskau ein Vertrag über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche unterzeichnet. Bei dieser Gelegenheit wurde ferner eine gemeinsame Erklärung über den Schutz der Umwelt vor Beeinflussung zu militärischen Zwecken abgegeben [i]).

— Am 24. November 1974 wurde in Wladiwostok zwischen Leonid Breschnew und Gerald Ford eine gemeinsame Erklärung [j]) erarbeitet, in der die Grundlagen für ein weiteres Abkommen über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (SALT II) festgelegt sind.

a) Der Vertrag über die Begrenzung der Systeme zur Abwehr ballistischer Flugkörper (ABM-System) vom 26. Mai 1972

In dem Vertrag sind beide Seiten übereingekommen, die Errichtung eines Antiraketengürtels auf 200 Stück für jedes Land zu begrenzen; 100 sollen jeweils um die beiden Hauptstädte — Washington und Moskau — und 100 jeweils um Raketensilos errichtet werden.

Dieser Vertrag wurde 2 Jahre später am 3. Juli 1974 durch ein Zusatzprotokoll eingeschränkt. In Artikel I/1 kommen beide Seiten überein: „Jede Vertragspartei wird sich jeweils auf ein einziges der beiden Gebiete beschränken, die in Arti-

g) Wortlaut in: „Blätter", 7/1973, S. 789 f.
h) Wortlaut in: „Blätter", 7/1973, S. 788 f.
i) Vgl. Kommuniqué, Wortlaut in: „Blätter", 8/1974, S. 871 ff.
j) Wortlaut in: „Blätter", 12/1974, S. 1308 f.

kel III des Vertrages für die Dislozierung von Systemen ballistischer Flugkörper (ABM-System) oder deren Bestandteile vorgesehen waren, und wird daher von ihrem Recht, ein ABM-System oder dessen Bestandteile in dem zweiten durch Artikel III des Vertrages zugelassenen Dislozierungsgebiet zu dislozieren, keinen Gebrauch machen, es sei denn durch Austausch des einen zugelassenen Gebiets gegen das andere gemäß Artikel II des Protokolls."

— Die Bedeutung dieses Abkommens wird — wie kaum anders zu erwarten — von sehr unterschiedlichen Positionen aus angezweifelt. Eine generelle Kritik wiederholt die Auffassung, die schon bei den frühen Verträgen der 60er Jahre geltend gemacht wurde: Dieses Abkommen sei überflüssig gewesen und nur dazu da, den beiden „Supermächten" unerträgliche Kosten des Wettrüstens zu ersparen. In der Tat hilft dieses Abkommen, unermeßliche Summen für zusätzliche Rüstungsausgaben einzusparen. Darin etwas Negatives zu sehen, überrascht. Es gehört zu den zentralen Forderungen der Friedensbewegung, den Wehretat zu senken, um breitere Bevölkerungsschichten von den Kosten der Rüstung zu entlasten und mehr Mittel für die Finanzierung gesellschaftlicher Reformen zu erhalten. In den Vereinigten Staaten wurden die Unkosten, die dieses System — wäre es nicht begrenzt worden — verursacht hätte, auf 50 Mrd. Dollar geschätzt. Zumindest kann man annehmen — und das ist nicht hoch genug zu bewerten — daß die Bevölkerung in beiden Staaten durch den Abschluß dieses Übereinkommens von weiteren, zusätzlichen Rüstungsbelastungen verschont blieb.

— Die grundsätzlichere Bedeutung aber liegt darin, daß dieses Abkommen eine qualitativ neue Stufe im Wettrüsten verhinderte, die von Fachleuten verglichen wurde mit dem seinerzeitigen revolutionären Umbruch im Militärwesen, dem Übergang zur Artillerie.

b) Das zeitweilige Abkommen über einige Maßnahmen auf dem Gebiet der Begrenzung der strategischen Offensivwaffen vom 26. Mai 1972

Dieses Abkommen ist auf 5 Jahre — bis 1977 — begrenzt. In ihm werden die Höchststärken festgelegt, die die beiden Staaten in einzelnen Bereichen der atomaren Trägermittel haben dürfen. Den USA werden 1764 Interkontinentalraketen (1054 landgestützte und 710 seegestützte auf 44 U-Booten), der Sowjetunion 2568 Interkontinentalraketen (1618 landgestützte und 950 seegestützte auf 62 U-Booten) zugestanden. Nicht berücksichtigt wurde in diesem Abkommen die Bomberflotte der Vereinigten Staaten und die qualitative Seite des Wettrüstens (die Ausstattung der Interkontinentalraketen mit einfachen oder Mehrfachsprengköpfen).

— Im Unterschied zu den Rüstungsbegrenzungsvereinbarungen der 60er Jahre, die Randgebiete und neue Räume des Wettrüstens betrafen, stößt dieses Abkommen in dessen Zentrum selbst vor. Der Wert von SALT I liegt darin, daß zum erstenmal bestimmte Bereiche des Wettrüstens selbst begrenzt wurden.

— Er liegt zugleich auch noch in der angewandten Methode, die es erlaubt, eine vergleichbare Rüstungsbegrenzung vorzunehmen. Dieses Abkommen hat bewiesen, daß es bei entsprechenden politischen Voraussetzungen möglich ist, die in den einzelnen Bereichen unterschiedlichen Potentiale zu einem Gesamtpotential (Paket) zu bündeln und solche — unterschiedlichen — Reduzierungen im einzelnen vorzunehmen, daß keine Seite insgesamt in ihrer militärischen Sicherheit übervorteilt wird. Damit ist ein Beispiel gesetzt für alle kommenden Abrüstungsbemühungen.

c) Das Abkommen zur Verhütung eines Atomkrieges vom 21. Juni 1973

In Artikel I dieses Abkommens heißt es: „Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion stimmen darin überein, daß es ein Ziel ihrer Politik ist, die Gefahr von Atomkriegen und die Verwendung von Kernwaffen zu beseitigen. Daher vereinbaren die Vertragsparteien, daß ihr Handeln davon bestimmt sein wird, die Entwicklung von Situationen zu verhüten, die zu einer gefährlichen Verschlechterung ihrer Beziehungen führen können, um auf diese Weise militärische Konfrontation zu verhüten und die Möglichkeit des Ausbruchs eines Atomkrieges zwischen ihnen und auch zwischen jeder der beiden Vertragsparteien und anderen Staaten auszuschließen."

— Die Bedeutung dieses Abkommens liegt vor allem auch darin, daß es einen entscheidenden Schritt zum Verbot des Präventivschlages und zum Verbot der Anwendung von Kernwaffen darstellt. Es ist das erste konkrete, wenn auch nicht umfassende Ergebnis der seit 1945, seit dem Atombombenabwurf über Hiroshima und Nagasaki, geführten Diskussion. Insofern erstaunt es nicht, daß die Kräfte, die auf die militärische Konfrontation in allen Bereichen, im konventionellen wie atomaren, setzen, auch dieses Abkommen schärfster Kritik unterzogen. „Obwohl sich Richard Nixon offenbar mit letzter Kraft der Forderung Leonid Breschnews entzog, auf den Ersteinsatz von Kernwaffen expressis verbis zu verzichten, laufen die Abmachungen darauf hinaus, daß die Position der USA auf unserem Kontinent erheblich geschwächt wird ... Wenn die Europäer unter dem Schock der Ereignisse einen Rest von Einigkeit aufbringen, könnte es ihnen vielleicht gelingen, einen solchen Rückzug der Amerikaner aus der Verantwortung für eine Weile zu bremsen. Für eine Lösung des Problems müßte freilich mehr geschehen: Die Bemühungen müßten beschleunigt werden, um eine politische Union zu bilden, die militärisch Gewicht hat. Dazu gehören vornehmlich atomare Anstrengungen" [11]).

— In der Tat. Diese Vereinbarung grenzt gerade den Spielraum jener ein, die allzu gerne militärische Denkspiele über einen Präventivkrieg anstellen und sich mit aller Gewalt gegen ein völkerrechtskräftiges Verbot des Einsatzes von Kernwaffen wehren.

— Dieses Abkommen erleichtert zugleich die Fortsetzung der SALT-Runden, weil es seinem Wesen und seiner Natur nach die Atomwaffen relativiert. Wenn man sich verpflichtet, die Gefahr der Verwendung von Kernwaffen zu beseitigen, dann ist das beste Mittel ihre Beseitigung selbst.

— Es verbessert die Möglichkeiten, einen atomaren Vernichtungskrieg zu verhindern.

d) Vertrag über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche vom 3. Juli 1974

„Jede Vertragspartei verpflichtet sich, ab 31. März 1976 unterirdische Kernwaffenversuche mit einer Sprengkraft von mehr als 150 Kilotonnen an jedem ihrer Hoheitsgewalt oder Kontrolle unterstehendem Ort zu verbieten, zu verhindern und zu unterlassen."

Dieser Vertrag gilt für 5 Jahre und wird jeweils um weitere 5 Jahre verlängert, wenn es nicht in der Zwischenzeit gelingt, die in der Präambel erklärte Absicht zu

11) Lothar Ruehl, in: „Die Welt" v. 3. 7. 1973.

verwirklichen, zu einem völligen Verbot militärischer Kernwaffenversuche zu kommen.

e) Gemeinsame amerikanisch-sowjetische Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstung vom 24. November 1974

Die beiden Seiten bekräftigen ihre Absicht, „ein weiteres Abkommen über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen für den Zeitraum bis Ende 1985 abzuschließen." Die Ausarbeitung des Abkommens soll 1975 abgeschlossen werden.

„1. Das neue Abkommen wird die entsprechenden Bestimmungen des zeitweiligen Abkommens vom 26. Mai 1972 einschließen, die bis Oktober 1977 in Kraft bleiben.

2. Das neue Abkommen wird sich auf den Zeitraum von Oktober 1977 bis zum 31. Dezember 1985 erstrecken.

3. Das neue Abkommen, basierend auf dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit, wird folgende Einschränkungen beinhalten:

a) Beide Seiten werden das Recht haben, über bestimmte, vereinbarte Gesamtmengen von Trägern strategischer Waffen zu verfügen,

b) beide Seiten werden das Recht haben, über bestimmte, vereinbarte Gesamtmengen von interkontinentalen, ballistischen Raketen und von ballistischen Raketen auf Unterseebooten, die mit individuell lenkbaren Mehrfachsprengköpfen ausgerüstet sind, zu verfügen.

4. Das neue Abkommen wird eine Bestimmung über weitere Verhandlungen zur Frage weiterer Begrenzungen und einer evtl. Reduzierung der strategischen Rüstungen in der Zeit nach 1985 enthalten, diese Verhandlungen müssen spätestens 1980—81 beginnen."

Der amerikanische Präsident Gerald Ford veröffentlichte am 2. Dezember 1974 im einzelnen die Übereinkommen, die in dem Vertrag ausgearbeitet werden sollen.

„1. Wir kamen überein, für jeden eine Höchstgrenze von 2400 für die Gesamtzahl von interkontinentalen-ballistischen Flugkörpern, von Unterseebooten zu startenden Flugkörpern und schweren Bombern festzusetzen.

2. Wir kamen überein, die Zahl der Flugkörper, die mit Mehrfachsprengköpfen (MIRV) ausgerüstet werden dürfen, zu begrenzen. Von der jeder Seite zustehenden Gesamtzahl von 2400 dürfen 1320 so ausgerüstet werden.

Die Höchstgrenzen liegen *reichlich unter den Stärken, mit denen andernfalls über die nächsten 10 Jahren zu rechnen wäre, und ganz beträchtlich unter denen, die sich aus einem ungehemmten Wettrüsten über den gleichen Zeitraum ergeben würden* (hervorgehoben vom Autor).

Was wir getan haben, ist die Festsetzung fester und gleichmäßiger Grenzen für die strategischen Streitkräfte jeder Seite und damit die Verhinderung eines Wettrüstens mit all seinen Schrecken, all seiner Instabilität, seiner kriegstreibenden Spannung und wirtschaftlichen Verschwendung. Wir haben darüber hinaus eine solide Basis geschaffen, von der aus künftige Rüstungsverminderungen ausgehandelt werden können — und hoffentlich werden" [12]).

— Der Kritik an dieser Absichtserklärung, daß mit ihr Aufrüstung beschlossen sei, weil die festgelegten Höchstgrenzen noch nicht erreicht seien, liegt also wie-

12) Erklärung in: „Europa Archiv", 4/1975, D 100 f.

derum die der Sache fremde Hoffnung zugrunde, das Wettrüsten hätte sich ohnedies von selbst erledigt. Warum das aber bisher nicht der Fall war und just immer dann der Fall sein soll, wo solche Abkommen ins Haus stehen, bleibt nun doch recht unergründlich. Die Methode ist, Behauptungen aufzustellen, für die man keinen Nachweis bringen muß.

— Mit dem geplanten Abkommen kann es gelingen, die quantitative Seite des Wettrüstens insgesamt einzufrieren und Auswege, wie die Aussparung der Bomberflotte der Vereinigten Staaten, zu versperren. Der amerikanische Außenminister Kissinger hob hervor, daß es gelungen sei, dem Wettrüsten für mehrere Jahre einen Deckel aufzusetzen.

— Die quantitative Gleichstellung der atomaren Trägerwaffen ermöglicht es nun, gleichmäßig auf beiden Seiten — allerdings mit unterschiedlichen Gewichtungen in den einzelnen Kategorien — bei den Interkontinentalraketen zu Lande, zur See oder zur Luft Reduzierungen vorzunehmen.

— Keineswegs sind schon alle qualitativen Aspekte des Wettrüstens mit in diesem Abkommen berücksichtigt. Dennoch aber trägt die Begrenzung der Ausrüstung von Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen dazu bei, die Hektik im qualitativen Wettrüsten herabzustufen.

f) Allgemeine Einschätzung der Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR

Die Verträge, Abkommen und Erklärungen zwischen den USA und der UdSSR stehen in einem engen, unauflösbaren Verhältnis zum Umbruch ihrer politischen Beziehungen zueinander. Nach Jahren des Kalten Krieges, der militärpolitischen Konfrontation und eines militanten Antikommunismus wurde in dem Dokument, das am 29. Mai 1972 in Moskau über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA unterzeichnet wurde [k]), anerkannt, „daß es im Kernzeitalter keine andere Grundlage für die Aufrechterhaltung der Beziehungen zwischen ihnen gibt als die friedliche Koexistenz." Damit ist zum erstenmal in einem völkerrechtswirksamen Dokument zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten der Begriff der friedlichen Koexistenz aufgenommen und werden ihre Prinzipien des Gewaltverzichts, der Nichteinmischung, der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit, nationalen Souveränität und des gutnachbarlichen Verhältnisses zur Norm der Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung erklärt. Auf der Grundlage dieser politischen Verständigung konnten neben etwa 20 anderen Abkommen, die die friedliche Zusammenarbeit betreffen, auch erste Schritte in der Rüstungsbegrenzung vereinbart werden. Die vorrangigen Ziele solcher Abkommen müssen darin liegen,

— die Gefahr eines atomaren, weltweiten Vernichtungskrieges zu vermindern und schließlich zu bannen

— und Ansätze für die Einschränkung und den anschließenden Stopp des Wettrüstens zu entwickeln.

Diesen Aufgaben sind die zahlreichen Abkommen und Erklärungen gerecht geworden. Sie anerkennen die aufgrund der realen Kräfteverhältnisse heute existierenden Möglichkeiten für die Rüstungsbegrenzung. Sie sind ein erster, in der Tat wichtiger Schritt zur weiteren Rüstungsbegrenzung und zur Einstellung des Wettrüstens.

k) Wortlaut in: „Blätter", 6/1972, S. 653 ff.

Nicht entscheidend ist, ob man privat diese Abkommen schon als zureichend empfindet. Vom Standpunkt der allgemeinen und vollständigen Abrüstung her gesehen sind sie sicherlich noch weit vom Ziel entfernt.

Sie dokumentieren aber, daß das Wettrüsten kein Schicksal, nicht unabänderlich und unaufhaltsam ist. Sie beweisen, daß heute die Bedingungen herangereift sind, dem Wettrüsten ein Ende zu bereiten und zum Prozeß der Abrüstung überzugehen.

Die zahlreichen Abkommen beweisen auch — gerade aufgrund ihrer im Verhältnis zu früheren Bemühungen relativ kurzen Zeit, in der sie abgeschlossen sind — daß es sich nicht um einzelne, voneinander isolierte Übereinkommen handelt, sondern daß sie ein Netz und einen Prozeß darstellen. Sie sind also keine zufälligen, zeitweiligen Erscheinungen. In ihnen kommt vielmehr eine sich objektiv durchsetzende Tendenz zum Ausdruck, die gewiß erst in Keimen existiert, die aber existiert und weiter entwickelt werden kann.

Denn die Folge ist u. a., daß auch die internationale weltweite Bewegung für Abrüstung neue, ermutigende Impulse erhält, sich in einer Atmosphäre der Zusammenarbeit und des Vertrauens über antikommunistische Schranken mehr und mehr hinwegsetzt und sich gemeinsam verständigt über die notwendigen konkreten Maßnahmen und Schritte, die gefordert werden müssen, um den Abrüstungsprozeß weiterzutreiben.

III. Der Genfer Abrüstungsausschuß

a) In der Nachkriegszeit wurden im Rahmen der beiden UN-Kommissionen für atomare und konventionelle Abrüstung zahlreiche Bemühungen unternommen, zur Kontrolle und Einschränkung der Rüstungen in beiden Bereichen zu kommen. Diese Bemühungen scheiterten Anfang der 50er Jahre u. a. aus dem Grund, weil konventionelle und atomare Abrüstung nicht getrennt voneinander behandelt werden konnten. Im Bereich der konventionellen Abrüstung konnte man solange nicht zu Vereinbarungen kommen, solange nicht Vereinbarungen in der Kommission für atomare Abrüstung gleichzeitig erzielt wurden, da die Vereinigten Staaten ein deutliches Übergewicht in der Nuklearbewaffnung besaßen und durch die Strategie der massiven Vergeltung, d. h. durch ihr Atommonopol, eventuelle Zugeständnisse im konventionellen Bereich zu kompensieren (atomar zu ersetzen) gedachten.

b) Infolgedessen wurden im Rahmen der UNO beide Kommissionen zur Abrüstungskommission vereinigt, deren Tätigkeit scheinbar eine erfreuliche Entwicklung nahm. Nach den Erfahrungen mit dem faschistischen Weltkrieg wollte sich die Weltmeinung nicht mit der neuen Entwicklung zufrieden geben, die auf die Gefahr eines Atomkrieges, auf Aufrüstung und nicht auf Abrüstung, auf die Gefahr eines neuen Weltkrieges und nicht auf den Frieden hinauslief. Im zweiten Abschnitt der UNO-Bemühungen um Abrüstung von 1952 bis 1956 wurde dieser Tatsache Rechnung getragen; die Diskussion wurde konkreter und beschäftigte sich wesentlich mit Plänen, nach denen die Abrüstung in drei Phasen erfolgen sollte.

Frankreich, Großbritannien und die USA entwickelten in dieser 1952 durch die Vollversammlung neu gebildeten 12-Mächte-Kommission Phasenpläne mit recht weitgehenden Überlegungen. So sollten z. B. die Truppen der USA und der UdSSR auf 1,5 Mio. Mann reduziert werden, die der Franzosen und Briten auf 650 000

Soldaten. Offensichtlich im Gegensatz zu den allgemeinen Erwartungen ging die Sowjetunion 1955 auf diese Vorschläge ein und zeigte auch ein Entgegenkommen in der Frage der Kontrolle, trotz prinzipieller Bedenken.

Selbst solche Autoren, die offensichtlich die Positionen der USA vertreten, stellten fest, daß die Sowjetunion im Verlaufe der Abrüstungsbemühungen immer wieder versuchte, amerikanischen oder anderen westlichen Verhandlungsvorschlägen entgegenzukommen. Ihr Schritt führte 1955 international zur Hoffnung, daß nun die Zeit herangereift sei, zu konkreten Abrüstungsmaßnahmen überzugehen.

Der Friedensnobelpreisträger Philip Noel Baker schrieb dazu, daß das Entgegenkommen der Sowjetunion sehr weitgehender Natur gewesen sei. Was die von den Russen vorgeschlagenen Kontrollen betreffe, „hätten sie, falls sie überhaupt etwas bedeuteten, in den Eisernen Vorhang eine ungeheure Bresche geschlagen ... Doch um das Maß vollzumachen, legten die Russen auch ihren Plan für Bodenkontrollstationen an größeren Häfen, Eisenbahnverkehrsknotenpunkten, in Hauptautostraßen und Flugplätzen vor."

Anstatt aber auf die Angebote der Sowjetunion einzugehen, setzten die Westmächte gegen den Protest der Sowjetunion eine Verhandlungspause durch. Nach der Verhandlungspause hieß es: „Die USA melden nunmehr Vorbehalte an gegen alle ihre vor der Genfer Konferenz in diesem Unterausschuß oder in der Abrüstungskommission oder in der UNO hinsichtlich der Höhe der Rüstungsbeschränkung vertretenen Standpunkte." „Mit anderen Worten", schreibt Noel Baker, „die sechs Grundsätze, ... die erst vor drei Monaten mit solchem Nachdruck und solcher Beharrlichkeit vertreten worden waren — sie alle wurden zurückgezogen".

c) Die Bemühungen der UN-Abrüstungskommission waren gescheitert. 1960 konstituierte sich dann in Genf das Abrüstungskomitee der 10 Nationen.

Dieser 10-Nationen-Ausschuß konferiert unabhängig von der UNO, aber in enger Verbindung mit ihr. Diesem Ausschuß gehörten an: die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Bulgarien, Kanada, Tschechoslowakei, Frankreich, Italien, Polen und Rumänien.

— Der Ausschuß wurde 1962 auf 18 Nationen erweitert (GNDC). Zusätzlich wurden in ihn aufgenommen: Brasilien, Burma, Ägypten, Äthiopien, Indien, Mexiko, Nigeria und Schweden.

— 1969 bildete sich die Konferenz des Abrüstungskomitees (CCD). Ihr gehörten zusätzlich zu den 18 Nationen Argentinien, Ungarn, Japan, Mongolei, Marokko, Niederlande, Pakistan, Jugoslawien an.

— Parallel dazu wurde 1973 zur Vorbereitung der Weltabrüstungskonferenz ein UNO-Spezialkomitee für die Weltabrüstungskonferenz gebildet. Ihr gehörten zusätzlich zu den 26 Mitgliedern der CCD weiterhin an: Belgien, Chile, China, Kolumbien, Indonesien, Iran, Liberia, Spanien, Ceylon und Sambia. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und China nehmen ihren Platz in diesem Komitee nicht wahr. Er wurde für sie reserviert.

Da die meisten Atommächte an der Vorbereitung nicht teilnahmen, wurde der Ausschuß umgebildet, so daß ihm jetzt nur nichtnukleare Länder angehören.

Die ständige Erweiterung des Genfer Abrüstungsausschusses zeigt die Tendenz, daß die Frage der Abrüstung nicht Monopol einiger weniger Staaten ist, sondern

mehr und mehr zur Angelegenheit aller Staaten gemacht wird. Die einhellige Zustimmung der UNO-Staaten zur Weltabrüstungskonferenz (mit Ausnahme der USA und der Volksrepublik China, die sich enthielten) und die Vorbereitung dieser Konferenz stellt den gegenwärtigen Höhepunkt der weltweiten Abrüstungsbemühungen dar. Die Vorbereitung und die Durchführung dieser Konferenz wird den internationalen Bestrebungen um Abrüstung sowie einer Politik des Gewaltverzichts und der friedlichen Streitbeilegung entscheidenden Auftrieb geben.

Im Rahmen des Genfer Abrüstungsausschusses geht es nach erfolgreichem Abschluß der Bemühung um ein Verbot der bakteriologischen Waffen, das die erste Beseitigung eines Massenvernichtungsmittels bedeutet und damit die erste Abrüstungsmaßnahme in der Geschichte überhaupt, jetzt um fünf Schwerpunkte.

Diese fünf Schwerpunkte entsprechen den Empfehlungen der 29. Vollversammlung der Vereinten Nationen. Erarbeitet werden sollen

— ein Verbot, die Umwelt und das Klima für militärische Zwecke zu beeinflussen,

— ein Verbot sämtlicher chemischer Waffen,

— Pläne zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen,

— die Ausarbeitung eines umfassenden Verbots der Kernwaffentests.

— Die Anregung, ein Verbot auszusprechen, auf Umwelt und Klima zu militärischen und anderen Zwecken einzuwirken, ging von der Sowjetunion aus und fand in der UNO einen starken Widerhall. Der heutige Stand von Wissenschaft und Technik gestattet es, Vorgänge in der Natur so zu steuern und auf das Wetter und Klima so einzuwirken, daß sie zu militärischen Zwecken mißbraucht werden können. Amerikanische Experimente in Vietnam haben das belegt. Möglich ist die Zerstreuung von Wolken (künstliche Dürre), künstlicher Regen, künstliche Erdbeben und die Erzeugung von Flutwellen.

Solche Maßnahmen würden furchtbare Katastrophen über ganze Völker und Staaten heraufbeschwören. Der Abrüstungsausschuß hat den Auftrag, unverzüglich eine entsprechende Konvention eines Verbotes aufzusetzen.

— Das Verbot der chemischen Waffen ist nicht neu. Es mußte vom Verbot bakteriologischer Waffen abgekoppelt werden, weil gerade in dieser Zeit die Vereinigten Staaten sich strikt weigerten (aufgrund ihres Einsatzes chemischer Waffen in Vietnam), diese Koppelung hinzunehmen. Bereits in der Konvention über das Verbot der bakteriologischen Waffen ist eine Bestimmung enthalten, die die Unterzeichner verpflichtet, im Sinne guten Willens weiter zu verhandeln, um auch ein Verbot der chemischen Waffen zu erzielen. Um auf diesem Wege weiterzukommen, haben die UdSSR und die USA 1974 vereinbart, einen gemeinsamen Schritt im Abrüstungsausschuß zu erwägen, damit als ein Anfang eine internationale Konvention über die gefährlichsten, tödlichsten chemischen Kriegsführungsmittel beschlossen wird. Dadurch würde — ähnlich wie bei dem eingegrenzten Verbot unterirdischer Atomtests — auch im Bereich des Verbots der chemischen Waffen ein Anfang gemacht. Dieser erste Schritt kann nur im Zusammenhang des Auftrages der UNO-Vollversammlung sinnvoll unternommen werden, demzufolge „mit Rücksicht auf die vorliegenden Anträge als erstes die Verhandlung fortzusetzen (wären), baldigst zu einem Abkommen über wirksame Maßnahmen für ein Verbot der Entwicklung, Erzeugung und Hortung von chemischen Waffen aller Art und über ihre Vernichtung zu gelangen".

Die Diskussion um atomwaffenfreie Zonen erlebt in der jüngsten Zeit einen deutlichen Aufschwung. Besonderes Interesse für diese Diskussion besteht in Afrika, im Nahen Osten, in Süd-Asien und in Nord-Europa. Der Genfer Ausschuß wird prüfen müssen, welche konkreten Bedingungen und Situationen in den jeweiligen Gebieten bestehen, welche Bereitschaft vorhanden ist, diese Projekte zu verwirklichen. Atomwaffenfreie Zonen herzustellen, wird dann problematisch, wenn sie mißbraucht werden zum Versuch, imperialistische Aktionen straflos durchzuführen (vgl. Schweinebuchtaktion gegen Kuba).

Im Zusammenhang mit dem vollständigen Verbot von unterirdischen Kernwaffenversuchen zu militärischen Zwecken hat die 29. UN-Vollversammlung dem Abrüstungsausschuß aufgetragen, die Folgen friedlicher Kernexplosionen für die Eindämmung des Wettrüstens zu untersuchen und die Meinung der Atomenergieorganisation über die Nützlichkeit und Möglichkeit dieser Explosionen zu berücksichtigen, inklusive der friedlichen Aspekte sowie derjenigen der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes. Wenn also unterirdische Kernwaffenexplosionen durchgeführt werden, ist keineswegs schon ausgemacht, zu welchem Zweck: militärisch oder friedlich (Tunnelbau, Bewässerung etc.).

d) Beurteilung der Tätigkeit des Genfer Abrüstungsausschusses

Vielfach ist als vorherrschende Stimmung anzutreffen, daß dieser Abrüstungsausschuß nicht effektiv arbeite, da er in den 15 Jahren seiner Tätigkeit erst eine grundsätzliche Vereinbarung zustande gebracht hätte. In der Tat zeigt sich, daß unter den Bedingungen des Kalten Krieges die Möglichkeiten für den Abrüstungsausschuß begrenzt waren. Eine positive Veränderung gegenüber früheren Zeiten zeichnete sich alleine dadurch ab, daß die Abrüstungsbemühungen auf eine breitere Basis gestellt werden. Dadurch gewinnt gegenüber dem bisherigen Monopol weniger Staaten die Weltmeinung größeren Einfluß. Unter den Bedingungen der Entspannung wird in Zukunft der Genfer Abrüstungsausschuß effektiver und zügiger arbeiten können. Eine wesentliche Bedingung dafür, daß sich diese Aussichten erfüllen, ist auch, daß die Öffentlichkeit regeren und positiven Anteil an ihrer Tätigkeit nimmt und durch diesen Druck den Regierungen einen politischen Rückhalt verschafft. Dies gilt insbesondere auch für die Bewegung in der Bundesrepublik, deren Regierung jetzt im Zuge der Erweiterung auf 31 Mitgliedsstaaten an der Genfer Abrüstungskommission teilnimmt.

(Ein weiterer Artikel des Verf., voraussichtlich im Augustheft der „Blätter", wird sich mit den Wiener Verhandlungen über die Reduzierung von Truppen und Rüstungen in Zentraleuropa auseinandersetzen. D. Red.)

Politische und ökonomische Entstehungsbedingungen der zivilen Atomindustrie

Von Bernd Moldenhauer

Anfang Juni füllte die Auseinandersetzung zwischen der Bundesregierung und der Regierung der USA über die Lieferung von 8 Kernkraftwerken an Brasilien die politischen Leitartikel der Tageszeitungen. Der Vertrag mit einem Gesamtwert von 12 Mrd. DM stellt das größte Exportgeschäft der kapitalistischen Welt und zugleich den ersten empfindlichen Einbruch in das Weltmarktmonopol der amerikanischen Reaktorbaufirmen „General Electric" und „Westinghouse" dar.

Zur gleichen Zeit konnte man im Wirtschaftsteil der Tageszeitungen lesen, daß die AEG ihre 50-prozentige Beteiligung an der „Kraftwerk-Union", dem führenden Reaktorbauunternehmen der BRD, nach Aufträgen an dritter Stelle in der Welt liegend, aufgeben mußte, weil schwere technische Mängel an den von der AEG vor 1969 gebauten Kernkraftwerken dem Konzern Verluste in Höhe von über 1 Mrd. DM eingetragen hatten: Die Verluste in Würgassen betrugen 545 Mio. DM und gingen damit um 210 Mio. DM über den Auftragswert hinaus. Etwa gleich hohe Einbußen sind von den Aufträgen in Philippsburg, Tullnerfeld und Krümmel zu erwarten.

Die technischen Mängel, die den Zusammenbruch des Kernkraftwerksgeschäfts der AEG verursacht haben, waren einer der Anlässe für die Bildung und verstärkte Aktivität von Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke, deren radikalste Forderung lautet: Einstellung aller Arbeiten an der Energiegewinnung aus Kernspaltungsprozessen. Sie geraten zunehmend in Konflikt mit der Reaktorbauindustrie und der staatlichen Verwaltung, die sich ihrerseits durch die unübersehbaren Exporterfolge bestätigt sehen.

Eine Diskussion dieser Positionen ist nur zu führen, wenn die politischen und ökonomischen Motive geklärt sind, aus denen die Kernspaltung zum Zwecke der Energieerzeugung überhaupt in Gang gesetzt worden ist. Der Aufsatz geht diesen Entstehungsbedingungen eines Industriezweiges nach, dessen Auswirkungen auf die Gesellschaft umstritten sind wie kaum ein anderer. Ein weiterer Aufsatz in den „Blättern" wird die Atomindustrie in der BRD behandeln.

I. Stoffliche und politisch-ökonomische Aspekte

Die ziviele Atomindustrie ist in der BRD nach einer erstaunlich langen Periode relativen Desinteresses seit kurzem stärker in das Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Während die politischen Debatten der 50er Jahre fast ausschließlich um das Problem der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr kreisten und die zivile Kernenergieproduktion ausdrücklich aus der Auseinandersetzung ausgenommen wurde [1]), geht es gegenwärtig gerade um diese Seite: Parlamentsdebatten und -hearings, Anzeigenserien der Kernkraftwerkproduzenten und -betreiber über die Unausweichlichkeit des weiteren Ausbaus der Atomindustrie, publizistische und

1) So erklärten etwa die 18 Professoren in der „Göttinger Erklärung" gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, daß ihre Weigerung, an derartigen Vorhaben mitzuarbeiten, sich nicht auf Forschungen zum Zwecke atomarer Energieerzeugung erstrecke.

politische Aktivitäten von Kernkraftwerksgegnern belegen diese für die BRD durchaus neuartige Erscheinung [2]).

Ausgelöst wurde dieses verstärkte Interesse an einer früher nur in der Fachpublizistik und von einigen Wissenschaftsjournalisten behandelten Thematik, der Rolle der Kernenergie und der Atomindustrie in der künftigen Wirtschaftsentwicklung, durch drei miteinander verknüpfte Prozesse: im Gefolge der zur allgemeinen Energiekrise stilisierten Preissteigerungen für Rohölprodukte Ende 1973 wurden besonders von den Regierungen der USA und der BRD die Kernenergieentwicklung verstärkt finanziert und die Sollziffern für den weiteren Bau von Kernkraftwerken drastisch erhöht.

Tabelle 1

Struktur des Primärenergieverbrauchs der BRD

	1957		*1972*		*1975*		*1980*		*1985*	
					Vorausberechnungen der Bundesregierung					
	*Mio. t SKE *)*	*%*	*Mio. t SKE*	*%*	*Mio. t SKE*	*%*	*Mio. t SKE*	*%*	*Mio. t SKE*	*%*
Mineralöl	*21,6*	*11,0*	*196,4*	*55,4*	*230*	*57*	*275*	*54*	*330*	*54*
Steinkohle	*137,0*	*69,9*	*83,7*	*23,6*	*72*	*18*	*58*	*11*	*50*	*8*
Naturgas	*0,6*	*0,3*	*30,6*	*8,6*	*48*	*12*	*82*	*16*	*92*	*15*
Braunkohle	*29,0*	*14,8*	*31,0*	*8,7*	*35*	*8*	*39*	*8*	*38*	*6*
Kernenergie	—	—	*3,1*	*0,9*	*12*	*3*	*45*	*9*	*90*	*15*
Sonstige	*7,9*	*4,0*	*9,6*	*2,8*	*9*	*2*	*11*	*2*	*10*	*2*
Insgesamt	*196,1*		*354,4*		*406*		*510*		*610*	

*) SKE = Steinkohleneinheit; 1 Tonne Mineralöl = 1,4 Tonnen SKE.
Quelle: Bundesrat, Drucksache 607/73, Bonn 1973, Energieprogramm der Bundesregierung vom 2. 10. 1973.

Die Atomindustrie zählt damit zu den Schlüsselbranchen, um deren Beherrschung auf dem Weltmarkt ein heftiger Kampf tobt: die Kernenergie weist in den Prognosen über die relativen Anteile der Primärenergieträger die höchsten Zuwachsraten auf (Tabelle 1). Neben der Substitution traditioneller Energieträger wie Kohle und Wasser, neuerdings auch des „politisch unsicher gewordenen" Erdöls, soll die Kernenergie vornehmlich den zusätzlichen Energiebedarf der Industrie decken. In 25 Jahren soll sie bereits 50 % der elektrischen Energie liefern. Der Umsatz der Atomindustrie soll im Jahre 1980 etwa 5 bis 6 Mrd. DM pro Jahr zu heutigen Preisen betragen [3]).

Diese Projektierung der Lösung des Energieproblems führte indessen dazu, daß zwei Folgeprobleme der industriellen Anwendung von Kernspaltungsprozessen erhöhte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zogen: einmal die ökologischen Auswirkungen, die der Einsatz einer noch nicht zureichend beherrschten Technik auf großer Stufenleiter unvermeidlich nach sich zieht, zum anderen die militärpolitischen Konsequenzen, die sich daraus ergeben, daß bei zunehmender

[2]) Vgl. z. B. das Protokoll über die öffentliche Anhörung zu Fragen des Umweltschutzes" am 2. und 3. 12. 1974 zu dem Thema „Das Risiko der Kernenergie", Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, Protokoll Nr. 52 und 53; weiter das Streitgespräch zwischen Vertretern des Forschungsministeriums, der Bürgerinitiativen und der Atomindustrie in „Bild der Wissenschaft", 3/1974: „Kernkraftwerke — wie gefährlich sind sie?" Als Beispiel für die Position der Kernkraftwerksbefürworter vgl. die Broschüre „Zum besseren Verständnis der Kernenergie, 66 Fragen: 66 Antworten", hrsg. von zwei Elektrizitätsgesellschaften, und als Antwort der Kernkraftwerksgegner die Broschüre „Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie", hrsg. von einer Autorengruppe des Projekts „Schadstoffbelastung am Arbeitsplatz in der Industrieregion Unterweser (SAIU) der Universität Bremen (jetzt auch als Buch erschienen). Zu den wichtigsten kritischen Veröffentlichungen zählen Holger Strohm, Friedlich in die Katastrophe, Hamburg 1975 (2. Aufl.); Ralph Graeub, Die sanften Mörder, Frankfurt/M. 1974; Ewald Gaul, Atomenergie oder Ein Weg aus der Krise?, Hamburg 1974.

[3]) Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Atomprogramm der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1973 bis 1976 — Entwurf, o. O., o. J., S. 47 u. 21.

Verbreitung ziviler Kernenergieanlagen immer mehr Länder Zugang zu dem in diesen Anlagen anfallenden spaltbaren Material erhalten [3a]).

Diese an die stofflichen Eigenschaften kerntechnischer Produktion gebundenen Folgeerscheinungen scheinen sich nun von den aus den übrigen Industriebranchen vertrauten qualitativ zu unterscheiden.

Die kerntechnische Rüstungsindustrie hat die Bedingungen für Aggressionen mit militärischen Mitteln nachhaltiger verändert als jede andere Revolutionierung der Waffentechnik seit Beginn der Neuzeit. Die Atomindustrie unterscheidet sich von konventionellen Zweigen allerdings nicht schon dadurch, daß die Umstellung von Zivil- auf Kriegsproduktion wegen des auch bei der Energieerzeugung zwangsläufig anfallenden Plutoniums besonders leicht ist — dies gilt, wie die Umstellung der Chemie- und Elektroindustrie auf Kriegszwecke während des Faschismus gezeigt hat, auch für konventionelle Produkte, denen man ihre Qualität als potentielles Rüstungsprodukt zunächst nicht ansieht. Dieser Gesichtspunkt ist bei Debatten über mögliche Gefahren auch ziviler Kernenergieproduktion zwar festzuhalten, aber nicht spezifisch für die Atomindustrie [4]). Spezifisch sind vielmehr die apokalyptischen Folgen des Einsatzes von Kernwaffen.

In ähnlicher Weise unterscheidet sich die Atomindustrie nach der Seite der ökologischen Auswirkungen ziviler Kernenergieproduktion von anderen Zweigen nicht einfach dadurch, *daß* von ihr umweltzerstörerische Wirkungen ausgehen — hier haben die Propagandisten der Atomindustrie durchaus recht, wenn sie darauf hinweisen, daß auch und gerade die Verwendung fossiler Brennstoffe zur Energieerzeugung zu Schadstoffbelastungen der Umwelt führt.

Diese Argumentation geht jedoch über die qualitativen Differenzen *in der Art* der Umweltbelastung hinweg, die von der Anwendung der heute gebräuchlichen Kernenergietechniken ausgehen. Zudem beschränkt sie das Problem in der Regel auf einen Vergleich der Emissionen konventioneller und atomarer Kraftwerksanlagen unter der Annahme eines störungsfreien Betriebsablaufs, während die größeren Risiken im Bereich des Brennstoffkreislaufs, d. h. des Zyklus Uranerzförderung — Aufbereitung — Einsatz — Wiederaufarbeitung und Abfallbeseitigung, zu suchen sind. So kontrovers die Einschätzungen der möglichen Beherrschbarkeit der ökologischen Auswirkungen des Brennstoffkreislaufs sind — über die zu lösenden Aufgaben selber herrscht Einmütigkeit [5]).

Um die beiden elementarsten herauszugreifen: a) auch bei normalem Kernkraftwerksbetrieb wird Radioaktivität frei, und: b) bei jedem Reaktorbetrieb fällt Plutonium an. Zu a): Zwar ist der menschliche Organismus auch natürlichen, aus dem Weltraum und der Umwelt einfallenden ionisierenden Strahlen ausgesetzt, „in den Körper aufgenommene (künstlich produzierte, d. Verf.) radioaktive Stoffe jedoch wirken auf Zellen und Gewebe aus nächster Nähe ein, wobei die Alpha- und Betastrahlen infolge ihrer hohen Ionisationsdichte im Gegensatz zu den

3a) Für den Bau einer Atombombe ist die Verfügung über zivile Kernkraftwerke bei einem gewissen Stand des allgemeinen wissenschaftlich-technischen Niveaus, das heute bereits eine Vielzahl kleinerer Länder erreicht hat, völlig hinreichend. „In einer Kernkraftwerkseinheit der Standardgröße von tausend Megawatt elektrischer Leistung fallen jährlich zwischen zwei- und fünfhundert Kilogramm Plutonium 239 an. Das genügt zum Bau von mindestens zehn bis zwanzig Atombomben." K. Rudzinski, „Kernkraftwerke kann man kaufen — Die militärische Nutzung ist eine eingehende Gefahr", in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 20. 6. 1975.
4) Auch wenn K. Engelhardt, K.-H. Heise in „Der militärisch-industrielle Komplex im heutigen Imperialismus", Köln 1974, zu Recht hervorheben, daß es „kaum ein anderes wissenschaftlich-technisches Gebiet gibt, bei dem eine so weitgehende Kongruenz ziviler und rüstungswirtschaftlicher Verwendung besteht" (S. 228), berechtigt dies noch nicht zur umstandslosen Subsumtion der Kernforschung und -technik unter die Rubrik „Militärische Forschung" (vgl. Tabelle 34, S. 223). Unter dem Gesichtspunkt der potentiellen militärischen Bedeutung könnte man dann so viel zusammenfassen, daß die Kategorie „militärische Forschung" ihre Schärfe verliert.
5) Vgl. dazu die in Anm. 2 angegebene Literatur.

durchdringenden Gammastrahlen ihre gesamte Energie im Organismus selbst abgeben und deshalb eine biologisch weitaus schädlichere Wirkung entfalten" [6]). In großem Maßstab freiwerdende künstliche Radioaktivität kann im Unterschied zu den Schadstoffen konventioneller Technik nicht nur somatische, sondern auch irreversible genetische Schäden auslösen.

Zu b): Das ebenfalls im Normalbetrieb von Kernkraftanlagen anfallende „Plutonium 239 ist das giftigste Element, das der Mensch bisher kennt, und ein sehr starker Krebserreger ... Fein verteilt, besitzt schon ein einziges Pfund Plutonium das Potential, um bei neun Milliarden Menschen Lungenkrebs auszulösen. Mit einer Halbwertzeit von 24 400 Jahren bildet fein verteiltes Plutonium für die nächsten Tausende von Generationen ein großes Krebsrisiko" [7]). Giftigkeit, lange Halbwertzeit und schwere technische Beherrschbarkeit von Plutonium erfordern für den angegebenen Zeitraum permanente Kontrolle der Pu-Bestände und -Abfälle — auch dies eine Problemstellung, die die aus der Umweltschutzdiskussion vertrauten Dimensionen qualitativ übersteigt.

Energieproblematik, Schadstoffbelastungen und militärische Konsequenzen ziviler Kernenergietechnik sind in der Fachliteratur und der Wissenschaftspublizistik der BRD bislang vorwiegend unter den angedeuteten *stofflichen* Aspekten behandelt worden, während *politisch-ökonomische* Analysen dieses Komplexes fehlen.

Eine Verbindung dieser beiden Momente, deren Notwendigkeit auch von naturwissenschaftlich orientierten Autoren zunehmend erkannt wird [8]), ist aus praktisch-politischen ebenso wie aus theoretischen Gründen unerläßlich. Aus praktisch-politischen, weil die bloße Kenntnis physikalischer, biologischer und ökologischer Sachverhalte noch nicht gestattet, sinnvolle Konsequenzen abzuleiten, die nicht an irrigen gesellschaftstheoretischen Implikationen scheitern müssen. Aus theoretischen Gründen, weil es bei der Einschätzung der Triebkräfte der Kernenergieentwicklung entscheidend darauf ankommt, die spezifischen gesellschaftlichen Ursachen der Herausbildung, Entwicklung und möglichen künftigen Entfaltung der Atomindustrie zu bestimmen. Dies ist vor allem deshalb notwendig, weil sich gerade bei Umweltproblemen sehr leicht eine systemunabhängige Betrachtungsweise breitmacht, die die ökologischen Auswirkungen der Produktion auf einer Ebene unterhalb der ökonomischen und politischen Strukturen einer Gesellschaft ansiedelt.

Demgegenüber ist zunächst der Gedanke festzuhalten, daß „die Aneignung der Natur ... hinsichtlich ihrer Qualität und Quantität einschließlich aller stofflichen Bewegungen einer konkreten historischen Produktionsweise (unterliegt)" [9]), gleichzeitig aber der Produktionsprozeß sich niemals von seiner natürlichen Basis ablösen kann, so daß die durch den als Stoffwechselprozeß mit der Natur aufgefaßten Arbeitsprozeß bedingten Eingriffe in den Materiekreislauf auf die gesellschaftliche Produktion zurückwirken. Diese Wechselbeziehung gilt für *jede* Pro-

6) H. Strohm, a. a. O.
7) Ebd., S.232.
8) Dies allerdings wiederum in einer für das Gesellschaftsbild von Naturwissenschaftlern charakteristischen Verkürzung auf moralische Probleme. So schreibt etwa Gofman: „Es handelt sich (bei der Kontroverse um die Atomenergie, d. Verf.) nicht um eine eigentlich technische Auseinandersetzung, wo man die Lösung mit einer Debatte über die Vorteile einiger Einzelstücke der Atomtechnik finden könnte. Worum es in Wahrheit geht, das ist eine sittliche Fragestellung: Darf eine Menschengeneration sich das Recht herausnehmen, die Bewohnbarkeit der Erde für ihre eigene und de facto alle künftigen Generationen aufs Spiel zu setzen?" („Die Lösung des Atomenergieproblems liegt in einem Moratorium", Broschüre, hrsg. von der Bürgeraktion Küste in Bremen, Übers. v. H. Strohm, S. 8.)
9) H. Immler, „Grenzen des Wachstums oder Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise?" in: „Das Argument", 16. Jg. (1974), H. 82, S. 814. Neben diesem Aufsatz vgl. zur historisch-materialistischen Ableitung des Umweltproblems K. Krusewitz, G. Kade, „Anti-Enzensberger. Von der Umweltkatastrophe und den Grenzen literarischer Krisenbewältigung", „Hefte zu politischen Gegenwartsfragen" 18, Köln 1974.

duktionsweise, stellt also noch keine zureichende Grundlage für die Bestimmung der Beziehung Produktion — Naturbasis in einer *bestimmten* Gesellschaftsformation dar — selbst dann nicht, wenn analoge Erscheinungen in Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung diesen Schluß nahelegen. Auf die Bedeutung der Untersuchung dieser *systemspezifischen* Entstehungsbedingungen der mit der Atomindustrie gekoppelten Probleme verweist die Bemerkung von Ronge, „die Lösung von Umweltproblemen ist sicher in Systemen einfacher, in denen die Probleme selbst keine strukturellen, sondern motivationale Ursachen haben" [10]). Erst wenn diese Ursachen identifiziert sind, können praktische Lösungsversuche mit Aussicht auf Erfolg angezielt werden.

Eine derartige gesellschaftstheoretische Analyse der Atomindustrie ist für die BRD derzeit noch nicht vorhanden. Im Gegensatz zu den anglo-amerikanischen Ländern, in denen bereits seit Beginn der dortigen Atomenergieentwicklung politologische, ökonomische und historische Untersuchungen der Atomindustrie und ihrer Verbindungen zu staatlichen Institutionen angestellt worden sind [11]), beschränkt sich die Sekundärliteratur in der Bundesrepublik auf deskriptive Darstellungen, einzelne Abschnitte in populären Technikbüchern und umfassende Analysen der staatlichen Forschungspolitik [12]).

Dies ist insofern bemerkenswert, als die Atomindustrie auch unter rein fachwissenschaftlichen Aspekten das Interesse der Ökonomie, Soziologie und Politikwissenschaft beanspruchen kann: sie stellt immerhin das erste und bis heute wichtigste Beispiel einer qualitativ neuen Form staatlicher Intervention in die Wirtschaft dar. Die Aufnahme der Wissenschafts- und Technikpolitik in den Katalog der staatlichen Aufgaben ist international von der Entwicklung der zivilen Atomindustrie ausgegangen und hat sich sukzessive auf weitere technische Bereiche (Raumfahrt, Datenverarbeitung, neue Technologien) ausgebreitet. Mit der Atomindustrie ist zudem erstmals in der Geschichte eine ganze Industriebranche auf der Grundlage der Verflechtung staatlicher und privater Finanzierungs-, Organisations- und Regulierungsmaßnahmen entstanden.

II. Entstehung der Atomindustrie aus der Rüstungsindustrie

Die Entstehungsgeschichte der Atomindustrie ist in zweierlei Hinsicht immer als exemplarisch für die neuen verwissenschaftlichten Produktionszweige empfunden worden: zum einen für die „völlig unerwartete" Entdeckung technischer Anwendungsmöglichkeiten für wissenschaftliche Erkenntnisse, die ihrerseits subjektiv ohne jede praktische Absicht ausgearbeitet worden sind, zum anderen für die charakteristischen Unterschiede der staatlichen Förderung militärischer und ziviler Projekte. Nur die zweite Fragestellung soll hier verfolgt werden [13]).

---

10) V. Ronge, „Umwelt und Umweltschutz im Spätkapitalismus", in: „Blätter", 8/1972, S. 839.

11) Ich greife aus der umfangreichen Literatur nur einige der wichtigsten Titel heraus: Ph. Mullenbach, Civilian Nuclear Power, New York 1963 (bis heute eine der umfassendsten ökonomischen Analysen); L. C. Nehrt, International Marketing of Nuclear Power Plants, Bloomington/London 1966; H. Orlans, Contracting for Atoms, Washington 1967; daneben existiert eine unübersehbare Masse historischer Arbeiten über die Anfänge der Atomentwicklung. Für England sind besonders zu nennen D. Burn, Political Economy of Atomic Energy, IEA-Publication Series, 1967, und M. Gowing, Britain and Atomic Energy, 1939—1945, London u. New York 1965 (2. Aufl.).

12) Zu den populär gehaltenen Darstellungen sind u. a. zu rechnen R. Gerwin, Kernkraft heute und morgen, Stuttgart 1971, G. Schmidt, Kernenergie, Fakten und Prognosen, Berlin 1970, und A. F. Marfeld, Atomenergie in Krieg und Frieden, Berlin 1966. Einzelne Kapitel zum Thema Atomindustrie sind zu finden in J. Hirsch, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, Frankfurt 1970, und K. Prüß, Kernforschungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1974.

13) Zur Klärung der ersten bietet die Vorgeschichte der Atomtechnik interessantes Fallmaterial. Z. B. könnte man untersuchen, welche Faktoren bestimmen, ob eine Anwendung rein wissenschaftlicher Ergebnisse für möglich erachtet wird bzw. nicht antizipiert werden kann und deswegen als völlig überraschendes Ergebnis blind ablaufender Prozesse erscheint. Es ist bekannt, daß Rutherford noch 1937 eine praktische Bedeutung

Historisch ist die Atomindustrie als Teil der Rüstungsindustrie entstanden. Zwar galten die ersten Versuche von Joliot-Curie und Kowarski in Frankreich, eine Kettenreaktion in Gang zu setzen, der Erforschung neuer Energieerzeugungsmöglichkeiten und nicht der Waffentechnik [14]), aber aufgrund des — zufälligen — Zusammentreffens der entscheidenden kernphysikalischen Entdeckungen mit dem Ausbruch des Krieges wurde die Forschung sofort auf militärische Zielsetzungen umgestellt. Angeregt durch ein Memorandum des emigrierten Kernphysikers Frisch, eines Neffen der Hahn-Mitarbeiterin Lise Meitner, in dem die Realisierbarkeit einer Kernexplosion theoretisch abgeleitet wurde, befaßten sich englische Forscher in Kooperation mit anderen Emigranten von vornherein mit der Ausnützung atomarer Spaltprozesse für die Bombenproduktion [15]). Ein Teil des französischen Atomprojekts wurde nach der faschistischen Okkupation Frankreichs mit dem englischen vereinigt. Von ihm gingen wiederum die entscheidenden Impulse für das amerikanische Manhattan-Project aus [16]). Dieses Projekt, vorangetrieben durch die Furcht vor einem erwarteten Erfolg der Atombombenproduktion im faschistischen Deutschland, stellte „als wissenschaftliches und industrielles Unternehmen ... die konzentrierteste und, in absoluten Zahlen, die größte wissenschaftlich-technische Leistung der gesamten menschlichen Geschichte dar. Die für das Atomprojekt verwendete Summe, über 500 Millionen Pfund Sterling, ist nämlich sehr viel größer als die Summe, die für die gesamte bisherige wissenschaftliche Forschungs- und Entwicklungsarbeit aufgewendet worden ist" [17]).

Das geläufige Argument, mit dem die Realisierung eines derartigen Projekts begründet wird, der Wettlauf mit der faschistischen Atombombenentwicklung, ist zwar richtig, erklärt jedoch nicht viel. Relevanter ist die Einordnung des Manhattan-Project in die gesamte Vorgeschichte des Weltkrieges; politisch in die Geschichte der Konkurrenz der kapitalistischen Staaten untereinander und gegenüber der Sowjetunion als erstem sozialistischen Land, ökonomisch in die Geschichte der Produktivkraftentwicklung des Kapitalismus seit seinem Eintritt in das imperialistische Stadium und die kontinuierlich zunehmende Umwandlung von Produktiv- in Destruktivkräfte.

Das Manhattan-Project ist unter diesem Gesichtspunkt nicht bloß Ergebnis einer militärischen Entscheidungssituation, sondern Produkt einer langen Tradition der systematischen Militarisierung der Wissenschaft in den führenden kapitalistischen Ländern. Auch wenn sich die Zentren der Militarisierung der Forschung seit Beginn des imperialistischen Stadiums entsprechend den Veränderungen der ökonomischen Bedingungen verschoben haben, so daß das faschistische Deutschland zum Zeitpunkt der Atombombenentwicklung der aggressivste Staat war und nicht die USA oder England, ist die zunehmende Militarisierung der Wissenschaft dem kapitalistischen Gesellschaftssystem als solchem seit seinem Eintritt in die imperialistische Phase zuzurechnen. Nichts beweist dies schlagender als der auf Dauer institutionalisierte „militärisch-industrielle Komplex", der sich unmittelbar nach dem Krieg in den USA als Folge ihrer veränderten ökonomischen und

kernphysikalischer Forschung rundweg ablehnte, während der sowjetische Wissenschaftsjournalist Stepanow-Skworzow in seinem Buch „Die Elektrifizierung der RSFSR im Zusammenhang mit der Übergangsphase der Weltwirtschaft" bereits 1922 die praktischen Auswirkungen künftig möglicher Kernspaltungsversuche antizipierte. (P. Stulz, Schlaglicht Atom, Berlin (DDR) 1973, S. 9 ff.) Es liegt nahe, anhand solcher Fälle den Zusammenhang zwischen allgemeinen Weltbild- und Geschichtskonzeptionen eines Wissenschaftlers und seinen Antizipationsmöglichkeiten im engeren Bereich seines Fachgebiets zu untersuchen.

14) Dazu L. Scheinman, Atomic Energy Policy in France under the Fourth Republic, Princetown/New Jersey 1965.

15) M. Gowing, a. a. O., Teil I.

16) Ebd., Teil II, und S. Groueff, Projekt ohne Gnade. Das Abenteuer der amerikanischen Atomindustrie, Gütersloh 1968.

17) J. D. Bernal, Die Wissenschaft in der Geschichte, Darmstadt 1961, S. 567 f.

politischen Position ausbildete und zu dem auch die Atomindustrie zu rechnen ist — in der Anfangsphase vollständig, später zu großen Teilen.

Nur zu Rüstungs- und ökonomisch verwandten Zwecken (Raumfahrt) mobilisiert der Kapitalismus Ressourcen in der Quantität und Qualität des Manhattan-Project. Wir überspringen die Frage der Begründung dieser Erscheinung aus den Gesetzmäßigkeiten des Akkumulationsprozesses und den politischen Voraussetzungen seiner Realisierung [18]) und betrachten die Auswirkungen, die die Anwendung einer zu militärischen Zwecken entwickelten wissenschaftlich-technischen Infrastruktur auf die gewissermaßen als „spin-off"-Produkt entstehende Zivilproduktion hat. Zu den wichtigsten gehört, daß die Entwicklungsdynamik staatlich finanzierter militärischer Produktion von einer Produktion, die über den Markt realisiert werden muß, sich ebenso unterscheidet wie die technischen und ökonomischen Anforderungen an die jeweiligen Produkte. Bernal spekuliert über den möglichen Entwicklungsgang einer Atomindustrie, die lediglich von dem Ziel der Energieerzeugung zu friedlichen Zwecken bestimmt ist:

„Wäre diese Entdeckung (der Kernspaltung, d. Verf.) in den ruhigeren Zeiten des 19. Jahrhunderts gemacht worden, so hätte man sie letzten Endes um ihrer praktischen Verwendungsmöglichkeit willen weiter verfolgt, und nach ungefähr fünfzig Jahren hätte sie vielleicht in einer neuen Art der Energieerzeugung ihren Niederschlag gefunden. Der fehlende finanzielle Anreiz und das Profitinteresse an bestehenden Energiequellen hätte aber auch die Entwicklung auf unbegrenzte Zeit aufhalten können" [19]).

In der militarisierten Atomindustrie der Kriegsjahre setzen sich somit einerseits die ökonomischen und politischen Gesetzmäßigkeiten des Konkurrenz- und Monopolkapitalismus fort, gleichzeitig treten aber zwei bis dahin nur in Ansätzen erkennbare Momente stärker hervor: die auf Dauer gestellte Institutionalisierung eines umfangreichen Militärapparats als politisches Herrschaftsinstrument und Profitquelle besonders der „science-based industries" und — damit eng zusammenhängend — die Entstehung eines staatsmonopolistischen Lenkungssystems für diese Bereiche der Produktion.

Die meisten dieser neuen Erscheinungsformen lassen sich historisch auf das Manhattan-Project zurückführen. Um nur die bedeutendsten Neuerungen zu nennen: es wurde erstmals bewiesen, daß es möglich ist, komplexe wissenschaftliche Projekte, die auch Grundlagenforschung einschließen, in großem Maßstab zu planen; in diesem Zusammenhang wurden neue Organisationsformen der Forschung — die Großforschungsinstitute — entwickelt und staatliche unmittelbar mit privatindustriellen und wissenschaftlichen Institutionen in einem hierarchisch aufgebauten Planungssystem organisatorisch verflochten. Für die beteiligten Konzerne wurden erstmals in großem Umfang staatliche Forschungsfonds als Finanzierungsquelle erschlossen. Schließlich erlangten die Repräsentanten der „scientific community" als Berater der Regierung politischen Einfluß in einem nicht gekannten Ausmaß [20]).

III. Staatsmonopolistische Lenkungsorgane [21]) und Übergang zur Privatisierung der Atomindustrie

Der militärische Lenkungsapparat wurde mit der Fortsetzung der Atomwaffenproduktion nach Beendigung des Weltkrieges auf gesetzlicher Grundlage reorga-

18) Vgl. K. Engelhardt, K.-H. Heise, a. a. O., und S. L. Wygodski, Der gegenwärtige Kapitalismus. Versuch einer theoretischen Analyse, Köln 1972, S. 302 ff.
19) J. D. Bernal, a. a. O., S. 529.
20) Diesen Aspekt hat P. Weingart untersucht in: Die amerikanische Wissenschaftslobby, Düsseldorf 1970.
21) Dieser Begriff ist mittlerweile durch politische Etikettierungen dermaßen überkleistert worden, daß seine

nisiert und zu einem staatsmonopolistischen Lenkungsapparat erweitert. Grundlage der rechtlich abgesicherten Monopolstellung des Staates war die ausschließlich von der öffentlichen Hand getragene Finanzierung der atomaren Produktion und die besondere Gefährlichkeit spaltbaren Materials. Der letztgenannte Gesichtspunkt bestimmte eine Gruppe amerikanischer Militärs und Politiker zunächst, für eine rein militärische Kontrolle der Atomindustrie zu plädieren. Daß nicht diese Gruppe, sondern die Anhänger einer zivilen Atomenergiebehörde als oberstem Lenkungsorgan sich durchsetzten, bedeutete bereits einen Schritt in Richtung auf die künftige private Atomindustrie [22]). Der zweite Schritt zur Privatisierung, der in der Revision des „Atomic Energy Act" (1954) zum Ausdruck kam, sah bereits eine Lockerung des staatlichen Monopols an kerntechnischen Anlagen vor. Diese Gesetzesnovellierung bestätigte nachträglich die bereits 1951 eingeleiteten Versuche, die Privatindustrie für das Gebiet der zivilen Anwendung der Kernspaltung vorzubereiten („Industrial Participation Act") [23]).

In dem Maße, in dem die Privatindustrie eigene kerntechnische Kapazitäten aufbaute, verlor die gesetzlich festgeschriebene Monopolstellung der „Atomic Energy Commission" (AEC) an Gewicht gegenüber der faktischen Machtposition der Konzerne.

Die amerikanische Atomindustrie entfaltete sich auf der Grundlage eines hohen Konzentrationsgrades ihrer Ausgangsbranchen Elektro- und Chemieindustrie. Da die AEC nur als Regulierungsorgan auftritt — sie vergibt Forschungsaufträge an Industriefirmen und Universitäten und läßt die „national laboratories" von Großkonzernen verwalten —, kann sie ihre Kontroll- und Entscheidungsfunktionen nur in begrenztem Umfang wahrnehmen. Dies geht aus der Aussage eines ihrer Beamten hervor: „Wir verfügen nicht über die erforderliche technische Kompetenz, um vorgeschlagene Reaktor-Projekte zu überprüfen, den Fortgang der technischen Arbeiten zu beurteilen und die Leistungen der Vertragspartner so unabhängig überwachen zu können, wie wir es gern gewollt hätten; ... wir behaupten, die relevanten Entscheidungen zu treffen, aber in Wirklichkeit sind wir Gefangene der Industrie, weil uns das technische Personal fehlt, um ihre Entscheidungen nachprüfen zu können" [24]). Diese Bemerkung gibt einen ersten Hinweis auf die Funktionsweise eines nach amerikanischem Muster aufgebauten staatsmonopolistischen Lenkungsapparats [25]). Die im wesentlichen identischen, in den Erscheinungsformen stark abweichenden Prozesse beim Aufbau ähnlicher Lenkungsapparate in England und Frankreich (hier sind in den Atomenergiebehörden Lenkungs-, Forschungs- und Produktionsfunktionen zusammengefaßt, so daß sie gegenüber der Privatindustrie eine stärkere Stellung haben) können hier nicht näher dargestellt werden [26]). Nur so viel sei bemerkt, daß neben politischen Faktoren wie den in beiden Ländern unmittelbar nach dem Kriege einsetzenden Verstaatlichungen der relativ niedrige Konzentrationsgrad der Industrie eine wichtige Rolle gespielt hat: Erst durch die staatlich angeregte Bildung von Konsortien konnte die für die Atomindustrie objektiv erforderliche Zentralisation erreicht werden.

Funktion als analytisches Instrument kaum noch wahrgenommen wird. Im folgenden Abschnitt wird näher erläutert, in welchem Sinne in der vorliegenden Arbeit von staatsmonopolistischen Zügen der Atomindustrie gesprochen wird.

22) Eine knappe Darstellung dieser Kontroverse und der daraus hervorgegangenen institutionellen Entscheidungen gibt U. Rödel, Forschungsprioritäten und technologische Entwicklung, Frankfurt 1972, S. 156 ff.

23) O. A., „Vom Staatsmonopol zur Privatwirtschaft. Die Entwicklung der Atomgesetzgebung in den USA", in: „Atomwirtschaft", 3/1956, S. 106 ff.; W. Finke, „Die Entwicklung von Leistungsreaktoren in den USA", 1. Teil, in: ebd., 7/1958, S. 277 ff.

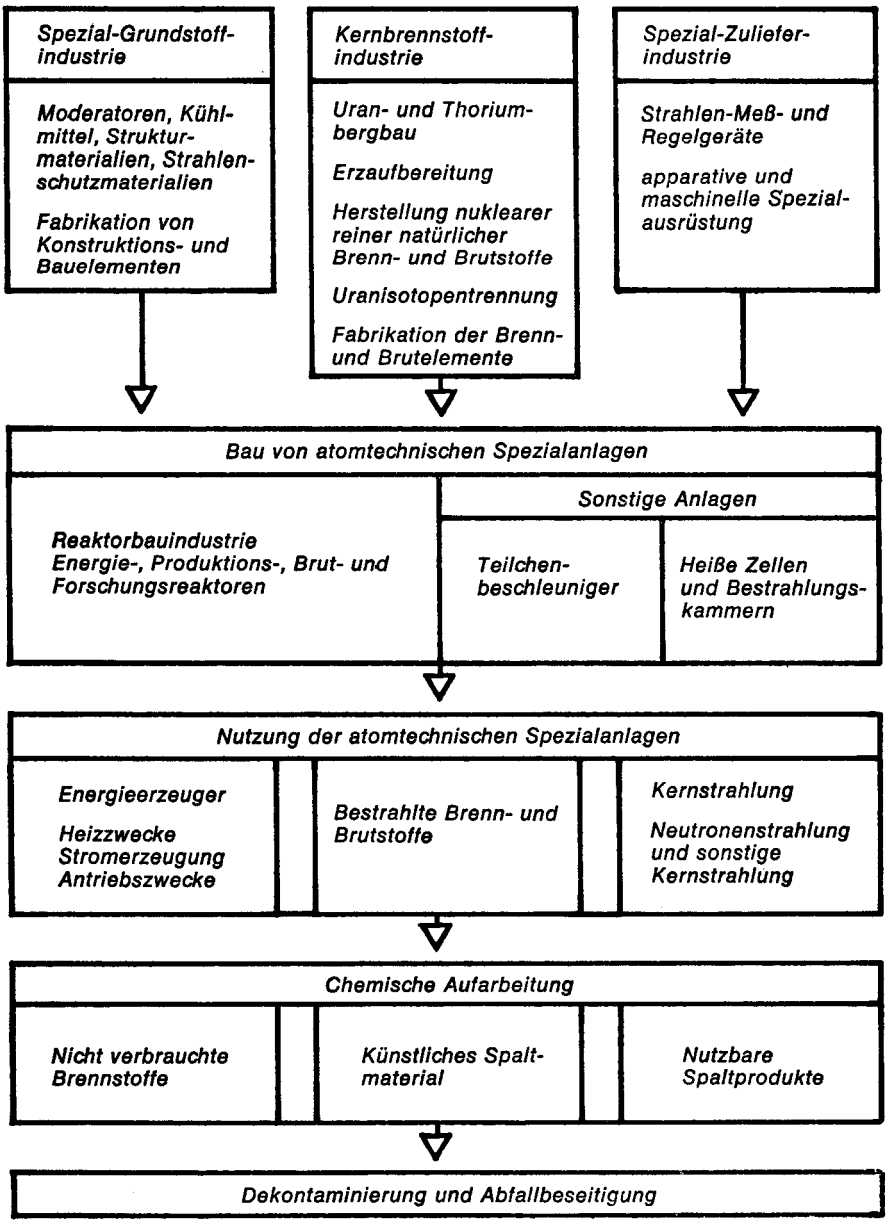
24) H. Orlans, a. a. O., S. 99.

25) Für den noch stärker dezentralisierten atompolitischen Lenkungsapparat in der BRD gelten diese Restriktionen in verstärktem Maße. Vgl. dazu den angekündigten Aufsatz des Verf.: „Die Atomindustrie in der BRD".

26) Hier muß ich auf meine etwas umfangreichere Untersuchung verweisen, die demnächst als Buch erscheint. Material zur Funktionsweise der staatlichen Atomenergiebehörden in Frankreich und England ist zu finden bei L. Scheinman, a. a. O., und D. Burn, a. a. O.

Abbildung 1

Produktionsschema der Atomindustrie



IV. Branchenstruktur, Monopolisierungstendenzen und staatliche Dauerintervention

Mit dem Übergang von der staatlich vermittelten und finanzierten atomaren Produktion zu militärischen Zwecken zu einem Produktionsprogramm für zivile Märkte beginnt sich die Atomindustrie als Branche zu konstituieren, die sich von ihren Herkunftskonzernen partiell ablöst, die Gründung neuer Spezialfirmen induziert und mit Hilfe von Verbandsaktivitäten eine Art kollektiver Identität gegenüber der Gesellschaft und dem Staatsapparat zu gewinnen sucht. Die Branchenstruktur der Atomindustrie verdeutlicht das umseitige Diagramm (Abb. 1), das zunächst nur die technischen Zusammenhänge wiedergibt. Danach lassen sich vier Untergruppen identifizieren: der Uranbergbau, die überwiegend von Chemiekonzernen beherrschte Brennstoffkreislaufindustrie, die den Zyklus Brennstoffherstellung — Aufarbeitung — Dekontaminierung und Abfallbeseitigung realisiert, die aus der Elektroindustrie hervorgehende Reaktorbauindustrie mit ihren Zulieferern und die Energieversorgungsunternehmer als Bauherren von Kernkraftwerken und Stromabnehmer. Die Schlüsselposition bei den Kernkraftwerksanbietern haben in der Regel Elektrokonzerne als Hauptauftragnehmer. Als Hersteller von Wärmetauschern, Turbinen und Generatoren für den konventionellen Kraftwerksbau, Elementen also, die auch in Kernkraftwerken vorhanden sind (auch wenn die technischen Anforderungen an das Material bei diesen wesentlich höher sind), müssen sie ihr Produktionsprogramm lediglich um das nukleare Dampferzeugungssystem, den Reaktorkern, erweitern. Der spezifisch kerntechnische Teil macht nur etwa 24 % der Kosten eines Kernkraftwerks aus[27]). Wollte man die Branche auf der Grundlage ihrer neuartigen Techniken abgrenzen, so könnte man neben der Herstellung des Reaktorkerns nur die Brennstoffkreislaufindustrie heranziehen. Im wesentlichen sind nur für die Herstellung der Kernbrennstoffe Verfahren erforderlich, die sich von den bisher in der Industrie üblichen Verfahren prinzipiell unterscheiden.

Der überwiegende Teil der Produktion ist aber konventioneller Art und fällt in das Produktionsprogramm der bereits auf dem Kraftwerksmarkt etablierten Konzerne. Andererseits stellt die Kerntechnik auch an die konventionellen Elemente erhöhte Anforderungen. Diese Anforderungen sind längst noch nicht in dem Maße standardisiert wie bei anderen, bereits beherrschten Techniken, sondern müssen laufend durch wissenschaftliche und technologische Forschungsarbeiten neu spezifiziert werden. Daher gibt es immer noch keinen Standardtyp eines Kernkraftwerks beliebiger Bauart (Druckwasserreaktoren, Siedewasserreaktoren etc.), sondern nur ständig neue Konstruktionen. Daraus folgt zweierlei: der Anteil der Kosten für die permanent erforderlichen wissenschaftlichen Forschungen wird so hoch, daß nur noch die kapitalkräftigsten, auf dem Markt bereits eingeführten Konzerne sich halten können. Das läßt sich an den Konzentrationsvorgängen in jedem der an der Kernenergieentwicklung beteiligten Länder zeigen, gleichgültig, ob es sich um ausschließlich nach privaten Kalkülen operierende Konzerne oder unter staatlicher Leitung gebildete Konsortien handelt.

Während z. B. in den USA in der Anfangsphase der Atomindustrie zunächst eine Vielzahl kleinerer Firmen in den Markt einzudringen versuchte — im Unterschied zu den europäischen Ländern gab es eine ausreichende Anzahl von Unternehmen, die permanent nach „venture capital" suchten, um risikoreiche technische

[27]) Diese Zahl ist natürlich nur eine sehr grobe Schätzung. Zur genaueren Information vgl. H. Hardung-Hardung, „Der Bau von Atomkraftwerken — ein neues Feld für viele Industriezweige", in: „Atomwirtschaft", April 1958, S. 143 ff., und W. Finke, „Atomenergie — ein neuer Wachstumsmarkt", in: „Atomwirtschaft", April 1964, S. 150 ff.

Projekte zu realisieren [28]) —, konnten sich nach dem von den führenden Monopolen Westinghouse und General Electric um 1964 erzielten „Durchbruch zur Konkurrenzfähigkeit" des Atomstroms neben den beiden Branchenführern nur noch zwei Unternehmen halten (vgl. Tabelle 2). Diese Relation hat sich bei absoluter Zunahme der Kernkraftwerksbestellungen bis zum heutigen Tage unverändert erhalten [29]).

In Frankreich, England und der BRD können wir eine ähnliche Entwicklung beobachten. Die zu Anfang um 1955—58 noch vorhandenen vier oder fünf Konkurrenten haben sich teils durch Einstellung ihrer kerntechnischen Arbeiten, teils durch Fusionierung gegenwärtig in jedem Land auf zwei miteinander in der Regel kooperierende oder noch enger verbundene Unternehmen reduziert, die den Markt der „konventionellen" Reaktortypen bereits vollständig beherrschen, während ein oder zwei kleinere Unternehmen versuchen, über die Konzentration auf fortgeschrittene Reaktortypen einen geringen Marktanteil zu erlangen.

Neben einer umfangreichen konzerneigenen Industrieforschung muß sich die Entwicklung neuer fortgeschrittener Reaktortypen, die der Atomindustrie durch die internationale Konkurrenz im Kernkraftwerksbau ebenso aufgezwungen wird wie durch die konkurrierenden Primärenergieträger Kohle, Erdöl und Erdgas, auf Grundlagenforschungen stützen, die sich der Finanzkraft auch der größten Monopole grundsätzlich entziehen. Die staatliche Intervention wird damit zur Dauererscheinung.

Tabelle 2

Anzahl der zwischen September 1965 und November 1966 bestellten Kernkraftwerke

insgesamt:	*26*	
davon:		
General Electric	*12*	*(+ 3 vor 1965)*
Westinghouse	*9*	*(+ 2 Optionen)*
Combustion Engineering	*4*	
Babcock & Wilcox	*1*	

Quelle: D. Burn, The Political Economy of Nuclear Energy, London 1967, S. 30.

Sie wird es auch aus einem zweiten Grund. Kernkraftwerke müssen einheitlich konzipiert werden. Gleichzeitig überschneiden sich aber in derartigen Projekten — wie aus Abb. 1 abzulesen ist — die Produktionsbereiche verschiedener Branchen. Der Zwang zur branchenübergreifenden Integration äußert sich daher nicht nur in der Gründung gemeinsamer Tochterfirmen von Chemie- und Elektrokonzernen, sondern stellt auch ein weiteres Motiv staatlicher Intervention dar. Hirsch hat diese Zusammenhänge prägnant zusammengefaßt: „Die mit dem Voranschreiten des kapitalistischen Akkumulations- und Entwicklungsprozesses erreichte Stufe der Vergesellschaftung der Produktion führt im Rüstungs- und Forschungskomplex zu einer qualitativen Ausweitung staatsmonopolistischer Organisationsformen, also zu einer wesentlichen Veränderung des Charakters und der Funktionsweise des bürgerlichen Staats. Die Bedeutung des Staatsapparats als einer gegenüber den einzelnen Kapitalen relativ abgehobenen, mit besonderen Mitteln ausgestatteten organisatorischen Instanz erhöht sich, während

[28]) Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), Zur Problematik öffentlicher Förderung von Forschung und Entwicklung über Kapitalbeteiligungsgesellschaften und über „joint ventures" öffentlicher Institutionen und Unternehmen mit industriellen Unternehmen in der Privatwirtschaft, Bonn, März 1973, S. 40 ff.
[29]) A. J. Surrey, „The future growth of nuclear power", Teil 1, Demand and Supply, in: „Energy Policy", September 1973, S. 107 ff., hier S. 121 f.

gleichzeitig der Grad staatsmonopolistischer Verflechtung zunimmt ... Zunehmend wichtig wird es daneben, bestimmte Formen ‚mittelbarer Produktion', also vor allem Forschungs- und Entwicklungsprozesse, aus dem unmittelbaren Organisationsbereich einzelner Kapitale herauszunehmen. Dies scheint vor allem dort relevant zu sein, wo wissenschaftlich-technische Entwicklungen übergreifender Art gewissermaßen an den Nahtstellen mehrerer Produktionsbereiche oder Monopolgruppen vorangetrieben werden müssen oder wo die Größenordnung der Projekte die Kapazität ‚nationaler' Kapitalgruppen überschreitet und Formen ‚internationaler Zusammenarbeit' erforderlich werden ..." [30]).

Diese Form staatlicher Dauerintergention schließt den Widerspruch ein, daß die staatlich organisierte Gewährleistung allgemeiner Produktionsbedingungen (z. B. der erforderlichen Grundlagenforschung zum infrastrukturellen Zwecke der Versorgung der Wirtschaft mit billiger Energie), die die relativ abgehobene Position des Staatsapparats gegenüber den Einzelkapitalen voraussetzt, beim gegebenen Stand der Konzentration nur über die Privilegierung einiger Monopole durchgesetzt werden kann. Hirsch stellt in diesem Zusammenhang die Hypothese auf, daß „Staatsinterventionen, deren Funktion es ist, Gegenwirkungen gegen den tendenziellen Fall der Profitrate zu organisieren (der etwa bei mangelnder Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik als wichtigen Gegentendenzen verstärkt einträte, d. Verf.), ... ihrerseits den Akkumulationsprozeß (hemmen) und auf anderer Ebene die Widersprüche (hervorbringen), die sie ausgleichen sollen" [31]). Eine direkte Bestätigung dieser Hypothese für den Bereich der Atomwirtschaft in der BRD ist noch nicht möglich, wohl aber können wir einiges Material dafür zusammentragen.

V. Energiemangel als Motiv der Kernenergieentwicklung?

Nachdem in der Bombenproduktion die technische Realisierbarkeit kontrollierter Kernspaltungsprozesse einmal bewiesen war, wurde sehr bald auch versucht, diese Prozesse für zivile Zwecke einzusetzen, und zwar um so intensiver, je größer der Abstand von militärischen Zielsetzungen war. Die USA lagen trotz ihrer riesigen Kapazitäten bezeichnenderweise in der zivilen Kernenergieentwicklung in den 50er Jahren weit hinter England und auch Frankreich zurück. In England wurde das Konzept verfolgt, gleichzeitig Bombenmaterial und Kernenergie in sogenannten „dual-purpose"-Reaktoren zu gewinnen [32]).

Noch stärker war die Tendenz zu einer ausschließlich friedlichen Entwicklung bei den von dem alliierten Atombombenprojekt weitgehend ausgeschlossenen französischen Forschern. Wenn sie das gleiche Reaktorkonzept wie die englische Atomenergiebehörde wählten, ein Konzept also, das auch militärische Verwendungsformen zuließ, so zunächst aus rein technischen Erwägungen [33]). Die Aufnahme militärischer Kernenergieprojekte konnte erst nach der Ausschaltung des Hochkommissars der AEC, Joliot-Curie, und anderer kommunistischer und sozialistischer Wissenschaftler im Laufe der Verschärfung des Kalten Krieges durchgesetzt werden [34]).

Nachdem die BRD schließlich 1955 nach Abschluß der Pariser Verträge offiziell die Erlaubnis erhielt, sich in die atomare Forschung und Technik wieder einzuschal-

30) J. Hirsch, „Elemente einer materialistischen Staatstheorie", in: C. v. Braunmühl u. a., Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt 1963, S. 252.
31) Ebd., S. 262.
32) Vgl. K. Jay, „Calder Hall", in: Bagge, Diebner, Jay, Von der Uranspaltung bis Calder Hall, Hamburg 1957, S. 83 ff.
33) L. Scheinman, a. a. O., S. 65 ff.
34) Ebd., S. 36 ff.

ten, geschah dies unter der Voraussetzung, daß ausschließlich friedliche Ziele verfolgt würden. Militärische Motive konnten allenfalls als Hintergedanken eine Rolle gespielt haben — das Programm und seine Legitimation stützten sich auf energiepolitische und weitere ökonomische Ziele wie Eröffnung von Exportmärkten und Anschluß an die internationale technische Entwicklung [35]).

In allen diesen Fällen wurde die Kernenergieentwicklung mit aktuellen oder zu erwartenden Primärenergieverknappungen begründet.

Zu diesem Problem gibt es eine ausgebreitete Literatur, in der die Auffassung, es gebe überhaupt kein Energieproblem im Sinne einer Verknappung der geologischen Ressourcen, besonders zu Anfang nur schwach vertreten war [36]).

Der stoffliche Aspekt energiepolitischer Entscheidungen besteht in der Abwägung des wechselseitigen Zusammenhangs mindestens dreier Faktoren: der sicheren und prognostizierbaren Primärenergievorkommen (einschließlich der Uranlager), der gesellschaftlichen Kosten der Kraftwerksentwicklung für jede der alternativen Energiequellen (d. h., daß nicht betriebswirtschaftliche Kalkulationen allein Kriterium sein dürfen, sondern die staatlichen Zuschüsse eingerechnet werden müssen), weiter der sozialen Kosten in dem Sinne, daß die Umweltrisiken alternativer Energieerzeugungssysteme abgeschätzt werden. Entscheidungen dieser Art müssen völlig heterogene Faktoren in irgendeiner Weise komparabel machen und müssen zugleich hochgradig unsichere Entwicklungsmöglichkeiten antizipieren.

Gleichwohl wurde die Notwendigkeit der Entwicklung der Kernenergie von Beginn an ausschließlich mit Gründen legitimiert, die sich auf dieser stofflichen Ebene bewegten: am Anfang stand die — allgemein geteilte — Auffassung, daß mit der friedlichen Nutzung von Kernspaltungsprozessen der Zugang zu unbeschränkten Energiereserven eröffnet sei. Ökonomische und ökologische Erwägungen spielten noch keine Rolle [37]). Diese Erwartungen wurden indessen im Laufe der weiteren Entwicklung immer bescheidener und beschränken sich heute auf die Behauptung geringfügiger Kostenvorteile der Atomenergie gegenüber Energieträgern wie Öl und Kohle bei Inkaufnahme erheblicher Umweltrisiken. Zugleich sind die Grenzen der Uranvorräte sichtbar geworden, so daß neuerdings nur noch im Übergang zu neuen Reaktorprinzipien wie den Schnellen Brütern, mit denen sich allerdings auch die Risiken erheblich vermehren, ein schwacher Abglanz der einstigen Voraussage praktisch unerschöpflicher Energievorräte erzeugt wird.

Wie immer die Kontroversen zwischen den Energieexperten verlaufen, die Untersuchung der gesellschaftlichen Einflüsse auf diese stofflichen Prognosen und damit auf die offiziellen Legitimationen der Kernenergieentwicklung verspricht eine Erweiterung der Kenntnisse über die *realen* Triebkräfte.

Wir hatten bereits gesehen, daß der militärische Ursprung der Atomindustrie, durch den mit staatlichen Mitteln der Privatindustrie die erforderliche wissenschaftliche „Infrastruktur" zur Verfügung gestellt wurde, das ursprünglich trei-

35) Eine vollständigere Liste der ökonomischen Motive findet sich bei Prüß, a. a. O., S. 31 ff.
36) Zu den ersten Autoren, die dieser Begründung der forcierten Kernenergieentwicklung kritisch gegenüberstanden, zählte F. Baade. Vgl. sein 1958 erschienenes Buch Weltenergiewirtschaft, Hamburg 1958.
37) Erstaunlicherweise ist selbst bei einem gesellschaftswissenschaftlich so qualifizierten Naturwissenschaftler wie Bernal, der zu den ersten gehörte, die gegen die medizinischen und ökologischen Auswirkungen der militärisch orientierten Atomindustrie Front gemacht haben, nichts über die Risiken friedlicher Kernenergieerzeugung zu lesen. Bei diesem Autor kann nicht von vornherein angenommen werden, daß er aus subjektiver Borniertheit oder objektiver Interessenbindung schädliche Nebenwirkungen der Kernenergieerzeugung bewußt unterschlagen hätte. Gleichzeitig müssen aber die Folgen freigesetzten Plutoniums von Beginn an bekannt gewesen sein. Die Klärung der Frage, warum unter diesen Voraussetzungen der Protest von Wissenschaftlern sich so spät regte, wird nicht auf das propagandistische Wirken der interessierten Industrie allein abstellen können.

bende Motiv zur Übertragung der bei der Bombenproduktion gewonnenen technischen Fähigkeiten auf die zivile Energieproduktion war. (Man denke an die Bemerkung Bernals zum Entwicklungstempo einer ausschließlich zivilen Atomindustrie). Durch deren weitgehend staatliche Finanzierung konnte sich die Atomindustrie zunächst einen risikofreien Markt eröffnen und Versuche unternehmen, Atomstrom konkurrenzfähig zu machen. Der „Durchbruch zur Konkurrenzfähigkeit" beruhte zwar auf recht windigen Kalkulationen [38]), war aber insofern entscheidend, als die Energieversorgungsunternehmen, ihrerseits unter Konkurrenzdruck stehend, ihn als *einziges* Argument akzeptierten.

Daraus läßt sich ersehen, daß die objektiv erforderliche Abwägung verschiedener Faktoren immer schon überlagert ist von den aktuellen Konkurrenzverhältnissen. Neben der Konkurrenz der Kernkraftwerksproduzenten auf dem Weltmarkt finden wir die Konkurrenz zwischen dem Uranbergbau und den Erdöl- und Kohlekonzernen, zwischen den Erdölkonzernen und den Reaktorbaufirmen; denn wenn Atomstrom den aus fossilen Primärenergieträgern gewonnenen Strom in relevantem Ausmaß ersetzt, erhält die verarbeitende Industrie gegenüber den Rohstofflieferanten eine Vormachtstellung: 80 % der Kosten eines Kernkraftwerks gehen in den Bau der Anlagen, und nur 20 % beträgt der Anteil des Brennstoffs [39]), etc. Wenn die Erdölkonzerne unter dem Druck dieser Konkurrenz dazu übergehen, im gesamten Primärenergiebereich einschließlich des Uranbergbaus monopolistische Positionen aufzubauen und schließlich auch eigene Reaktorfirmen errichten [40]), so kann dies nur eine weitere Beschleunigung der Kernenergieentwicklung bewirken.

38) Da noch kein Kernkraftwerk bisher über eine ganze Amortisationsperiode in Betrieb gewesen ist, sind die Annahmen über Betriebsdauer und Verfügbarkeit der Anlage, die sich ganz entscheidend auf den ermittelten Abgabepreis von Kernenergie auswirken, grundsätzlich willkürlich. Damit geraten auch die scheinbar sicheren Angaben über die Kostenvorteile alternativer Reaktortypen ins Wanken. Bei einem Vergleich der amerikanischen und englischen Kostenkalkulationen ergab sich z. B., daß einer der Gründe, aus denen die amerikanischen Leichtwasserreaktoren Strom billiger erzeugen, der ist, daß in den USA eine Lebensdauer von Kernkraftwerken zwischen 30 und 35 Jahren bei 80- bis 85prozentiger Verfügbarkeit angenommen werden, während die CEGB von 20 bis 25 Jahren bzw. 75 Prozent ausgeht. „Diese Frage ist so wichtig, weil bereits ein Verlust von einem Prozentpunkt Verfügbarkeit, berechnet auf die Lebensdauer der Anlage, gegenwärtig etwa 1 Pfund Sterling pro KW ausmachen kann." S. Brown, „The nuclear power programme", in: Lord Sherfield (Hrsg.), Economic and social Consequences of Nuclear Energy, Oxford University Press 1972, S. 40.

39) M. Sokolow, „Die Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Marktes für Brennstoffe und die Preisbewegung", in: „Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge", 3/1974, S. 236.

40) K. Kannapin, „Die Strategie der Erdölmonopole in der Energiekrise", in: „IPW-Berichte", 3/1974, S. 6 f.

Probleme des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit
Beiträge aus West- und Osteuropa

Herausgegeben von Stefan Doernberg, Johan Galtung, Anatoli Gromyko und Dieter Senghaas, mit Beiträgen von Eric Burhop, Stefan Doernberg, Georg Fuchs, Johan Galtung, Anatoli Gromyko, György Haraszti, Gerhard Kade, Alexander Kaljadin, Vincent Labeyrie, Gheorghe Moca, Grigorij Morosow, Hanspeter Neuhold, Aurelio Peccei, Helga Schirmeister, Urs Schwarz, Jaromir Sedlak, Dieter Senghaas, Michel Simai, Troncho Trendafilow, Grigorij Tunkin, Rudolf Weiler und Josef Wojcik.

(Schriften des Internationalen Instituts für den Frieden, Wien)

Kleine Bibliothek Band 56

337 Seiten, DM 17,80

Pahl-Rugenstein

Zum Ausbau des Instrumentariums der „Inneren Sicherheit" in der BRD

Von Wilfried v. Bredow

Die folgenden Ausführungen stellen die leicht geänderte Fassung eines Referats dar, das der Verfasser auf dem 5. Wissenschaftlichen Kolloquium der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) vorgetragen hat, das vom 7. bis 9. Oktober 1974 in Frankfurt/M. stattfand. Das Generalthema dieses Kolloquiums hieß „Rüstung und Militär in der BRD — Analyse von Entwicklungstendenzen und Alternativen".

Die z. T. hektische Entwicklung auf dem Gebiet des Ausbaus der „Inneren Sicherheit" hat seither die Brisanz des Themas noch weiter verschärft. Unter der kargen Überschrift „Terror treibt die Kosten" und dem Untertitel „Warum Anarchisten die besten Lobbyisten von Polizei und Justiz sind" hat der Wirtschaftsjournalist Wolfgang Hoffmann in der liberalen Wochenzeitung „Die Zeit" (2. Mai 1975) die Daten über die weitere Beschleunigung des Ausbaus des Instrumentariums der „Inneren Sicherheit" in der BRD zusammengestellt. Sein Fazit lautet: „Zusammen mit den Ausgaben des Bundes kostet der Bundesrepublik die innere Sicherheit im Jahr 1975 gut sechs Milliarden Mark, doppelt soviel wie 1969."

Gewiß sind vordergründig jene von Hoffmann als Anarchisten bezeichneten Außenseiter Anlaß und Ursache dieser Kostenexplosion: die Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz, die Ermordung eines hohen Richters in Berlin und zuletzt die Geiselnahme in der Botschaft der BRD in Stockholm haben den Gesetzgeber zu raschen Entscheidungen getrieben. Die kaum abschätzbare Dauer des Mammut-Prozesses in Stuttgart-Stammheim und seine Begleiterscheinungen werden darüber hinaus bewirken, daß das Thema Innere Sicherheit in der öffentlichen Diskussion bleibt. Einige dieser Begleiterscheinungen, z. B. die vom Justizministerium eingeleitete Einschränkung der Verteidiger-Rechte (und zwar auf allgemeiner Ebene), deuten aber darauf hin, daß dieses Thema eigentlich unter andere Begriffe gefaßt werden muß. In der Tat geht es doch um einen erheblich beschleunigten Ausbau staatlicher Macht- und Gewaltmittel (vgl. die heroisierende Schilderung der Spezialeinheit des BGS zur Terrorbekämpfung im Reservistenblatt der Bundeswehr „Loyal", 6/1975). Diesem Ausbau steht keineswegs eine Erweiterung der parlamentarischen oder sonstigen Kontrollmöglichkeiten als Korrektiv gegenüber. Die Bundestagsdebatte vom 13. März 1974 über die Innere Sicherheit der Bundesrepublik hat ferner deutlich gemacht, daß zumindest die derzeitige Opposition ohne Bedenken solche Fragen bruchlos mit Fragen der „Verfassungsfeindlichkeit" verknüpft. Im Entschließungsantrag zur Inneren Sicherheit der CDU/CSU findet sich neben der Forderung nach Beschneidung der Anwaltsrechte und neben der Forderung nach einer Art Selbstzensur von Rundfunk und Fernsehen auch die Forderung, „unsere Schulen in den Dienst der Schüler und unsere Hochschulen wieder (!!) ausschließlich in den Dienst der Wissenschaft zu stellen" („Das Parlament", 5. April 1975).

Gerade in einer Zeit ungewisser ökonomischer Entwicklung, in der sich Krisensituationen ankündigen, gewinnen die Maßnahmen zum Ausbau der Inneren Sicherheit neue Dimensionen. Damit wird der vorläufige Charakter des folgenden Aufsatzes einmal mehr unterstrichen: er soll aber als Anregung für eine Reihe

vertiefender sozialwissenschaftlicher Untersuchungen verstanden werden, in denen die sich verändernden Ausmaße und Formen staatlicher Gewalt, das Problem ihrer Legitimierung und schließlich ihre Funktionen deutlich in den Blick kommen. Der Aufbau abrufbereiter Gewaltpotentiale des Staates und der Ausbau umfangreicher Datenbänke zur administrativen Überwachung des einzelnen sowie die unverhohlen praktizierte Einengung des politischen Spielraums der Bürger in der Bundesrepublik signalisieren eine Gefährdung der rechtsstaatlichen Grundsätze an ihrer Wurzel. D. Verf.

Daß sich in der „Blütezeit der außerparlamentarischen Opposition in den Jahren 1967—1970" eine kritische Öffentlichkeit mit der Inneren Sicherheit zu beschäftigen begonnen habe und daß daraus ein „Boom sozialwissenschaftlicher Publikationen über Standort und Funktion der Polizei im Rechtsstaat" resultierte, sind zwei überraschende Eingangsthesen einer neuen (und, wenn ich es richtig sehe, ziemlich einsamen) Publikation über die Innere Sicherheit der BRD [1]). Wollte man, wie der derzeitige Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz und Autor dieser Publikation, aus jenen spärlichen und sowohl methodisch wie von der Tiefenschärfe der Fragestellung her ganz unterschiedlich angelegten Studien zur Organisation der Polizei [2]) einen über-lautstarken Chor der Kritiker von Law and order zusammenstellen, so brauchte es in der Tat etlicher Verstärker. Denn in Wirklichkeit ist er kaum hörbar.

Im Grunde ist dies das Erstaunlichste an der im folgenden zu beschreibenden Entwicklung: daß sie fast gänzlich ohne kritische Kommentare aus der Öffentlichkeit vor sich ging, daß die Sozialwissenschaft, insbesondere auch die Friedens- und Konfliktforschung sich, wenn es um die Organisation der staatlichen Gewalt ging, meist auf das Militär und seine nach außen hin wirksame Funktionen konzentrierte [3]). Auf der anderen Seite ist zu konstatieren: nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern fast überall in der Welt ist der Pegel der physischen zivilen Gewalt in den letzten Jahren erheblich gestiegen [4]); eine Konsequenz davon ist, daß die staatlichen Instrumentarien zur Unterdrückung ziviler Gewalt (oder in der Terminologie des Staates: zur (Wieder-)Herstellung der Inneren Sicherheit) in den letzten Jahren erheblich ausgebaut und verfeinert wurden. Die an dieser Stelle eigentlich notwendige Diskussion über den Begriff der Gewalt (z. B. über die Fruchtbarkeit einer Unterscheidung von physischer und struktureller Gewalt) soll zunächst einmal aufgeschoben werden [5]), denn im Verlauf meiner Arbeit an diesem Thema hat sich rasch herausgestellt, daß ein großes Defizit an komprimierten Informationen über die Instrumente der Inneren Sicherheit in der BRD besteht. Die folgenden Ausführungen verstehen sich deshalb als eine erste und vorläufige Zusammenstellung solcher Informationen; sie sollen zugleich als Anregung und als Service für weiterführende Diskussionen zu diesem Thema dienen. Als Begriffsbestimmung dessen, was insgesamt als „zivile Gewalt" verstanden werden soll, kann fürs erste die Definition von Hedley Bull dienen: „Mit ziviler Gewalt meine ich den Gebrauch von Gewalt, um die zivile

1) Heinz Schwarz, Sicherheit oder Freiheit? Innere Sicherheit als Prüfstein der Demokratie, Stuttgart 1974, S. 9 f.
2) Vgl. eine der ersten empirischen Untersuchungen in der BRD über die „Alltagsmacht" der Polizei: Johannes Feest/Erhard Blankenburg, Die Definitionsmacht der Polizei. Strategien der Strafverfolgung und soziale Selektion, Düsseldorf 1972 (eine sehr anregende Studie).
3) Als Ausnahme, die die Regel bestätigt: die Arbeit einer Forschungsgruppe der Berghof-Stiftung (Westberlin), die sich unter Leitung von Wolf-Dieter Narr mit der Struktur „innerer" Gewalt in kapitalistischen Gesellschaften beschäftigt.
4) Vgl. z. B. Robert Moss, Urban Guerilla Warfare, London 1971 (Adelphi Papers, H. 9). — Civil Violence and the International System, London 1971 (Adelphi Papers, H. 82 und 83).
5) Vgl. als kontroverse Positionen z. B.: Theodor Ebert, Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg, Frankfurt/M. 1970, bes. S. 12—33. — Sven Papcke, Progressive Gewalt, Studien zum sozialen Widerstandsrecht, Frankfurt/M. 1973.

oder inländische Entwicklung zu beeinflussen. Ich schließe Gewaltverbrechen ohne politische Motivation aus; eingeschlossen ist dagegen ein Gewaltspektrum, das von gelegentlichen Akten von einzelnen oder Gruppen, die einfach dazu gedacht sind, politische Betroffenheit auszudrücken oder politischen Protest offenkundig zu machen, über organisierte und unterstützte Rebellionen bis zu Aufstand und Revolution reicht. Ich schließe den reinen internationalen oder zwischenstaatlichen Krieg aus; aber eingeschlossen sind ‚innere Kriege' oder Bürgerkriege, in die äußere Mächte verwickelt sind oder die nicht auf das Gebiet oder die Menschen der zivilen Gesellschaft beschränkt sind, deren politische Entwicklung sie beeinflussen sollen. Schließlich sollte unter ziviler Gewalt auch der Gebrauch oder die Androhung von Gewalt durch die etablierten politischen Behörden verstanden werden, die dazu gedacht sind, dem gewaltsamen Protest, der Rebellion, dem Aufstand oder der Revolution zu begegnen, ebenso wie diese Akte selbst" [6]). Diese Beschreibung von „civil violence" enthält sich voreiliger Einteilungen in legitime und illegitime Gewalt, die nur dann problemlos vorgenommen werden können, wenn man auf der Grundlage eines stark eingeengten Gewalt-Begriffs — und dann formal — argumentiert [7]).

1. Anstöße zur Diskussion um „civil violence" in der BRD

Die innere Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland ist in den ersten Jahren ihrer Existenz an ihrer Oberfläche in einem Maße konfliktfrei verlaufen, daß sich mancher Beobachter schon fast zu ängstigen begann. Indes überschatteten solche Befürchtungen, wie sie etwa Ralf Dahrendorf zu Beginn der 60er Jahre vehement vorbrachte, den Tatbestand, daß unterhalb der gesellschaftlichen Oberfläche Konflikte durchaus existierten und auch von der Staatsgewalt „behandelt" wurden, wofür die vergleichsweise hohe Zahl der Urteile wegen Verstoßes gegen das KPD-Verbot Zeugnis ablegt [8]). In den letzten Jahren hat es vermehrt Anlässe gegeben, das Problem der „civil violence" zu einem Thema der politischen Auseinandersetzung zu machen. In Stichworten resümiert, handelt es sich dabei vor allem um die seit 1966 virulent werdenden *Studenten-„Unruhen"*, in deren Verlauf es zu Zusammenstößen mit Ordnungskräften kam, die rasch gewaltsamer wurden. Politische Demonstrationen (nicht nur von Studenten getragen, sondern von allen Teilen der politisch buntscheckigen „linken" Außerparlamentarischen Opposition) verliefen oft unfriedlich, und der Pistolenschuß eines Kriminalbeamten, der den Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 tötete, war für viele ein Signal dafür, daß die Polizei ihre Anti-Demonstrations-Einsätze in Zukunft mit größerer Härte und Unerbittlichkeit durchführen würde. In zahlreichen Städten der BRD kam es in dieser Zeit zu politischen Demonstrationen und damit zu Konfrontationen mit den (zuweilen von markigen Einsatzleitern geführten) Polizeikräften.

Die Verabschiedung der *Notstandsgesetze* durch das Parlament der Großen Koalition ließ das Problem des inneren Einsatzes der Bundeswehr — wenigstens als Möglichkeit — akut werden.

In diesen Jahren waren es für eine beachtliche Minderheit der bundesrepublikanischen Gesellschaft jedoch vor allem Vorgänge im Ausland, die die Debatten

6) Hedley Bull, Civil Violence and International Order, in: Adelphi Papers, H. 83, London 1972, S. 27.
7) „Dazu, meine Damen und Herren, ein grundsätzliches Wort: Unsere freiheitliche Grundordnung basiert auf dem Gewaltverbot. Wo der einzelne zur Durchsetzung seiner Wünsche und Ziele Gewalt anwenden darf, ist der gesellschaftliche Zustand einer Steinzeithorde noch nicht überschritten . . . Deshalb ist jede Verletzung des Gewaltverbots durch den einzelnen immer auch ein Anschlag auf die grundlegenden Prinzipien unserer freien Gesellschaft." So der damalige Bundesinnenminister Genscher während der 188. Sitzung des 6. Deutschen Bundestages am 7. 6. 1972, Bundestags-Protokoll (im folgenden: BT-Protokolle), S. 10/982.
8) Vgl. hierzu Walther Ammann, „Zur strafrechtlichen Auswirkung des KPD-Verbots", in: W. Abendroth/H. Ridder/O. Schönfeldt (Hrsg.), KPD-Verbot oder Mit Kommunisten leben?, Reinbek 1968, S. 32 ff.

über Gewalt — „civil violence" als Mittel der Unterdrückung und als Mittel der Befreiung — lebendig hielten: der *„Pariser Mai"*, der *„Prager Frühling"* 1968 und die Rolle von Gewalt bzw. Gewaltlosigkeit bei dem Scheitern dieser politischen Entwicklungen; die Grenzen der Möglichkeiten des Guerilla-Kampfes in Lateinamerika, demonstriert durch die Ergreifung und Ermordung Guevaras 1967; die wachsende Zahl der Flugzeugentführungen in allen Teilen der Welt. In der Bundesrepublik Deutschland ließen dann zwei Ereignisse diese bis dahin zumeist theoretische Debatte unter dem Stichwort „Innere Sicherheit" praktisch-politisch werden: einmal die bundesweite und ein hohes Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit auf sich ziehende Fahndung nach der „Roten Armee Fraktion", einer anarchistischen Untergrundorganisation, und zweitens die Geiselnahme von israelischen Sportlern durch ein Kommando des „Schwarzen September" während der Olympischen Spiele in München und ihre mißglückte Befreiung. Das Jahr 1972 wurde in der BRD zum „Jahr der Inneren Sicherheit". Was das bedeutet, rechtlich und politisch, soll im folgenden beleuchtet werden [9]).

2. *Die Ängste um die Innere Sicherheit*

Betrachtet man die Änderungen, die die Bundesregierung und die Länderregierungen in letzter Zeit im Organisationsbereich der Inneren Sicherheit vorgenommen haben, und bezieht man auch die von offizieller und offiziöser Seite zu ihrer Rechtfertigung vorgebrachten Argumente ein [10]), so kann man zumindest zwei Ebenen der Diskussion und der Maßnahmen unterscheiden.

Zum einen und vordergründig geht es um *technische Probleme*, die in bürokratischer Terminologie definiert und „präventiv gelöst" werden. Die Elemente, aus denen sich diese technischen Probleme zusammensetzen, resultieren zumeist aus einer formalen Analyse des sozialen und ökonomischen Lebens der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Als gutes Beispiel dafür kann das „Weißbuch zur zivilen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland" aus dem Jahr 1972 dienen. Ein Satz wie der folgende ist, wenn man auf der „Erlaß- und Durchführungs-Ebene" bleibt, sozusagen unangreifbar: „Die zivilen Planungen und Maßnahmen und die militärischen Vorbereitungen für einen Verteidigungsfall müssen wegen der gegenseitigen Berührung, teilweisen Abhängigkeit und den vielfachen Auswirkungen in enger Zusammenarbeit und ständiger Abstimmung zwischen dem nationalen zivilen und militärischen Bereich durchgeführt werden" [11]). Selbstverständlich gehört die „Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" zu den wesentlichsten Grundlagen der zivilen und militärischen Verteidigung. „Auch in diesen Fällen ist es eine der wichtigsten Pflichten der verantwortlichen staatlichen Organe, die Sicherheit der Bürger zu schützen und den Bestand der verfassungsmäßigen Ordnung zu wahren" [12]). Welche Instrumente dazu bereitstehen, wird weiter unten beschrieben.

Zum anderen scheint die Innere Sicherheit in den letzten Jahren zunehmend zum *Schlüsselbegriff des Selbstverständnisses unseres Staates* geworden zu sein. Diesen Eindruck jedenfalls vermitteln die zahlreichen Dokumente von Bundesregierung und Parlament über die Probleme der Inneren Sicherheit. Das Ins-

9) Der Ausbau des Instrumentariums der Inneren Sicherheit erfolgte natürlich nicht ausschließlich, jedoch hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt, daß die die bestehende Ordnung gefährdende und als politisches Mittel sich verstehende zivile Gewalt aus der Gesellschaft heraus eingedämmt werden müsse. Daneben spielten Phänomene wie der internationale Rauschgifthandel eine nachgeordnete Rolle. Vgl. die Ausführungen von Schwarz zum „Terrorismus" in: Sicherheit oder Freiheit, a. a. O., S. 93 ff.
10) Vgl. hierzu die Bundestagsdebatten v. 7. 6. 1972 und 22. 6. 1972.
11) Weißbuch zur zivilen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1972, Abschnitt 14.5.
12) Ebd., Abschnitt 15.

gesamt der Begründungen, Rechtfertigungen und Bekenntnisse zur öffentlichen Ruhe und Ordnung legt in der Tat nahe, die Interpretation von Theo Schiller aufzugreifen, der im Zusammenhang mit der Verabschiedung eines ganzen „Pakets" von Gesetzen zur Inneren Sicherheit davon gesprochen hat, daß Carl Schmitt nunmehr wohl auf dem Wege nach Bonn sei. „Denn der Staat der Bundesrepublik Deutschland manifestiert mit zunehmender Deutlichkeit jenes Merkmal des ‚Politischen', dem Carl Schmitt literarische Denkmäler setzte: ein Staatsverständnis aus dem Gegensatz zum Feind" [13]). Dieses Staatsverständnis findet sich gleichermaßen in der Exekutive und in der Legislative. Das politische und soziale Leben wird aus der Perspektive des Ausnahmefalles, des „Ernstfalles" [14]) betrachtet. Dafür zwei Beispiele:

Der Präsident der Akademie für zivile Verteidigung hat in einem dreiteiligen Grundsatz-Artikel im Jahr 1970 „Die verteidigungspolitische Situation der Bundesrepublik Deutschland und ihre Auswirkungen auf die zivile Verteidigung" darzustellen versucht. In diesem Artikel konstatiert er eine durch die Verfassungsprinzipien der Grundrechts-Garantie, der Gewaltenteilung und des Föderalismus bedingte „Schwerfälligkeit des Staatsapparates", die das Grundgesetz im Interesse größtmöglicher Freiheit des einzelnen in Kauf nähme. „Sie steht jedoch den Erfordernissen der Verteidigung diametral entgegen. Denn vom Standpunkt der Verteidigung sind die Einheitlichkeit und Schnelligkeit der Willensbildung, die Durchsetzbarkeit des politischen Willens bis in die unterste Ebene und ein reibungsloser Vollzug nahezu unverzichtbare Voraussetzungen" [15]). Also, ist zu folgern, entspricht die innere Struktur der Bundesrepublik nicht den Erfordernissen einer modernen Verteidigung. Unmittelbar schließen sich an solche Grundüberlegungen des Autors solche über Strategie an: die verschiedenen Formen einer möglichen östlichen Aggression werden nacheinander angesprochen. In unserem Kontext interessiert vor allem die letzte Form: „Endlich ist eine gewaltsame Auseinandersetzung mit subversiven Mitteln unterhalb der Schwelle eines Krieges vorstellbar, die das Gefüge unserer Staatsordnung erschüttern könnte. Ein derartiger ‚verdeckter Kampf' ist in Mitteleuropa jedoch so lange unwahrscheinlich, wie die innenpolitischen Verhältnisse keinen Ansatz zu von außen gesteuerten revolutionären Umsturzversuchen bieten und die Staatsorgane in der Lage sind, Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten" [16]).

Zivilverteidigung — als ein Teil der Gesamtverteidigung — und Innere Sicherheit sind in dieser Sicht Instrumente gegen letztlich exogene Gewaltfaktoren. Nach innen heil und rosig, muß unsere Gesellschaftsordnung nach außen harsch und martialisch sein. Diese Außen/Innen-Polarisierung wird jedoch ein zweitesmal benutzt, nämlich in der Unterscheidung der innergesellschaftlichen (guten) Schafe und (bösen) Wölfe. Diese Unterscheidung liegt in der „Definitionsmacht" der Regierenden: sie kann innergesellschaftliche Kritik institutionell weitgehend auszuschalten versuchen (z. B. durch „Extremisten-Erlasse"), sie kann politische Handlungen auch unterhalb der Gewaltschwelle kriminalisieren oder amnestieren.

Wenn aber „civil violence" im Innern auftaucht, richten sich die Verurteilungen aus dem gouvernementalen Bereich nicht nur gegen ihre Träger, sondern oft auch gegen all jene, die die Wurzeln solcher Gewalt nicht außerhalb, sondern in der Herrschaftspraxis und -struktur dieser Gesellschaft selbst zu erkennen glau-

13) Theo Schiller, Allparteienregierung für die „innere Sicherheit"?, in: „Blätter", 7/1972, S. 676 ff.
14) Eine sprach-kritische Untersuchung, so ist zu vermuten, würde die staats-autoritäre Perspektive solcher Betrachtung weiter bloßlegen können.
15) Ulrich Eichstädt, „Die verteidigungspolitische Situation der Bundesrepublik Deutschland und ihre Auswirkungen auf die zivile Verteidigung", in: „Zivilverteidigung", 1/2/1970, S. 19.
16) Ulrich Eichstädt, „Die verteidigungspolitische Situation . . .", Teil 2, in: „Zivilverteidigung", 3/1970, S. 10.

ben. Die Sitzung des 6. Deutschen Bundestages vom 7. Juni 1972, in der über Fragen der Inneren Sicherheit beraten wurde, ist dafür eine Illustration. Der damalige Bundesinnenminister Genscher formulierte noch einigermaßen zurückhaltend:

„Das zentrale Problem, mit dem wir uns auseinanderzusetzen haben, ist die vorbehaltlose und uneingeschränkte Ablehnung der Anwendung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung. In dem aktuellen Fall der Baader-Meinhof-Bande haben wir es mit dem Ergebnis eines Prozesses zunehmender Enttabuisierung der Gewaltanwendung zu tun, mit einem Prozeß, der nicht nur die Täter selbst erfaßt, sondern vor allem auch jene Umgebung, in der sie sich bewegen, die ihnen hilft und die ihr Verhalten zu rechtfertigen, zumindest aber zu bagatellisieren versucht. Die Bemühungen, der Anwendung von Gewalt unter bestimmten Voraussetzungen oder von bestimmter Seite den Schein der Rechtfertigung zu geben, haben jenes breite Sympathisantenfeld geschaffen, das die Arbeit der Polizei so sehr erschwert." An dieser Stelle notiert das Protokoll den Zwischenruf des Abg. Wohlrabe: „Die intellektuellen Steinwerfer!" [17]) In der anschließenden Debatte erscheinen dann Intellektuelle und Schriftsteller wie Böll und Grass — „Die ganze trojanische Kavallerie" — als die eigentlichen Vorreiter der Enttabuisierung der Gewalt.

Bemerkenswert ist darüber hinaus, daß fast alle Redner in dieser Debatte über die Innere Sicherheit auf ein anderes Thema kommen, nämlich die Beschäftigung von „Radikalen" im öffentlichen Dienst. Nicht einfach gegen manifest gewordene zivile Gewalt richtet sich das Programm der Inneren Sicherheit, sondern gegen alles, was den herrschaftlichen Status quo nachhaltiger, als es im jeweiligen Augenblick opportun erscheint, in Frage stellt. Am allerdeutlichsten hat das anläßlich der Auflösung des 6. Deutschen Bundestags am 20. September 1972 der damalige Oppositionsführer Rainer Barzel ausgedrückt: In seiner Generalabrechnung mit der ersten Regierung Brandt führte er zum Thema der Inneren Sicherheit u. a. aus:

„Wir dürfen auch nicht die Augen vor denen verschließen, die gewaltlos — mit dem ‚Marsch durch die Institutionen' — diese Gesellschaftsordnung unterwandern und aushöhlen. Auch wir sind dafür, daß das Instrumentarium der streitbaren Demokratie möglichst differenziert angewandt wird. Wir sind dafür, durch politische Auseinandersetzungen den Radikalismus zu schlagen — möglichst im Wege der Solidarität der Demokraten. Aber wir können doch nicht das in der Verfassung verankerte Damoklesschwert des Verbots, das an einem Seidenfaden hängen muß, nun plötzlich mit einem festen Tau anbinden und denen auch noch sagen: Da bleibt's auch. Das heißt doch, ein Stück der Möglichkeiten des differenzierten Kampfes auszuschalten" [18]). Es folgen dann längere Ausführungen über die Abwehr *(gewaltloser)* „verfassungsfeindlicher Kräfte".

Es können hier nur ein paar Schlaglichter auf die politische Atmosphäre geworfen werden, aus der heraus das Problem der Inneren Sicherheit zu einem zentralen politischen Thema in der Bundesrepublik gemacht wurde. Neben einer Reihe von äußeren Anlässen (die übrigens deutlich machen, daß „civil violence" und ihre Ursachen kein regionales Phänomen sind) scheint auch eine starke Irritation der Staatsgewalt (im umfassenden Sinne einer herrschenden Elite) über ihre innergesellschaftlichen Integrationsschwierigkeiten die Verabschiedung der Gesetze zur Reform der Inneren Sicherheit beschleunigt zu haben. Merkmale dieser Irritation sind:

[17]) BT-Protokolle, a. a. O., S. 10 978 f.
[18]) Zit. nach: „Das Parlament" v. 30. 9. 1972, S. 11.

— die Einebnung der Problematik auf ihre „technische" Dimension im exekutiven Bereich [19];

— die Versuche, „Ernstfälle" als Normalfälle zu antizipieren;

— die Rationalisierung der Maßnahmen zur Sicherung der Inneren Sicherheit als bloße Reaktion auf Akte ziviler Gewalt;

— die Vermischung der Probleme der zivilen Gewalt mit solchen der politischen Auseinandersetzung mit Alternativ-Konzepten.

3. Der „differenzierte Kampf" um die Innere Sicherheit

Nach der Auskunft des damaligen Bundesinnenministers Genscher umfaßt die Konzeption der Bundesregierung für die Innere Sicherheit vier Bereiche:

„Erstens die Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen des Bundes durch personelle, finanzielle, technische und organisatorische Maßnahmen;

zweitens die Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern auf allen Gebieten der Inneren Sicherheit nach den Grundsätzen eines kooperativen Föderalismus, um angesichts der notwendigerweise föderalistischen Struktur des Aufbaus unserer Sicherheitsorgane Reibungsverluste zu vermeiden;

drittens die schnelle Verabschiedung schon im Parlament liegender Gesetzentwürfe, die uns in die Lage versetzen sollen, die erreichten personellen und technischen Kapazitäten voll einzusetzen, und die andererseits erkannte Lücken in einigen für die innere Sicherheit wichtigen Rechtsgebieten schließen sollen;

viertens sind diese Maßnahmen eingebettet in eine umfassende gesellschaftspolitische Zielprojektion, die darauf abgestellt ist, das demokratische Engagement des einzelnen Bürgers zu fördern und die gesellschaftlichen Bedingungen zu erkennen und zu verändern, unter denen Kriminalität und politischer Radikalismus entstehen oder sich ausbreiten" [20].

Unter den Sicherheitseinrichtungen des Bundes, die erheblich ausgebaut wurden, ist an erster Stelle das *Bundeskriminalamt* zu erwähnen, das sich „zu einer modernen Behörde wirksamer Verbrechensbekämpfung" entwickeln soll.

Tabelle 1: Erweiterung und Ausbau des Bundeskriminalamtes

Jahr	*Personal (Beamte)*	*Kosten (Mio. DM)*
1969	*933*	*22,4*
1972	*1 585*	*75,2*
1973	*2 062*	*119,4*
1974	*2 212*	*124,0*

Quelle: „Bulletin" des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 158 v. 15. 11. 1972 und Nr. 137 v. 25. 10. 1973. — „Das Parlament" v. 17. 10. 1974.

In der am 24. Mai 1973 in zweiter und dritter Lesung vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Novelle zum Gesetz über das Bundeskriminalamt (einstimmig verabschiedet) sind folgende Neuerungen enthalten:

„1. Das Bundeskriminalamt wird zu einer Zentralstelle für die Zusammenarbeit mit den Kriminalpolizeien der Länder mit wichtigen Hilfsfunktionen, vor allem für

19) Vgl. z. B. Rolf Waldschmidt, „Mehr Sicherheit durch Koordinierung der Sicherheitskräfte"? in: „Wehrkunde", 1971, S. 526 f. Dieser Aufsatz beginnt mit der lapidaren Feststellung: „Ein Sicherheitskonzept ist gut, wenn es ein optimales Maß an Sicherheit garantiert und dennoch billig ist." Dann ist es aber noch lange nicht gut: das sieht sogar ein sein eigenes politisches Profil durch Maßnahmen auf diesem Gebiet erwerbender CDU-Innenminister wie Heinz Schwarz.
20) BT-Protokolle, a. a. O., S. 10/975.

die Nachrichtensammlung und -auswertung mit den modernsten Mitteln der elektronischen Datenverarbeitung.

2. Dem Bundeskriminalamt werden erstmals originäre Ermittlungszuständigkeiten in den besonders sozialschädlichen Bereichen des internationalen Rauschgift- und Waffenhandels sowie der internationalen Herstellung und Verbreitung von Falschgeld übertragen. Außerdem wird das Bundeskriminalamt künftig unmittelbar bei politischen Attentaten ermitteln.

3. Die schon bisher wahrgenommenen Sicherungsaufgaben für politische Persönlichkeiten werden auf eine klare gesetzliche Grundlage gestellt, die zugleich für die eingesetzten Beamten echte polizeiliche Befugnisse zur Gefahrenabwehr schafft" [21]).

Bei der Beratung über diese Novelle wies Minister Genscher vor dem Bundestag nicht nur darauf hin, daß die sozial-liberale Koalition für die Innere Sicherheit der BRD in den letzten drei Jahren mehr getan habe als die Bundesregierungen in den fünf Legislaturperioden davor, sondern er gab auch der Meinung Ausdruck, daß das Bundeskriminalamt im Begriff sei, „zur modernsten Zentralstelle der Verbrechensbekämpfung in der Welt zu werden" [22]).

Ausgebaut wurden ferner das *Bundesamt für Verfassungsschutz*, der *Bundesgrenzschutz* und die *Bereitschaftspolizeien* der Länder.

Grundlagen für diese Maßnahmen bildeten:

a) die verschiedenen, zwischen 1970 und 1972 abgeschlossenen Verwaltungsabkommen über die Bereitschaftspolizei der einzelnen Länder mit dem Bund;

b) das Gesetz über den Bundesgrenzschutz (BGSG) vom 18. August 1972;

c) das Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes — Änderung vom 7. August 1972.

Zusammen mit einigen anderen neueren Gesetzen zur Inneren Sicherheit (wie der Verschärfung des Haftrechts u. a. m.) und der seit 1968 geltenden Notstandsverfassung scheint somit ein Instrumentarium vorzuliegen, das die Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit auch in „Notzeiten" zu gewährleisten scheint. „Die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendigen Regelungen sind getroffen, die Verwaltungseinrichtungen im wesentlichen einsatzbereit. Sollte sich das Gemeinwesen einmal stärkeren Belastungen nicht gewachsen zeigen, wird man die Ursachen seines Scheiterns woanders suchen müssen" [23]).

4. Möglichkeiten des innenpolitischen Einsatzes bewaffneter Einheiten in der BRD

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung obliegt hauptsächlich, aber nicht ausschließlich, den Ländern. Dort liegt auch das Schwergewicht der Zuständigkeiten. Allerdings erweitern sich die Zuständigkeiten des Bundes nach der Verfassung in *besonderen Fällen*. So heißt es in Artikel 35 GG:

„(1) Alle Behörden des Bundes und der Länder leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe.

---

[21]) „Bulletin" des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (im folgenden „Bulletin"), Nr. 63 v. 26. 5. 1973, S. 623.
[22]) Zit. nach Ebd., vgl. auch seit neuestem die Ausgabe Nr. 33 vom 17. 8. 1974 der Wochenzeitschrift „Das Parlament", in der schwerpunktmäßig über „Die Polizei in unserem Rechtsstaat" berichtet wird.
[23]) Gerd-Dieter Schoen/Peter Frisch, Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Heft K der Reihe Zivilschutz und Zivilverteidigung, Bad Honnef 1973, S. 45. Diese Arbeit wird den Ausführungen im folgenden zugrunde gelegt.

(2) Zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung kann ein Land in Fällen von besonderer Bedeutung Kräfte und Einrichtungen des Bundesgrenzschutzes zur Unterstützung seiner Polizei anfordern, wenn die Polizei ohne diese Unterstützung eine Aufgabe nicht oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten erfüllen könnte . . ."

Entsprechende Maßnahmen können nach Art. 91 GG im Falle des *inneren Notstandes* ergriffen werden.

Bewaffnete Einheiten, auf die in diesem Fall zurückgegriffen werden kann, sind die Bereitschaftspolizeien der Länder, der BGS und die Streitkräfte.

a) Die Bereitschaftspolizeien der Länder

Auf der Grundlage der oben genannten Verwaltungsabkommen existieren in den Ländern organisatorisch selbständige, in Gemeinschaftsunterkünften zusammengefaßte Polizeikräfte, die im „Normalfall" für einige Zwecke der Länder (Ausbildung der Berufsanfänger, Reserve für besondere Belastungssituationen) verwendet werden. „Im Hinblick darauf aber, daß der Bund . . . in bestimmten Notzeiten auf Polizeikräfte der Länder zurückgreifen kann (und gegebenenfalls muß) und daß in derartigen Notzeiten Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu meistern sein werden, deren man nur mit geschlossenen Polizeiverbänden Herr werden kann, hat auch er ein großes Interesse daran, daß die Länder entsprechend verwendungsfähige einheitlich ausgerüstete und ständig einsatzbereite Formationen unterhalten" [24]). Der Bund hat deshalb die Ausrüstung der Bereitschaftspolizeien übernommen; die Länder sind für Personal- und Unterbringungskosten zuständig. „Die Gegenleistung der Länder dem Bund gegenüber besteht im wesentlichen darin, daß sie Bereitschaftspolizeieinheiten in einer Stärke unterhalten, die — berücksichtigt man nur ihren eigenen Bedarf — nicht unbedingt erforderlich wäre . . ." [25]).

Im Jahre 1973 umfaßte die Bereitschaftspolizei ca. 21 000 Mann. In den letzten Jahren sind in allen Ländern Spezialeinheiten zur Terroristenbekämpfung — insgesamt ca. 1500 Mann — aufgestellt worden, in deren Ausbildung auch die Tötung eines Gegners geübt wird.

b) Bundesgrenzschutz

„Die Bedeutung, die dem Bundesgrenzschutz im Sicherheitssystem unseres Staates zukommt, wird in Zukunft eher noch zu- als abnehmen" [26]). Mit dem neuen, seit dem 1. April 1973 gültigen Bundesgrenzschutz-Gesetz ist in der Tat eine gesetzliche Grundlage für einen ganz neuen Funktionen-Bereich des BGS geschaffen worden. Ursprünglich gedacht als reine Grenzpolizeitruppe, hat sich der BGS zu einer *„Polizei des Bundes"* entwickelt. Nach dem neuen BGS-Gesetz sind die Truppen — ungeachtet ihres Kombattanten-Status im Kriegsfalle — vor allem in dieser bundespolizeilichen Funktion zu sehen: „Die Forderung nach ständiger Bereitschaft für die Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben im Inneren unseres Landes wird das Bild des Bundesgrenzschutzes in wachsendem Maße prägen. Die Verbände haben sich auf polizeiliche Lage und Einsatzformen im

[24]) Schoen/Frisch, a. a. O., S. 37.
[25]) Ebd., S. 37 *f.*
[26]) Rede von Bundesinnenminister Genscher am 7. 3. 1974 in Gifhorn, in: „Bulletin", Nr. 33 v. 12. 3. 1974, S. 310.

Innern des Bundesgebietes einzustellen und vorzubereiten, bei denen sie sozusagen parallel mit den Bereitschaftspolizeien der Länder und oft auch gemeinsam mit diesen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beitragen" [27]).

Aus diesem Grunde ist auch eine Veränderung der Ausstattung des BGS eingeleitet worden: nicht-geländefähige Kraftfahrzeuge (wie z. B. Busse), Wasserwerfer, Lichtmast-Kraftwagen, polizeitypisches Sperrgerät, Polizeischutzschilde und -helme sowie eine wachsende Zahl von die Mobilität der Truppe erheblich steigernden Hubschraubern gehören jetzt zur Ausrüstung des BGS. Dem Charakter einer solchen professionalisierten Schutz-Truppe entspricht es auch nicht mehr, Dienstpflichtige zur Ableistung des Grenzschutz-Grunddienstes heranzuziehen.

Seit dem 1. Januar 1974 wird darauf verzichtet. „Notwendige Änderungen bei den Verbänden wurden eingeleitet, um dem gestiegenen Kräftebedarf gerecht zu werden. So wurde z. B. die Technische Grenzschutzabteilung Mitte im Jahre 1973 umorganisiert; dadurch wurde bewirkt, daß die Abteilung noch mehr als bisher für die im Großraum Köln/Bonn anfallenden Sicherungsaufgaben zur Verfügung steht. Auch die Aufstellung der Grenzschutztruppe 9, die den Ländern zur Terroristenbekämpfung seit dem 1. September 1973 zur Verfügung steht, und die im Jahre 1973 erfolgte Verstärkung der GS-Fliegertruppe sind in diesem Zusammenhang zu sehen" [28]). In der speziell den Fragen der Inneren Sicherheit gewidmeten Nummer der Wochenzeitschrift „Das Parlament" vom 17. August 1974 schreibt Helmut Pfeffer über die „Polizei des Bundes": „Der Einsatzwert der Polizeivollzugsbeamten im BGS liegt besonders in ihrer inneren Einstellung, die sich zum Rechtsstaat bekennt und die den Polizeidienst als Dienst an der Gesellschaft versteht." Auch wenn man in Rechnung stellt, daß diese sprachlich verunglückte Feststellung mit Blick auf einige Vorkommnisse jüngeren Datums getroffen wurde, die Zweifel an dem Demokratie-Verständnis des einen oder anderen BGS-Offiziers als zumindest nicht völlig absurd erscheinen ließen, wird man eine leise Verwunderung nicht unterdrücken können: gegen wen wird denn der BGS mit seinem im Grunde doch selbstverständlichen Bekenntnis zum Rechtsstaat abgehoben?

Tabelle 2: Personalstärke des BGS

Jahr	*Sollstärke*	*Iststärke*
1969	*20 000*	*16 700*
1972	*21 834*	*19 300*
1973	*22 282*	*rd. 20 000*

Quelle: Tätigkeitsberichte des BGS, 1972 und 1973.

c) Streitkräfte

Nach Artikel 87 a, Absatz 4 GG kann auch die *Bundeswehr* in Notzeiten zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung herangezogen werden. Der Absatz lautet:

„Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann die Bundesregierung, wenn die Voraussetzungen des Art. 91 Abs. 2 vorliegen und die Poli-

27) Erklärung des Bundesministers des Innern, in: „Bulletin", Nr. 108 v. 13. 9. 1973, S. 1077.
28) Tätigkeitsbericht des Bundesgrenzschutzes 1973, in: Pressedienst des Bundesministeriums des Innern, 7. 2. 1974, S. 3.

zeikräfte sowie der Bundesgrenzschutz nicht ausreichen, Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes beim Schutze von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer einsetzen. Der Einsatz von Streitkräften ist einzustellen, wenn der Bundestag oder der Bundesrat es verlangen." Dabei, heißt es in den Erläuterungen der Zivilschutzexperten Schoen und Frisch, brauche nicht vorher erprobt zu werden, ob Polizei und BGS die Lage meistern können. Ergäbe eine vorausschauende Prüfung, daß sie dies nicht zu leisten imstande sein werden, so könne die Bundeswehr sofort herangezogen werden [29]). Für solche Aufgaben kommt hier insbesondere das Territorialheer in Betracht (das nationalem Kommando untersteht). In diesem Zusammenhang sei auf eine Bemerkung im Weißbuch 1970 verwiesen: „Im übrigen muß eine nationale Führungsapparatur gewährleisten, daß die Bundesrepublik zu angemessener Verteidigungsvorbereitung auch schon in solchen Krisenphasen befähigt ist, in denen die NATO noch nicht in Aktion tritt. ... Der Ausbau der nationalen Führungsapparatur hat begonnen und wird in den nächsten Jahren zielstrebig vorangetrieben werden" [30]).

5. Anmerkungen zur Diskussion über Innere Sicherheit, ihre Gefährdung und ihre Gewährleistung

Die kurzgefaßte Übersicht über die Möglichkeiten des Einsatzes bewaffneter Einheiten in der Bundesrepublik Deutschland — es sind dabei nur obrigkeitliche Organe in den Blick genommen worden, die auf „privater" Ebene wirkenden Truppen blieben unberücksichtigt [31]) — verliert etwas von ihrer Trockenheit, wenn man sie in den Zusammenhang der je nach Überzeugung als symptomatische oder als Ausnahme-Fälle eingestuften Veröffentlichungen über „Notstandsübungen" von Polizeikräften und Bundeswehr stellt. Während etwa ein durchaus kritisch eingestellter Kommentator der Notstandsgesetze zu dem Schluß gelangt, daß die Definition des inneren Notstandes nicht so ausgelegt werden könne, daß man die Notstandsgesetzgebung als ein innenpolitisches Machtmittel gegen Arbeiter und Gewerkschaften einsetzen *darf* [32]), erscheint anderen der Ausbau der Inneren Sicherheit als ein Versuch, die bestehenden Herrschaftsverhältnisse mit staatsautoritärer Gewalt oder Gewaltandrohung zu festigen. „Letztlich werden hier Notstandsmittel bereitgestellt, mit denen in Normalsituationen eingegriffen werden kann. Der latente Ausnahmezustand zeichnet sich ab" [33]).

Hier scheinen ein wenig deutlicher die Zwangs-Konturen staatlicher Organisation unter den gegenwärtigen politischen, sozialen und ökonomischen Bedingungen durch. Diese Bedingungen jedoch, darauf weist uns gerade die partielle Widersprüchlichkeit der Politik der sozial-liberalen Koalition hin, konkretisieren sich sowohl inner-gesellschaftlich wie auf der Ebene internationaler Politik. Dies so zu deuten: die Politik eines innenpolitischen Roll-back und die Etablierung eines innerstaatlichen Feindbildes sollen den Verlust des außenpolitischen Feind-

29) Schoen/Frisch, a. a. O., S. 42.
30) Weißbuch 1970 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr, Bonn 1970, Abschnitt 62.
31) Vgl. hierzu: Karsten Kullmann, „Zum heutigen Stand und zur Entwicklung des betrieblichen Objektschutzes als Teil der ‚inneren Verteidigung' in der BRD", in: „Blätter", 10/1969, S. 1068 ff. — Ferner: Harald Freiling, „Funktion und Struktur des Werkschutzes", in: „Blätter", 7/1974, S. 733 ff. Danach läßt sich deutlich erkennen, daß die Reorganisation des Werkschutzes parallel zu den staatlichen Ausbaumaßnahmen der Institutionen der Inneren Sicherheit verlaufen ist. — Als Dokument zur „Mentalität" dieses privatwirtschaftlichen Sicherheits-Dienstes vgl.: Günter Wallraff, „Wehe, wenn sie losgelassen", in: 13 unerwünschte Reportagen, Köln/Berlin (West) 1969, S. 163 ff.
32) Reinhard Hoffmann, Innerer Notstand, Naturkatastrophen und Notstandsgesetze, Frankfurt/M. 1968, S. 88. Wer aber, wenn die „Stunde der Exekutive" gekommen ist, wird sich um solche Auslegungsschranken bekümmert zeigen?
33) Theo Schiller, a. a. O., S. 678.

bildes ausgleichen [34]), scheint jedoch die Kompliziertheit des Tatbestandes noch nicht ganz zu fassen.

Sicherlich ist unbestreitbar, daß die existierenden bewaffneten Einheiten auch — und mit unausgesprochenem Nachdruck — eine ordnungspolitische Funktion ausüben. Mit Bezug auf die Bundeswehr etwa haben Bielfeldt/Senghaas konstatiert: „Als herrschaftsstabilisierender Faktor wirkt Militär durch seine bloße Existenz, ohne daß es nach außen oder innen aktiv zu werden brauchte ..." [35]), was im übrigen, wenn auch in anderer Terminologie, in jedem Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik ebenfalls ausgesagt wird. Auch die übrigen Instrumente zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit wirken in diesem Sinne herrschaftsstabilisierend. Der Innenminister von Rheinland-Pfalz plädiert, gewiß im Namen fast aller seiner Kollegen, gleichviel, welcher Partei sie angehören, mit Nachdruck für eine hohe Priorität für die Innere Sicherheit bei allen künftigen Etatberatungen. Ist diese sich abzeichnende Entwicklung das Resultat eines wachsenden Integrations-Defizits in der BRD? Steht gar, wie ebenso hellhörige wie leicht ablenkbare Beobachter vor kurzem noch (von der Literatur-Szene her) prophezeiten, die „Revolution" vor der Tür [36]), die ihre gewalttätigen Vorboten ausgeschickt hat? Oder ist zu befürchten, daß auch Demokratisierungs-Tendenzen, wenn sie einmal in breiter Linie sich durchzusetzen beginnen, mit einem vorsorglich zurechtgelegten Instrumentarium aufgehalten werden sollen? Heißt „herrschaftsstabilisierend" also in diesem Kontext, daß zugleich auch alle gesellschaftlichen Entwicklungen in Richtung auf eine tiefgreifende gesellschaftliche und ökonomische Macht-Umverteilung notfalls mit physischer Gewalt unterbunden werden? (Und wo liegt die Schwelle, jenseits derer der „Notfall" für die herrschende Elite eintritt?)

Um solche in der Tradition bürgerlicher Emanzipationsbewegungen und der Arbeiterbewegung immer wieder auftauchende Fragen ging es auch, als im Oktober 1973 von einigen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei aus Anlaß des Militärputsches in Chile [37]) die Frage nach der „demokratischen Zuverlässigkeit" der Streitkräfte in der BRD aufgeworfen wurde [38]). Die sich daraus ergebende öffentliche Diskussion wurde heftig und emotional geführt. Belastet war sie vor allem durch eine Reihe von das grundsätzliche Problem eher verdunkelnden Akzenten, nach denen die historischen und regionalen Besonderheiten der bundesdeutschen Streitkräfte einzig auf das Verhalten der einen oder anderen Führungsfigur projiziert wurden. Wenn sie nicht auf internationale Zusammenhänge (auf NATO-Ebene, auf westeuropäischer Ebene) detailliert eingeht, bleibt eine solche Diskussion unangemessen vordergründig. Sie hat denn auch in der Bundesrepublik bei den Mißtrauischen nur das Mißtrauen verstärkt und bei den direkt Angesprochenen zumeist nur Empörung und Beleidigtsein hervorgerufen [39]). Darüber hinaus aber müßte die politische Diskussion in der BRD kühl und informiert auch alle anderen Instrumente zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit einbeziehen. Gerade im Zeichen der Ost-West-Entspannung wäre es besonders verhängnisvoll, wenn die daraus resultierenden Entlastungen durch eine Art *innerer Militarisierung* wieder neutralisiert würden. Aus

34) So Rüdiger Pusch, Die Totalisierung der Gewalt, unveröffentlichtes Manuskript (erscheint in Kürze), S. 2.
35) Carola Bielfeldt/Dieter Senghaas, „Kann die BRD abrüsten?", in: „Leviathan", 1973, S. 297 f.
36) Vgl.: Der Spiegel fragte: Ist eine Revolution unvermeidlich? 42 Antworten auf eine Alternative von H. M. Enzensberger, Hamburg o. J. (1969).
37) Vgl. in diesem Zusammenhang: Volker Lühr, Chile: Legalität, Legitimität und Bürgerkrieg. Zur Durchsetzbarkeit sozialistischer Reformpolitik in einer parlamentarischen Demokratie, Darmstadt/Neuwied 1973, bes. S. 196 ff.
38) Wilfried v. Bredow, Polemik und Verwirrung — über den Stil militärpolitischer Diskussionen in der BRD, unveröffentlichtes Manuskript.
39) Vgl. dazu: J. Moneta/E. Horn/K. H. Hansen, Bundeswehr in der Demokratie — Macht ohne Kontrolle?, Frankfurt/M. und Köln 1974.

der Sicht der Konservativen erscheint diese Entwicklung als kaum vermeidbar. Und deshalb wird der „Ernstfall" antizipiert. In der ein wenig feuilletonisierenden Sprache der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" z. B. sieht die Zukunft der Inneren Sicherheit so aus: „Ohne Zweifel wächst die Legitimationskrise der westlichen Gesellschaften, und je weniger die Vertreter der staatlichen Autorität fähig sind, die ‚Ordnung' — sprich: den Funktionszusammenhang — aufrechtzuerhalten, desto mehr wächst diese Krise an ... In solcher Lage muß man wieder beginnen, Politik vom Ausnahmezustand her zu denken. Doch gerade demokratische Systeme tun sich hier schwer" [40]). Dennoch, denke ich: man hat bereits damit begonnen.

Zum Orientierungsrahmen '85 der SPD

Von Wolfgang Hecker

1. *Entstehung und Diskussion des Orientierungsrahmens (OR) '85*

In einer Entschließung des SPD-Parteitages in Saarbrücken 1970 wurde der Parteivorstand beauftragt, eine Kommission einzusetzen, „die auf der Grundlage des Godesberger Grundsatzprogramms ein langfristiges gesellschaftspolitisches Programm erarbeitet, das konkretisiert und quantifiziert sein muß" [1]).

Bis zum nächsten Parteitag sollte dieser Programmentwurf nach intensiven Diskussionen in den Parteigliederungen verabschiedet werden. Unter Vorsitz von Helmut Schmidt erarbeitete die Kommission [2]) ein Langzeitprogramm, welches im Juni 1972 unter dem Titel „Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973—1985" [3]) der öffentlichen Diskussion übergeben wurde. Die starke innerparteiliche Kritik an diesem ersten Entwurf spiegelte sich in ca. 280 Abänderungsanträgen wider, die auf dem Parteitag der SPD in Hannover 1973 aber nicht im einzelnen behandelt wurden, sondern einer neugebildeten Kommission mit dem Auftrag zur Fortschreibung des Programmentwurfs übergeben wurden.

Neben Kritik an nicht geleisteter Gesellschaftsanalyse und unverbindlichen Formulierungen zu Einzelfragen wie Mitbestimmung, Investitionslenkung, Sozialindikatoren etc. forderte der Parteitag in einer Entschließung die Kommission u. a. auf, zu prüfen, „... wo das Privateigentum an Produktionsmitteln durch den überwiegenden Übergang der Verfügungsgewalt an Manager, die ihrerseits anonymen Mächten dienen, seine Verfügungsgewalt verloren hat und eine Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum zweckmäßig ist; ..." [4]).

---

40) So Günter Maschke in seiner Rezension des Buches von Müller-Borschert, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 8. 3. 1974.

1) Entschließung des SPD-Parteitages in Saarbrücken 1970, in: Langzeitprogramm 1, Bonn-Bad Godesberg 1972, S. 87.

2) Stellvertreter: Joachim Steffen, Hans Apel; Mitglieder: Klaus-Dieter Arndt, Rudi Arndt, Hans Bardens, Holger Börner, Volkmar Gabert, Wilhelm Haverkamp, Friedrich Halstenberg, Gerda Hesse, Gerd Muhr, Martin Neuffer, Konrad Porzner, Philipp Rosenthal, Christian v. Weizsäcker.

3) Langzeitprogramm 1, Bonn-Bad Godesberg 1972.

4) Protokoll des Parteitages der SPD in Hannover 1973, Bonn/Hannover 1974, S. 969.

Unter Vorsitz Peter v. Oertzens [5]) erarbeitete die zweite Kommission den im Februar 75 veröffentlichten 2. Entwurf des Orientierungsrahmens '85 [6]). Dieser wurde von der Kommission und dem Parteivorstand einstimmig gebilligt. Er gliedert sich in einen Allgemeinen Teil (A) und einen Besonderen Teil (B); Teil A soll im November 1975 auf dem Parteitag in Mannheim verabschiedet, Teil B soll beständig fortgeschrieben werden. Die Diskussion des OR '85 ist offiziell durch mehrere Beiträge führender Sozialdemokraten in der „Neuen Gesellschaft" eröffnet worden [7]). Ziel dieser Diskussion soll nach W. Brandt die Wiederherstellung der Geschlossenheit und Einheit im Handeln der Partei sein [8]).

In einem gesonderten Sammelband hat sich der „Würzburger Kreis", eine rechtssozialdemokratische Vereinigung um H. J. Vogel, H. Ehrenberg, R. Löwenthal u. a., in die Diskussion eingeschaltet, um in scharfer Abgrenzung gegen linkssozialdemokratische Strömungen die prokapitalistische Orientierung des Godesberger Grundsatzprogramms zu verteidigen, es gegen Bestrebungen zu schützen, „die unsere theoretischen Grundlagen aufs Neue einengen und dogmatisieren wollen" [9]). In dieser Publikation werden ausdrücklich Peter v. Oertzens Thesen [10]) befürwortet, wie seine Integration trotz ursprünglicher Kritik am Godesberger Programm positiv bewertet wird [11]).

Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten sieht in der Diskussion über den OR „die Chance, ihre weiterreichenden Vorstellungen sozialdemokratischer Politik auf allen Ebenen in die Partei zu tragen" [12]). Bei genereller Begrüßung der Erarbeitung einer umfassenden Reformkonzeption kritisieren sie, daß im vorliegenden Entwurf „nur unzureichend Konsequenzen aus der deutlicher werdenden Strukturkrise der kapitalistischen Gesellschaft gezogen wurden" [13]).

In einzelnen Artikeln im Verbandsorgan des SHB [14]) und des sozialistischen Nachrichtenmagazins „Sozialistische Korrespondenz" [15]) wird insbesondere die Disziplinierungsfunktion des OR für kritische Kräfte in der SPD sowie der integrationistische Charakter des OR hervorgehoben.

Eine umfassende Kritik am OR '85 hat ein Autorenkollektiv des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt, vorgelegt [16]).

2. *Zur Funktion von Programmen in der Sozialdemokratie*

Charakteristisch für alle Programme der alten Sozialdemokratie vor 1945 war der Versuch, auf der Grundlage einer Einschätzung der ökonomischen und politischen Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft strategische und taktische Aufgaben für die Partei zu formulieren; Ziel war dabei die Überwindung resp. Veränderung der kapitalistischen Grundstrukturen der Gesellschaft. Dieser An-

5) Stellvertreter: W. Ehrenberg, H. Ehmke; die Kommission umfaßte insgesamt 30 Mitglieder, darunter 8 Jungsozialisten.
6) Zweiter Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975—1985. Hrsg. v. Parteivorstand der SPD, Bonn 1975 (OR '85).
7) Vgl. „Neue Gesellschaft", 2, 4 und 5/1975.
8) Vgl. W. Brandt, Sozialdemokratische Politik erfordert klare Ziele, in: „Neue Gesellschaft", 4/1975, S. 260 ff.
9) Vgl. Godesberg und die Gegenwart. Ein Beitrag zur innerparteilichen Diskussion über Inhalte und Methoden sozialdemokratischer Politik, Bonn-Bad Godesberg 1975, hier S. 5.
10) Vgl. Peter v. Oertzen, Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: ders., Die Aufgabe der Partei, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 73—106.
11) Vgl. Godesberg und die Gegenwart, a. a. O., S. 12.
12) Juso-Argumente. Problem 14: Orientierungsrahmen '85, o. O., 1975, S. 2.
13) Ebd., S. 3.
14) Vgl. E. Ott, SPD — Was tun?! In: „frontal", 68/1969, S. 26 ff.
15) Vgl. OR '85: Das Programm der Integration in das staatsmonopolistische System, in: „Sozialistische Korrespondenz", 3—6/1975.
16) Autorenkollektiv des IMSF, Der SPD-Orientierungsrahmen '85. Analyse und Kommentar, Frankfurt/M. 1975.

satz zieht sich vom Gothaer Programm über das Heidelberger Programm bis zum Prager Manifest durch.

Bekanntlich haben Marx und Engels am Gothaer Programm in einer ätzenden Kritik den unwissenschaftlichen und revisionistischen Charakter dieses Programms angegriffen [17]). Auch die Programme der Weimarer Zeit stellen eher verbale Zugeständnisse an bestimmte Teile der insbesondere aus der Arbeiterklasse stammenden Mitgliedschaft dar, als daß sie tatsächliche sozialistische Politik programmierten. Das Auseinanderklaffen von verbal gesellschaftstransformierenden Ansprüchen und reformistischer Praxis ist kennzeichnendes Element des reformistisch-sozialdemokratischen Flügels der deutschen Arbeiterbewegung und spiegelt sich selbst noch in den ersten Aktionsprogrammen der SPD nach 1945 wider.

Was alle diese Programme jedoch gemeinsam hatten, war der Versuch, die kapitalistische Gesellschaft als vom Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung gekennzeichnet darzustellen. Aus dem Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital wurde eine reformistische Strategie zur Veränderung der bestehenden Gesellschaftsordnung aufgewiesen. Beginnend mit dem Dortmunder Aktionsprogramm (1952) und dann grundsätzlich im Godesberger Programm wurde dieser Ansatz weitestgehend zurückgedrängt. Der Verzicht auf den Anspruch wissenschaftlicher Begründung der programmatischen Aussagen im Godesberger Grundsatzprogramm eröffnete eine beliebige Diffusion der Begründung des eigenen politischen Handelns [18]).

Der neue, mit Godesberg für die gesamte SPD verbindlich gewordene „demokratische Sozialismus" erschöpfte sich bei seiner Begründung in der Feststellung, daß endgültige Aussagen des demokratischen Sozialismus nicht möglich seien, er folglich immerwährende Aufgabe bleibe. Gleichzeitig jedoch wurden „Freiheit, Gleichheit und Solidarität" als allgemeingültige „ewige" und verbindliche Grundwerte kanonisiert [19]).

Auf dieser theoretischen Grundlage wurde die Anerkennung des kapitalistischen Gesellschaftssystems als bestmögliche Gesellschaftsform vollzogen, der Verzicht auf grundlegende Änderung der politischen und ökonomischen Strukturen festgeschrieben und der Anspruch, konsequente Interessenvertretung der arbeitenden Bevölkerung zu gewährleisten, aufgegeben zugunsten einer Öffnung zur klassenindifferenten „Volkspartei". Oberstes politisches Ziel dieser Volkspartei war es, Regierungspartei zu werden. Preis war die positive Haltung zur Westintegration und zur Wiederaufrüstung.

Immerhin finden sich im Godesberger Grundsatzprogramm Andeutungen von Auswirkungen des kapitalistisch geprägten Grundzuges der Gesellschaft der BRD; auf die mögliche Gefahr von zu großer Konzentration des Eigentums und die Möglichkeit von Vergesellschaftungsmaßnahmen wurde zumindest hingewiesen [20]). Dem „Marxismus" wurde als einer Methode der Gesellschaftsanalyse ein wenn auch bescheidenes, so doch zunächst geduldetes Plätzchen in der Partei zugewiesen.

Nach dem Rausschmiß marxistischer Kritiker Anfang der 60er Jahre regten sich erst gegen Ende der 60er Jahre unter dem Eindruck der Krisenentwicklung 66/67

17) Vgl. Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 19, Berlin (DDR) 1972, S. 11—32.
18) Die SPD „ist eine Gemeinschaft von Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen". Godesberger Grundsatzprogramm, Protokoll des Godesberger Parteitags der SPD, Bonn 1960, S. 13.
19) Vgl. ebd., S. 13 f.
20) Vgl. ebd., S. 18 f.

und der außerparlamentarischen Arbeiter- und Studentenbewegung kritische Kräfte in der SPD und verlangten eine intensivere „Theoriediskussion".

Ansatz insbesondere bei den Jungsozialisten war eine Kapitalismuskritik, die u. a. unter dem Eindruck nichtkrisenfreier Entwicklung zur Strategie der „systemüberwindenden Reformen" aufrief, sich aber gleichwohl im Rahmen des Godesberger Programms wähnte [21]).

Die „Theoriediskussion" innerhalb der SPD hatte aber eine zweite Komponente: unter Führung von Brandt und Schmidt zur Großen Koalitions-, später zur Kanzlerpartei in Regierungsverantwortung avanciert, entwickelte die rechtssozialdemokratische Führung zunehmend theoretische Bedürfnisse. Das Problem langfristiger Planung stellte sich für sie zunächst als konkretes Problem einer Regierungspartei dar, zunehmend verlangte diese Praxis aber nach theoretischer Rechtfertigung. Die ersten regionalen Regierungspläne wie etwa „Hessen '80", aber auch das erste Langzeitprogramm stellten Versuche dar, „quantifizierendes Planungsdenken in programmatische Aussagen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einzuführen" [22]). Der Orientierungsrahmen '85 stellt — als Entwurf eines neuen Arbeitsprogramms — eine Mischung aus dem nach wie vor verbindlichen Godesberger Grundsatzprogramm und jenem völlig neuen Ansatz „quantifizierenden Planungsdenkens" dar.

Im Orientierungsrahmen wird nicht nur der Verzicht auf wissenschaftliche Grundlagen der Analyse sowie das Festhalten am Kanon der ewigen Grundwerte fort/festgeschrieben, mehr noch: auf die im Godesberger Grundsatzprogramm angedeuteten politischen und ökonomischen Zusammenhänge der Klassengesellschaft der BRD [23]) wird selbst in der Beschreibung — nicht zu reden von der Analyse — weitestgehend verzichtet [24]).

„Unsere Wirtschaftsordnung ist — wie die der meisten westlichen Industrieländer — eine gemischte Wirtschaftsordnung, in der sowohl autonome Marktmechanismen als auch staatliche Planung und Lenkung ihren Platz haben" [25]).

Die Zurücknahme der spärlichen im Godesberger Programm enthaltenen Feststellungen über die Gefährlichkeit kapitalistischer Machtkonzentration und der Forderung nach Vergesellschaftung von Teilbereichen wird ergänzt durch eine völlige Negierung der Eigentumsproblematik überhaupt [26]).

Steht der OR der Analyse des gesellschaftlichen Systems der BRD hilflos gegenüber, vermeidet er mit akrobatischen Umschreibungen (z. B. „Ballungen" statt Konzentration [27]) die Charakterisierung des heutigen Wirtschaftssystems, so steht doch neben dem Grundwerte-Kanon und der Behauptung, daß alles fort-

21) Vgl. Überwindet den Kapitalismus. Oder: Was wollen die Jungsozialisten? Hrsg. v. N. Gansel, Reinbek 1971.
22) H. Schmidt, Einführung zum Langzeitprogramm, in: Langzeitprogramm 1, a. a. O., S. 11 f.
23) Vgl. Godesberger Grundsatzprogramm, a. a. O., S. 18 ff.
24) Es ist nicht richtig, wenn in der Juso-Argumentation (vgl. Anm. 12) behauptet wird, daß im OR '85 die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland eindeutig als Klassengesellschaft gekennzeichnet worden sei. Vielmehr wird der Begriff „Klassengesellschaft" lediglich im Zusammenhang mit der „Ungleichheit in der Teilhabe der Bürger an den Gütern und Leistungen unserer Gesellschaft" aufgeführt (OR, S. 22 f.). Einkommens- und Vermögensverteilung sind zwar ein Indiz einer Klassengesellschaft. Es ist aber nicht möglich, aus der Aufführung lediglich eines Merkmals abzuleiten, daß damit die Gesellschaft allgemein als Klassengesellschaft charakterisiert worden ist.
25) OR, S. 31.
26) „Wir dürfen aber nicht der Selbsttäuschung erliegen, daß mit der bloßen Überführung bestimmter Unternehmen oder Unternehmensbereiche in Gemeineigentum die Fragen einer dem gesamtgesellschaftlichen Interesse dienenden Politik gelöst würden. Durch Änderung des Eigentumstitels wird an dem Problem der mangelnden Übereinstimmung zwischen gesellschaftlichen Bedürfnissen und autonomen Entscheidungen der einzelnen Wirtschaftseinheiten nichts geändert, wie die Erfahrungen anderer Wirtschaftsordnungen zeigen" (OR, S. 32).
27) OR, S. 21.

geschrieben werden müsse, eines fest: Dieser Staat und dieses System sind das Optimale für die Sozialdemokratie [28]).

Veränderungen richten sich gegen die scheinbar gröbsten Auswüchse: Reformen gilt es zu verwirklichen, das „Machbare" möglich zu machen [29]). Als Maßnahmen werden Instrumente angeboten, über deren Anwendung man aber weder einen Prioritätenkatalog fixieren möchte, noch weiß man überhaupt, ob sie praktikabel sind [30]).

3. *Reformprogrammatik und Wirklichkeit*

„Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, die auf die Gestaltung der Wirtschaft gerichteten Interessen der großen Mehrheit unseres Volkes zu vertreten . . ." [31]). Dementsprechend verfolgt der OR vorrangig folgende Ziele: Vollbeschäftigung, stetige wirtschaftliche Entwicklung, gerechte Verteilung der Einkommen, relative Stabilität des Preisniveaus.

Unter Betonung der Notwendigkeit, eine konsequente Fortsetzung der Reformpolitik betreiben zu wollen, erscheint den Verfassern dabei die „Lösung der im engeren Sinne wirtschaftlichen Aufgaben" vordringlich, denn „ohne stetiges, qualitativ sinnvolles Wirtschaftswachstum . . . ist eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik nicht möglich" [32]).

Wie sich die ökonomischen Gesetze kapitalistischer Produktion und Reproduktion hinter dem Rücken der Produzenten durchsetzen, hat sich hier im OR die Einsicht eingeschlichen, daß jede Politik auf das engste mit der Lösung ökonomischer Probleme zusammenhängt. Weil sich diese Einsicht im OR aber nicht auf wissenschaftliche Erkenntnis der Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Entwicklung bezieht, folglich zufällig, oberflächlich bleibt, bewegen sich die Konsequenzen und politischen Aktionsmöglichkeiten auf der gleichen Ebene; sie berücksichtigen die Widersprüche der Gesellschaft nicht, vermögen sie nicht zu erkennen, sind selbst widersprüchlich.

Wurde im 1. Entwurf eines Langzeitprogramms noch aus dem jährlichen realen Durchschnittswachstum des Bruttosozialprodukts von 4,5 % (1970—1975) für den Zeitraum 1975—1985 eine jährliche Wachstumsrate von 5 % extrapoliert, so hat der 2. Entwurf bescheidener zurückgesteckt:

„Angesichts der Auswirkungen der seit 1973 eingetretenen weltwirtschaftlichen Entwicklung werden wir künftig jedoch zunächst mit einem geringeren Wachstum rechnen, was auch die durchschnittliche Wachstumsrate bis 1985 senken kann" [33]).

Gleichwohl wird aber trotz zyklischer Krisenentwicklung und versteckter Prognosen eines „plus/minus Null-Wachstums" des Ex-Bundeskanzlers für 1975 sehr eigenwillig behauptet: „. . . die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität läßt keinerlei Abschwächung erkennen. Ein Nachlassen der Dynamik der Produktivitätsentwicklung ist von den ökonomischen Bedingungen her nicht zu erkennen" [34]). Diesem Optimismus wird nicht nur sofort selbst widersprochen [35]),

28) „Zum ersten Mal in der Geschichte fühlt sich die SPD in ihrem Staat wirklich zu Hause; das ist ein wesentlicher Unterschied auch zur Weimarer Republik, wo es der SPD häufig sogar schwerfiel, sich mit ihren eigenen Reichsregierungen zu identifizieren." Godesberg und die Gegenwart, a. a. O., S. 15.
29) OR, S. 33.
30) Vgl. die Vorstellungen zur „Modernisierung der Wirtschaft" (OR, S. 48).
31) Vgl. OR, S. 43.
32) OR, S. 22.
33) OR, S. 22.
34) Ebda.
35) „Eine zuverlässige Projektion dieser durchschnittlichen Wachstumsrate ist aufgrund der in der Weltwirtschaft bestehenden Unsicherheit im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich" (OR, S. 28).

die reale Entwicklung der Krise in der BRD mit 2 Mio. Arbeitslosen und Kurzarbeitern, einer Inflationsrate von ca. 6 %, einem steilen Ansteigen der Konkurse spricht eine eindeutige Sprache. Die Wirklichkeit entwickelt sich sozusagen über den im OR gesetzten Rahmen hinaus.

Das Festhalten an einer Reformpolitik, die die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung berücksichtigen will, ist interessant, es stellt sich aber die Frage, wie diese Reformen heute realisiert werden können.

Die Verstetigung des Wirtschaftswachstums — Voraussetzung erfolgreicher Reformpolitik — soll mit einem Katalog von Maßnahmen erreicht werden: durch Verbesserung von Organisation, Verfahren und Koordination soll die Planungsfähigkeit des Staates systematisch erhöht werden, durch Investitionslenkung, Ausbau von Landesentwicklungsplänen, einem Bundesraumordnungsprogramm, einer langfristigen Infrastrukturplanung und durch Maßnahmen regionaler und sektoraler Strukturpolitik soll dieses Wachstum erreicht werden — um nur einige Mittel zu nennen [36]).

Dieser nicht konkretisierte Maßnahmenkatalog findet seine erste Schranke im Eingeständnis der Nichtplanbarkeit kapitalistischer Entwicklung, schmilzt an der ungelösten Finanzierungsfrage zusammen und findet sein Fallbeil in der Feststellung des OR: „Die letztverantwortliche Investitionsentscheidung innerhalb des gesetzten Rahmens bleibt aber bei den Unternehmen" [37]).

Unter Ausblendung der Eigentumsfrage und Verfügungsgewalt über Produktionsmittel bleibt der Versuch zur Steuerung der wirtschaftlichen Prozesse im Rahmen des bestehenden Systems den Gesetzen der Profitmaximierung verhaftet. Das Nichterkennen der Krisenursachen und der Klassengegensätze führt in der Politik der Sozialdemokratie notwendigerweise zur Begünstigung von Kapitalinteressen, richtet sich gegen die Interessen der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung.

Im OR wird das nicht erkannt und auch nicht anders gewollt — der Rest ist das „Notwendige und Machbare" [38]).

Was dieses „Notwendige und Machbare" allerdings für die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung gefährlich werden läßt, sind folgende Aussagen und Konsequenzen, die die Frage der Finanzierung unter „neuem" Aspekt erscheinen lassen: Unter dem alten Hut der Abwälzung von Krisenlasten auf breite Teile der Bevölkerung. „Das angemessene Wachstum wird nur möglich sein, wenn wir in Zukunft den Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung von unkontrollierten Störungen, insbesondere auch von Einbrüchen oder Übersteigerungen in der inländischen Nachfrage nach Konsumgütern freihalten können. Dabei kommt den Tarifpartnern eine Schlüsselrolle zu" [39]).

Im Klartext läuft diese Empfehlung auf Konsumverzicht, Lohnverzicht und verstärkten Abbau der Tarifautonomie zugunsten staatlicher Lohnleitlinien hinaus. Künftig sollen öffentliche Aufwendungen auf intensive Wirkungen hin ausgerichtet werden. „Mittelfristig müssen die gesamten Personalausgaben des Staates deutlich langsamer steigen als bisher. Dies setzt der Personalvermehrung wie den Einkommensforderungen der öffentlichen Bediensteten Grenzen und verstärkt

[36]) Vgl. OR, S. 32 ff.
[37]) OR, S. 33.
[38]) Ebd.
[39]) OR, S. 29.

die Notwendigkeit, die im öffentlichen Dienst vorhandenen Produktivitätsreserven auszuschöpfen" [40]).

Daß diese Vorschläge nicht nur graue Theorie geblieben sind, zeigen bereits sogenannte Rationalisierungsmaßnahmen im öffentlichen Bereich wie Personal- und Ausbaustopp für die Universitäten, Personaleinsparungen durch Stellenkürzungen, Nichtbewilligung fehlender Lehrerplanstellen — trotz gestiegenem Bedarf.

„Soweit dies gesellschaftspolitisch und ökonomisch sinnvoll ist, sind die laufenden Kosten von Gemeinschaftsleistungen vorrangig durch Gebühren und Abgaben aufzubringen" [41]).

Die sich hier andeutenden Massenbelastungen im Bereich öffentlicher Dienstleistungen sollen sich auch auf den Bereich des Gesundheitswesens erstrecken — an eine Kostendeckung etwa im Bereich der Infrastrukturmaßnahmen, die damit vornehmlich von der Kapitalseite her zu tragen wären, ist allerdings nicht gedacht:

„Eine Beseitigung der Unternehmensautonomie durch eine zentrale staatliche Wirtschaftsplanung kommt wegen ihrer vielfältigen schädlichen und unerträglichen Folgen nicht in Frage" [42]). Diese für die Mehrheit der Bevölkerung bittere Politik des „Notwendigen und Machbaren" wird durch einige folgenlose Garnierungen versüßt:

„Die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse, die sich die Menschen im arbeitsteiligen Zusammenwirken in ihrer Geschichte selbst geschaffen haben und täglich aufs neue schaffen, haben sich gegenüber den Menschen verselbständigt ... Die Ergebnisse ihres gemeinsamen Handelns gewinnen den Charakter objektiver Entwicklungen, die sich mit scheinbarer naturgesetzlicher Notwendigkeit, wie von einer fremden Macht bestimmt, über die Köpfe der Menschen hinweg vollziehen.

Wer die Probleme unserer Gesellschaft lösen will, muß daher diese Fremdbestimmung überwinden und die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse soweit als möglich der freien Selbstbestimmung in der Gesellschaft zusammenlebender Menschen unterwerfen" [43]). Konkret heißt das für den Teilbereich „Humanisierung der Arbeitswelt": „Das primäre Ziel ist es, die Entfremdung der arbeitenden Menschen dadurch aufzuheben, daß der Arbeitsprozeß von ihren individuellen und solidarischen Bedürfnissen mitbestimmt wird" [44]). Aber selbst an diesem Beispiel, verbal an die Utopie einer neuen humanisierten Arbeitswelt schon heranreichend, wird der Zweck deutlich: „Die Humanisierung der Arbeitswelt muß keineswegs auf Kosten der Produktivität gehen, sondern durch eine sinnvolle Motivation der Arbeitnehmer wird die Produktion eher erhöht" [45]).

4. Zur Funktion der Partei im OR '85

Mit dem Scheitern der 1972 verkündeten neuen Reformpolitik und der heutigen Orientierung der Regierungspolitik auf Reformen, die nichts kosten, und Massenbelastungen ergeben sich für sozialdemokratische Regierungs- und Mandatsträger zunehmend Schwierigkeiten, diese Politik ihren Anhängern und Wählern einsichtig zu machen.

40) OR, S. 30.
41) OR, S. 30.
42) OR, S. 48.
43) OR, S. 15.
44) OR, S. 53.
45) Ebd.

Der SPD kommt als Partei in diesem Zusammenhang eine doppelte Funktion zu: zu den Wählern hin soll sie als integrativer Puffer für die Regierungspolitik fungieren; innerparteilich wird unter dem Appell an die Einheit und Geschlossenheit im Handeln der Disziplinierungsprozeß gegenüber kritischen linkssozialdemokratischen Kräften vorangetrieben.

Grundlage für die Funktionsbestimmung der Rolle der Partei im OR '85 sind sozialpsychologische Überlegungen zur Bewußtseinslage des Bürgers [46]).

Für die Durchsetzung der Politik des demokratischen Sozialismus ist demnach weniger entscheidend, wie die Stellung der Bürger in Staat und Gesellschaft *ist*, von zentraler Bedeutung ist vielmehr, wie der Bürger diese Stellung selbst *einschätzt*.

Das Bewußtsein des Bürgers ist nach dem OR heute weitgehend von einem „Gefühl der Abhängigkeit" und dem „Gefühl des Ausgeliefertseins an undurchschaubare Mächte" bestimmt; das mache ihn anfällig gegenüber Angstkampagnen oder Erlöserideologien [47]).

Diese Tendenzen, die die Demokratie schlechthin anfällig für die „unberechenbare Dynamik politischer Enttäuschungsreaktionen" machen, erfordern für erfolgreiche sozialdemokratische Politik eine breit angelegte und langfristige „Vertrauensarbeit" der Partei in der Bevölkerung [48]).

In der Erläuterung dieser Vertrauensarbeit wird der Charakter der Funktionsbestimmung deutlich, die die Führung den Mitgliedern und Untergliederungen der SPD zumessen möchte. Nicht mehr die Rolle der Partei als aktiv agierendes, organisiertes Subjekt in der politischen Auseinandersetzung steht zur Diskussion, sondern eher die Frage, wie die Partei Regierungs- und Mandatsträger absichern und Massenloyalität für deren der Mitbestimmung der Massen entzogene Politik entwickeln kann.

Diese Degradierung der Mitgliederschaft zu Wasserträgern der Regierungspolitik spiegelt sich vor allem in den fünf „public-relations-Funktionen" [49]) wider:

Die Parteimitglieder sollen „wichtige Probleme und Bedürfnisse der Bevölkerung ermitteln", das Gefühl der Erfolgslosigkeit abbauen helfen, politische Entscheidungen beim Bürger sachlich und psychologisch vorbereiten, insbesondere solche, die „aus sich heraus nicht einsehbar" und akzeptabel erscheinen [50]). Im Vermittlungsprozeß sozialdemokratischer Regierungspolitik soll diese „Vertrauensarbeit" zum „Abbau unrealistischer Erwartungen und irrational gesteigerter Reaktionen bei Enttäuschung solcher Erwartungen" beitragen [51]).

Diese Aufgabenstellung der Partei reflektiert offensichtlich die Erfahrungen gescheiterter Reformpolitik. Sie soll dazu beitragen, Bewußtwerdungsprozesse aus der eigenen Krisenerfahrung der Bevölkerung zu kanalisieren.

Diese Puffer- und Integrationsfunktion der Parteiarbeit ist die eine Seite. Der „Mobilisierung der Partei" [52]) entspricht aber auch ein Integrations- und Disziplinierungsprozeß kritischer linkssozialdemokratischer Kräfte in der Partei selbst. Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten hatte vor allem zwischen ihrem Han-

46) Vgl. OR, S. 37.
47) Vgl. ebd.
48) Vgl. S. 38 f.
49) Autorenkollektiv des IMSF, Der SPD-Orientierungsrahmen '85, a. a. O., S. 89.
50) OR, S. 39.
51) Ebd.
52) W. Brandt, Sozialdemokratische Politik . . ., a. a. O., S. 260.

noveraner und Münchener Bundeskongreß (1971/1974) auf der Basis einer allgemeinen Kapitalismuskritik zur Strategie systemüberwindender Reformen aufgerufen und während der politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre hauptsächlich das Konzept der „Doppelstrategie" anzuwenden versucht [53]).

Sie hatten im Bundestagswahlkampf 1972 und in einigen nachfolgenden Landtagswahlkämpfen damit vor allem kritisches Potential in der Jugend an die SPD heranführen können, wurden aber insbesondere von der Parteiführung für Wählereinbrüche verantwortlich gemacht. In einer breit angelegten innerparteilichen Kampagne gegen linkssozialdemokratische Kräfte wurde ein Disziplinierungsprozeß inszeniert, der mit der Erklärung Helmut Schmidts vom März 1974 bundesweit eingeleitet wurde [54]) und bis zur Beschneidung der relativen Selbständigkeit der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten durch den Parteivorstand ging.

Im Orientierungsrahmen ist von den Kritikanstößen, die die Jusos in die Diskussion der letzten Jahre eingebracht haben, kaum mehr etwas nachzulesen. Am Beispiel der Behandlung des Komplexes „Doppelstrategie" im OR läßt sich die Verkehrung ursprünglicher Intentionen der Jungsozialisten in ihr Gegenteil verdeutlichen. In den Thesen von 1971 verstanden die Jusos unter Doppelstrategie die Aufgabe, „auf der einen Seite: punktuelle Selbstorganisation von fallweise Betroffenen zu initiieren und deren Effektivität und Kontinuität zu gewährleisten; auf der anderen Seite durch so entstehenden Druck die Partei und die Institutionen zu zwingen, die Bevölkerungsinteressen wirksam zu vertreten und durchzusetzen" [55]).

Im OR heißt es dagegen: „Auf mittlere und längere Sicht hat sozialdemokratische Politik auch auf der staatlichen Ebene nur dann Erfolgschancen, wenn sie mit einer breit und langfristig angelegten Vertrauensarbeit der Partei unter der Bevölkerung einhergeht. Bei diesem Sachverhalt — der oft mit dem mißverständlichen Begriff ‚Doppelstrategie' belegt worden ist — handelt es sich um zwei Aspekte einer einheitlichen sozialdemokratischen Strategie" [56]).

Ausdrücklich wird eine Doppelstrategie verworfen, die den objektiven Gegensatz zwischen Basis der Partei und deren Mandatsträgern austrägt.

Um so erstaunlicher erscheint es, wenn die Jungsozialisten jetzt positiv zu diesem Punkt des OR Stellung nehmen und behaupten, daß das von ihnen vertretene Konzept der „Doppelstrategie" „als notwendige einheitliche Strategie der SPD" [57]) im OR gefordert werde.

An diesem Beispiel deutet sich die Entscheidung an, vor die linkssozialdemokratische Kräfte durch den OR gestellt werden: entweder sie passen sich der neuen Programmatik an und geben damit ihren eigenen politischen Anspruch auf, oder sie halten ihre kritischen Positionen aufrecht und tragen die anstehenden Konflikte in der Partei aus.

Die Juso-Führung scheint allerdings mit ihrer derzeitigen Politik eher die politische Selbstliquidierung zu bevorzugen.

53) Vgl. Thesen zur politischen Ökonomie und Strategie (1971), Materialien zur sozialistischen Theorie und Praxis, Wunstorf 1972.
54) „Manches von dem, was da in München (Bundeskongreß der Jungsozialisten, d. Verf.) resolutioniert worden ist, sollte ohne übertriebenen Zeit- und Kraftaufwand durch den Parteivorstand öffentlich hörbar beiseite geschoben werden." H. Schmidt, Die SPD ist keine Seminareinrichtung. Diskussion in der Sitzung des Parteivorstandes am 8. März. In: Ders. Auf dem Fundament des Godesberger Programms, Bonn-Bad Godesberg 1974², S. 10—19, hier S. 17 f.
55) Thesen zur politischen Ökonomie und Strategie, a. a. O., S. 12.
56) OR, S. 38.
57) Vgl. Juso-Argumente, a. a. O., S. 4.

Ähnliche Probleme wie mit der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten scheinen neuerdings für die Parteiführung auch mit der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) aufzutreten.

Hatte doch selbst unter massivem Redneraufgebot der Parteiprominenz die Mehrheit der 2. Bundesdelegiertenkonferenz in Bremen (15. Juni 1975) einen Antrag zur Mitbestimmungsfrage unterstützt, nach dem „in dieser Legislaturperiode eher auf eine gesetzliche Regelung der Mitbestimmung verzichtet werden sollte", als daß sozialdemokratische Grundpositionen auf Druck der FDP aufgegeben werden [58]).

Diese Stellungnahme ist um so bemerkenswerter, als Helmut Schmidt in seiner Rede vor den Delegierten gedroht hatte, wer den Kompromiß der Bundesregierung gegenüber der FDP ablehne, sei „ungeeignet, die Demokratie am Leben zu erhalten" [59]).

Die doppelte Funktionsbestimmung der Rolle der Partei — Puffer- und Integrationsinstrument sowie zugleich Disziplinierungsmittel zu sein — schlägt sich im OR in modifizierter Form im Verhältnis der SPD zu den Gewerkschaften nieder. Aus der Berufung auf traditionelle gemeinsame Kampferfahrungen von SPD und Gewerkschaften wird eine „Grundübereinstimmung über die Notwendigkeit gesellschaftlicher Reformen und deren Richtung" [60]) festgestellt.

Den Gewerkschaften wird als befreundeten Organisationen ein besonderer Stellenwert in der Vermittlung sozialdemokratischer Politik zugemessen, weil die im Verhältnis zur Anhängerschaft der SPD immer noch zu geringe Mitgliedschaft nicht ausreiche, eine einheitliche Strategie des demokratischen Sozialismus zu tragen [61]). Hierin wird eine gefährliche, nicht mit dem Grundsatzprogramm des DGB übereinstimmende Tendenz zur Umfunktionierung der Einheitsgewerkschaften in sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften sichtbar, die durch die schon bezeichneten Versuche zur funktionablen Eingliederung der Gewerkschaften in das Steuerungs- und Integrationsinstrumentarium sozialdemokratischer Regierungspolitik verstärkt werden kann.

Gegen den Versuch der Festlegung der Einheitsgewerkschaft auf den politischen Kurs des „demokratischen Sozialismus" und deren Indienstnahme für die Vermittlung sozialdemokratischer Politik hat sich in den Gewerkschaften Widerspruch erhoben. So hat z. B. A. Rothländer [62]) gegen dieses Gewerkschaftsverständnis eingewandt:

„Im übrigen muß es allein Sache der Partei sein und bleiben, dafür zu sorgen, daß eine möglichst große Anzahl von Arbeitnehmern sich auch aktiv für die Ziele der SPD einsetzt. Hierfür das Mittel der Kooperation mit den Gewerkschaften einzusetzen, ist verfehlt" [63]).

Ebenso eindeutig wendet sich Rothländer gegen die Auffassung des OR, daß die Gewerkschaften in erster Linie solidarische Organisationen zur Verbesserung des Einkommens und der Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer seien [64]).

Unter Bezug auf die Satzungen des DGB und der Einzelgewerkschaften weist er zu Recht darauf hin, daß diese die Aufgabe zur „umfassenden Interessenvertre-

58) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 16. 6. 1975, S. 2.
59) Ebd.
60) OR, S. 40.
61) Vgl. OR, S. 40 f.
62) A. Rothländer ist geschäftsführendes Hauptvorstandsmitglied der Gewerkschaft ÖTV.
63) Albrecht Rothländer, Diskussionsstoff auch für uns, in: „ÖTV-Magazin", Nr. 5/1975, S. 5.
64) Vgl. OR, S. 40 f.

tung zugunsten der Arbeitnehmer, nicht bloß die Verbesserung der Einkommen und der Arbeitsbedingungen als Organisationszweck" beschreiben [65]).

Resümierend läßt sich die Einschätzung des OR in der erwähnten IMSF-Studie teilen: „Die Grundschwäche des OR ist die Schwäche sozialdemokratischer Programmatik in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten: man geht jeder gegen die Übermacht des Monopolkapitals gerichteten konkreten Zielsetzung ängstlich aus dem Wege, ja stattdessen wird die Erhaltung und Stabilisierung der bestehenden gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse — ausgesprochen oder unausgesprochen — zur Voraussetzung und zum inhaltlichen Kern sozialdemokratischer Politik erhoben. Da aber nicht nur eine fundamentale Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse im sozialistischen Sinne, sondern selbst die Erreichung ernsthafter sozialer und demokratischer Reformziele heute nicht mehr möglich ist ohne die Einschränkung monopolkapitalistischer Macht, kann der OR '85 nicht einmal dem Anspruch gerecht werden, ein realistischer Entwurf für eine soziale Reformpolitik im nächsten Jahrzehnt zu sein" [66]).

Zur Entwicklung in Argentinien unter den peronistischen Regierungen seit 1973

Die Rolle des Peronismus

Von Léon Bieber

Nachdem sich die peronistische Regierungspolitik seit dem Sturz Präsident Cámporas vor zwei Jahren (Juli 1973) zusehends nach rechts entwickelt hat, stellt die gegenwärtige offene Herausforderung der mächtigen „orthodoxen" Gewerkschaften durch die Präsidentin Perón die traditionellen Grundlagen peronistischer Macht in Frage. Der nachstehende Artikel versucht eine Zwischenbilanz der argentinischen Entwicklung seit der Rückkehr des Peronismus 1973 zu ziehen. D. Red.

In den letzten Jahrzehnten haben einige Regierungen Lateinamerikas versucht, die wirtschaftliche Rückständigkeit und die krassesten sozialen Probleme ihres jeweiligen Landes zu beseitigen und moderne Industrienationen aufzubauen. Zu diesem Zweck haben sie mit unterschiedlicher Entschlossenheit die Möglichkeiten ausländischer Unternehmerinteressen eingeschränkt, eine staatliche Kontrolle über das Bank- und Kreditwesen sowie über den Außenhandel eingeführt, Gesetze und Verordnungen, die die Diversifizierung der Wirtschaft und den Aufbau

65) A. Rothländer, a. a. O., S. 5.
66) Autorenkollektiv des IMSF, der SPD-Orientierungsrahmen '85, a. a. O., S. 165.

einer nationalen Industrie zum Ziel haben, verkündet und die sozialen Gesetze und Dienstleistungen zugunsten der unterprivilegierten Bevölkerungsschichten ausgebaut.

Als konkrete Beispiele können in diesem Zusammenhang die Regierungsjahre von Getúlio Vargas in Brasilien (1930—1945 und 1951—1954), die ersten Regierungsjahre von Juan Domingo Perón in Argentinien (1946—1950) und die erste Regierungsperiode von Víctor Paz Estenssoro in Bolivien (1952—1956) genannt werden.

Wenn auch ein Vergleich zwischen diesen drei Regierungen eine Reihe wichtiger Unterschiede zeigt (so sind beispielsweise weder unter Vargas in Brasilien noch unter Perón in Argentinien Agrarreformen, wie die in Bolivien unter der Regierung Paz Estenssoros, durchgeführt worden), so ist ihnen doch gemeinsam, daß sie die Durchsetzung der genannten Maßnahmen als das wesentliche Ziel ihrer Bestrebungen verkündeten, daß sie sich mit vehementer Schärfe von kommunistischen Zielsetzungen distanzierten und daß sie ständig betonten, das Privateigentum an Produktionsmitteln voll und ganz zu befürworten, vorausgesetzt, es diene dem Fortschritt des Landes [1]).

Auf der Grundlage dieser allgemeinen programmatischen Prinzipien ist es diesen Regierungen gelungen, sich eine breite Massenbasis vor allem unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zu sichern und gleichzeitig die Unterstützung wichtiger Teile der nationalen Privatwirtschaft zu bekommen [2]). Der Versuch, die wirtschaftliche Rückständigkeit und das soziale Elend in diesen Ländern zu beseitigen und sie in wirtschaftlich und politisch unabhängige Nationen zu verwandeln, die neben den modernen Industriestaaten einen ebenbürtigen Platz einnehmen sollen, muß jedoch als gescheitert angesehen werden. Dieses Scheitern kann erklärt werden durch den Widerstand von sowohl ausländischen, besonders nordamerikanischen Interessen, als auch inländischen Interessen jener Schichten, die durch die Regierungsmaßnahmen ihre Privilegien gefährdet sahen. Die Wurzeln dieses Scheiterns liegen jedoch darin begründet, daß diese Regierungen versuchten, die Interessen von Unternehmern und Lohnabhängigen in Übereinstimmung zu bringen und dabei die Unterstützung beider nur beibehalten konnten um den Preis einer äußerst verzerrten Inangriffnahme ihrer programmatischen Ziele [3]).

Für die im Jahre 1973 in Argentinien durch demokratische Wahlen an die Macht gekommene peronistische Regierung ist ebenfalls der Versuch bestimmend, durch die eingangs aufgezählten Maßnahmen bei gleichzeitiger Ablehnung sowohl einer restlosen Enteignung der Produktionsmittel wie der Einführung einer Planwirtschaft nach sozialistischem Muster die sozio-ökonomische Rückständigkeit des Landes zu beseitigen und Argentinien in eine wirtschaftlich und politisch unabhängige Industrienation zu verwandeln.

---

1) Zur Regierung G. Vargas vgl.: G. Vargas, Manifesto à Naçâo, Rio de Janeiro 1934, S. 9—18. Edgard Carone, A Segunda República, São Paulo 1973, S. 81—99 (hier vor allem Kap. IV, S. 88—89. Thomas E. Skidmore, Politics in Brazil, 1930—1964, New York 1967, S. 3—136.
Zur Regierung Perons vgl.: Albertó Ciria, Perón y el Justicialismo, Buenos Aires 1971.
Zur Regierung Paz Estenssoros siehe: Víctor Paz Estenssoro, Mensaje a la VI Convención del Movimiento Nacionalista Revolucionario. Buenos Aires 1953.

2) Durch die 1953 in Bolivien durchgeführte Agrarreform hat — im Unterschied zu den genannten Regierungen in Argentinien und Brasilien — die Unterstützung der Bauern eine wesentliche Rolle in der Geschichte der „Movimiento Nacionalista Revolucionario"-Regierungen (1952—1964) gespielt.

3) Dabei muß berücksichtigt werden, daß einige der wichtigsten Maßnahmen, die diese Regierungen ergriffen haben, ohne dabei ihren sozialen Rückhalt zu verlieren, unter ganz besonderen wirtschaftlichen und/oder politischen Bedingugen stattfanden. Deutliches Beispiel sind die Maßnahmen der Perón-Regierung zugunsten der Arbeiter in der zweiten Hälfte der 40er Jahre.

I. „Konzertierung" von Kapital und Arbeit als Axiom peronistischer Regierungspolitik

Die von der peronistischen Regierung im November 1973 eingesetzte Kommission zur Ausarbeitung des „Dreijahresplans zum Nationalen Wiederaufbau und zur Nationalen Befreiung" (1974—1977) faßt mit folgenden Worten die Ziele der peronistischen Regierung zusammen: „... die wirtschaftlichen Grundlagen für einen langfristigen Prozeß zu legen, der durch die Wiederherstellung der nationalen Entscheidungsmacht über die Wirtschaft eine wachsende Produktion von Gütern und Dienstleistungen ermöglichen soll bei Vollauslastung der Produktionsfaktoren im Rahmen einer gerechten Einkommens- und Reichtumsverteilung und einer ausgewogenen regionalen Entwicklung" [4]).

Inwieweit diese allgemeinen programmatischen Ziele, in denen das Bestreben nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit („Nationalem Wiederaufbau") sowie „Sozialer Gerechtigkeit" deutlich zum Ausdruck kommt, einen Wiederhall unter der argentinischen Bevölkerung fanden, zeigen eindeutig die Wahlergebnisse vom März, aber vor allem die vom September 1973. Der Stimmenanteil der Peronisten, der bei den Präsidentschaftswahlen vom März 1973 — bei einer Wahlbeteiligung von etwa 86 % — fast 50 % erreichte, erhöhte sich bei den erneuten Präsidentschaftswahlen vom September 1973 — bei einer Wahlbeteiligung von etwa 80 % — auf 62 % [5]).

Erst die erfolgreichen Annäherungsversuche der peronistischen Führung — und seit Mai 1973 der peronistischen Regierung — an die großen und einflußreichen Unternehmerverbände des Landes machen deutlich, in welchem Ausmaß die gegenwärtige argentinische Regierung versucht, die Interessen von Unternehmern und lohnabhängiger Bevölkerung in Einklang zu bringen. Konkreter Ausdruck dieser Versuche sind die noch im Jahre 1973 unterschriebenen Kompromißverträge mit den bedeutendsten Unternehmerverbänden des Landes. In diesen Verträgen sind die wichtigsten Regierungsziele, die später im Dreijahresplan enthalten waren, schon angekündigt. Am 30. Mai 1973 unterzeichneten die einige Tage zuvor an die Macht gekommene peronistische Regierung, die „Allgemeine Wirtschaftsföderation" („Confederación General Económica", C.G.E.) — der größte Unternehmerverband Argentiniens — und der Dachverband der argentinischen Gewerkschaften (die „Confederación General del Trabajo", C.G.T.) die „Acta del Compromiso Nacional". Dieser Kompromißvertrag bekennt sich zu den allgemeinen Regierungszielen, wobei das Schwergewicht auf das Streben nach sozialer Gerechtigkeit, d. h. auf die Forderung nach wirtschaftlichen und sozialen Verbesserungen für die lohnabhängige Bevölkerung gelegt wird [7]).

Am 7. September 1973 schloß die Regierung mit den größten Agrarverbänden des Landes die „Acta del Compromiso del Estado y los Productores para una Política Concertada de Expansión Agropecuaria y Forestal", kurz genannt „Acta del Compromiso del Campo" ab. In diesem Kompromißvertrag wird neben dem allgemeinen Bekenntnis der Vertragspartner zum „Nationalen Wiederaufbau" das Schwergewicht auf die Notwendigkeit gelegt, die landwirtschaftliche Produktion Argentiniens in den kommenden Jahren stark zu erhöhen, um den Devisenbestand des Landes zum Kauf notwendiger Importprodukte zu sichern [8]).

4) Plan Trienal para la Rconstrucción y la Liberaión Nacional. Hrsg. Poder Ejecutivo Nacional, Buenos Aires 1974, S. 20.
5) Zu den gesamten Wahlergebnissen vom März und September 1973 siehe die Wochenausgabe von „La Nación" v. 19. 3. 1973, S. 5 u. v. 1. 10. 1973, S. 1; ferner die ausführliche Wahlanalyse von A. Rouquié, Le vote péroniste en 1973, in: „Revue Française de Science Politique", Bd. XXIV, Nr. 3, Juni 1974, Paris, S. 469 ff.
7) Der Text der „Acta del Compromiso Nacional" ist im „Plan Trienal para la Reconstrucción y la Liberación Nacional" auf S. 311—317 abgedruckt.
8) Der Text der „Acta de *Compromiso* del Campo" findet sich a. a. O., S. 327—333.

Während der letztgenannte Vertrag lediglich das Bemühen der peronistischen Regierung nach einem gemeinsamen Vorgehen mit den Unternehmern für die Verwirklichung ihrer programmatischen Ziele beweist, wird das Bemühen der Regierung um eine konzertierte Politik von Kapital und Arbeit durch die Unterzeichnung der „Acta del Compromiso Nacional" offenkundig.

Es wird deutlich, daß hinter der peronistischen Regierung nicht nur die überwältigende Mehrheit der lohnabhängigen Bevölkerung stand, sondern daß sie zugleich die Unterstützung von breiten, wichtigen Sektoren der nationalen Unternehmer hinter sich hatte. Wegen dieser Unterstützung von Unternehmern und Lohnabhängigen und durch das Bekenntnis der Armee sowie sämtlicher Oppositionsparteien zur Verteidigung der im Mai 1973 etablierten institutionellen Ordnung konnte die peronistische Regierung von Anbeginn mit einer unangefochtenen politischen Stabilität rechnen, konnten daher die Bedingungen für die Inangriffnahme ihrer Ziele nicht besser sein.

Die konzertierte Politik mit den genannten Interessenverbänden war jedoch von Anbeginn der Nährboden für die inzwischen deutlich gewordene Aushöhlung des Regierungsprogramms.

II. Das Interregnum Héctor Cámporas

Am 25. Mai 1973 übernahm Héctor Cámpora die Präsidentschaft Argentiniens. Cámpora wurde von der „Peronistischen Bewegung" zum Präsidentschaftskandidaten nominiert, nachdem die vorangegangene Militärregierung Lanusses mit Erfolg die Kandidatur Juan Domingo Peróns bei den Märzwahlen verhindert hatte. Die äußerst kurze Präsidentschaft Cámporas von knapp zwei Monaten (vom 25. Mai bis zum 13. Juli 1973) wirft ein erstes Schlaglicht auf die Probleme, die sich von Anbeginn für die neue argentinische Regierung stellten.

Die Regierungszeit Cámporas war gekennzeichnet durch eine immer stärkere Polarisierung zwischen den konservativ-rechten und den reformistisch-linken Tendenzen sowohl innerhalb der peronistischen Bewegung wie auf gesamtnationaler Ebene. Diese Polarisierung war die Folge der Maßnahmen, die die Regierung unmittelbar nach ihrem Machtantritt ergriff: Maßnahmen, die darauf abzielten, bestimmte Voraussetzungen für den „Nationalen Wiederaufbau" und die Verwirklichung von „Sozialer Gerechtigkeit" zu schaffen. In dem Maße, wie diese Maßnahmen verkündet wurden, zeigte sich ein immer deutlicherer Widerstand aus Unternehmerkreisen — insbesondere einiger einflußreicher Agrarverbände — gegen die Regierungspolitik.

Die ersten Stimmen insbesondere von einflußreichen argentinischen Agrarverbänden gegen die neue Regierung kamen schon unmittelbar nach der Machtübernahme von Cámpora, der am ersten Tag seiner Präsidentschaft eine Generalamnestie erließ, die nicht nur der jahrelang verbotenen Kommunistischen Partei Argentiniens die Legalität wieder gewährte, sondern auch die Freilassung von Tausenden von linken politische Gefangenen verfügte. Diese Stimmen waren aber vor allem eine Reaktion auf die in der Amtsantrittsrede Cámporas deutlich hervorgehobenen Vergünstigungen, die seine Regierung den Arbeitern versprach, auf die Betonung der Solidarität der Regierung mit den nationalen Befreiungskämpfen und auf die Ankündigung staatsinterventionistischer Maßnahmen im privatwirtschaftlichem Bereich. In diesem Zusammenhang muß jedoch angemerkt werden, daß seine Rede weder eine Agrarreform noch umfangreiche Verstaat-

lichungsmaßnahmen ankündigte und die Frage nach den Modalitäten der angesprochenen Beteiligung der Arbeiter an den Unternehmen offen blieb. Diese Auslassungen wiederum wurden vom radikalen linken Flügel der Peronistischen Bewegung negativ hervorgehoben [9]). Während dieser jedoch eine abwartende Haltung gegenüber der Regierung einnahm, organisierte sich der Widerstand einflußreicher Agrarverbände schon unmittelbar, nachdem die Regierung ihre ersten Gesetze und die ersten Wirtschaftsmaßnahmen angekündigt hatte: Das Gesetz zur Verstaatlichung der Banken, das Gesetz zur Kontrolle ausländischer Investitionen, das Gesetz über die Kontrolle des Getreidehandels und das Gesetz über die Bodenrente. Letztere hatten zum Ziel, dem Staat höhere Einnahmen aus dem Agrarsektor zu sichern und tangierten somit eindeutig die Interessen der Besitzer großer Viehzucht- und Getreideländereien im fruchtbarsten Gebiet Argentiniens, der „Pampa Húmeda" [10]).

Diese vier Gesetze zeigen das anfängliche Streben der Regierung nach einer umfassenden staatlichen Kontrolle über die wesentlichen Finanzquellen des Landes, um diese entsprechend den proklamierten Zielen des nationalen Wiederaufbaus, der nationalen Befreiung und der sozialen Gerechtigkeit einsetzen zu können.

Die erwähnten Gesetze fanden nicht nur die Unterstützung des Dachverbandes der argentinischen Gewerkschaften, CGT, sondern zugleich die der Führung des wichtigsten Unternehmerverbands CGE, der nicht direkt mit der großen Agrarproduktion verbunden ist. Diese Haltung der CGE-Führung erklärt sich aus der Tatsache, daß ihr Präsident, José Gelbard (der unter Cámpora Wirtschaftsminister wurde), und sein Nachfolger, Julio Bronner, voll und ganz hinter folgendem erklärten Ziel des Dreijahresplanes stehen: „Der Plan beabsichtigt die Verlagerung der Wirtschaftsdynamik von den ausländischen Monopolen ... auf die Gesamtheit des produktiven nationalen Sektors, den Staat und die nationalen Unternehmer" [11]). Es handelt sich also um diejenigen Unternehmer, die sich durch die Einschränkung der Wirtschaftsinteressen ausländischer Unternehmer und die stärkere Besteuerung von Großgrundbesitzern Vorteile versprechen, die ihnen in der Konkurrenz mit ausländischen Unternehmen eine bessere Ausgangsposition sichern sollten. Diese Vorteile hält die CGE-Führung aber nur im Rahmen einer konzertierten Politik mit der Führung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und der peronistischen Regierung für realisierbar. Daher hat sie die schon erwähnte „Acta del Compromiso Nacional" unterschrieben und sich in ihr zunächst einmal bereit erklärt, den Arbeitern höhere Löhne und bessere Sozialleistungen zu gewähren.

In Übereinstimmung mit der CGE- und der CGT-Führung verkündete die Regierung Cámporas im Juni 1973 ihre ersten konkreten Wirtschaftsmaßnahmen, die nicht nur eine Frage der Schaffung stabiler Voraussetzungen für die konsequente Inangriffnahme des Programms waren, sondern zugleich ein Prüfstein der Möglichkeit einer harmonischen politischen Zusammenarbeit von Unternehmern und lohnabhängiger Bevölkerung.

Eine der verkündeten Maßnahmen war eine allgemeine Lohnerhöhung um durchschnittlich 13 %, die rückwirkend vom 1. Mai 1973 an gezahlt werden mußte. Eine

9) Der Text der Amtsantrittsrede Cámporas ist wiedergegeben in der Wochenausgabe von „La Nación" v. 25. 5. 1973, S. 1 und 5. — Zur Reaktion des linken Flügels der PB siehe, „El Descamisado", 1. J., Nr. 2/1973, S. 2 und die Wochenausgabe von „La Nación" v. 11. 6. 1973, S. 8.
10) Zum Widerstand gegen diese Gesetze siehe die Wochenausgabe von „La Nación" v. 18. 6. 1973, S. 6 u. v. 9. 7. 1973, S. 2.
11) Plan Trienal para . . ., S. 17.

Abwälzung dieser Lohnerhöhung auf die Preise wurde verboten und zugleich ein Lohn- und Preisstopp bis zum 1. Juni 1974 verkündet. Die Lohnerhöhung bedeutete nicht nur einen Ausgleich für die durch Inflation verursachten Verluste am Realeinkommen der Arbeiter, sondern darüber hinaus einen ersten Schritt im Rahmen der progressiven Einkommensumverteilung, die das Regierungsprogramm bis 1980 anstrebt [12]). Zugleich bedeutete auch der Preisstopp eine wichtige Maßnahme zur Stärkung der Kaufkraft der Lohnabhängigen und darüber hinaus einen ersten Schritt zur Eindämmung der Inflationsrate, die Anfang 1973 etwa 80 % betrug.

Die massiven Eingriffe des Staates in die Wirtschaft, die die lohnabhängige Bevölkerung unmittelbar begünstigten, führten sofort zu einem Rückgang der Investitionen, zu einer immer spürbarer werdenden Verknappung von Gütern, insbesondere Lebensmitteln, und damit unvermeidlich zur Bildung eines Schwarzmarktes.

Sowohl die Warenzurückhaltung als auch der Rückgang an Privatinvestitionen führten schon Mitte 1973 zur Bildung von „Verbrauchervereinen" in den Großstädten, die sich das Ziel setzten, die Regierung durch Anzeigen von Warenhortungen und von Verkäufen zu erhöhten Preisen zu unterstützen [13]). Trotz der starken Unterstützung unterschiedlicher Bevölkerungsteile und der CGE-Führung war die peronistische Regierung nach dem verkündeten Lohn- und Preisstopp außerstande, die Privatunternehmer zu größeren Investitionen zu veranlassen, und sie schaffte es nicht, eine effiziente Preiskontrolle einzuführen. Eine neue Welle von nicht offiziellen Preissteigerungen verminderte allmählich die Kaufkraft der im Juni 1973 erhöhten Löhne. Das wesentliche Bestreben der peronistischen Regierung, den „Nationalen Wiederaufbau" nicht auf Kosten der Lohnabhängigen voranzutreiben, sondern gleichzeitig die „Soziale Gerechtigkeit" schrittweise zu verwirklichen, geriet somit schon Mitte 1973 in eine Sackgasse.

Sowohl vor, aber vor allem nach dem Machtantritt Cámporas erreichten die Auseinandersetzungen innerhalb der peronistischen Bewegung zwischen den linken und rechten Tendenzen einen nie zuvor gesehenen Höhepunkt. Diese Zuspitzung erklärt sich in erster Linie durch das Bestreben des linken Flügels, eine Reihe von Maßnahmen durchzusetzen, die sofort zu einer radikalen Konfrontation nicht nur mit den Unternehmern, sondern auch mit der Armee geführt hätten [15]). Die Liberalisierung des politischen Lebens, die in Argentinien unter Cámpora nach sieben Jahren ununterbrochener rechter Militärdiktaturen stattfand, sowie die genannten Gesetze und Wirtschaftsmaßnahmen, die seine Regierung verkündete, schafften dem linken Flügel der Bewegung einen Spielraum, der ihm eine offensive Haltung ermöglichte. Cámpora selber fehlte die Autorität — und vielleicht auch der Wille — um den weitestgehenden Forderungen dieses Parteiflügels eine Absage zu erteilen. Diese Tatsache hatte wiederum zur Folge, daß die Regierung von immer breiteren Unternehmerkreisen und von dem einflußreichen „orthodoxen", stark antikommunistischen peronistischen Gewerkschaftsflügel immer stärker kritisiert wurde [16]). Diese Kritik reichte von der Aufforderung an die

[12]) Um die „Soziale Gerechtigkeit" zu verwirklichen, sieht das Regierungsprogramm folgende schrittweise Veränderung der Einkommensstruktur vor: Bis 1977 sollen die Lohnabhängigen einen Anteil von 47,7 % und bis 1980 einen Anteil von 52 % am Bruttoinlandsprodukt bekommen. Vgl. Plan Trienal para . . ., S. 21.
[13]) In den „Verbrauchervereinen" sind politische Parteien, Frauenverbände und Bürgerinitiativen vertreten. Mit der Unterstützung dieser Vereine gelang es der Regierung, zwischen Anfang Januar und Ende Juli 1974 über 74 800 Industrieunternehmen und Großhändler und fast 1200 Kleinhändler wegen Warenzurückhaltung mit mehr oder minder hohen Geldstrafen zu belegen. Vgl. „Noticias" v. 31. 7. 1974, S. 6.
[15]) Der linke Flügel der PB, vornehmlich die Führung der peronistischen Jugendorganisation, forderte u. a. die radikale Enteignung ausländischer Unternehmen, die sofortige Verstaatlichung der Banken und die unmittelbare Enteignung des privaten Großgrundbesitzes.
[16]) Vgl.: „Der Spiegel", Nr. 29/1973, S. 66.

Regierung, den linken Tendenzen entgegenzutreten, bis zu offenen Vorwürfen großbürgerlicher Zeitungen wie „La Prensa" und „La Nación", daß die Regierung Sympathien für den Kommunismus hege.

Der Rücktritt Cámporas im Juli 1973, der den Weg für Neuwahlen freimachen und somit dem charismatischen Führer der Bewegung, Juan D. Perón, eine dritte Präsidentschaftsperiode sichern sollte, war in erster Linie eine Folge seiner Unfähigkeit, den Polarisierungstendenzen innerhalb der eigenen Partei und darüber hinaus in der ganzen argentinischen Gesellschaft entgegenzuwirken.

Im Laufe weniger Monate nach Cámporas Rücktritt sollte sich jedoch zeigen, daß selbst Perón das Bündnis von Unternehmern und Lohnabhängigen nur aufrechterhalten konnte um den Preis einer immer deutlicheren Unterhöhlung des Programms sowie der offenen Unterdrückung des linken Flügels seiner Bewegung bei gleichzeitigem Einsatz von immer stärkeren Repressionsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse.

III. Die Rückkehr zur orthodoxen peronistischen Doktrin des Juan Domingo Perón

Die Wachablösung von Cámpora durch Perón war nicht nur ein Personenwechsel im Regierungsgebäude von Buenos Aires, sondern signalisierte einen deutlichen Kurswechsel. Zum Verständnis auch der letzten, knapp neun Monate langen Präsidentschaft Peróns (vom Oktober 1973 bis Juli 1974) können einige Zitate aus seinen Reden und Schriften der 40er und Anfang der 50er Jahre beitragen.

In einer Rede Mitte der 40er Jahre vor der Handelsbörse von Buenos Aires sagte Perón: „Man behauptet, meine Herren, daß ich ein Feind der Unternehmer bin. Wenn Sie beachten, was ich Ihnen gerade gesagt habe, werden Sie merken, daß Sie keinen entschlosseneren Verteidiger der Unternehmer als mich finden. Ich weiß nämlich, daß die Verteidigung der Interessen der Geschäftsleute, der Industriellen, der Händler, die Verteidigung des Staates bedeutet.

... Das Kapital, das gemeinsam mit der Arbeit einen wahrhaftigen menschlichen Körper bildet, wird in keiner Weise angegriffen werden ... Hiervon ausgehend, habe ich seit meinem ersten Beschluß in dem Arbeits- und Wohlfahrtssekretariat deutlich gemacht, daß diese Abteilung die Interessen der Arbeiter verteidigen und die des Kapitals respektieren wird und daß keinesfalls ein einseitiger Beschluß gefaßt werden wird, ohne zunächst einmal den Rat der unterschiedlichen Interessen einzuholen" [17]).

Diese Bemerkungen machen zugleich deutlich, daß Perón einen starken Einfluß des Staates im wirtschaftlichen und sozialen Bereich befürwortet, „damit er sich vermittelnd in den Klassenkampf einschaltet und damit die Abwicklung der juristischen, wirtschaftlichen und sozialen Vorgänge zwischen Unternehmern und Arbeitern in friedlichem Zusammenleben stattfindet, wobei weder die ersteren sich der Überwachung des Staates entziehen können, um der Erfüllung ihrer Pflichten zu entgehen, noch die Arbeiter unter Berufung auf die Vorherrschaft der Gewerkschaft sich Eigenschaften anmaßen, die dem Staat vorbehalten sind" [18]).

17) Juan D. Perón, El Pueblo quiere saber de que se trata, Buenos Aires 1944, S. 185.
Perón übernahm nach dem Staatsstreich junger Offiziere im Jahre 1943 das noch im gleichen Jahr gegründete „Arbeits- und Wohlfahrtssekretariat". Von hier aus ließ er eine Reihe von Gesetzen verkünden, die eine wesentliche Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter zur Folge hatten. Vgl. in diesem Zusammenhang: Carlos S. Fayt, La Naturaleza del Peronismo, Buenos Aires 1967, S. 104—113.
18) Juan D. Perón, Doctrina Peronista, Selección de pensamientos fundamentales del General Perón, Buenos Aires 1951, S. 67.

Die hier angeführten Zitate sind nicht nur Ausdruck der politischen Überzeugung Peróns in den 40er und 50er Jahren. An dieser seiner Überzeugung, daß es möglich sei, mit der gemeinsamen Unterstützung von Unternehmern und Arbeitern Argentinien in einen modernen Industriestaat mit sozialer Gerechtigkeit zu verwandeln, hat sich bis zu seinem Todestag nichts geändert. Die Geschichte seiner Präsidentschaftsperiode in der zweiten Hälfte der 40er Jahre zeigt, daß dieser Versuch nur äußerst verzerrt und unter ganz besonderen historischen Bedingungen der Weltwirtschaft einige Anzeichen möglicher Verwirklichung aufwies. Bedingt vor allem durch das Ausbleiben einer Agrarreform, durch die Korruption im Staatsapparat, durch riesige Ausgaben für die militärische Aufrüstung sowie durch die Normalisierung der Agrarproduktion in den westeuropäischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg, der einen ständigen Rückgang argentinischer Fleisch- und Weizenexporte zur Folge hatte, zeigte sich schon Anfang der 50er Jahre ein Wiederaufleben starker Spannungen zwischen Kapital und Arbeit, die sich seitdem in immer krasserer Weise entwickelten und letztendlich zum Sturz Peróns im September 1955 führten [19]).

Unter unvergleichlich schlechteren wirtschaftlichen Bedingungen als denen der 40er Jahre und in einem entsprechend verschärften Klima sozialer und politischer Spannungen kehrte Perón im Juni 1973 nach Argentinien zurück. Gestützt auf seine charismatische Popularität, vor allem unter den Arbeitern, wollte Perón noch einmal versuchen, seine einst mißlungene Politik durchzusetzen. Bei diesem Versuch sollte sich in der Geschichte Argentiniens in einem Zeitraum von fast drei Jahrzehnten zum zweiten Mal zeigen — jedoch diesmal in einer weitaus kurzfristigeren und krasseren Weise —, in welchem Ausmaß das ursprüngliche Regierungsprogramm ausgehöhlt werden mußte, um zumindest noch eine formale Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit aufrecht zu erhalten. Hiermit zusammenhängend zeigt sich abermals, daß diese Aushöhlung den Interessen der Unternehmer und nicht denen der Arbeiter entspricht.

Seit Anfang der 70er Jahre hatte Perón von seinem Madrider Exil aus dem linken Parteiflügel — zusammengesetzt aus der „Peronistischen Jugend" (JP) [20]) und aus kämpferischen Gewerkschaftern — eine starke moralische Rückendeckung in seinem Kampf gegen die Militärdiktatur gegeben. Mit dieser Haltung unterstützte Perón auch indirekt den Kampf dieses Flügels seiner Bewegung gegen die „orthodoxen" peronistischen Gewerkschaftsführer — deren ausgeprägtesten Ausdruck die Führung der starken Metallarbeitergewerkschaft (UOM) darstellt —, die seit Ende der 50er Jahre durch die ihnen offensichtlich zugestandenen Privilegien ökonomischer sowie politischer Art immer stärker — und öfter auch gegen den Wunsch Peróns — begonnen haben, sowohl mit ausländischen Unternehmen wie mit Militärregierungen zusammenzuarbeiten [21]). Seine Unterstützung des gegen die Militärdiktatur kämpfenden linken Flügels kam am deutlichsten zum Ausdruck, als er einige Zeit, nachdem Präsident Lanusse im Jahre 1971 Wahlen unter

19) Die ausführliche Behandlung dieser Entwicklung würde bei weitem den Rahmen dieses Artikels sprengen. Eine Reihe von Autoren haben in den letzten zwei Jahrzehnten in mehr oder minder ausführlicher Weise die peronistische Regierungsphase behandelt. Vgl. hierzu u. a. das erwähnte Buch von C. S. Fayt (Fußnote 17) sowie: Alain Rouquié, Adhesión militar y control político del Ejército en el régimen peronista (1946—1955), in: „Aportes", Nr. 19, Januar 1971, Paris, S. 74 ff. Wolfgang Strauch, Zur Entwicklung des Peronismus als einer spezifischen Form des Reformismus in Lateinamerika, in: „Lateinamerika", Semesterbericht des Lateinamerika-Instituts der Universität Rostock, Frühsommer 1968, S. 25 ff.

20) Zur inneren Struktur der JP und zu der in ihr vertretenen unterschiedlichen politischen Richtungen vgl.: „La Opinión" v. 26. 1. 1974, S. 9, und Tilman Evers, „Perón ist tot — es lebe Perón", in: „links", Nr. 58/1974, Offenbach, S. 20.

21) Es gibt bis heute keine umfassende wissenschaftliche Arbeit über die Rolle, die die „orthodoxen" peronistischen Gewerkschaftsführer in der Politik Argentiniens seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre gespielt haben. Einige interessante Details hierüber finden sich in „Avanzade Socialista", 2. Jg., Nr. 57 und folgende. Siehe auch „Informes Políticos", 11. Jg., Nr. 161, Buenos Aires 1974 (Hrsg. Servicio de Documentación e Información Laboral).

Einschluß der bis dahin verbotenen PB angekündigt hatte, seinen persönlichen Vertrauensmann in Argentinien, Paladino, durch Héctor Cámpora ersetzte. Solange nämlich Paladino — der bis Ende der 60er Jahre auf Befehl Perón bei einflußreichen rechten Militärs antichambriert hatte — als Vertrauensmann Peróns galt, weigerte sich der linke Parteiflügel, an der „Wahlfarce" mitzumachen.

Vor dem Hintergrund der ununterbrochenen Unruhen unter Arbeitern und Studenten, die mit dem Aufstand in Córdoba im Jahre 1969 begannen und danach von den regierenden Militärs nicht mehr unter Kontrolle gebracht werden konnten [22]), gelang es Cámpora, den linken Parteiflügel in den von Präsident Lanusse angekündigten Prozeß der „konstitutionellen Normalisierung" des Landes einzuspannen.

Welches die wirkliche Marschrichtung Peróns war, wurde deutlich sichtbar, als er sich nach dem 25. Mai 1973 gegen die seiner Ansicht nach äußerst „linksfreundliche" Kabinettsliste Cámporas aussprach. Wenn auch die Details der Gespräche, die mit Perón in Madrid über die Zusammensetzung der peronistischen Regierung geführt wurden, bis heute nicht völlig bekannt sind, so ist doch bekannt, daß er sich vor allem der Berufung der von Cámpora vorgeschlagenen Außen- und Innenminister widersetzte. Jedoch ohne Erfolg. Von Madrid aus mußte Perón auch zur Kenntnis nehmen, daß die „Peronistische Jugendorganisation" den von der Regierung mit der CGE- und CGT-Führung geschlossenen Kompromißvertrag, der die Materialisierung peronistischer Vorstellungen von vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit darstellt, hart kritisierte, ja sogar die ablehnenden Stimmen unüberhörbar waren.

Vor diesem Hintergrund ließ Perón die Unterstützung, die er seit Anfang der 70er Jahre bis zum Machtantritt Cámporas dem linken Parteiflügel gegeben hatte, fallen. Er begann die Reihen zu schließen mit vielen Kampfgefährten der ersten Stunden und vor allem mit jener Kraft, die schon seit den 40er Jahren die tragende Säule seiner politischen Macht geworden war. Die wirtschaftlich abgesicherten, politisch mächtigen und paramilitärisch ausgebildeten „orthodoxen" Gewerkschaftsführer der „62" peronistischen Einzelgewerkschaften, die niemals die Kontrolle über die CGT verloren hatten.

Der Weg zur „goldenen Mitte" begann am Tag der Rückkehr Peróns nach Argentinien, am 20. Juni 1973, als auf Befehl von „orthodoxen" Gewerkschaftsführern und von Sicherheitsbeamten, die noch aus der Regierungszeit Peróns mit diesem eng vertraut waren, Maschinenpistolensalven zwischen 100 und 200 linke Peronisten (die genaue Zahl ist bis heute nicht bekannt), die Perón auf dem Flughafen feierlich empfangen wollten, niedermetzelten [24]). Nachdem Innenminister Righi eine genaue Untersuchung dieses Ereignisses anordnete, nachdem immer mehr Details über die Verantwortlichen für das Massaker ans Tageslicht rückten und nachdem Cámpora dem Druck nicht nachgab, seinen Innenminister zu entlassen, erklärte Cámpora am 13. Juli 1973 seinen Rücktritt. Dies geschah einige Tage, bevor die Untersuchungskommission ihre Ergebnisse über die Ereignisse vom 20. Juni bekannt machen wollte.

[22]) Die Unruhen des Jahres 1969 in Córdoba führten im Juni 1970 zur Absetzung des Präsidenten General Ongania. Dieser war durch einen Militärputsch im Juni 1966 an die Macht gekommen und versuchte, durch eine totalitäre Militärdiktatur für das ausländische Kapital ein äußerst günstiges Investitionsklima zu schaffen. Zur Entwicklung Argentiniens zwischen 1966—1973 vgl. Félix Luna, De Perón a Lanusse 1943—1973, Barcelona 1973, S. 187 ff. Zu den Ereignissen in Córdoba im Jahre 1969 und ihren Folgen siehe „Punto Final", 3. Jg., 17. 6. 1969, S. 26 ff., „Horizont", 4. Jg., 3. Malheft 1971, S. 23.

[24]) Zu den Ereignissen vom 20. Juni siehe die Wochenausgabe von „La Nación" v. 25. 6. 1973. Zur Darstellung dieses Ereignisses durch den linken Flügel der peronistischen Jugendorganisation siehe „El Descamisado", 1. Jg., Nr. 6—9.

Perón verurteilte mit keinem einzigen Wort die Anführer des Massakers vom 20. Juni, sondern rief als Antwort auf dieses Ereignis die Mitglieder seiner Bewegung und das gesamte argentinische Volk zur Eintracht auf [25]). Es war im Grunde genommen ein Aufruf an die linken Kräfte seiner Bewegung, vornehmlich an die Führer der Jugendorganisation, sich darauf zu besinnen, daß nicht Klassenkampf, sondern Eintracht zwischen Kapital und Arbeit das doktrinäre Prinzip des Peronismus sei.

Um diese Eintracht herbeizuführen, die unter den konkreten Bedingungen Argentiniens ein Jahr nach dem Machtantritt der Peronisten nur bedeuten konnte, den Unternehmern zu beweisen, daß die Regierung „die Interessen des Kapitals respektieren wird" (vgl. Anm. 17), wurde Ende Juli 1973 eine Umstrukturierung des „Obersten Führungsrates der Peronistischen Bewegung" vorgenommen, die u. a. zum Ergebnis hatte, daß alle Vertreter der JP, die sich für sozialistische Ziele aussprachen, ausgeschlossen wurden.

Zum endgültigen Bruch zwischen der Partei und dem linken Flügel der JP kam es jedoch erst nach den Septemberwahlen von 1973. Knapp eine Woche nach diesen Wahlen ordnete Perón eine „ideologische Säuberung der Bewegung" an, die Ende Oktober vom „Obersten Führungsrat" formal vollzogen wurde. Dieser beschloß, daß alle von diesem Gremium nicht anerkannten Organisationen, Vereine oder Gruppen außerhalb der Bewegung stehen und daß nur drei Publikationsorgane der Jugendorganisation zu den offiziellen Veröffentlichungen der Bewegung gehören. Zugleich gab Perón auf einer Gouverneurskonferenz Richtlinien bekannt, um die „marxistische Infiltration" in Partei und Staat zu bekämpfen [26]).

Ende 1973 begann in Argentinien eine regelrechte Hexenjagd, die unter Bedingungen eines funktionierenden parlamentarischen Systems und der formalen Aufrechterhaltung bürgerlich-demokratischer Freiheiten wohl kaum eine Parallele in der nicht gerade ruhigen politischen Geschichte Lateinamerikas haben dürfte. Dieses Klima von Gewalt und Terror steigerte sich in dem Maße, in dem einige linke Organisationen angesichts der Repressionsmaßnahmen der Regierung keinen anderen Ausweg mehr sahen, als selber wieder zu den Waffen zu greifen. Die Rückkehr immer größerer Teile der linken peronistischen Jugendbewegung zu Kampfformen, die sie in den Jahren der Militärdiktaturen anwandten, wurde im Laufe des Jahres 1974 durch noch brutalere Aktionen der Regierung und der von ihr offensichtlich unterstützten paramilitärischen Verbände wie die „Alianza Anticomunista Argentina" (A.A.A.) beantwortet. Dieses Ausmaß der Gewalt [27]) kann natürlich nicht — wie es die offizielle Regierungspropaganda darstellt — verstanden werden als Ergebnis der Unzufriedenheit einiger „jugendlicher Unruhestifter", die den Marxismus durch die Hintertür erst in die Peronistische Bewegung hineintragen wollen, um dann in Argentinien das „Sozialistische Vaterland" („La Patria Socialista") aufzubauen. Es ist sicherlich richtig, daß ein wichtiger Teil der JP sich offen für sozialistische Ziele ausgesprochen hat und auch für ihre Verwirklichung kämpft. Es ist weiterhin richtig, daß dieser Teil der peronistischen Jugendorganisation den Peronismus — aus welcher exegetischen Textauslegung auch immer — als eine Bewegung begreift, die sich zu diesem Ziel bekennt. Wäre diese Tendenz tatsächlich nur eine Minderheit von Intellektuellen

[25]) Der Text der Botschaft Perons an das argentinische Volk ist in der Wochenausgabe von „La Nación" v. 25. 6. 1973 abgedruckt.
[26]) Siehe hierzu die „Neue Zürcher Zeitung" v. 28. 10. 1973, S. 3.
[27]) Über das Ausmaß an Terror und Gewalt in Argentinien im Jahre 1974 siehe den Artikel von P. Labreveux in „Le Monde" v. 17. 10. 1974.

ohne jeden nennenswerten Widerhall, so wäre selbst ein Ausschluß aus der Bewegung eine vielleicht überflüssige Maßnahme gewesen. Die Forderungen nach schnelleren und radikaleren Maßnahmen zugunsten der Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung und der ärmsten Teile der Landbevölkerung waren jedoch schon vor dem Machtantritt Cámporas von breiten Schichten der gewerkschaftlich organisierten Industriearbeiter, anderer lohnabhängiger Schichten, landlosen und armen Bauern vor allem in einigen Provinzen des Nordostens und von einer großen Masse von Studenten erhoben worden. Seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre stehen daher die linken Vertreter der peronistischen Jugendorganisation mit ihren Forderungen nicht isoliert da. Sie sind zusammen mit anderen gewerkschaftlichen Strömungen innerhalb sowie außerhalb der peronistischen Bewegung und neben anderen kleinen links-nationalistischen, radikaldemokratischen sowie sozialistischen Strömungen bzw. politisch organisierten Gruppen [28]) Ausdruck und Sprachrohr einer sehr heterogenen Massenbewegung, die durch ihre zum Teil sehr unterschiedlichen Forderungen die wirtschaftlichen Maßnahmen der peronistischen Regierung — und somit das peronistische Bestreben nach Aufrechterhaltung des „Sozialpakts" — ständig durchkreuzen.

Folgende Maßnahmen zeigen, daß Peróns Regierungszeit gekennzeichnet ist durch eine äußerste Radikalität im Kampf gegen linke Tendenzen nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der peronistischen Bewegung.

Noch Ende 1973 trat das „Neue Gewerkschaftsgesetz" („Nueva Ley de Asociaciones Profesionales") in Kraft. Dieses Gesetz, das ohne vorangegangene Mitwirkung der Arbeiterklasse von der Regierung in Zusammenarbeit mit den „orthodoxen" Gewerkschaftsführern ausgearbeitet wurde, hat eine eindeutige Stoßrichtung: die Machtpositionen der etablierten, zum überwiegenden Teil äußerst korrupten Gewerkschaftsführer zu festigen und somit jeglichen Demokratisierungstendenzen entgegenzuwirken. Einige Bestimmungen des Gesetzes beweisen dies zur Genüge.

Während das vorangegangene Gewerkschaftsgesetz Neuwahlen zur Besetzung der Leitungen alle zwei Jahre vorschrieb, finden diese nach dem neuen Gesetz nur noch alle vier Jahre statt (Art. 11). Genügten früher 10 % der Stimmen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die Einberufung einer außerordentlichen Vollversammlung, so müssen nach dem neuen Gesetz 20 % dafür stimmen (Art. 14). Darüber hinaus sind laut Artikel 13 ordentliche Gewerkschaftskongresse nur noch alle zwei Jahre (!) und nicht mehr jedes Jahr vorgesehen, wobei die Modalitäten zur Wahl der Delegierten nicht gesetzlich festgelegt, sondern wie bisher dem freien Ermessen jeder Einzelgewerkschaft überlassen wurden. Dieses Fehlen genauer Bestimmungen für die Delegiertenwahlen haben es den Funktionären mehrerer wichtiger Gewerkschaften (u. a. Metall, Bau, Textil) 14 Jahre lang (!) — d. h. seit dem Inkrafttreten der „Ley de Asociaciones Profesionales" im Jahre 1958 — ermöglicht, keine Mitgliederversammlung zur Wahl von Kongreßdelegierten einzuberufen. Sollte es trotz dieser Erfahrung zu einer Delegiertenwahl kommen, so ist eine proportionale Vertretung unterschiedlicher Tendenzen ausgeschlossen. Das Gesetz sieht nämlich vor, daß nur die Liste, die die Stimmenmehrheit erhält, Delegierte entsendet.

Aber die Einschränkung demokratischer Rechte geht noch viel weiter. Sollte es trotz aller schon genannten Bestimmungen den Gewerkschaftsfunktionären nicht

[28]) Zu diesen gewerkschaftlichen Strömungen gehören die peronistischen „Legalistas", die eine Gegentendenz zu den schon erwähnten „orthodoxen" peronistischen Gewerkschaftern darstellen, sowie die links vom Peronismus stehenden kleinen „Kämpferischen Gewerkschaften" („Sindicatos Cambativos"). Zu den genannten Strömungen außerhalb der Gewerkschaften gehören die „Ligas Agrarias" im Nordosten des Landes und auf politischer Ebene die KPA, die links-nationalistische „Frente de Izquierda Popular", die trotzkistische „Partido Socialista de los Trabajadores" und die maoistische „Partido Comunista Revolucionario".

gelingen, die Kontrolle über die Arbeiter zu behalten, so sieht das Gesetz eine Reihe von Möglichkeiten für den direkten staatlichen Eingriff vor. So muß jede Einzelgewerkschaft dem Arbeitsministerium ihre Statuten zur Genehmigung vorlegen (Art. 17). Dieses Ministerium kann im übrigen jeder Gewerkschaft ihre staatliche Anerkennung („personería gremial") aberkennen (was einer Illegalisierung gleichkommt) bzw. die Zahl ihrer Mitglieder soweit verkleinern, daß sie den festgelegten Kriterien zur Erlangung der „personería gremial" nicht mehr genügt (Art. 42). Zusätzlich ermöglicht das Gesetz den Gewerkschaftsföderationen bzw. Konföderationen, die Vertretung von Arbeitern aus Betrieben zu übernehmen, die noch keine anerkannte Gewerkschaftsvertretung besitzen (Art. 34).

Dieses neue Gewerkschaftsgesetz wurde nicht nur von den linken Peronisten scharf angegriffen. Die Kommunistische Partei Argentiniens, die sich seit ihrer Legalisierung unter Cámpora trotz punktueller Kritik hinter das peronistische Regierungsprogramm stellte und im September 1973 zur Wahl Peróns aufrief, fühlte sich veranlaßt, eine Broschüre zu veröffentlichen, in der sie die eindeutigen antidemokratischen Tendenzen dieses Gewerkschaftsgesetzes hart kritisiert [29]). Knapp zwei Monate nach der Verkündung dieses Gesetzes wurde Ende Januar 1974 eine Reform des Strafgesetzbuches verkündet („Nuevo Código Penal"). Die acht peronistischen Abgeordneten, die sich bei der Abstimmung über diese Neufassung des Gesetzes im Kongreß der Stimme enthielten, wurden aus der PB ausgeschlossen.

Ohne hier auf die Einzelheiten der neu vorgesehenen Bestimmungen näher einzugehen, genügt der Hinweis, daß die vorgesehenen Strafen für Waffenbesitz, Entführungen, Bombenanschläge u. ä. weitaus härter sind als die, die unter den Militärdiktaturen in Kraft waren [30]).

Das radikale Vorgehen der Regierung J. D. Peróns gegen linke Tendenzen innerhalb wie außerhalb der Partei beschränkte sich jedoch nicht nur auf die Abfassung neuer Gesetzestexte. Noch bevor die genannten acht Abgeordneten wegen ihrer Stimmenthaltung bei der Abstimmung über die Reform des Strafgesetzbuchs vor die Parteitür gesetzt wurden, war schon der wegen seiner linken Tendenzen inzwischen bekannt gewordene peronistische Gouverneur der Provinzregierung Mendozas, Martínez Baca, aus der Bewegung ausgeschlossen worden (November 1973). Der fortschrittliche Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Oscar Bidegain, mußte auf Druck der „orthodoxen" Gewerkschaftsführer und auf Befehl des neuen Präsidenten im Januar 1974 zurücktreten. Er wurde durch einen Gewerkschaftsführer der Metallarbeiter, Victorio Calabro, der enge Beziehungen zu den vorangegangenen Militärregierungen hatte, ersetzt.

Ende Februar 1974 holte die Regierung Peróns zum gewagtesten Coup aus. Durch einen offensichtlich von der Zentralregierung geduldeten, wenn nicht gar mitgeplanten Putsch der Polizei wurde der im Mai 1973 unmittelbar vom Volk gewählte linke peronistische Gouverneur Córdobas abgesetzt. Einige Zeit später wurde diese Provinz unter die direkte Verwaltung der Zentralregierung gestellt. Die Absetzung dieser Provinzregierung, in der Atilio López — ein bekannter peronistischer Gewerkschaftsführer, der unmittelbar nach dem Sturz Peróns im Jahre 1955 eine wichtige Rolle in der Organisierung der peronistischen Widerstandsbewegung spielte — Vizegouverneur war, zeigte nicht nur die Rücksichtslosigkeit, mit der die Regierung Peróns sich selbst über die Wahlentscheidungen

[30]) Der Text des Gesetzes sowie Ausschnitte aus der Debatte im Kongreß finden sich in der Wochenausgabe von „La Nación" v. 28. 1. 1974.

hinwegsetzte, sondern sogar ihre äußerste Entschlossenheit, bis an die Grenzen eines Bürgerkrieges zu gehen, um die von ihr gewünschte Ruhe und Ordnung im Land herzustellen [31]).

Der gelungene Coup in Córdoba hatte aber darüber hinaus eine ganz besondere Bedeutung. Der Zentralregierung gelang damit nicht nur der direkte Eingriff in die Staatsgeschäfte der zweitgrößten Provinz des Landes, sondern vor allem gelang es ihr, dem in den letzten fast zwei Jahrzehnten offensivsten Teil der argentinischen Arbeiterklasse, der sich gerade in dieser Provinz in der metallverarbeitenden Industrie konzentriert, einen starken Schlag zu versetzen.

Die Ereignisse in Córdoba zwischen Ende Februar und Anfang März 1974 waren gewissermaßen der Höhepunkt der politischen Praxis des orthodoxen Peronismus während der letzten Regierungszeit Peróns. Das radikale Vorgehen der Regierung Peróns gegen linke Tendenzen kann nur verstanden werden vor dem Hintergrund der Bemühungen, die nationalen Unternehmer und das ausländische Kapital als Partner für die Verwirklichung der Regierungsziele zu gewinnen. Trotz der erwähnten Maßnahmen ist es der Regierung Perón nicht gelungen, die linken Tendenzen zu zerschlagen.

Das Verhalten der Unternehmer seit dem Rücktritt Cámporas ist zweifelsohne stark beeinflußt worden von dieser Sachlage, jedoch nicht nur von ihr. Entscheidend für ihr Verhalten war auch die Wirtschaftspolitik der Regierung.

Um die Zielsetzungen des „Nationalen Wiederaufbaus" und der „Nationalen Befreiung" zu verwirklichen, verkündete die Regierung Peróns Ende 1973 zwei Gesetze, die darauf abzielten, einerseits das ausländische Kapital unter stärkere staatliche Kontrolle zu bringen (Gesetz über Auslandsinvestitionen [32]), andererseits die Investitionen nationaler Unternehmer durch staatliche Hilfsmaßnahmen zu fördern (Industrieförderungsgesetz [33])).

Wie sich in den ersten Monaten nach Peróns Tod zeigen sollte, waren die Unternehmer jedoch erst in dem Maße wieder bereit, ihre Sabotagepolitik einzustellen, wie die Regierung davon abging, ihre Kontrollmaßnahmen über die Wirtschaft (vornehmlich über die Preispolitik) aufrecht zu erhalten.

Perón war nicht nur gescheitert in seinen unermüdlichen Versuchen, die Linke auszuschalten und die Arbeiter zu disziplinieren, er scheiterte auch in seinen Bemühungen, das Kapital für seine Politik zu gewinnen.

IV

IV. Die Aushöhlung des Regierungsprogramms zugunsten der Unternehmerinteressen

Die Unterdrückungspolitik der Regierung Peróns gegen den linken Flügel in der eigenen Bewegung bedeutet an und für sich noch keineswegs eine Aushöhlung des Regierungsprogramms. Diese Maßnahmen sind in ihrer allgemeinsten Bedeutung Ausdruck der Entschlossenheit Peróns, sein Regierungsprogramm nicht durch sozialistische Tendenzen gefährden zu lassen.

---

31) Auf die Einzelheiten der Córdoba-Ereignisse kann hier nicht näher eingegangen werden. Siehe hierzu „Intercontinental Press", Jg. 12, Nr. 9, S. 259—261; Jg. 12, Nr. 10, S. 291—294 und Jg. 12, Nr. 11, S. 325—329 sowie die Wochenausgabe von „La Nación" v. 4. u. v. 11. 3. 1974.
32) Siehe Wochenausgabe von „La Nación" v. 18. 2. 1974, S. 7.
33) Siehe Wochenausgaben von „La Nación" v. 19. 11. 1973, S. 1 u. v. 24. 12. 1973, S. 7.

Die Aushöhlung des Programms zeigte sich erst in dem Maße, in dem es der Regierung weder gelang, die Arbeiter zu disziplinieren, noch die Unternehmer für eine Mitarbeit an den Regierungszielen zu gewinnen.

Im Zusammenhang mit der Darstellung der Regierungszeit Cámporas ist schon darauf hingewiesen worden, daß die von ihm verkündeten Lohnerhöhungen vom Juni 1973 und der gleichzeitig verkündete Preisstopp einen unmittelbaren Rückgang der Investitionen und eine spürbare Verknappung von Konsumgütern zur Folge hatte. Investitionsrückgang und Warenhortung führten ihrerseits zur Bildung eines immer größeren Schwarzmarktes. Diese Reaktion der Unternehmer durchkreuzte von Anbeginn die Ziele der peronistischen Regierung. Während nämlich das Ausbleiben von privaten Investitionen dem „Nationalen Wiederaufbau" wichtige Finanzierungsquellen versperrte, zehrten die Schwarzmarktpreise an der Kaufkraft der um durchschnittlich 13 % erhöhten Löhne und machten die beabsichtigte Vermögensumverteilung zugunsten der Lohnabhängigen — d. h. das Bestreben nach „sozialer Gerechtigkeit" — zur Illusion.

Im Dreijahresplan ist eine Umverteilung des Bruttoinlandsprodukts vorgesehen, die den Anteil der Löhne und Gehälter von 42,5 % im Jahre 1973 auf 47,7 % im Jahre 1977 erhöhen soll. Die Lohnerhöhungen des Jahres 1974 dürften jedoch wegen der stark gestiegenen Lebenshaltungskosten kaum zu einer realen Umverteilung der Einkommensstruktur geführt haben [34]).

Jedoch nicht nur die Preis- und Lohnpolitik der Regierung ist ein Beweis für die Aushöhlung des Regierungsprogramms zugunsten der Unternehmer. Noch eindeutiger zeigt sich dieser Zusammenhang im Verhalten der Regierung gegenüber den mächtigen, traditionellen Agrarverbänden des Landes.

Die Interessenvertreter der Großgrundbesitzer im fruchtbarsten Gebiet Argentiniens, der „Pampa húmeda" [35]), waren von Anbeginn das deutlichste Sprachrohr all derjenigen Unternehmer, die sich gegen die staatliche Interventionspolitik der peronistischen Regierung stellten. Sie bekämpften nicht nur die Preispolitik, sondern zugleich den Versuch der Regierung, die industrielle Entwicklung des Landes zu einem nicht unerheblichen Teil durch neu einzuführende Steuern auf den Großgrundbesitz zu finanzieren. Schon im Laufe des Jahres 1973 plädierten die Großgrundbesitzer sowohl für eine Aufhebung der Preiskontrolle wie für eine Zurücknahme der von der Regierung verkündeten neuen Grundsteuer [36]). Während sie jedoch bis zum Tode Peróns eine noch relativ gemäßigte Haltung einnahmen, gingen sie seit Mitte 1974 zu einer immer offensiveren Haltung über, die sich als erfolgreich erwies. Ende Juli erklärte Wirtschaftsminister Gelbard vor dem Senat, daß die Zahlung der von der Regierung verkündeten Sondersteuer für das Jahr 1974 auf den Großgrundbesitz verschoben wird, und daß das von der Regierung entworfene Agrargesetz, das Enteignungen von nicht voll ausgenützten Ländereien vorsieht, keineswegs das letzte Wort der Regierung zu dieser Angelegenheit sei [37]). Wenige Tage später erfreute Gelbard die Großgrundbesitzer mit einer Herabsetzung der zu entrichtenden Steuer um 20 % bei gleichzeitiger Heraufsetzung des nicht zu versteuernden Wertes des Großgrundbesitzes [38]).

34) Siehe a. a. O., S. 6 und „Cuestionario", Nr. 23, März 1975, S. 8.
35) Dieses für Viehzucht und Weizenanbau äußerst fruchtbare Gebiet Argentiniens erstreckt sich über mehrere Provinzen des Landes (Buenos Aires, Córdoba, Santa Fe und Teile der Provinz La Pampa).
36) Zur Haltung der Großgrundbesitzer hinsichtlich der Preispolitik der Regierung vgl. die Wochenausgabe von „La Nación" v. 8. 4. 1974, S. 6, hinsichtlich der Steuerpolitik die Ausgabe v. 5. 11. 1973, S. 6.
37) Vgl. „El Cronista Comercial" (Buenos Aires) v. 29. 7. 1974, S. 1.
38) Vgl. „Noticias" (Buenos Aires) v. 11. 8. 1974.

Bedingt durch immer größere Exportschwierigkeiten, die in der zweiten Hälfte des letzten Jahres begannen, und nicht nur Agrar-, sondern auch Industrieprodukte trafen [39]), begannen Großgrundbesitzer und Industrieunternehmer Druck auf die Regierung auszuüben, um eine Abwertung des Peso zu erreichen und damit die Wettbewerbsfähigkeit argentinischer Produkte auf dem Weltmarkt zu sichern.

Die Begünstigungen des Kapitals durch die Regierung bei gleichzeitiger Aushöhlung ihres Programms hat sich inzwischen auch im Bereich der Privatinvestitionen bemerkbar gemacht. Trotz des noch Ende 1973 von der Regierung verabschiedeten „Industrieförderungsgesetzes" — das, wie schon angemerkt, eine Reihe von Vergünstigungen für die von nationalen Unternehmern getätigten Investitionen vorsieht — konnte die Regierung bis Mitte 1974 keine nennenswerten Erfolge im Bereich der privatwirtschaftlichen Investitionen verzeichnen. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden die großen Investitionen ausschließlich von der Regierung vorgenommen und vornehmlich in Wohnungsbauprojekte gesteckt. Eine Belebung privatwirtschaftlicher Investitionen begann erst gegen Ende des vergangenen Jahres, nachdem Gelbard durch Gómez Morales im Wirtschaftsministerium ersetzt worden war. Während ersterer nämlich — um einen größeren Inflationsprozeß zu verhindern — eine restriktive Geldpolitik befürwortete, plädierte letzterer in seiner Eigenschaft als Präsident der Zentralbank für eine Lockerung der Kreditpolitik, um das Klima für Privatinvestitionen zu verbessern. Nachdem während des Jahres 1974 der Preisstopp fast völlig beseitigt und die restriktive Geldpolitik aufgelockert wurde, beschloß die Regierung im Januar dieses Jahres, dem Kongreß das Ende 1973 verabschiedete Gesetz über die Auslandsinvestitionen einer Überprüfung zuzuleiten, weil es „zu streng und hart" sei und ausländische Investitionen abschrecke [40]). Dieses Gesetz hatte im Rahmen des peronistischen Programms den Zweck erfüllen sollen, die Souveränität des Landes gegen den unkontrollierten Einfluß des ausländischen Kapitals zu sichern und — hiermit zusammenhängend — die Unternehmer vor der ausländischen Wirtschaftskonkurrenz zu schützen [41]).

Durch die hier aufgezählten Konzessionen gegenüber den Interessen der großen und zum Teil der mittleren Unternehmer hat die peronistische Regierung sich der wesentlichen Voraussetzung für die Verwirklichung ihrer programmatischen Ziele beraubt, nämlich der Herstellung und Aufrechterhaltung wirtschaftlicher Stabilität.

V. Die Zerfallserscheinungen der „Konzertierungs"-Politik

Trotz der im vorangegangenen Teil genannten Zugeständnisse der Regierung an die Großgrundbesitzer der „Pampa húmeda" haben diese bis heute ihren Kampf gegen den Peronismus nicht aufgegeben. Traditionelle Feinde jeder staatsinterventionistischen Politik, kämpfen sie in unerbittlicher Weise gegen die staatliche Außenhandelskontrolle des Fleisch- und Getreideexports, verweigern die Zahlung von Steuern [42]) unter dem Vorwand, daß sie nicht bereit seien, die Kosten der Industrialisierung des Landes zu tragen, und suchen nach einer politischen Alternative, die als einzige Losung das Diktum des Bürgertums in seiner Aufstiegsphase kennt: „laissez-faire, laissez-passer".

39) Vgl. „Latin America Economic Report", Jg. III, Nr. 10, 7. 3. 1975, S. 37—38.
40) „Latin America", Jg. IX, Nr. 3 v. 17. 1. 1975, S. 24.
41) Zur Frage der Wirksamkeit des Gesetzes über ausländische Investitionen siehe den äußerst kritischen Artikel von J.C. Bouzzon in: „El Cronista Comercial" (Buenos Aires) v.12. 8. 1974, S. 14.
42) Vgl. „Latin America" v. 20. 12. 1974, S. 398.

Aber nicht nur die großen Agrarunternehmer suchen nach einer politischen Alternative. Die CGE-Führung hat sich im März dieses Jahres aus der „Comisión Nacional de Precios, Ingresos y Nivel de Vida" zurückgezogen, nachdem das Wirtschaftsministerium infolge der schon genannten Abwertung einen neuen allgemeinen Preisstopp verkündete [43]). Durch den Rückzug aus dieser Kommission (in der neben der CGE die CGT und die Regierung vertreten sind), stellt die Führung des Unternehmerverbands die von der peronistischen Regierung eingeleitete konzertierte Politik von Kapital und Arbeit auf eine Zerreißprobe. In dieser Kommission wird nämlich in gemeinsamer Verantwortung der Beteiligten die Preis- und Lohnpolitik festgelegt, d. h. das konkrete Funktionieren des Sozialpakts besprochen und beschlossen. Sollte die CGE-Führung ihren gefaßten Beschluß nicht rückgängig machen, so würde dies den faktischen Tod dieses Kompromißvertrages, d. h. das Ende der von Perón angestrebten harmonischen Zusammenarbeit von Unternehmern und Lohnabhängigen bedeuten.

Hatte die CGE-Führung noch im Mai 1973 den Sozialpakt in der Überzeugung unterschrieben, sich durch Zugeständnisse an die lohnabhängige Bevölkerung eine bessere Ausgangsposition im Konkurrenzkampf mit ausländischen Unternehmen zu sichern (siehe oben, p. 9), so ist sie knapp zwei Jahre danach offensichtlich an die äußerste Grenze ihrer Kompromißbereitschaft gelangt. Ihre Hoffnung, vom Staat durch die stärkere Besteuerung der Großgrundbesitzer massive finanzielle Unterstützung zu bekommen, ist an dem Widerstand der mächtigen Agrarverbände zerschellt. Durch die marktwirtschaftlichen Konkurrenzbedingungen, die sich infolge von Preissteigerungen bei Einfuhrprodukten im Laufe des vergangenen Jahres weiter verschärften, ging die von der CGE-Führung befürwortete wirtschaftliche Stabilitätspolitik in die Brüche und zwang sie zu immer härteren Auseinandersetzungen über Lohnfragen mit der CGT-Führung.

Nach dem Tod Peróns begannen die Führer der „62" peronistischen Gewerkschaften, die praktisch die CGT kontrollieren, auf ihre Art und Weise den Sozialpakt zu liquidieren [44]). Sie unterstützten die Bemühungen der traditionellen Agrarverbände der „Pampa húmeda" sowie die Bemühungen von ultrarechten peronistischen Politikern (vornehmlich die des Wohlfahrtsministers López Rega), um Wirtschaftsminister Gelbard, der bis zu seinem Sturz versuchte, an bestimmten Grundlagen des Regierungsprogramms festzuhalten, zu stürzen [45]). Zugleich begann der Generalsekretär der „62" Organisationen und Führer der mächtigen Metallarbeitergewerkschaft, Lorenzo Miguel, seine Politik immer stärker mit hohen Militärs, vor allem mit dem ehemaligen Präsidenten Lanusse zu koordinieren [46]). Die „orthodoxen" peronistischen Gewerkschaftsführer, die nach der Annäherung an Perón kurz nach der Machtübernahme durch Cámpora ihre Beziehungen zur Armee abkühlen ließen, setzten somit bei ihrer in der zweiten Hälfte der 50er Jahre begonnenen Politik wieder an. Schon damals hatten sie unter der Führung Augusto Vandors versucht, einen „Peronismus ohne Perón" aufzubauen. Ausgehend von der Prämisse, daß eine Rückkehr Peróns aussichtslos sei, gelang es den peronistischen Gewerkschaftsführern, Ende der 50er Jahre sich in das neue politische Gefüge Argentiniens einzubetten. Gestützt auf die Massenbasis, die der Peronismus nach 1955 immer noch in der Arbeiterklasse hatte, verschafften sie sich einen breiten Verhandlungsspielraum mit den neuen

43) Vgl. „Latin America" v. 14. 3. 1975, S. 81.
44) Vgl. in diesem Zusammenhang: „Semana Política", 1. Jg., Nr. 1—4. Diese Zeitschrift, die im September 1974 als Nachfolgerin der von der Regierung wegen ihrer Angriffe gegen Wirtschaftsminister Gelbard verbotenen Zeitschrift „Primicias Argentinas" zum ersten Mal erschien, gibt den Standpunkt der „orthodoxen" peronistischen Gewerkschaftsführer wieder.
45) Vgl. „Latin America" v. 31. 1. 1975, S. 33.
46) Vgl. „Latin America" v. 28. 3. 1975, S. 103 und „Der Tagesspiegel" v. 11. 2. 1975, S. 3.

Machtträgern des Landes. Für die von nordamerikanischen Großunternehmen gewährten Pfründen und die von der Regierung im eigenen Land gewährten Privilegien (vor allem die 1958 verkündete „Ley de Asociaciones Profesionales") sorgten die „orthodoxen" peronistischen Gewerkschaftsführer für weitgehende Ruhe und Ordnung an den Arbeitsplätzen. Sie sind jedoch niemals zu Marionetten irgendeiner Regierung geworden. Seit ihrer Rückkehr in die Politik verkörpern sie eine selbständige politische Kraft, die sich zwar zur Aufrechterhaltung ihrer Positionen auf das peronistische Erbe beruft, bei Verhandlungen jedoch nur ein Leitmotiv kennt: ihre wirtschaftlichen Privilegien und damit einhergehend ihre politischen Machtpositionen zu sichern und wenn möglich auszubauen.

Die Jahre der Zusammenarbeit mit der Regierung Frondizis (1958—1962) und später vor allem die Zusammenarbeit mit der Militärdiktatur Onganías (1966 bis 1970) haben diese Gewerkschaftsführer davon überzeugt, daß sie ihre Interessen durchaus am Rande des Peronismus sichern, ja sogar größere Privilegien genießen können, wenn sie mit dem ausländischen Kapital und seinen politischen Befürwortern in Argentinien direkt verhandeln. Was sie nicht geschafft haben, ist, sich an die Stelle des Führers der peronistischen Bewegung zu stellen. Um ihre Machtpositionen langfristig aufrechtzuerhalten, sahen sie sich durch die Rückkehr Peróns nach Argentinien gezwungen, ihre Bündnispartner der 50er und 60er Jahre zugunsten der CGE-Führung zu wechseln. Nur so konnten sie einer völligen Isolierung von der Arbeiterklasse entrinnen. Die Wendung der „orthodoxen" peronistischen Gewerkschaftsführer nach dem Tod Peróns hin zu ihren ehemaligen politischen Partnern ist nicht nur ein Beweis ihrer von Korruption bestimmten Wetterfühligkeit, sondern zugleich das beste Zeugnis der eigentlichen wirtschaftlichen Schwäche und politischen Machtlosigkeit der CGE-Führung. Während erstere deutlich zum Ausdruck kommt durch die eindeutige Präferenz der peronistischen Gewerkschaftsbürokraten, mit dem ausländischen Kapital zusammenzuarbeiten, so zeigt sich letztere an der Tatsache, daß die CGE-Führung mit dem Sturz Gelbards jeglichen direkten Einfluß auf die argentinische Politik verloren hat.

Der Trennungsprozeß zwischen den Grundpfeilern der konzertierten Politik, der CGE- und der CGT-Führung, führte zu einer Machtausdehnung des ultrarechten Flügels der Peronistischen Bewegung auf Regierungsebene. Im August 1974 gelang es dem reaktionären Wohlfahrtsminister López Rega bei der Umbesetzung des Kabinetts drei ihm treu ergebene Minister durchzusetzen. Anfang dieses Jahres wurde dann López Rega zum Sekretär des Präsidialamtes ernannt, ein Posten, der es ihm ermöglicht, sämtliche Aktivitäten der Präsidentin des Landes, María Estela Martínez de Perón, zu koordinieren und ihm Zugang zu allen Informationen sämtlicher Ministerien und öffentlichen Ämtern verschafft. Während er in dieser Funktion auch die Aktivitäten des staatlichen Sicherheitsdienstes koordiniert, finanziert López Rega offensichtlich aus den Kassen seines Wohlfahrtsministeriums die Aktivitäten der ultrarechten „Alianza Anticomunista Argentina", die allein in den ersten Monaten dieses Jahres fast 100 linke Aktivisten verschiedener politischer Richtungen ermordet hat.

Die Macht López Regas festigt jedoch keineswegs die peronistische Herrschaft. Hinter ihm stehen weder die mächtigen Agrarverbände des Landes, noch die „62" Organisationen [48]) und auch keineswegs die Armee als geschlossene Institution [49]), ganz zu schweigen von der CGE-Führung. Darüber hinaus hat die Rolle

[47]) Alberto Rocamora wurde Innenminister, Adolfo Savino Verteidigungsminister und der offen mit faschistischen Staatsvorstellungen sympathisierende Osacar Invanissevich wurde Erziehungsminister.
[48]) Vgl. „Latin America" v. 31. 1. 1975, S. 33.
[49]) Vgl. „Latin America v. 11. 4. 1975, S. 105—106.

López Regas monatelang einen Dialog zwischen der peronistischen Regierung und der zweitstärksten politischen Kraft des Landes, der Radikalen Partei, die sich für seine Absetzung aus der Regierung seit langem einsetzt, unmöglich gemacht [50]). Seine gewonnene Macht scheint somit vor allem auf der Machtlosigkeit anderer sozialer und politischer Kräfte, eine Alternative aufzuweisen, zu beruhen. Wieweit entfernt López Rega von einer Konsolidierung seiner gewonnenen Machtpositionen steht, zeigen nicht nur die schon erwähnten neuen politischen Allianzen, die sich hinter den Kulissen bilden, und die Bemühungen der Radikalen Partei, einen „modus vivendi" mit der Regierung — um den Preis der Entfernung der rechtsradikalen Kräfte aus den Regierungsämtern — zu finden. Die schmale Grundlage der politischen Macht López Regas zeigt sich auch in der Haltung der kleineren politischen Parteien, die sich vor den Märzwahlen 1973 dem peronistischen Wahlblock, dem „Frente Justicialista de Liberación" (FREJULI) anschlossen. So beginnt die „Movimiento de Integración y Desarrollo" (MID) des ehemaligen Präsidenten Arturo Frondizi — wie es die im April dieses Jahres stattgefundenen Provinzwahlen in Misiones zeigen [51]) — sich von der Allianz mit dem Peronismus wieder abzusetzen, um angesichts der Herausbildung neuer politischer Konstellationen einen breiteren Verhandlungsspielraum zu gewinnen. Zugleich hat die gewonnene Machtstellung des Wohlfahrtsministers nach dem Tod Peróns es dem linken Flügel der PB weitgehend erleichtert, ein eigenständiges politisches Profil zu gewinnen.

Die Schwierigkeit des linken Flügels der Peronistischen Bewegung, im Namen des Peronismus, jedoch gegen den ausdrücklichen Willen Peróns, für die Errichtung der „Patria Socialista" zu kämpfen, verschwand in dem Maße, in dem nach dem Tod Peróns die Rolle López Regas es ermöglicht, eine deutliche Trennung innerhalb der PB zu propagieren: Die Trennung zwischen dem revolutionären Nationalismus, der den Weg zum Sozialismus in Argentinien ebnen soll, und den Kräften innerhalb der PB, die eine Vorliebe für korporativ-faschistische Staatsformen haben. Hieraus erklärt sich die am 11. März dieses Jahres, d. h. genau am zweiten Jahrestag des Wahlsieges Héctor Cámporas, vollzogene Gründung des „Partido Peronista Auténtico", der mit der Unterstützung fast sämtlicher Kräfte und Persönlichkeiten zählt, die in den vergangenen anderthalb Jahren aus öffentlichen Ämtern und aus der PB hinausgedrängt wurden. Der PPA hat es sich zum Ziel gesetzt, auf der Grundlage der peronistischen Wahlplattform des Jahres 1973 einen eigenständigen Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen des Jahres 1977 aufzustellen.

Infolge der Undurchführbarkeit des peronistischen Programms zeigen sich somit knapp zwei Jahre nach dem Machtantritt Cámporas deutliche Zerfallserscheinungen der konzertierten Politik, die einerseits zur Herausbildung neuer Allianzen unter den wichtigsten politischen Kräften des Landes führen, andererseits die PB in zwei Blöcke aufspalten.

*

Obwohl der Peronismus infolge der breiten Unterstützung in der Bevölkerung und der wesentlichen politischen Kräfte im Lande unter den denkbar günstigsten politischen Bedingungen angetreten ist, konnte er bisher seine programmatischen Ziele nicht durchsetzen. Die Regierung hat es in den zwei Jahren ihrer Herrschaft nicht geschafft, wirtschaftliche Stabilität herbeizuführen. Das verab-

[50]) Vgl. „Latin America" v. 28. 3. 1975, S. 103 u. v. 25. 4. 1975, S. 124.
[51]) Vgl. „Latin America" v. 21. 3. 1975, S. 93.

schiedete Gesetz zur Verstaatlichung der Banken blieb Papier, das Gesetz zur Kontrolle ausländischer Investitionen wird im Kongreß einer Revision unterworfen, die beabsichtigte Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der lohnabhängigen Bevölkerung scheiterte infolge der zunehmenden Inflation.

Ursache dieses Scheiterns ist der Kampf der divergierenden Interessen, die sich hinter dieser anfänglichen Unterstützung verbargen und schon während der Präsidentschaft Cámporas zum Vorschein kamen. Als der linke Flügel der Peronistischen Bewegung auf radikalere Maßnahmen gegen Großunternehmen drängte, unterminierte das Kapital durch Warenhortung und Absinken der Investitionen die Versuche der Regierung, nennenswerte Fortschritte bei der Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit bzw. bei der Durchsetzung des „nationalen Wiederaufbaus" zu erzielen. Das Bemühen Peróns, die Unternehmer zu einer Unterstützung des Regierungsprogramms zurückzugewinnen, mußte ihn gegen linke Tendenzen innerhalb und außerhalb der PB stellen und erklärt die harten Repressionsmaßnahmen gegen linke Strömungen, die weitgehende Einschränkung demokratischer Willensbildung in den Gewerkschaften und die Gewährung wichtiger Konzessionen an das Kapital.

Hieraus läßt sich das Dilemma erkennen, in das jede Regierung der Klassenallianz in der bisherigen Geschichte Lateinamerikas früher oder später geraten ist, daß Zugeständnisse an die lohnabhängige Bevölkerung einen Investitionsrückgang zur Folge haben und die Regierung zwingen, solange sie für ein marktwirtschaftliches Konzept eintritt, Konzessionen an die Unternehmer zu machen, ihren privatwirtschaftlichen Interessen entgegenzukommen und damit ihr Programm der Klassenallianz zugunsten des Kapitals aufgeben zu müssen.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland (1917–1930)

Von Gert Meyer

Die gegenwärtig in den meisten westlichen Industrieländern um sich greifende Arbeitslosigkeit hat erneut die Frage nach ihren sozialökonomischen Ursachen aufgeworfen und zugleich die Diskussion über die Möglichkeiten ihrer Beseitigung intensiviert. Mit dem Problem der Beschäftigungslosigkeit als einem historischen Erbe der alten Gesellschaft waren auch die meisten sozialistischen Länder im Verlaufe ihrer Übergangsperiode konfrontiert. In der UdSSR war die Erwerbslosigkeit während der zwanziger Jahre eines der zentralen wirtschaftlichen und sozialen Probleme, bis es der Sowjetmacht im ersten Fünfjahrplan durch die Fortschritte in der planmäßigen Regulierung und sozialistischen Vergesellschaftung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsprozesse gelang, das „Recht auf Arbeit" zu verwirklichen [1]).

[1]) Das Problem der Arbeitslosigkeit in der UdSSR ist sowohl von Ökonomen und Statistikern der zwanziger

1. Das Arbeitslosenproblem vor der Revolution

Umfang und Entwicklung der Arbeitslosigkeit im zaristischen Reich lassen sich nur schwer einschätzen, da vor der Revolution keine Arbeitslosenstatistik (geschweige denn eine Arbeitslosenversicherung) existierte [2]). Während der wirtschaftlichen Krisen des sich entwickelnden Kapitalismus in den 80er Jahren des 19. Jhs. und besonders im Verlauf der Jahre 1900 bis 1903 erreichte die industrielle Reservearmee in Rußland beträchtliche Ausmaße. Als Folge der Depression zu Beginn des Jahrhunderts schlossen etwa 3000 Industriebetriebe mit 112 000 Beschäftigten. Damals wurden im Gouvernement Ekaterinoslav, in Baku und Astrachan jeweils mehr als 10 000 Arbeitslose gezählt. Nach einer vorübergehenden Verbesserung der Lage stieg die Zahl der Erwerbslosen in den Jahren 1905 bis 1907 erneut an; in den Volgagouvernements gab es damals 200 000, in Petersburg 55 000 Arbeitslose (viele von ihnen waren als aktive Teilnehmer der revolutionären Bewegung entlassen worden). In der Hauptstadt entwickelten die Arbeitslosen eine große politische Aktivität, indem sie im April 1906 einen Arbeitslosensowjet wählten, der die städtischen Körperschaften zu Unterstützungsleistungen und der Vergabe öffentlicher Arbeiten zwang; Anfang 1908 wurde dieser Sowjet von der zaristischen Gendarmerie aufgelöst [3]). Auch in der Periode des industriellen Aufschwungs nach 1909/10 verschwand die Arbeitslosigkeit nicht aus den Industriezentren; vor dem Weltkrieg waren in Petersburg 4,3 %, in Moskau 3,8 % und in Baku 5,9 % der Arbeiter und Angestellten beschäftigungslos. Im Jahr 1913 umfaßte die industrielle Reservearmee etwa 500 000 Personen. Die materielle Lage der Erwerbslosen war oftmals ausweglos; Arbeitslose machten in den Selbstmordstatistiken der Stadt Odessa 55 Prozent, der Stadt Petersburg 73 Prozent aus [4]). Viele Arbeitslose suchten ihr Los durch Auswanderung zu verbessern [5]).

Im Revolutionsjahr 1917 vertiefte sich die kriegsbedingte Krise, als viele Betriebe aufgrund der schlechten Versorgungslage oder als Folge einer gezielten Aussperrungsstrategie der Unternehmer ihre Produktion einschränkten oder völlig einstellten. Allein in der Ukraine schlossen im Frühjahr und Sommer 1917 439 Betriebe, wodurch fast 100 000 Arbeiter arbeitslos wurden. Seit Mai 1917 gab es große Demonstrationen von Beschäftigungslosen, die Arbeit und staatliche Unterstützung forderten. „Es ist zur Massenarbeitslosigkeit gekommen", schrieb Lenin im September 1917. „Man bedenke: das Land ist ohne Waren, das Land geht aus Mangel an Erzeugnissen, aus Mangel an Arbeitskräften zugrunde, obwohl genügende Mengen von Getreide und Rohstoffen vorhanden sind — und in einem solchen Land, in einem solchen kritischen Augenblick ist es zur Arbeitslosigkeit gekommen!" [6])

Jahre als auch von sowjetischen Historikern untersucht worden; vgl. z. B. A. M. Anikst, Organizacija rynka truda za dva goda Sovetskoj vlasti (Kratkij očerk) (Die Organisation des Arbeitsmarktes in zwei Jahren der Sowjetmacht, Kurzer Abriß), Moskau 1920; Ja. I. Gindin, Bezrabotica v SSSR (Die Arbeitslosigkeit in der UdSSR), Moskau 1925; Ja. I. Gindin, Bezrabotica i bor'ba s neju (Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung), Leningrad 1927; A. M. Bachutov, Bezrabotica i bor'ba s neju, Moskau/Leningrad 1928; Vsesojuznaja perepis' naselenija 1926 g. (Die Volkszählung in der UdSSR 1926), Bd. 52, Moskau 1931; A. S. Syčeva, Kak byla likvidirovana bezrabotica v SSSR (Wie die Arbeitslosigkeit in der UdSSR liquidiert wurde), in: „Voprosy istorii", 1967, Nr. 1, S. 27—36; K. I. Suvorov, Istoričeskij opyt KPSS po likvidacii bezraboticy (1917—1930) (Die historische Erfahrung der KPdSU bei der Liquidierung der Arbeitslosigkeit), Moskau 1968; L. S. Rogačevskaja, Likvidacija bezraboticy v SSSR 1917—1930 gg. (Die Liquidierung der Arbeitslosigkeit in der UdSSR), Moskau 1973; E. G. Gimpel'son, Sovetskij rabočij klass 1918—1920 gg. Social'no-političeskie izmenenija. (Die sowjetische Arbeiterklasse 1918—1920, Sozial-politische Veränderungen), Moskau 1974. Besonders hervorzuheben ist das Werk von L. S. Rogačevskaja, in dem umfangreiche Archivmaterialien aufgearbeitet sind und eine ausgezeichnete Bibliografie enthalten ist. — Im folgenden wird nur ein knapper historischer Abriß des Problems gegeben; zahlreiche Fragen bedürfen der weiteren Untersuchung.

[2]) Siehe L. M. Klejnbort, Istorija bezraboticy v Rossii. 1857—1919 gg. (Die Geschichte der Arbeitslosigkeit in Rußland 1857—1919), Moskau 1925.

[3]) S. Malyshev, Unemployed Councils in St. Petersburg in 1906, London 1931.

[4]) Klejnbort, a. a. O., S. 212.

[5]) Im Jahr 1910 belief sich die Zahl der russischen Emigranten allein in den USA auf 1,7 Mio.

2. Erste Maßnahmen der Sowjetmacht (1917—1920)

Bereits die ersten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Sowjetmacht hatten weitreichende Auswirkungen auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit [7]). Das Dekret über den Boden vom 8. November 1917 hatte zur Folge, daß zahlreiche Einwohner der Städte auf das Land zogen, um an der Landumverteilung teilzunehmen. Der Beschluß über die Einführung des Achtstundentages vom 11. November [8]), das Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren, die Beschränkung der Arbeitszeit der Jugendlichen unter 18 Jahren auf täglich 6 Stunden, das Verbot von Untertage- und Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche, die Einführung eines garantierten Mindesturlaubs, die Arbeitszeitverkürzungen für Schwerarbeiter sowie für Schwangere und stillende Mütter, die Einschränkung der Überstundenarbeit (die nur in Ausnahmefällen und mit Zustimmung der Gewerkschaften geleistet werden konnte) — diese Maßnahmen ließen den Bedarf an Arbeitskräften rasch ansteigen.

Die Einführung der Arbeiterkontrolle (Dekret vom 27. November 1917) und die Nationalisierung der Banken und wichtigsten industriellen Großbetriebe verhinderten die Stillegung zahlreicher Fabriken. Durch das Dekret über die Einführung der Arbeitslosenversicherung vom 24. Dezember 1917 wurden die Unternehmer gezwungen, 3 Prozent des Arbeitslohnes in den Fonds für die Unterstützung der Arbeitslosen abzuführen. Hierdurch konnte die Lage vieler Erwerbsloser verbessert werden. Die Arbeitsvermittlung und planmäßige Verteilung der Arbeitskräfte machten durch den Ausbau der Organe des Volkskommissariats für Arbeit Fortschritte, an dem die Gewerkschaften einen maßgeblichen Anteil hatten. Im Januar 1918 existierten 52 Arbeitsämter, im Mai 1918 201 und Anfang 1919 bereits 340. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden in einigen Fabriken das Drei-Schicht-System eingeführt und von zahlreichen Stadtsowjets öffentliche Arbeiten organisiert; die hierfür erforderlichen Mittel verschafften sich die Sowjets z. T. durch Sondersteuern von den bürgerlichen Schichten.

Solche Maßnahmen konnten jedoch nicht verhindern, daß die Zahl der Arbeitslosen bis zum Sommer 1918 stark anschwoll [9]). Im April 1918 wurden in Moskau 55 300, in Petrograd 40 900 und insgesamt 324 000 Arbeitslose registriert. Mitte 1918 war diese Ziffer auf über 500 000 angewachsen. Im Mai 1918 entfielen auf einen freien Arbeitsplatz durchschnittlich 3, in Moskau und Petrograd sogar mehr als 5 Stellengesuche.

Die Diskrepanz zwischen dem Angebot und der zu geringen Nachfrage nach Arbeitskräften war auf den Produktionsrückgang der Kriegsindustrie, vor allem jedoch auf die Demobilisierung der alten Armee zurückzuführen. Die Mehrzahl der von den Fronten zurückströmenden Soldaten zog in die Dörfer, um die Agrarrevolution weiterzuführen, ein bedeutender Teil suchte jedoch in den Städten nach Arbeit, was sich nicht zuletzt infolge ihres geringen Qualifikationsniveaus als außerordentlich schwierig erwies (70 % der im Sommer 1918 registrierten Arbeitslosen verfügten über keinerlei Qualifikation [10])). Auch mußten weitere Industriebetriebe infolge der akuten Versorgungskrise ihre Produktion drosseln oder einstellen: 1918 arbeiteten in 33 Gouvernements der Russischen

---

6) V. I. Lenin, Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, in: Werke, Bd. 25, Berlin (DDR) 1960, S. 327—377, hier S. 331—332.
7) L. S. Rogačevskaja, a. a. O., S. 47—59.
8) Sobranie uzakonenij i rasporjaženij rabočago i krest'janskogo pravitel'stva 1917, Nr. I, 1, Art 7 (Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Arbeiter- und Bauernregierung).
9) L. Kricman, Bezrabotica v dorevoljucionnoj Rossii i v SSSR (Die Arbeitslosigkeit im vorrevolutionären Rußland und in der UdSSR), in: Bol'šaja Sovetskaja Enciklopedija, Moskau 1927, Bd. 5, S. 214—219.
10) K. I. Suvorov, a. a. O., S. 49.

Föderation nur 60 Prozent der staatlichen Betriebe. Zudem verschärfte die Okkupation der Ukraine und der baltischen Territorien durch deutsche Truppen das Arbeitslosenproblem, da in diesen Gebieten stets eine große Menge von Arbeitskräften aus den zentralrussischen Gebieten Beschäftigung gefunden hatte.

Die Besetzung dieser Gebiete verschlimmerte auch die Ernährungssituation in den städtischen Zentren Sowjetrußlands. Da die Ernährungsbasis auf dem Dorfe bedeutend besser war als in den Städten, zogen viele Arbeiter aufs Land. Im Zuge dieser Wanderungsbewegung reduzierte sich die Einwohnerzahl Petrograds in den 3 Jahren von Mitte 1917 bis Mitte 1920 von 2,4 Mio auf 722 000 und Moskaus von 2 auf 1 Mio. Das Angebot von Arbeitskräften ging somit stark zurück und konnte sehr bald die Nachfrage nicht mehr decken. Während auf einen Arbeitsuchenden im Juni 1918 nur 0,6 offene Stellen entfielen, waren es im Januar 1919 bereits 0,9, im Juni dieses Jahres 1,2, im Januar 1920 1,5 und im Januar 1921 auf dem Höhepunkt der Arbeitskräfteknappheit 2,7.

Der rasche Aufbau der Roten Armee, die im Sommer 1918 450 000 Mann, Ende 1918 mehr als 1,7 Mio. und gegen Ende des Bürgerkrieges über 5,5 Mio. umfaßte, beschleunigte den Entzug von Arbeitskräften [11]). Den Kern der Roten Armee bildeten etwa 700 000 bis 800 000 städtische Arbeiter. Rund 65 bis 70 Prozent aller Metallarbeiter und 55 bis 60 Prozent aller Arbeiter der Baumwollindustrie nahmen am Bürgerkrieg teil. Von den Gesamtverlusten der Roten Armee während des Bürgerkrieges in Höhe von 807 800 Toten entfiel auf die Gruppe der industriellen Arbeiter ein erheblicher Anteil.

Weiter wurde die Arbeitskräfteverknappung durch den Wechsel zahlreicher politisch und fachlich qualifizierter Arbeiter aus der Produktion in die neuen staatlichen und wirtschaftlichen Organe — die zentralen und lokalen Sowjets und ihre Exekutivkomitees, die Wirtschaftskommissariate und Planungsstellen, die Versorgungsabteilungen und Verteilungsorgane, die Leitungen der Industriebetriebe, die Arbeiter- und Bauerninspektion, die Gewerkschafts- und Parteileitungen — hervorgerufen [12]). In den Betriebsleitungen der metallverarbeitenden Industrie betrug Ende 1918 der Anteil der Arbeiter 64 %. 1920 stammten in den verschiedenen Kollegien und Abteilungen des Obersten Volkswirtschaftsrates 54,5 % aller Mitarbeiter aus den Gewerkschaften. In den Exekutivkomitees der Sowjets auf Kreis- und Gouvernementsebene waren die Arbeiter weit stärker repräsentiert als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprach. Zur Konsolidierung der Herrschaft der Sowjets in der Provinz und in den im Bürgerkrieg zurückeroberten Gebieten wurden Tausende von Arbeitern aus den revolutionären Zentren Rußlands mobilisiert. In den Versorgungsabteilungen, die die Ernährung der Städte sicherzustellen hatten, waren 1918 bis 1920 etwa 125 000 Arbeiter tätig. Viele Industriearbeiter arbeiteten in den neu entstandenen Sowjetgütern und Kollektivwirtschaften (in 80 landwirtschaftlichen Kollektiven des Moskauer Gouvernements waren 14 582 Arbeiter beschäftigt) oder beteiligten sich an der politischen Aufklärungsarbeit im Dorf, um die Bauern in den Prozeß der Revolution einzubeziehen.

Von der Industrie und dem Eisenbahnverkehr, die während des Bürgerkrieges in erster Linie dem Bedarf der Roten Armee dienten, ging ebenfalls eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften aus, zumal die Arbeitsproduktivität infolge der schwierigen Ernährungssituation und der mangelnden Versorgung der Betriebe mit Roh- und Brennstoffen, Vorprodukten und Ersatzteilen im Jahr 1920 weniger

11) Einzelheiten bei A. M. Anikst, a. a. O., sowie bei E. G. Gimpel'son, a. a. O., Kap. 1, dessen Buch auch die folgenden Daten entnommen sind.
12) E. G. Gimpel'son, a. a. O.

als ein Drittel des Niveaus der Vorkriegszeit ausmachte. Um die extreme Arbeitskräfteknappheit zu überwinden, den zusammengeschmolzenen Bestand des Industrieproletariats aufzufüllen (die Zahl der Industrie- und Bergarbeiter war von 3,1 Mio. (1913) auf 1,5 Mio. (1920) zurückgegangen) und die Produktion der Großindustrie zu steigern, die durch die Verwüstungen und Schäden der ausländischen Intervention und des Bürgerkrieges auf etwa 18 % des Vorkriegsvolumens zurückgegangen war, führte die Sowjetmacht Anfang 1920 in allen Wirtschaftsbereichen die allgemeine Arbeitspflicht ein. Um die ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwinden zu können, mußte sich „Rußland in eine gewaltige Armee der Arbeit verwandeln" [13]).

3. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit vom Ende des Bürgerkrieges bis zum Beginn des ersten Fünfjahrplans (1920/21—1928/29)

Bereits kurze Zeit nach der Einführung der Neuen Ökonomischen Politik im Frühjahr 1921 stellte sich heraus, daß das Verschwinden der Arbeitslosigkeit nur auf die spezifischen ökonomischen und militärischen Umstände der Bürgerkriegsperiode zurückzuführen war. Aufgrund der außerordentlich geringen Entwicklung der Produktivkräfte sowie der Tatsache, daß sich sozialistische Produktionsverhältnisse nur erst in einigen Bereichen der Wirtschaft durchgesetzt hatten (vor allem der Agrarsektor, in dem die kleine Warenproduktion der individuellen Bauernwirtschaften dominierte und vier Fünftel der Bevölkerung beschäftigt waren, entzog sich noch weitgehend der planmäßigen Regulierung) konnte das Problem der Arbeitslosigkeit noch keineswegs als gelöst angesehen werden [14]).

Die Arbeitslosigkeit in den Städten war zum einen das Resultat der Schließung einiger bedeutender Betriebe infolge der Brennstoffknappheit während des Jahres 1921 sowie der Konzentration der Produktion auf die am wirtschaftlichsten arbeitenden Fabriken. Sodann wurde eine große Zahl von unproduktiven Arbeitskräften aus den Industriebetrieben und besonders den zahlreichen, oftmals schwerfällig arbeitenden Wirtschaftsbehörden entlassen; hierdurch hoffte die Sowjetmacht, zusätzliche Mittel für den Wiederaufbau der Industrie zu erhalten. Bis zum Januar 1923 wurden nicht weniger als 2,5 Mio. Personen entlassen, und Mitte der zwanziger Jahre wurden weitere Personalkürzungen in den Verwaltungen vorgenommen. Die Demobilisierung der Roten Armee, die im Januar 1924 nur noch 562 000 Mann umfaßte [15]), war ein weiterer Grund für das erneute Ansteigen der Arbeitslosenziffer. Auch kehrten nun zahlreiche Industriearbeiter, die nach der Revolution aufs Dorf abgewandert waren, aufgrund der sich nach 1922 rasch bessernden Ernährungslage der Städte in die industriellen Zentren zurück, konnten jedoch hier nicht unmittelbar Beschäftigung finden. Hinzu kam, daß Mitte der zwanziger Jahre der deutliche Anstieg der Reallöhne, die Erleichterung der Arbeitsbedingungen für Frauen und der Ausbau der Kindergärten für zahlreiche Hausfrauen einen Anreiz zum Eintritt in das Erwerbsleben schufen, wobei die Industrie jedoch noch nicht in der Lage war, diese neuen, meist unqualifizierten Arbeitskräfte zu absorbieren. Zu den Erwerbslosen stießen weiter Mitglieder der ehemaligen Oberschichten, die nun nicht länger von ihrem Vermögen leben konnten.

13) V. I. Lenin, Rede auf dem III. Gesamtrussischen Kongreß der Arbeiter der Textilindustrie vom 19. April 1920.
14) L. S. Rogačevskaja, a. a. O., S. 74—150; K. I. Suvorov, a. a. O., S. 66—147; L. Kricman, a. a. O.; Trud v SSSR, Spravočnik 1926—1930 (Die Arbeit in der UdSSR, Sammelband), Moskau 1930; vgl. auch die zahlreichen Beiträge in der Zeitschrift „Voprosy truda".
15) Itogi desjatiletija sovetskoj vlasti v cifrach 1917—1927 (Die Ergebnisse von 10 Jahren Sowjetmacht in Zahlen), Moskau o. J., S. 74.

Die Hauptquelle für die städtische Arbeitslosigkeit war jedoch die agrarische Überbevölkerung [16]), die einen stetigen Strom von Arbeitskräften in die Städte zur Folge hatte, wo sich die Zahl der Arbeitsplätze in Industrie, Handel und Verwaltung jedoch nicht entsprechend vermehrte. Zwischen 1923 und 1927 wanderten annähernd 3 Mio. Einwohner vom Land in die Städte. Infolge des unentwickelten technischen Niveaus der Landwirtschaft und der rückständigen Agrarverfassung konnte das gewaltige Arbeitskräftepotential des Dorfes nicht ausgeschöpft werden. Mitte der zwanziger Jahre wurden über 95 % der Anbaufläche von mehr als 20 Mio. kleiner und kleinster Bauernwirtschaften bearbeitet, die nur ungenügend mit lebendem und totem Inventar ausgestattet waren. Mehr als 5 Mio. altertümlicher hölzerner Hakenpflüge waren noch in Gebrauch. Der extensive Getreideanbau dominierte, und moderne Fruchtfolgesysteme waren in der Regel ebenso unbekannt wie die Düngung der Felder, der Einsatz von Insektenvertilgungsmitteln oder die Verwendung von gereinigtem Saatgut. Ein bedeutender Teil der Arbeit des Bauern (etwa die langen Anfahrtswege zu den Dutzenden über die Gemarkung verstreuten Feldstücken) mußte als unproduktiv angesehen werden. In den Wintermonaten war der Auslastungsgrad der bäuerlichen Arbeitskraft besonders gering. Der Umfang der agrarischen Überbevölkerung (des Anteils der im Dorf lebenden Arbeitskräfte, der abgezogen werden konnte, ohne daß sich deshalb die Agrarproduktion verringert hätte) wurde von den Autoren des ersten Fünfjahrplans für 1926/27 auf 8 bis 9 Mio. Personen geschätzt; andere Ökonomen und Statistiker rechneten mit einer „überschüssigen" Bevölkerung auf dem Lande von etwa 20 Mio. [17]). Besonders die ärmeren Schichten des Dorfes, die im Zuge der Agrarrevolution zwar Land, aber kaum Inventar zu seiner Bearbeitung erhalten hatten, fanden trotz der Beseitigung der Pachtzahlungen an die Gutsbesitzer und einer weitgehenden Steuerfreiheit (1926 war etwa ein Viertel der Bauernhöfe von der Zahlung der landwirtschaftlichen Steuer befreit) auf dem Land kein Auskommen mehr und zogen in die Städte. Sie arbeiteten als Saison- und Wanderarbeiter (Mitte der zwanziger Jahre waren dies etwa 3 bis 4 Mio.) oder siedelten sich in den industriellen Zentren an. Hier wuchs die Zahl der Arbeitslosen rasch an, obwohl sich gleichzeitig sowohl das Volumen der Industrieproduktion als auch der zahlenmäßige Umfang und die Einkünfte der Industriearbeiter in einem erstaunlichen Tempo vergrößerten: der Wert der Bruttoproduktion der Großindustrie wuchs von 1,5 Mrd. Rubel (1922) auf 6,7 Mrd. (1926/27), die Zahl der Arbeiter in der Großindustrie wuchs von 1,1 Mio. (1922) auf 2,5 Mio. (1926/27), und ihr durchschnittlicher Monatslohn stieg von 36 Rubel (1923/24) auf 60 Rubel (1926/27) [18]). Die Arbeitslosigkeit war somit nicht die Folge einer krisenhaften Entwicklung von Industrie und Handel — dies unterschied sie prinzipiell von derjenigen in kapitalistischen Ländern —, sondern sie war in erster Linie agrarischen Ursprungs: die versteckte Arbeitslosigkeit des Dorfes, sein Bevölkerungsdruck auf die Stadt, trat hier in offener Form zutage.

Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1921 registrierten die Arbeitsämter eine wachsende Kluft zwischen dem Angebot von Arbeitskräften und der Möglichkeit, sie zu beschäftigen [19]). Während im April 1921 auf 100 offene Stellen nur 96 Arbeitsgesuche entfielen, waren es im September 1921 107 und im Dezember 127. Am 1. Januar 1922 wurden auf dem Gesamtterritorium 160 000, am 1. Januar 1923 641 000 und im Januar 1924 1,24 Mio. Arbeitslose gezählt. Im Zuge der Reorganisation der Arbeitsämter Mitte 1924 wurden neue Erhebungsmethoden eingeführt,

16) R. Silberkweit, Analyse und Kritik der Frage der russischen Agrarüberbevölkerung, Leipzig 1934.
17) Pjatiletnyj plan narodnochozjajstvennogo stroitel'stva SSSR (Der Fünfjahrplan des volkswirtschaftlichen Aufbaus in der UdSSR), Bd. II, 2, Moskau 1930, S. 8; L. S. Rogačevskaja, a. a. O., S. 84.
18) Itogi desjatiletija sovetskoj vlasti v cifrach, a. a. O., S. 230, 336, 342.
19) L. Kricman, a. a. O.; Trud v SSSR, a. a. O., S. 36.

mit deren Hilfe am 1. Januar 1926 951 000, am 1. Januar 1927 1,3 Mio., im April 1928 1,58 Mio. und am 1. April 1929, auf dem Höhepunkt der Entwicklung der Beschäftigungslosigkeit, 1,74 Mio. Arbeitslose registriert wurden. In der folgenden Zeit ging diese Ziffer deutlich zurück; am 1. Oktober 1929 betrug sie 1,24 Mio., am 1. April 1930 1,08 Mio., am 1. Juli 1930 787 500. Ende 1930 war das Arbeitslosenproblem beseitigt.

Mitte 1926 waren von den etwa 1 Mio. registrierten Arbeitslosen 54,9 % ohne jegliche Qualifikation (in dieser Zahl spiegelte sich der primär agrarische, nichtindustrielle Ursprung der städtischen Arbeitslosigkeit); 15,7 % hatten eine geringe und 20,3 % eine ausreichende Qualifikation. Jeweils ein Fünftel der Erwerbslosen bestand aus Industriearbeitern und aus Büroangestellten; 44 % der Arbeitsuchenden waren jünger als 25 Jahre; knapp die Hälfte bestand aus Frauen; ebenfalls knapp 50 % waren Mitglieder der Gewerkschaften (somit waren 14 % aller Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos). Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder der Kommunistischen Partei belief sich im Januar 1927 auf 45 020, dies waren 3,9 % der Gesamtmitgliedschaft. Den Personaleinschränkungen waren teilweise auch höherqualifizierte Spezialisten zum Opfer gefallen, die aufgrund der allgemeinen Mittelknappheit keine Beschäftigung finden konnten. Anfang 1924 wurden 52 000 Arbeitslose aus dem medizinischen und 28 000 Arbeitslose aus dem pädagogischen Bereich gezählt. 1925 fanden mehrere tausend künstlerische Arbeiter — Musikanten, Schauspieler, Artisten — keine Beschäftigung. Die Dauer der Erwerbslosigkeit variierte für die verschiedenen Berufsgruppen. Sie betrug im Oktober 1925 im Durchschnitt 8,9 Monate für Industriearbeiter, 8,2 Monate für Arbeitslose ohne Qualifikation, 12,4 Monate für Transportarbeiter und 11,8 Monate für Angestellte.

4. Provisorische Maßnahmen zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit

Die unmittelbaren Hilfsmaßnahmen der Sowjetmacht, die die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als eine Aufgabe von erstrangiger Bedeutung betrachtete, konzentrierten sich einmal auf die Organisation öffentlicher Arbeiten, zweitens auf die Schaffung von Arbeitskollektiven, weiter auf die Gewährung materieller Unterstützung für die Beschäftigungslosen; schließlich leisteten auch die sowjetischen Gewerkschaften eine effektive Hilfe [20]).

Da die Hauptmasse der Arbeitslosen aus nicht oder gering qualifizierten Arbeitskräften bestand, wurde die Organisation von öffentlichen Arbeiten zunächst als die effektivste Form der Beschäftigungspolitik angesehen. Diese Arbeiten, für die im Wirtschaftsjahr 1924/25 12,5 Mio. Rubel bereitgestellt waren, wurden von Ausschüssen der zentralen oder lokalen Sowjets geleitet. Die Arbeitslosen wurden im Wege-, Straßen- und Eisenbahnbau, für Meliorationsarbeiten, zum Holzfällen und Torfstechen oder in der kommunalen Wirtschaft für die Straßenreinigung oder die Anlage von Parks eingesetzt. Solche Arbeiten, die keine aufwendigen Arbeitsmittel erforderten, wurden nach den entsprechenden Tarifsystemen entgolten. Als Folge der Finanzknappheit konnten im Rahmen der öffentlichen Arbeiten jedoch nur etwa 5 bis 7 % der Arbeitslosen beschäftigt werden. Diese Arbeiten waren oft bei den Erwerbslosen nicht sehr populär, da es sich meist um körperlich schwere Tätigkeiten handelte, die zu einem raschen Verschleiß von Kleidung und Schuhwerk führten.

[20]) L. S. Rogačevskaja, a. a. O., S. 92—110; A. M. Katz, Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung in der USSR, Moskau 1927.

In den Arbeitskollektiven (Artels) waren vor allem qualifiziertere Arbeitslose — Schneider, Schuhmacher, Korbflechter, Schmiede — zusammengefaßt. Sie erhielten von den Sowjets oder staatlichen Betrieben Produktionsaufträge. Verschiedentlich wurden ihnen auch kleinere Werkstätten oder Fabriken überlassen, deren Produktion sie wieder ingang zu bringen hatten und auf dem Markt selber absetzen konnten. (Zuweilen nutzten Händler oder Unternehmer solche Artels für ihre privaten Gewinninteressen aus, so daß die Sowjets sehr vorsichtig bei ihrer Gründung waren.) Die Kollektive waren den Arbeitsämtern unterstellt, denen sie auch die Gewinne abzuführen hatten. Die Höhe des Arbeitsentgelts wurde zwischen den Arbeitsämtern und den Gewerkschaften vereinbart. 1925 waren etwa 100 000 Arbeitslose in Kollektiven dieser Art beschäftigt, die besonders in der Ukraine Verbreitung fanden. 1925/26 wurden 4 Mio. Rubel, 1927/28 8 Mio. aus Budgetmitteln für die Entwicklung der Arbeitslosenartels bereitgestellt. 1928/29 wurden zahlreiche Kollektive, die sich wirtschaftlich konsolidiert hatten und defizitlos arbeiteten, den staatlichen Wirtschaftsorganen unterstellt oder gewerblichen Kooperationsverbänden angegliedert.

In zahlreichen Städten wurden den Arbeitslosen kostenloses Essen sowie Wohnheime, Nachtquartiere, Wärmehallen oder Teestuben zur Verfügung gestellt. Sie waren oft von Zahlungen für Mieten oder kommunale Dienstleistungen ganz oder teilweise befreit und erhielten kostenlose Billetts für den Besuch kultureller Veranstaltungen. Für jugendliche Erwerbslose wurden in Moskau, Leningrad und anderen Städten spezielle Wohnhäuser, Schulen und Lehrwerkstätten errichtet. Die Mittel für den Unterhalt solcher Einrichtungen beschafften sich die Stadtsowjets häufig durch die Einziehung von Sondersteuern von Privathändlern und Kaffeehaus- oder Restaurantbesitzern. Die staatliche Sozialversicherung zahlte seit Juni 1923 einem größeren Kreis von Arbeitslosen Unterstützungsgelder, wobei diejenigen bevorzugt wurden, die eine längere frühere Beschäftigungszeit nachweisen konnten. 1924/25 erhielt etwa ein Viertel der registrierten Arbeitslosen solche Mittel. In diesem Jahr wurden 30 Mio. verteilt, 1926/27 waren es 68 Mio. und 1927/28 125 Mio. Rubel. Im Januar 1928 erhielten bereits 611 500 Arbeitslose Unterstützungen aus den Mitteln der Sozialversicherung, und bis zum April 1929 wuchs diese Zahl auf 985 000.

Die Gewerkschaften führten eine systematische Registrierung der Zahl und der Berufsqualifikation der arbeitslosen Mitglieder ihrer Verbände durch und halfen den staatlichen Stellen, einen Überblick über Umfang, Struktur und Dynamik der Arbeitslosigkeit zu gewinnen. Sie achteten darauf, daß in den Betrieben keine Überstunden geleistet wurden, wenn gleichzeitig in der entsprechenden Berufsgruppe Arbeitslosigkeit herrschte. Es wurden Vorträge, Schulungen, Kulturveranstaltungen und Exkursionen organisiert sowie Klubs und Lesehallen eingerichtet, um eine Entqualifizierung oder Deklassierung der Arbeitslosen zu verhindern. Die Gewerkschaften setzten durch, daß die Betriebe ein festes Kontingent von Jugendlichen einstellten (1922 mußten dies 7 % der Belegschaft sein), unter denen die Arbeitslosigkeit besonders negative politische und sozialpsychologische Folgen hatte. In verschiedenen Betrieben sorgten sie für eine Verringerung der Zahl der Arbeitsstunden oder Arbeitstage und für die zusätzliche Einstellung von Arbeitslosen. Weiter wurden besondere Unterstützungsfonds aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden geschaffen oder „Subbotniki" zugunsten der Arbeitslosen durchgeführt [21]).

[21]) E. Nosovskij, O kul'trabote sredi bezrabotnych (Über die Kulturarbeit unter den Arbeitslosen), in: „Vestnik truda", 1928, Nr. 2, S. 95—103.

Infolge der geringen Ressourcen sowohl der staatlichen Organe wie der Gewerkschaften konnte Mitte der zwanziger Jahre nur erst etwa die Hälfte aller Arbeitslosen im Rahmen der aufgezeigten Maßnahmen unterstützt werden. Die materielle Lage der meisten Arbeitslosen war in jener Zeit außerordentlich schwer. Budgetuntersuchungen sowjetischer Statistiker ergaben [22]), daß die Einnahmen eines Erwerbslosen durch Arbeitslosengeld, die Hilfe der Gewerkschaften, die Unterstützung durch Freunde oder Verwandte, durch Aufnahme von Schulden oder durch Gelegenheitsarbeiten oftmals nur ausreichten, um die Existenz notdürftig zu sichern.

Die aufgeführten Maßnahmen waren zwar geeignet, das Lebensniveau der Erwerbslosen allmählich zu heben und das Arbeitslosenheer teilweise zu verringern, sie stellten jedoch nur Palliativmittel dar. Letztlich waren die ererbte ökonomische Rückständigkeit und die Dominanz der kleinen Warenproduktion auf dem Lande die Ursachen des Arbeitslosenproblems. Es war das erklärte Ziel des 1928/29 in Angriff genommenen ersten Fünfjahrplans, diese Rückständigkeit durch die Anspannung aller Kräfte zu überwinden, den großen Entwicklungsrückstand gegenüber den fortgeschrittenen westlichen Industrieländern zu verringern und den Anteil der Großindustrie an der Gesamtproduktion sowie das spezifische gesellschaftliche und politische Gewicht der Arbeiterklasse zu vergrößern.

5. *Die Bedeutung der Industrialisierung*

Um dieses Ziel in möglichst kurzer Frist zu erreichen, wurden bedeutende Mittel für den Ausbau speziell der Produktionsmittelindustrie bereitgestellt, die als die entscheidende Voraussetzung für die sozialistische Rekonstruktion der Volkswirtschaft und die Sicherung der ökonomischen und politischen Unabhängigkeit des Landes angesehen wurde. 1928/29 wurden annähernd 2,5 Mrd. und 1930 über 4,2 Mrd. Rubel für die Entwicklung der Industrie und Elektrifizierung abgezweigt. Das erste Jahr des Fünfjahrplans ergab ein Wachstumstempo in der Industrie von 23,4 %, das folgende Jahr von 25 %; damit wurden die Plandirektiven deutlich übertroffen. Die Grundstoff- und Schwerindustrie entwickelte sich rascher als die Leichtindustrie.

Wachstum der Bruttoproduktion der Großindustrie [23])

	1913	*1928*	*1930*
Steinkohle (Mio. t)	*29,1*	*35,9*	*47,05*
Elektroenergie (Mio. kwh)	*1,9*	*5,1*	*8,2*
Erdöl (Mio. t)	*9,2*	*12,3*	*18,6*
Stahl (Mio. t)	*4,2*	*4,2*	*5,8*
Zement (Mio. t)	*1,5*	*1,9*	*3,1*
Baumwollstoff (Mrd. m)	*2,58*	*2,68*	*2,35*
Lederschuhe (Mio. Paar)	*60,0*	*58,0*	*75,4*
Papier (Mio. t)	*0,197*	*0,284*	*0,495*

Ein bedeutender Teil der Mittel wurde für den Aufbau neuer Großbetriebe oder Eisenbahnprojekte verwendet (Landmaschinenfabrik in Rostov/Don, Stalingrader Traktorenwerke, Mähdrescherwerke in Saratov und Zaporož'e, Schachtanlagen

[22]) L. E. Minc, Kak živet bezrabotnyj (bjudžety bezrabotnych) (Wie der Arbeitslose lebt — Budgets der Arbeitslosen), Moskau 1927; L. Minc, Bjudžety bezrabotnych (Die Budgets der Arbeitslosen), in: „Statističeskoe obozrenie", 1928, Nr. 10, S. 48—55; E. Zakgejm, Pitanie bezrabotnych (Die Ernährung von Arbeitslosen), in: „Statističeskoe obozrenie", 1929, Nr. 1, S. 56—60.
[23]) L. S. Rogačevskaja, a. a. O., S. 170.

und metallurgische Werke im Ural und im Kuzbass, Turkestanisch-Sibirische Eisenbahn). Von diesen Großbaustellen ging eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften aus. Von Januar bis Oktober 1929 wuchs die Zahl der Bauarbeiter von 500 000 auf 1,3 Mio. Auf zahlreichen Baustellen konnte der Arbeitskräftebedarf bereits im Sommer des ersten Jahres des Fünfjahrplans nicht mehr gedeckt werden; in Moskau war die Nachfrage nach Bauarbeitern fünfmal, in Charkov sieben- bis achtmal größer als das Angebot. Am 1. August 1930 fehlten auf 15 der größten Baustellen 110 000 Arbeitskräfte [24]). Aus den zentralrussischen Zentren der Arbeitslosigkeit wurden zahlreiche Beschäftigungslose für die neuen Wirtschaftsregionen angeworben. Viele Saison- und Wanderarbeiter, die früher im Winter in ihre Dörfer zurückgekehrt waren, verblieben nun, da auf diesem Sektor kein Mangel an Arbeit mehr herrschte, das ganze Jahr in den Städten. Neben Bauarbeitern waren besonders Holzarbeiter, Flößer, Ziegelei- und Torfarbeiter, Bergarbeiter, Eisenbahner und Lastträger gefragt. Nach der Fertigstellung wichtiger Großprojekte wuchs der Bedarf an qualifizierten Industriearbeitern sämtlicher Profile sprunghaft an.

Da die Planziffern des Wachstums der industriellen Arbeitsproduktivität nicht vollständig erreicht wurden — 1928/29 wuchs die Produktion eines Industriearbeiters um knapp 16 %, wohingegen der Plan 17 % vorgesehen hatte [25]) — versuchten zahlreiche Betriebe, diesen Mangel durch die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte zu kompensieren. Insgesamt wuchs zwischen 1928 und 1930 die Zahl der in Industrie, Bauwesen und Transportsystemen Beschäftigten um annähernd 2,3 Mio. Die beschleunigte Industrialisierung muß somit als das wichtigste Mittel zur Absorption von Arbeitslosen und Unterbeschäftigten angesehen werden.

Zahl der Arbeiter und Angestellten in der UdSSR (Jahresdurchschnitt in 1000) [26])

	1928	*1929*	*1930*
Industrie	*3 495*	*3 761*	*4 599*
Bauwesen	*723*	*923*	*1 606*
Transport	*1 365*	*1 422*	*1 658*
Zusammen	*5 583*	*6 106*	*7 863*

Ein wichtiger Bestandteil sowohl der Industrialisierungsstrategie während des Fünfjahrplans als auch der Arbeitsbeschaffungspolitik war die schrittweise Einführung des Siebenstundentages für die sowjetischen Arbeiter und Angestellten nach 1927 [27]). Mit Hilfe dieser zum zehnten Jahrestag der Oktoberrevolution beschlossenen Maßnahme, die mit einer besseren Auslastung der industriellen Grundfonds durch die Einführung einer zweiten oder dritten Schicht und des Systems der „ununterbrochenen Produktion" verbunden war, sollten mehrere 100 000 neue Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß eingegliedert werden. Bis zum 1. Januar 1931 wurde bei 58,2 % aller Arbeiter und Angestellten der Arbeitstag auf 7 Stunden reduziert. In einzelnen Branchen wurde hierdurch die Anzahl der Beschäftigten bis zu 50 % vergrößert. In den auf das neue System umgestellten Betrieben waren die Arbeitsproduktivität und das Lohnniveau höher, die Arbeits-

24) A. a. O., S. 177.
25) A. a. O., S. 184.
26) A. a. O., S. 185.
27) „Pravda" vom 16. Oktober 1927; Ju. Larin, Preimuščestva nepreryvki (Die Vorteile der ununterbrochenen Arbeitswoche), Moskau 1930; Z. Belen'kij, Semičasovoj rabočij den' (Der siebenstündige Arbeitstag), in: „Ekonomičeskoe obozrenie", 1927, Nr. 11, S. 5—13; N. Podorol'skij, Nepreryvnoe proizvodstvo v promyšlennosti SSSR (Die ununterbrochene Produktion in der Industrie der UdSSR), in: „Ekonomičeskoe obozrenie", 1929, Nr. 10, S. 13—28.

unfälle seltener und die politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Aktivitäten der Belegschaft nicht selten größer als früher.

6. *Auswirkungen der Kollektivierung*

Weitreichende Auswirkungen auf die Beschäftigungslage in den Städten hatte die Kollektivierung, deren Tempo 1929/30 alle Erwartungen und Prognosen der Partei wie der Planfachleute bei weitem übertraf [28]). Die Masse der ärmeren und mittleren Bauern, die in der Fortführung ihrer rückständigen individuellen Zwergwirtschaften keine Entwicklungsperspektive mehr sah, strömte in die Kollektivwirtschaften. Während im Juni 1927 195 000 Bauernwirtschaften in Kolchosen zusammengeschlossen waren, wuchs diese Zahl im folgenden Jahr auf 417 000, zum 1. Oktober 1929 auf 1,9 Mio. und im Frühjahr 1930 auf annähernd 6 Mio. Höfe. Die Rückwirkungen der Kollektivierung auf die Bewegung der Arbeitslosenziffer in den Städten sind im einzelnen schwer abzuschätzen [29]). Auf dem Höhepunkt der Kollektivierungsbewegung im Herbst und Winter 1929/30 zogen zahlreiche Wanderarbeiter, Arbeitslose und Industriearbeiter, die Verbindungen zum Land hatten, auf ihre Dörfer zurück, um an den stürmischen Diskussionen um die Zukunft des russischen Dorfes und die Einrichtung der neuen Großwirtschaften teilzunehmen. Auch hofften sie, in den Kolchosen, Sowjetwirtschaften und Maschinen-Traktoren-Stationen neue Arbeitsmöglichkeiten zu finden. Tatsächlich wurden bei der grundlegenden Umgestaltung des alten Dorfes — bei der Zusammenlegung und Erweiterung der Saatflächen, dem Anbau arbeitsintensiver Kulturen, den Bewässerungsarbeiten, dem Bau von Straßen, Elektrostationen, Silos, Garagen, Reparaturwerkstätten, Schulen, Lesehütten, Kliniken und Verwaltungsgebäuden — zahlreiche Fachkräfte benötigt. Um für den Ausbau der neuen Infrastruktur genügend Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben, untersagten die Kolchosvorsitzenden oftmals den Wegzug von Dorfbewohnern; sie drohten Vertretern des Volkskommissariats für Arbeit, die Mitglieder der Kollektivwirtschaften für die Arbeit in den Städten werben wollten, teilweise sogar mit Arrest. Der Rat der Volkskommissare der UdSSR kritisierte am 16. März 1930 in einem Dekret die Errichtung solcher Hindernisse gegenüber der Wanderarbeit und Abwanderung.

Der große Bedarf der Kollektivwirtschaften an qualifizierten Arbeitskräften — Traktoristen, Schlossern, Buchhaltern, Lehrern, Ärzten, Tierärzten, Agronomen — bewirkte eine starke Reduzierung der Arbeitslosigkeit in diesen Berufsgruppen. Mitte 1929 existierte bereits ein spürbarer Mangel an entsprechend ausgebildeten Kräften. Zur Unterstützung und Organisierung der Kollektivierungsbewegung wurden auf Beschluß des Zentralkomitees vom November 1929 25 000 Industriearbeiter in die Dörfer geschickt, wo sie in führenden Positionen arbeiteten (1929 bestand das Leitungspersonal der Maschinen-Traktoren-Stationen zu 75 % aus Industriearbeitern). Im Jahr 1930 folgte ein weiteres städtisches Kontingent von 180 000 Personen, deren Arbeitsplätze von Beschäftigungslosen eingenommen werden konnten. Die Rote Armee stellte aus den Reihen ihrer Demobilisierten dem Dorf 25 000 Traktor- und Lastkraftwagenfahrer sowie 50 000 qualifizierte Arbeiter zur Verfügung. In speziellen Kursen und Schulen wurden im Frühjahr 1930 etwa 500 000 Landbewohner vor allem der jüngeren Generation für technische und Verwaltungsberufe ausgebildet, die in dem neuen Dorf dringend

28) K. I. Suvorov, a. a. O., S. 207—212; L. S. Rogačevskaja, a. a. O., S. 192—212.
29) Vgl. das Ende 1930 verfaßte und von L. S. Rogačevskaja herausgegebene Gutachten der Staatlichen Plankommission über die Auswirkungen der Kollektivierung auf das Arbeitskräftepotential der Stadt in: „Archeografičeskij ežegodnik", 1967, S. 324—334.

benötigt wurden. In den „Schulen der Bauernjugend" wurden weitere Teile der Landjugend unterrichtet. Auch diese kulturellen Maßnahmen waren geeignet, die Unterbeschäftigung des Dorfes abzubauen.

Dieser Tendenz zur Absorption neuer Arbeitskräfte wirkte jedoch in immer stärkerem Umfang ein Trend zur Freisetzung zahlreicher im Agrarsektor beschäftigter Personen im Zuge der zunehmenden Mechanisierung und Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion entgegen. Im Gegensatz zu den früheren Jahren fanden die nun in die Städte abziehenden Arbeitskräfte hier jedoch unmittelbar Beschäftigung, weil eine große Nachfrage auch nach unqualifizierten Arbeitskräften herrschte. Die Abwanderung in die Industriezentren, die in immer größerem Umfang durch Verträge zwischen den staatlichen Wirtschaftsorganisationen und den Kolchosen geregelt wurde, war ein wichtiger Faktor für das Anwachsen der städtischen Einwohnerzahl von 27,6 Mio. (1928) auf 38,7 Mio. (1932) und die Vergrößerung ihres spezifischen Gewichts von 17,9 auf 23,3 % der Gesamtbevölkerung [30]).

7. *Die kulturelle Entwicklung*

Auch die verstärkten kulturellen Anstrengungen im Verlauf des Fünfjahrplans, die im Kontext der Politik der Industrialisierung und Kollektivierung stehen, hatten bedeutende Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation.

In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre hatte die Sowjetmacht zwar die Rückschläge im Bildungswesen überwinden können, die in der Anfangsphase der Neuen Ökonomischen Politik, einer Zeit größter materieller Not, eingetreten waren, und die Zahl der Schüler in den Elementar-, Mittel-, Berufs- und höheren Schulen gegenüber dem Vorkriegsstand bedeutend vergrößert [31]). Aber die Volkszählung vom Dezember 1926 hatte gezeigt, daß Rußland nach wie vor eines der kulturell am wenigsten entwickelten Länder war. Besonders auf dem Lande und in den Randgebieten hatte das Analphabetentum immer noch immense Ausmaße.

Prozentsatz der Analphabeten (1926) [32])

	Städte		*Dörfer*		*Zusammen*	
	Männer	*Frauen*	*Männer*	*Frauen*	*Männer*	*Frauen*
UdSSR	*15,6*	*22,7*	*39,2*	*70,4*	*34,7*	*63,4*
Rußland (RSFSR)	*12,6*	*29,7*	*37,3*	*69,4*	*32,6*	*62,2*
Uzbekistan	*56,8*	*76,6*	*95,2*	*99,2*	*87,0*	*94,3*
Turkmenistan	*30,0*	*74,9*	*93,5*	*98,3*	*83,8*	*92,4*

Zu Beginn des Fünfjahrplans besuchte nur etwa die Hälfte der Kinder im Alter von 8 bis 11 Jahren die Schule. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei konstatierte im Frühjahr 1928, daß sich „die Bewegung zur Liquidierung des Analphabetentums ... in einem äußerst unbefriedigenden Zustand befindet. Es ist eine Stabilisierung des Analphabetentums im Lande zu bemerken" [33]). Ein Hindernis für die Wirtschaftsentwicklung war auch das relativ geringe Qualifikationsniveau der russischen Arbeiter sowie die geringe Zahl von Spezialisten. In der industriellen Produktion betrug 1928 der Anteil der Ingenieure an der Zahl

30) Itogi vypolnenija pervogo pjatiletnego plana razvitija narodnogo chozjajstva SSSR (Die Ergebnisse der Erfüllung des ersten Fünfjahrplans der Volkswirtschaft der UdSSR), Moskau/Leningrad 1933, S. 253.
31) Itogi desjatiletija sovetskoj vlasti v cifrach, a. a. O., S. 80—96.
32) „Ekonomičeskoe obozrenie", 1928, Nr. 9, S. 154.
33) V. T. Ermakov, Istoričeskij opyt kul'turnoj revoljucii v SSSR (Die historische Erfahrung der Kulturrevolution in der UdSSR), Moskau 1968, S. 51.

der Arbeiter nur 0,52 % gegenüber 1,38 % im Deutschen Reich [34]). Die ökonomischen und politischen Ziele des Fünfjahrplans konnten nur erreicht werden, wenn die Arbeit im kulturellen Bereich intensiviert wurde.

Träger des 1928/29 eingeleiteten „Kulturfeldzugs zur Liquidierung des Analphabetentums" [35]) waren zunächst arbeitslose Lehrer, Bibliotheksarbeiter und Angehörige anderer intellektueller Berufe, die in Freiwilligenbrigaden auf das Land zogen, um hier kulturell-aufklärende Arbeit zu leisten. Sie wurden von der Gewerkschaft der Bildungsarbeiter, dem Volkskommissariat für Arbeit und der Gesellschaft „Nieder mit dem Analphabetismus" materiell unterstützt und mit Lernmaterialien ausgestattet. In besonderen Schulungen und Kursen wurden auch zahlreiche arbeitslose Angestellte als Lehrer ausgebildet. Da dieser Feldzug immer größere Dimensionen annahm, war das Kontingent arbeitsloser Bildungsarbeiter bereits Anfang 1930 erschöpft, das sich im September 1929 noch auf 26 250 Personen belaufen hatte. Während 1927/28 die Alphabetisierungskampagne 1,3 Mio. Personen umfaßte, waren es in dem folgenden Jahr 2,5 Mio. und 1930 sogar 19,6 Mio. In diesem Jahr gelang in den meisten Regionen auch der Durchbruch zur Verwirklichung der allgemeinen Schulpflicht. Die Zahl der Lehrer vergrößerte sich in den ersten beiden Jahren des Fünfjahrplans um 48 000. Der Bedarf war freilich weitaus größer. In pädagogischen Kursen konnten sämtliche Arbeitslose, die mindestens 7 Jahre zur Schule gegangen waren, sich zu Lehrern für Elementarschulen ausbilden lassen. Die pädagogischen Technika, in denen zu Beginn des Fünfjahrplans 62 500 Lehrer ihre Ausbildung erhielten, umfaßten 1930/31 annähernd 130 000 Studenten, die zu mehr als drei Viertel aus Arbeiter- und Bauernfamilien stammten. Die Qualifikation der Lehrer war Anfang der dreißiger Jahre noch sehr gering — 1934 hatten ein Drittel der Lehrer in den Städten und die Hälfte der Lehrer auf dem Lande kein spezielles Studium absolviert [36]) — und mußte in den folgenden Jahren in Fortbildungslehrgängen weiter angehoben werden.

Im Zuge des beschleunigten Ausbaus der Bildungseinrichtungen wuchs die Nachfrage nach Arbeitskräften der verschiedensten Berufe. In den ersten beiden Jahren des Fünfjahrplans wurden 14 600 neue Schulen gebaut, wodurch zahlreiche Bauarbeiter, Tischler und Architekten Arbeit fanden. Die Papierindustrie mußte ihre Produktion ausweiten. In den Druckereien mußten Millionen neuer Schul- und Lehrbücher hergestellt werden, wodurch die im polygrafischen Gewerbe besonders hartnäckige Erwerbslosigkeit behoben werden konnte. Die Nahrungsmittelindustrie hatte die Schulspeisung sicherzustellen. Die neuen Vorschuleinrichtungen, Schulen und Hochschulen benötigten ebenso wie die neuerrichteten Industriebetriebe und Kollektivwirtschaften dringend medizinisches Personal, in dessen Reihen die Arbeitslosigkeit im ersten Halbjahr 1930 endgültig verschwand. Die Zahl der Tages-, Wochen-, Betriebs- und Regionalzeitungen vervielfachte sich in der Anfangsperiode des Fünfjahrplans. Die Auflage von Büchern stieg von 270,5 Mio. (1928) auf 867,3 Mio. (1930), wobei die Auflagenentwicklung von Druckereierzeugnissen in den nichtrussischen Sprachen besonders groß war. Es mußten neue Redakteure, Journalisten, Korrektoren, Schriftsetzer ausgebildet werden. Das Bibliotheksnetz wurde weiter ausgebaut; 1930/31 fehlten bereits etwa 50 000 Bibliotheksarbeiter und Wanderbuchhändler. In den neu eingerichteten Klubs, Kulturhäusern und Erholungsheimen der Industriebetriebe und Kolchosen wurden Schauspieler, Ballettmeister, Sänger, Musikanten, bildende Künst-

[34]) Itogy vypolnenija . . ., a. a. O., S. 215.
[35]) L. S. Rogačevskaja, a. a. O., S. 213—244.
[36]) V. T. Ermakov, a. a. O., S. 53.

ler und Artisten benötigt, die vormals oft nur unter größten Schwierigkeiten Arbeit finden konnten. Der Ausbau des Radionetzes sowie der Kinoeinrichtungen benötigte qualifizierte Arbeiter, an denen es bereits 1930 empfindlich mangelte.

Das rasche industrielle Wachstum hatte innerhalb kurzer Frist im ganzen Land zu einem spürbaren Mangel an Spezialisten geführt; 1929/30 konnte die Nachfrage nach höherqualifizierten Arbeitern oft zu weniger als 50 % befriedigt werden. Der Ausbau von Hoch- und Fachschulen wurde in Angriff genommen. 1929/30 wurden 48 höhere und 64 mittlere Lehranstalten eröffnet. In dem Zeitraum zwischen 1928/29 und 1930/31 traten etwa 500 000 Studierende in höhere und mittlere Lehranstalten ein, wobei es sich zum überwiegenden Teil um Mitglieder der Familien von Arbeitern und Kollektivbauern handelte, die den Stamm der künftigen sowjetischen produktionstechnisch geschulten Intelligenz bilden sollten.

Insgesamt hat die in der folgenden Tabelle dokumentierte beschleunigte Entwicklung der verschiedenen kulturellen Bereiche zur Absorption einer großen Zahl arbeitsloser oder unterbeschäftigter Personen geführt.

Daten zur kulturellen Entwicklung während des ersten Fünfjahrplans [38])

	1927/28	*1932*
Alphabetisierungsgrad (Prozentsatz der Bevölkerung im Alter von 8 bis 50 Jahren, der lesen und schreiben konnte)	*58,4*	*90,0*
Zahl der Schüler in Elementarschulen (Mio.)	*9,87*	*18,75*
Zahl der Schüler in Mittelschulen (Mio.)	*1,41*	*4,36*
Anteil der Kinder im Alter von 8 bis 11 Jahren, die eine Schule besuchten (%)	*51,4*	*98,0*
Anteil der Kinder im Alter von 3 bis 7 Jahren, die Vorschuleinrichtungen besuchten (%)	*1,6*	*23,7*
Umfang des Schulraumes (Mio. m²)	*91,3*	*143,2*
Zahl der Spezialisten mit abgeschlossener mittlerer und höherer Bildung (in 1000)	*493,0*	*973,2*
Anteil der Spezialisten mit abgeschlossener Ausbildung an der Zahl der in der Industrie Beschäftigten (%)	*0,92*	*2,5*

8. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit im Verlauf des ersten Fünfjahrplans

Es bestand eine wechselseitige Abhängigkeit zwischen dem beschleunigten Aufbau der Industrie, der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Förderung des Bildungssystems im Rahmen des Fünfjahrplans: die Industrie hatte Produktionsmittel für das Wachstum der Gesamtwirtschaft sowie gewerbliche Konsumgüter für die städtische und ländliche Bevölkerung bereitzustellen; die auf neuen Produktionsverhältnissen basierende Agrarwirtschaft hatte in verstärktem Umfang industrielle Rohstoffe und Getreideüberschüsse für die rasch wachsenden Städte zu liefern sowie Arbeitskräfte freizusetzen; die Bildungsinstitutionen hatten qualifizierte Arbeiter für Industrie und Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen, aus deren Mehrprodukt sie unterhalten wurden. Durch das beschleunigte Wachstum aller drei Bereiche wurde in den ersten beiden Jahren des Fünfjahrplans das Problem der Arbeitslosigkeit gelöst.

[38]) Itogi vypolnenija . . ., a. a. O., S. 276 und 217.

Zu Beginn des Planjahrfünfts umfaßte das Arbeitslosenheer noch etwa 1,5 Mio., so daß fast jeder zehnte Arbeiter und Angestellte keine Beschäftigung hatte. Bis zum Frühjahr 1929 nahm die absolute Zahl der Arbeitslosen noch zu, aber dieses Wachstum war bereits weniger stark als in den vergangenen Jahren. Die Nachfrage nach Arbeitskräften überstieg bereits bei weitem das entsprechende Angebot: 1928/29 kamen auf 100 Arbeitsuchende 128 offene Stellen und im folgenden Jahr 160. Das Jahr 1929 markierte den Wendepunkt in der Bewegung der Erwerbslosenziffer, die sich im Oktober dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr um 9 % verringert hatte. Die Arbeitsämter registrierten zwar immer noch 1,2 Mio. Arbeitslose, konnten jedoch gleichzeitig den wachsenden Arbeitskräftebedarf besonders im industriellen und Bausektor bei weitem nicht befriedigen. Die Ursache dieses Widerspruches lag in der Tatsache, daß zwei Drittel aller Erwerbslosen — besonders die weiblichen, die fast 60 % der Gesamtzahl ausmachten — unqualifiziert waren; nur 16 % der Arbeitslosen waren Industriearbeiter. So mußte das Hauptgewicht auf die Umschulung und Weiterbildung gelegt werden. 1929/30 gelang es, 360 000 Erwerbslose weiterzuqualifizieren [39]).

Im Jahr 1930 ging die Zahl der registrierten Arbeitslosen kontinuierlich zurück. Im April wurden noch 1,1 Mio., im Juni 0,9 Mio. und am 1. Oktober noch insgesamt 335 000 erwerbslose Personen registriert. Aber hier handelte es sich nicht mehr um genuine Arbeitslose. Über 100 000 waren Jugendliche, die unmittelbar vor ihrer Aufnahme in die beruflichen Ausbildungsstätten standen. 85 000 der erwachsenen Arbeitslosen befanden sich im Prozeß der Weiterqualifikation. Die Zahl der Arbeitslosen, die vormals einen Beruf ausgeübt hatten, belief sich nur noch auf wenige tausend, die ebenso wie die Unqualifizierten innerhalb kürzester Frist Arbeit finden konnten, da den Vermittlungsstellen zu diesem Zeitpunkt über 1 Mio. Arbeitsangebote von Industriebetrieben vorlagen [40]). Bei anderen Registrierten handelte es sich um fluktuierende Arbeitskräfte. Die Arbeitsämter, deren Tätigkeit seit Mai 1929 durch die Mitarbeit gewählter Vertreter der Arbeitslosen gestärkt und auf eine breitere Basis gestellt worden war [41]), stellten zudem fest, daß ein nicht geringer Teil der in ihren Listen geführten Erwerbslosen aus Personen bestand, die vom Handel lebten, auf das Dorf gezogen waren oder schon längst in anderen Orten Arbeit gefunden hatten. Die Verzeichnisse der Arbeitslosen bestanden in einzelnen Städten bis zu 75 % aus solchen „toten Seelen". Aus den letzten Kontingenten der tatsächlich erwerbslosen Personen wurden Reservebrigaden gebildet, die kurzfristig anfallende Arbeiten der Großbetriebe oder -baustellen ausführten oder erkrankte Arbeiter ersetzten.

Faktisch war somit im Oktober 1930 das Problem der Arbeitslosigkeit behoben. Das Volkskommissariat für Arbeit erklärte in einem Rückblick auf das Jahr 1929/30: „Im zweiten Jahr des Fünfjahrplans ist im Zuge der stürmischen Entwicklung der Industrie und des schnellen Anwachsens der Kollektivierung die Arbeitslosigkeit beseitigt worden" [42]). Die Mittel der Sozialversicherung brauchten nun nicht mehr für die Arbeitslosenunterstützung, sondern konnten für den Wohnungsbau, die Verbesserung des Arbeitsschutzes sowie besonders die Schulung und Fortbildung der Arbeiter verwendet werden, wodurch verhindert wurde, daß nach dem Ende der Bausaison im Winter 1930/31 das Arbeitslosenproblem erneut aufbrach. Die Arbeitsämter wurden aus Institutionen zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit in Organe umgewandelt, deren Aufgabe es war, die Arbeits-

[39]) L. S. Rogačevskaja, a. a. O., S. 264.
[40]) A. a. O., S. 281.
[41]) „Izvestija Narkomtruda SSSR", 1929, Nr. 24, S. 372—373.
[42]) L. S. Rogačevskaja, a. a. O., S. 281.

kräftereserven des Dorfes zu erfassen und in die Städte zu überführen, die Arbeitskräfte zu qualifizieren und planmäßig zu verteilen sowie die relativ starke Fluktuation der neu in den industriellen Produktionsprozeß eingetretenen Personen einzudämmen.

Die Arbeitslosigkeit wurde rascher beseitigt als dies die sowjetischen Experten zu Beginn des Fünfjahrplans prognostiziert hatten. Die Autoren des Planwerkes selber hatten aufgrund der riesigen Ausmaße der agrarischen Übervölkerung für das Jahr 1932/33 noch mit mindestens 0,5 Mio. Arbeitslosen gerechnet [43]). Der Ökonom B. Spektor hatte im September 1929 die Auffassung vertreten [44]), daß gegen Ende des Planjahrfünfts sogar 2,3 Mio. Arbeitslose existieren würden, da er davon ausging, daß die Einführung neuer Technologien und die Rationalisierung der Produktionsprozesse in Industrie und Landwirtschaft analoge Resultate wie in einer Marktwirtschaft zeitigen und unvermeidlich zu einem Anwachsen der Beschäftigungslosenzahlen führen würden. Aber gerade die Weltwirtschaftskrise nach 1929/30 hatte offenbart, daß die Einführung neuer Maschinerie und die Rationalisierung der Arbeitsabläufe im Kontext einer planmäßig wachsenden, auf dem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln basierenden und an der Befriedigung von Bedürfnissen orientierten Ökonomie durchaus andere Folgen zeitigt als in kapitalistischen Wirtschaftssystemen. Hier ging infolge der wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals die Nachfrage nach Arbeitskräften zurück, wodurch eine „relative Übervölkerung" entstand und ein großer Teil der Arbeiterbevölkerung in „unbeschäftigte oder halbbeschäftigte Hände" verwandelt wurde [45]); die Arbeitslosenziffer der wichtigsten westlichen Länder stieg von 6 Mio. (1929) auf 12 Mio. (1930), weiter auf 19 Mio. (1931) und 26 Mio. (1932) [46]).

In der UdSSR war es hingegen gelungen, mit dem „Arbeitsmarkt" auch die „industrielle Reservearmee" zu beseitigen und das „Recht auf Arbeit" zu realisieren, das bereits im Dezember 1918 im Kodex der Arbeitsgesetze deklariert worden war [47]), aber in der Periode der Neuen Ökonomischen Politik aufgrund der zerrütteten Wirtschaft und des geringen Industrialisierungsgrads noch nicht hatte verwirklicht werden können. Mit der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die früher wie ein „ständiges Damoklesschwert über dem Arbeiter gehangen hatte" [48]), wurden auch deren negative politische und sozialpsychologische Auswirkungen, wie Apathie, Resignation, Konkurrenzverhalten, entscheidend reduziert. Es wäre zu untersuchen, inwieweit ein Zusammenhang besteht zwischen der Beseitigung der Erwerbslosigkeit und dem im Verlauf des Fünfjahrplans in den großen Industriezentren zu beobachtenden Produktions-Enthusiasmus im Rahmen der Kampagnen zur Steigerung der Produktivität, Qualität und Disziplin der Arbeit, zur Verringerung der Selbstkosten, weiter zur Entwicklung der Erfindertätigkeit, des sozialistischen Wettbewerbs sowie der Hilfe fortgeschrittener Produktionskollektive gegenüber weiter zurückgebliebenen. In diesen Initiativen kamen Momente eines neuen, bewußteren Verhältnisses zur Arbeit zum Vorschein [49]).

Wenn Anfang der dreißiger Jahre auch verschiedene wirtschaftliche Schwierigkeiten — wie beispielsweise die disproportionale Entwicklung zwischen der Produk-

[43]) Pjatiletnij plan narodnochozjajstvennogo stroitel'stva SSSR, Bd. II, 2, Moskau 1930, S. 179.
[44]) B. Spektor, Perspektivy bor'by s bezraboticej v SSSR (Die Perspektiven des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit in der UdSSR), in: „Ekonomičeskoe obozrenie", 1929, Nr. 9, S. 88—100.
[45]) K. Marx, Das Kapital, Erster Band, Berlin 1962, S. 662 (23. Kapitel).
[46]) Artikel „Promyšlennaja rezervnaja armija" (industrielle Reservearmee), in: „Bol'šaja Sovetskaja Enciklopedija, 1. Ausg., Bd. 47.
[47]) Sobranie uzakonenij . . ., a. a. O., 1918, Nr. 87/88, Art. 905, Abs. 10.
[48]) M. I. Kalinin, Izbrannye proizvedenija, Bd. 3, Moskau 1962, S. 269.
[49]) L. S. Rogačevskaja, a. a. O., S. 317—326; dort finden sich auch weitere Literaturhinweise zu diesem Komplex.

tionsmittel- und Konsumgüterindustrie, die relativ hohen industriellen Selbstkosten und die oftmals geringe Produktivität der Landwirtschaft — noch keineswegs als behoben angesehen werden konnten, so hatte die Sowjetmacht doch mit der endgültigen Beseitigung der Arbeitslosigkeit im ersten Fünfjahrplan eines der kompliziertesten sozialökonomischen Probleme der Übergangsperiode gelöst.

Bücher

Neue Literatur zur Entwicklung der Ost-West-Beziehungen

Von Wilfried v. Bredow

Bernard Willms, Entspannung und friedliche Koexistenz, List-Verlag, München 1974, 215 S., 12,— DM.

Halina Jaroslawska, Ökonomische Aspekte der friedlichen Koexistenz. Auswirkungen der Integrationsprozesse im Westen und Osten. Mit einem Beitrag von Johannes van den Doel und einer Einführung von Friedhelm Solms, hrsg. von Gerta Scharffenorth, Ernst Klett Verlag, Stuttgart, Kösel-Verlag, München 1974 (Studien zur Friedensforschung, Bd. 10), 189 S., 19,80 DM.

Perspektiven der Kooperation zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern, Jahrbuch III für Friedens- und Konfliktforschung, Bertelsmann-Universitätsverlag, Düsseldorf 1973, 196 S., 21,— DM.

Wolfgang v. Lingelsheim-Seibicke, Kooperation mit Unternehmen in Staatshandelsländern Osteuropas. Eine Einführung in die Praxis, Verlag Deutscher Wirtschaftsdienst, Köln 1974, 200 S., 37,50 DM.

I

„Trotz aller Bemühungen um Entspannung und trotz des Abschlusses von zahlreichen Abkommen von großer Bedeutung sind wir Zeugen eines Rüstungswettlaufs auf vielen Ebenen, dem die technologischen Entwicklungen immer neue erschreckende Dimensionen verleihen." Dieser Satz aus einer Erklärung des Staatsministers im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Karl Moersch vor dem Ersten Ausschuß der Generalversammlung der UNO vom 24. Oktober 1974 faßt die Komplexität und Widersprüchlichkeit knapp zusammen, in der sich die Ost-West-Beziehungen heute befinden. Auf der einen Seite hat sich in beiden Systemen die Einsicht durchgesetzt, daß die Verhinderung eines Krieges zwischen Ost und West allerhöchste Priorität verdient. Auf der anderen Seite verschleppen sich Beginn und Durchführung konkreter Rüstungsbeschränkungsmaßnahmen immer wieder. Die Absurdität dieser Situation ist sogar noch größer. Bei der Vorstellung des Prototyps des neuen amerikanischen Riesenbombers B 1 meinte Verteidigungsminister Schlesinger kürzlich, mit dem Vorantreiben der eigenen Rüstung wolle man ein Druckmittel in die Hand bekommen, mit dessen Hilfe die Sowjetunion bei der nächsten Phase der Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstung zu Kompromissen veranlaßt werden könne. Die Logik solchen Verhaltens, die sich auch in den jüngsten Maßnahmen der Bundesregierung zur Erhöhung der „Kampfkraft" der Bundeswehr erkennen läßt, führt, wenn man sich wirklich an sie hielte, ziemlich direkt in den Abgrund.

Indes wäre es falsch, wollte man den notwendigen Aufklärungs- und Desillusionierungsprozeß hinsichtlich der Ost-West-Ent-

spannung zu weit treiben, nämlich bis hin zu einem konzeptionslosen und die Wirklichkeit ebenfalls verkennenden Skeptizismus, der die Möglichkeiten verbaut, die positiven und weiter zu entwickelnden Elemente in den gegenwärtigen Ost-West-Beziehungen zu verstärken. Daß es solche Elemente gibt, ist unmittelbar einsehbar: man braucht nur das Klima zu vergleichen, in dem sich diese Beziehungen heute und zur Zeit des Kalten Krieges abspielen bzw. abgespielt haben. Und man braucht sich nur vor Augen zu halten, welche konkreten und schwerlich rückgängig zu machenden Schritte in Richtung auf eine Intensivierung der intersystemaren Kooperation bereits hinter uns liegen. Daß z. B. eine Konferenz wie die KSZE in Helsinki und Genf stattfinden konnte und auch, wenn auch langsam, Fortschritte macht, ist ebenso bemerkenswert und kann als Symptom gar nicht überschätzt werden wie die zahlreichen Verträge zwischen einzelnen sozialistischen und kapitalistischen Ländern.

Ein Problem hat in diesem Zusammenhang jedoch immer wieder seine Hartnäckigkeit unter Beweis gestellt: Es ist das Problem, das sich aus der Gleichzeitigkeit von Entspannung, Rüstung und beginnender Ost-West-Kooperation auf ökonomischem, wissenschaftlich-technischem und kulturellem Gebiet ergibt. Anders gesagt und als Frage formuliert: Was müßte unternommen werden, um die trotz aller Rückschläge sich nicht ungünstig entwickelnde Entspannungs- und Kooperationspolitik zwischen Ost und West so auszubauen, daß sie auch wirkliche Abrüstungspolitik wird? Eine Antwort auf diese Frage läßt sich wahrlich nicht aus dem Ärmel schütteln. Betrachtet man die vorhandene westliche Literatur zu neueren Entwicklungen in den Ost-West-Beziehungen, so fällt auf, daß sie zumeist noch gar nicht bis zu einer solch umfassenden Fragestellung vorgedrungen ist, sondern sich um Teilaspekte bemüht. In der Tat ist es ja auch schwer vorstellbar, daß auf einem Gebiet, wo die Denk- und Sehgewohnheiten noch vor gar nicht langer Zeit von den Klischees und Vorurteilen des Kalten Krieges bestimmt waren, neue Perspektiven und damit neue Denk- und Sehergebnisse sich in aller Eile durchsetzen. „Sich politisch geltend machen, heißt auch, seine Definitionen durchzusetzen" (S. 14), schreibt *Bernard Willms*. So gesehen, befinden wir uns noch immer inmitten eines Umdenkprozesses, in dem wir uns an neue Definitionen gewöhnen und sie kritisch überprüfen müssen, in dem wir die Verzerrungen überholter Definitionen erkennen und uns gegenüber denjenigen zur Wehr setzen müssen, die uns noch immer oder bereits wieder die überholten Vorstellungen des Kalten Krieges als einzig realistische Denkmuster anbieten.

II

In der Bundesrepublik ist in den letzten Jahren eine wachsende Zahl von wissenschaftlichen und journalistischen Arbeiten publiziert worden, die sich mit den neueren Entwicklungen in den Ost-West-Beziehungen auseinandersetzen und in ihrer Gesamtheit die Schwierigkeiten eines solchen Umdenkprozesses dokumentieren. Sie lassen sich in mehrere Gruppen einteilen.

1. Die erste Gruppe umfaßt Studien, die versuchen, die grundlegenden Probleme des Ost-West-Konflikts auszuklammern und sich auf konkrete Details zu konzentrieren. Ein solcher begrenzter Ansatz kann von Nutzen sein, wenn es um aktuelle Fragen der Verwirklichung bestimmter Ziele im Rahmen intersystemarer Kooperation geht, z. B. um ökonomische Zusammenarbeit. Weil dabei jedoch von den — sei es unterschiedlichen, sei es gemeinsamen — Grundinteressen der Beteiligten abgesehen und in der Regel damit unausgesprochen diese Kooperation in der Erfolgsperspektive der kapitalistischen Seite gesehen wird, müssen die Ergebnisse solcher Studien mit einigen Vorbehalten aufgenommen werden. Ein typisches Beispiel für diese Betrachtungsweise stellt das als eine Art Leitfaden für westdeutsche Unternehmer gedachte Buch von *Lingelsheim-Seibicke* dar. Erarbeitet unter maßgeblicher Beteiligung von Fachleuten aus der Ostabteilung des BDI, will es der am Osthandel interessierten Wirtschaft in der BRD die nötigen Informationen darüber vermitteln, wie man derartige Ostgeschäfte betreibt. Ohne großen ideologischen Aufwand, stattdessen nüchtern und sachbezogen sind diese Informationen zusammengestellt worden. Das Interesse, das dahinter steht, lautet schlicht: gute Geschäfte mit „dem Osten" zu machen. Das ist legitim. Über die Perspektiven, die Möglichkeiten und Grenzen einer solchen intersystemaren Kooperation hüllt sich der Autor jedoch in Schweigen oder bietet ein paar — freundliche — Leerformeln an.

2. In der zweiten Gruppe finden sich die zahlreichen Arbeiten, in denen unter Beibehaltung einer grundsätzlichen Opposition gegenüber einer Politik der friedlichen Koexistenz (aus unterschiedlichen Gründen) der Versuch gemacht wird, sich auf die neue Wirklichkeit der internationalen Beziehungen einzustellen und diese daraufhin zu analysieren, ob und wie die eigenen Zielvorstellungen unter den neuen Rahmenbedingungen durchzusetzen sind. Ihre Autoren bemühen sich auch um eine Analyse der Politik der sozialistischen Länder, als deren Inhalt sie eine raffinierte und auf die Gutgläubigkeit des Westens setzende sowjetische Expansionsstrategie zu erkennen glauben. Es besteht wenig Zweifel, daß eine wieder an die Regierungsmacht gekommene CDU/CSU sich auf solche Analysen, wie sie etwa Hans-Peter Schwarz oder Gerhard Wettig vorgelegt haben, bei der Formulierung ihrer Außenpolitik stützen würde. Indes finden manche Autoren auch bei Vertretern der jetzigen Bundesregierung Gehör.

3. Zu einer umfassenden Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen intersystemarer Entspannung und Zusammenarbeit laden demgegenüber die Schriften der dritten Gruppe ein, in denen theoretische und praktisch-politische Interessen an einer adäquaten Interpretation des gegenwärtigen und künftigen Zustands des Ost-West-Verhältnisses sich mit dem Engagement für mehr Frieden und Sicherheit (nicht nur) in Europa verbinden. Selbstverständlich ist damit keineswegs gesagt, daß die hier zusammengefaßten Autoren allesamt die gleichen Vorstellungen und Konzeptionen verfolgen. Nur wird man ihnen unterstellen dürfen, daß sie sich um eine vorurteilsbereinigte und die Positionen des Gegenüber nicht von vornherein ablehnende Sichtweise bemühen. Und auch wenn die Ergebnisse ihrer Arbeit zuweilen heftig kritisiert werden müssen, tragen sie doch insgesamt zu dem Umdenkprozeß „von der Konfrontation zur Kooperation" mit bei.

III

Fast die gesamte Spannweite der aktuellen Diskussionen über die Ost-West-Beziehungen unter der Prämisse der grundsätzlichen Befürwortung ihres Ausbaus findet sich im III. Jahrbuch für Friedens- und Konflikt-

Demokratische Erziehung

Berichte und Kommentare zu: Internationales Berufsverbote-Hearing/Aktionen gegen die Sparprogramme im Bildungswesen/Schulkampf in Hamburg/ Kooperation von DGB und Universitäten/Gesamtschulkongreß/ Weltlehrerkonferenz

Zum Thema
Politische Bildung

Karin Priester, „Struktur" und „Konflikt" als Grundkategorien in der politischen Bildung
Horst-Dieter Strüning, Zu den Politik-Richtlinien in NRW

Harald Werner, Das Prinzip des exemplarischen Lernens bei Oskar Negt
Dieter Brühl/Heidi Knake, Familie und politisches System
Wolfgang Beutin, Zur Behandlung des Bauernkriegs im Unterricht
Wolfgang Christian, Fortschrittliche Unterrichtsziele trotz politischer Disziplinierung
Literaturverzeichnis und *Rezensionen*
Weitere Aufsätze:
Barbara Degen, Nadelöhr Zweiter Bildungsweg
Dorlies Pollmann, Die Alphabetisierungskampagne in Portugal
Frigga Haug u. a., Automation führt zur Höherqualifikation
Spartak Tschernik/Antonina Fotejewa, Zum sowjetischen Rahmengesetz über die Volksbildung

Dokumente:

Bericht der französischen Gymnasiallehrergewerkschaft (SNESUP) und des Amsterdamer Berufsverbote-Komitees über ihre Aktivitäten im Kampf gegen die Berufsverbote in der BRD.
Die wichtigsten schul- und bildungspolitischen Beschlüsse vom 10. DGB-Kongreß (Mai 75).

1. Jahrgang, Heft 4/75, Juni 1975

Einzelpreis 5,– DM,
im Abonnement pro Heft 3,50 DM
(Studentenabonnement 3,– DM)

forschung. Die von der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung (AFK), einer Art Standesorganisation der Friedensforscher in der BRD, veranstalteten Jahrestagungen gaben in den letzten Jahren zumeist ein recht eindrucksvolles Bild vom Stand und der Entwicklung der Friedensforschung. Die im Herbst 1972 stattgefundene Tagung stand unter dem Generalthema „Perspektiven der Kooperation zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern". Besondere Beachtung verdient der Sammelband mit den überarbeiteten Referaten dieser Tagung einmal deswegen, weil es gelungen ist, das unter drei Aspekten angegangene Globalthema von kompetenten Fachleuten aus West- und Osteuropa beleuchten zu lassen. Zum sicherheitspolitischen Aspekt referieren S. Doernberg und H. Roede aus der DDR sowie E. Krippendorff. Der politisch-ökonomische Aspekt wird thematisiert in Beiträgen von A. Towpik (Polen), D. Senghaas, U. Albrecht, V. Rittberger, P. Knirsch, H.-D. Jacobsen und L. Brock. Zu den „weltpolitischen Implikationen" der Ost-West-Kooperation liegen Referate von Leo Mates (Jugoslawien) und E. Jahn vor.

Zwar stellt das Insgesamt dieser Beiträge des Jahrbuchs in erster Linie der wissenschaftlichen Diskussion Informationen und Anregungen zur Verfügung, und das heißt der Diskussion unter Spezialisten. Jedoch können sie auch darüber hinauswirken: die interessierte Öffentlichkeit bleibt nicht ratlos vor babylonischen Sprachtürmen stehen; ganz entgegen dem Image, das sie tragen, haben die Friedensforscher sich hier um Verständlichkeit bemüht.

Auch die in den „Studien zur Friedensforschung", herausgegeben von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg, veröffentlichten Arbeiten wollen eine Brücke zwischen Wissenschaft und politischer Praxis bauen helfen. Der hier anzuzeigende Band „Ökonomische Aspekte der friedlichen Koexistenz" ist jedoch nicht nur in dieser Beziehung problematisch. Das beginnt bereits mit Äußerlichkeiten: der Beitrag, dem das Buch seinen Titel verdankt, macht nur etwas mehr als die Hälfte davon aus. Die beiden anderen, teils kürzeren (Solms), teils längeren (van den Doel) Aufsätze beschäftigen sich mit der Konvergenztheorie. Außerdem täuscht der Buchtitel einen Problem-Umfang vor, der im Inneren drastisch reduziert wird. Frau Jaroslawska hat nämlich, worauf der Untertitel ihrer Studie — „Literaturbericht und Problemstudien" — bereits vorsichtig hinweist, eine sehr viel bescheidenere Absicht: sie berichtet über die polnische Literatur über die Integrationsprozesse in der EG und im RGW. Die unterschiedlichen Integrationsmechanismen in unterschiedlichen ökonomischen Systemen, wie polnische Wissenschaftler sie sehen, werden getreulich referiert. Mit friedlicher Koexistenz hat das jedoch nur indirekt etwas zu tun. Die wenigen Verweise der Autorin auf die friedliche Koexistenz erscheinen denn auch aufgesetzt und bringen keinerlei neue Einsichten (vgl. etwa den trivialen Schlußabsatz).

Der Einleitungsaufsatz von F. Solms unter dem Titel „Koexistenz oder Konvergenz" versucht eine äußerst komprimierte Darstellung der beiden mit diesen Begriffen gemeinten Konzeptionen. Dabei gelingen ihm einige bemerkenswerte Formulierungen über das Konzept der friedlichen Koexistenz und den Widerstand dagegen im Westen, der vielfach von Unkenntnis herrührt. Das Dilemma beginnt jedoch bei der Gegenüberstellung: es gibt nämlich eine Vielzahl unterschiedlicher Konvergenz-Hypothesen, die z. T. auf einander widersprechenden Prämissen aufbauen. Auch J. van den Doel möchte die Diskussion über die Konvergenz-Hypothesen neu aufnehmen. Seine Studie will die Tinbergenschen Gedanken über die Konvergenz von Ost und West infolge des Drucks, der sich aus den Verwaltungsstrukturen in beiden Systemen ergibt, mit empirisch-analytischen Methoden überprüfen. Der Autor plädiert für eine sich aus der Sache ergebende „partielle Konvergenz". Wie er dazu kommt, soll an einem kleinen Beispiel demonstriert werden. So stellt er fest, der von Marxisten häufig betonte Gegensatz zwischen den Produktionsmotiven „Gewinn" und „Bedürfnis" erfasse eigentlich gar nicht die wirkliche ökonomische Zielsetzung. „Denn diese zwei ‚Produktionsmotive' bilden nicht notwendig einen Gegensatz, solange der Unternehmer den höchsten Gewinn dadurch erzielen kann, daß er das produziert, wonach die Nachfrage am größten ist" (S. 143). So einfach ist das. Wegen der entgegen dem Titel-Versprechen stark verengten Fragestellung des Hauptbeitrags und der für die Konvergenz-Diskussion

auch kaum aktuellen Nebenbeiträge erscheint dieser zehnte Band der „Studien zur Friedensforschung" recht unergiebig.

Eingehende Aufmerksamkeit gebührt demgegenüber der jüngsten Studie des Bochumer Politikwissenschaftlers Bernard Willms. Der Autor, der sich früher mit einer Reihe von Publikationen zur politischen Ideengeschichte ausgewiesen hat und der seinem Selbstverständnis gemäß als ein konservativer Dialektiker eingestuft werden möchte, will in diesem Buch nicht weniger leisten als eine die jeweiligen Eigen- und Fremdbilder der Systeme in Ost und West übersteigende Einordnung der gegenwärtigen Ost-West-Entwicklung in ein umfassendes Bild von der gesamten Welt-Entwicklung. Weder kann ich mit der etwas schillernden Selbsteinschätzung von Willms viel anfangen, noch halte ich die Absicht seines Unternehmens für realistisch; und schließlich sind in meinen Augen auch viele seiner Zwischenergebnisse und sein Endergebnis falsch. Dennoch gehört Willms' Buch zu den wichtigen Neuerscheinungen auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung der Ost-West-Beziehungen. Hier wird nämlich von einem „bürgerlichen" Autor die Frage nach dem Zusammenhang von Entspannung und Kooperation, von militärischen und ökonomischen Aspekten der Ost-West-Beziehungen direkt in den Blick genommen. Die kritische, mitunter sicher auch vehemente Auseinandersetzung mit den Thesen von Willms lohnt vor allem auch deshalb, weil er sich von einem ganz anderen Standpunkt als z. B. die „kritischen Friedensforscher" (gegen die Willms nun allerdings die Polemik kräftig übertreibt) Einsichten nähert und sie formuliert, die üblicherweise in der Diskussion unter „Realisten" verdrängt werden. „Die weltpolitische Entspannung beruht auf der Entwickeltheit einer Situation, die Krieg in einem Maße ungeeignet, überflüssig und sinnlos gemacht hat, daß ihre Räson zur friedlichen Koexistenz zwingt ..." (S. 33). Weder hängt Willms den Romantizismen derjenigen an, die den Ost-West-Konflikt für imgrunde marginal halten und die gegenwärtige Weltpolitik vor allem als Nord-Süd-Konflikt begreifen, noch hält er im geringsten etwas von Strategien, die auf Konvergenz-Hypothesen beruhen (S. 37 f.). Die Schlußfolgerungen, die er daraus zieht, fordern jedoch Widerspruch heraus. Für Willms dürfen die Ebenen der Entspannung und intersystemaren Kooperation einerseits und der militärischen Rüstung andererseits nicht zusammengebracht werden. Stabilität der Entspannungspolitik basiert für ihn auf dem Abschreckungsmechanismus. Die Logik der Abschreckung schließt aus, daß die Waffen, die permanent verbessert werden, auch einmal benutzt werden. Gegenüber vielem anderen in diesem Kapitel ist dies Vertrauen auf die Logik der internationalen Beziehungen durchaus konventionell. Die inner-gesellschaftliche Dimension bleibt aus der Betrachtung ausgeschlossen, die dort wirkenden Impulse in Richtung auf weitere Aufrüstung werden der außenpolitischen Logik schlicht unterstellt. Es ist aber die Frage, ob ein solcher Primat der Außenpolitik, wenn ihn der Wissenschaftler nur proklamiert, die sich aus ökonomischen und anderen Zwängen ergebende innenpolitische „Unlogik" zu dominieren weiß.

Das zweite Kapitel bringt eine intelligente, sich bezüglich allgemein-geschichtlicher Entwicklungen betont agnostisch gebende Auseinandersetzung mit der marxistisch-leninistischen Theorie der friedlichen Koexistenz. Von den so Attackierten wird eine deftige Replik gewiß nicht lange ausbleiben. Wichtig zuletzt das Resumee aus den ersten beiden Kapiteln: „Zusammenfassend läßt sich sagen, daß, wenn Entspannung ein reales politisches Handlungskonzept hergeben soll, Entspannungspolitik sich täuschungs- und enttäuschungsfest nur richtig verstehen kann, wenn sie die Zwänge und Notwendigkeiten des Koexistenzkonzepts der anderen Seite in ihre Orientierung miteinbezieht. Sicherheit in der Politik kann nur über den Umweg über den anderen, den Gegner, den Partner erreicht werden" (S. 148 f.).

Der dritte Teil von Willms' Studie ist am wenigsten interessant. Zur Vorgeschichte der KSZE — hier gedacht als Betrachtung eines konkreten Beispiels von Entspannungs- und Koexistenzpolitik — gibt es bereits zahlreiche Veröffentlichungen, so daß dieser Teil bald zu einer müden Zitaten-Collage wird.

Dies ändert jedoch nichts daran, daß die vorliegende Arbeit von Willms einen neuen Abschnitt der bundesrepublikanischen Rezeption und Reflexion der friedlichen Ko-

existenz eingeleitet hat. Bei aller Widersprüchlichkeit, die durch die pointierende Sprache des Autors noch deutlicher wird, und trotz infrage zu stellender Ergebnisse seiner Arbeit: die Diskussion ist dadurch ein Stück vorangekommen.

Für die weitere Entwicklung der Ost-West-Beziehungen ist zu hoffen, daß die Phase der Stagnation bald überwunden sein wird und erfolgreiche Verhandlungsergebnisse in Genf und Wien nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die Wissenschaft kann längerfristig zu einer Stabilisierung der Ost-West-Kooperation beitragen, wenn sie die unterschiedlichen Konzeptionen analysiert und auf ihr friedensförderndes Potential hin untersucht, wenn sie Mißverständnisse zwischen den Systemen reduziert und die bestehenden Unterschiede auf ihren Kern zurückführt. Eine der wichtigsten Aufgaben wird es darüberhinaus sein, Wege und Möglichkeiten zu entdecken, Entspannung zwischen Ost und West für Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsmaßnahmen fruchtbar werden zu lassen. Trotz der Vielzahl der Publikationen zu diesem Thema: hier liegt noch immer ein weites, kaum bearbeitetes Feld.

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Ökonomie

Rolf Wagenführ, Wirtschafts- und Sozialstatistik — gezeigt am Beispiel der BRD. Bd. 1: Produktionsweise und güterwirtschaftliche Reproduktion, 584 S., Bd. 2: Einkommen und finanzielle Ströme. Der Gesamtprozeß und seine Effizienz, 474 S., Rudolf Haufe Verlag, Freiburg i. Br. 1970—1973, 112,— DM. — Diese zweibändige Arbeit ist das meistgelobte und wirklich auch außerordentlich brauchbare Lehrbuch zur Einführung in die Wirtschafts- und Sozialstatistik in der BRD. Man kann es auch als Nachschlagewerk benutzen, denn es ist materialreich und zuverlässig.

Kurt Steinhaus, Streiks in der Bundesrepublik 1966—1974. Eine Untersuchung des Instituts für marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1975, 180 S., 8,— DM. — Schilderung und Analyse der Streiks seit 1966 auf der Grundlage der Dokumentationen und Untersuchungen des IMSF.

James O'Connor, Die Finanzkrise des Staates, Suhrkamp Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1974 (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, Bd. 83), 395 S., 12,— DM. — Der amerikanische Autor hat mit diesem Buch einen vielbeachteten Beitrag zur Diskussion über die Funktionen des Staates im gegenwärtigen Kapitalismus vorgelegt. Eine seiner Grundthesen lautet, daß die Akkumulation sozialen Kapitals und der sozialen Unkosten ein widersprüchlicher Prozeß ist, der wirtschaftliche, soziale und politische Krisentendenzen hervorbringt.

Eugen Varga, Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, hrsg. u. erl. v. E. Altvater, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1974, 437 S., 15,— DM. — Preiswerte Neuauflage der Ausgabe von 1969.

Samir Amin, Die ungleiche Entwicklung. Essay über die Gesellschaftsformationen des peripheren Kapitalismus, Verlag Hoffmann & Campe, Hamburg 1975, 307 S., 39,50 DM. — Unter bewußtem Verzicht auf Belege und Literaturhinweise, insofern also wirklich ein wenn auch sehr ausführlicher „Essay", versucht diese Arbeit, das Problem der Unterentwicklung und ihrer Überwindung aus der Perspektive der „Dritten Welt" zu beleuchten. Das Ergebnis ist ein origineller und anregender, aber auch oft zum Widerspruch provozierender Text.

Peter Hess u. a., Grundlagen und Formen der Herrschaft des Finanzkapitals, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1974, 144 S., 6,50 DM. — Das Autorenkollektiv aus der DDR hat sich in der Hauptsache mit der Rolle des Bankkapitals auf nationaler und internationaler Ebene auseinandergesetzt.

Joachim Hirsch, Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals. Projekt Wissenschaftsplanung 2, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1974 (Edition Suhrkamp, Bd. 704), 388 S., 10,— DM.

Soziologie

Klaus R. Allerbeck, Soziologie radikaler Studentenbewegungen. Eine vergleichende Untersuchung in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten, R. Oldenbourg Verlag, München und Wien 1973, 272 S., 36,— DM. — Der Autor versucht eine Analyse der Studentenbewegung mit den Kategorien der bürgerlichen Soziologie. Das Buch enthält manche informativen Daten, bleibt aber in der Bestimmung der Ursachen und der politischen Bedeutung der Studentenbewegung unzureichend.

Karl-Dieter Opp, Soziologie der Wirtschaftskriminalität, C. H. Beck Verlag, München 1975 (Beck'sche Schwarze Reihe, Bd. 122), 217 S., 16,80 DM.

René König (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, 3. umgearbeitete und erweiterte Auflage, Bd. 1: Geschichte und Grundprobleme der empirischen Sozialforschung, 251 S., Bde. 2, 3a und 3b: Grundlegende Methoden und Techniken der empirischen Sozialforschung, zus. 940 S., Bd. 4: Komplexe Forschungsansätze, 492 S., F. Enke Verlag, Stuttgart 1974, zus. 73,— DM.

Gerd Abel, Wissenschaftssprache und Gesellschaft. Zur Kritik der Sozialwissenschaften, Westdeutscher Verlag, Opladen 1975 (Studien zur Sozialwissenschaft, Bd. 28), 119 S., 26,— DM.

Wirtschaftsinformation

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

Investitionen und „Privatinitiative"

Am 30. Juni 1975 ist die Geltungsdauer des Gesetzes über die Investitionszulage im Rahmen des Konjunkturprogramms der Bundesregierung abgelaufen. Durch dieses Gesetz erhielten alle gewerblichen Unternehmen und alle Angehörigen der freien Berufe eine Investitionszulage in Höhe von 7,5 % der Anschaffungssumme. Begünstigt waren alle Investitionen ab einem Wert von 800 DM, die während der Geltungsdauer des Gesetzes vom 1. 12. 1974 bis zum 30. 6. 1975 in Auftrag gegeben worden waren und bis zum 1. Juli 1976 geliefert bzw. fertiggestellt sind. Bei Gebäuden läuft die Frist für die Fertigstellung bis zum 1. 7. 1977.

Dieses Gesetz ist das Kernstück des Regierungsprogramms „Stabilitätsgerechter Aufschwung" vom 12. 12. 1974. Nach regierungsoffiziellen Schätzungen wird es etwa 8 Mrd. DM kosten. Auffallend ist besonders, daß im Gegensatz zu den konjunkturbelebenden Maßnahmen in der Krise 1966/67 weniger Wert auf besondere Ausgabenprogramme der öffentlichen Hand gelegt wird. 1967 waren in zwei „Konjunkturprogrammen" zusammen 7,8 Mrd. DM in Form öffentlicher Aufträge — vor allem im Bausektor — verausgabt worden.

Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung erwartet gegenwärtig mehr von der „Privatinitiative" der Unternehmen, die sie durch die Prämie und einige andere Vergünstigungen anzuregen hofft.

Wenn auch noch keine endgültigen statistischen Informationen über die Auswirkungen der Prämie vorliegen — die zuständigen Finanzministerien haben keine laufenden Erhebungen zum Zwecke der Erfolgskontrolle gemacht — so reichen doch die vorliegenden Informationen für eine vorläufige Bewertung aus.

Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung mußte in seinem jüngsten Investitionstest feststellen, daß die Investitionspläne der Unternehmen in der Laufzeit der Prämie weiter nach unten korrigiert worden sind. Zweimal jährlich werden durch das Institut Industrieunternehmen auf ihre Pläne hin befragt. An der Haupterhebung im März/April 1975 beteiligten sich 4300 Unternehmen, auf die etwa 60 % der industriellen Investitionen entfallen.

39 % der befragten Unternehmen wollen 1975 ihre (nominalen) Investitionsausgaben erhöhen während 37 % Kürzungen vorhaben. Der Saldo von + 2 zeigt, daß sich die Tendenzen der Investitionstätigkeit nominal etwa ausgleichen. Dagegen überwog bei der Befragung im Herbst 1974 noch deutlich die Tendenz zur Investitionsausweitung mit einem Saldo von + 9. Insgesamt kann angenommen werden, daß die Unternehmen 1975 real 6 % weniger investieren werden, so daß der Rückgang sich gegenüber 1974 kaum verlangsamen wird.

Reale Investitionen der verarbeitenden Industrie in Preisen von 1962

	1965	*1966*	*1967*	*1968*	*1969*	*1970*	*1971*	*1972*	*1973*	*1974*	*1975 *)*
Brutto-Anlage-investitionen in Mrd. DM	*21,2*	*20,7*	*18,5*	*18,1*	*24,0*	*27,9*	*27,2*	*24,6*	*23,7*	*21,8*	*20,4*
Veränderung geg. Vorjahr in %	—	*—2,4*	*—10,6*	*—2,2*	*+32,6*	*+16,3*	*—2,5*	*—9,5*	*—3,7*	*—8,0*	*—6,4*

*) Geplant.
Quelle: „Ifo-Schnelldienst", Nr. 17/1975 vom 12. 6. 1975; eigene Berechnungen.

Diese Entwicklung war zu erwarten. Denn die großen Konzerne stellen ihre Investitionspläne langfristig auf. Die kleinen Betriebe und der Mittelstand aber sind trotz Investitionsprämie finanziell nicht in der Lage, ihre Anlagen zu erweitern. Dr. Kuhn, Finanzchef der Thyssen AG, beschreibt die Auswirkung der Prämie so: „Die Investitionszulage habe im übrigen keinen Einfluß auf die Planungen gehabt, die bereits vor Bekanntwerden der Regierungspläne genehmigt waren. Allerdings habe man mit der Erteilung der Aufträge dann gewartet, bis die Bonner Beschlüsse in Kraft traten." (Zit. nach: „Handelsblatt" v. 28. 4. 1975)

Ausschlaggebend für die negative Investitionsentwicklung ist die rückläufige Gesamtnachfrage, die in Verbindung mit dem sinkenden Auslastungsgrad der vorhandenen Kapazitäten eine Expansion verbietet.

Dieser Zusammenhang zeigt sich auch an der Struktur der Investitionen, gegliedert nach Produktionsschwerpunkten.

Brutto-Anlageinvestitionen zu jeweiligen Preisen (in Mrd. DM)

	1973	*1974*	*Veränderung in %*
Verarbeitende Industrie	*34,1*	*33,5*	*— 1,6*
darunter:			
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	*12,8*	*12,6*	*— 1,5*
Investitionsgüterindustrie	*12,2*	*12,7*	*+ 4,2*
Verbrauchsgüterindustrie	*5,6*	*4,9*	*—12,0*

Quelle: „Ifo-Schnelldienst", Nr. 17 v. 12. 6. 1975.

Die Investitionsentwicklung war in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien 1974 noch durch die hohe Auslandsnachfrage stabilisiert worden, die inzwischen rapide zurückgegangen ist. Die Weltmarktentwicklung läßt in absehbarer Zeit keine erneute Belebung des Auslandsabsatzes erwarten, so daß die überproportional auf den Export orientierten Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien in der nächsten Zeit einen tiefen Umstrukturierungsprozeß durchmachen dürften.

Dagegen hat sich in den Verbrauchsgüterindustrien 1974 die unzulängliche Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten in einem drastischen Investitionsrückgang ausgewirkt. Da die

Investitionen der Konsumgüter produzierenden Branchen die Absatzchancen für Grundstoffe und Investitionsgüter maßgeblich beeinflussen, mußte sich dieser Absatzrückgang früher oder später auch in den Investitionsplänen der Schwerindustrie niederschlagen. Der Export hat die entstandenen Disproportionen in der industriellen Struktur lediglich eine zeitlang überdeckt.

Auch die Zielsetzung der Investitionstätigkeit hat sich in den letzten Jahren stark verschoben.

Hauptziele der Investitionen der verarbeitenden Industrie in %

	1972	*1973*	*1974*	*1975 *)*
Kapazitätserweiterung	*39*	*41*	*34*	*28*
Rationalisierung	*43*	*42*	*45*	*46*
Ersatzbeschaffung	*18*	*17*	*21*	*26*

*) Planungen.
Quelle: „Ifo-Schnelldienst", Nr. 17 v. 12. 6. 1975.

Der Anteil der Ersatzbeschaffungen ist der höchste seit der Einführung des Ifo-Konjunkturtests im Jahre 1955. Dabei dient ein steigender Teil der Investitionen der Einführung völlig neuer Produktionsmethoden. Die Umfrage ergab bei den befragten Unternehmen, daß die Rationalisierungsinvestitionen ganz überwiegend den Personalbereich zum Ziel haben. Fast drei Viertel aller Investitionen, als deren Hauptziel die Rationalisierung der Produktion angegeben worden war, sollen nach Auskunft der Unternehmer der „Eindämmung der Lohn- und Gehaltskosten" dienen. Nun ist die Absicht bei der Formulierung der Frage unverkennbar. Sie soll verschleiern, daß es um den Abbau von Personal geht und gleichzeitig vortäuschen, als sei die Höhe der Löhne und Gehälter, also die ohnehin mehr als bescheidenen Tarifabschlüsse dafür verantwortlich. Tatsächlich aber ist 1974 der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz der Industrie, also der „Lohnkostenanteil" von 24,9 auf 24,2 % gesunken. Für 1975 ist mit einem weiteren Absinken der so definierten „Lohnkosten" zu rechnen, so daß der angestrebte Personalabbau sicher keine Reaktion auf zu hohe Tarifabschlüsse ist.

Der Anteil der Investitionen mit dem Ziel der Kapazitätserweiterung ist wiederum bei den Verbrauchsgüterindustrien besonders niedrig. Das gilt jedoch erst seit 1974, denn in den vorangegangenen Jahren lag hier der Anteil der Erweiterungsinvestitionen im Durchschnitt der gesamten Industrie.

*Zielsetzung der Investitionen nach Industriegruppen 1975 in % *)*

	Kapazitäts-erweiterung	*Rationali-sierung*	*Ersatzbe-schaffung*
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	*31*	*41*	*28*
Investionsgüterindustrie	*27*	*49*	*24*
Verbrauchsgüterindustrie	*21*	*60*	*19*

*) Planungen.
Quelle: „Ifo-Schnelldienst", Nr. 17 v. 12. 6. 1975.

Es kann allerdings angenommen werden, daß vor allem in den Grundstoffe und den Investitionsgüter produzierenden Bereichen die Erweiterungspläne noch nach unten revidiert werden, da sich der Einbruch der Auslandsnachfrage in den Monaten nach der Umfrage des Ifo-Instituts weiter verschärft hat.

Infolge der nachlassenden industriellen Investitionstätigkeit verringert sich auch der gesamtwirtschaftliche Wachstumsspielraum für die nächsten Jahre.

Veränderung der Produktionskapazitäten der verarbeitenden Industrie in %

1970	*1971*	*1972*	*1973*	*1974*	*1975 *)*
+8	*+6*	*+6*	*+5*	*+4*	*+3*

*) Geplant.
Quelle: „Ifo-Schnelldienst", Nr. 17 v. 12. 6. 1975.

Der Zuwachs der Industriekapazitäten stellt den Kernprozeß des wirtschaftlichen Wachstums dar. Obwohl auch hier die Verbrauchsgüterindustrien besonders niedrige Zuwachsraten einplanen, verlangsamen auch ausgesprochene „Wachstumsindustrien" wie die elektrotechnische Industrie ihren Potentialzuwachs. Nach den Auskünften der befragten Unternehmen soll das Produktionspotential hier nur noch um 3 bis 3,5 % zunehmen.

Diese Entwicklung signalisiert für die nächsten Jahre eine allgemeine Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums. Diese Tatsache und die verschärfte Rationalisierung mit dem Ziel des Personalabbaus ist ein deutlicher Hinweis auf wirtschaftliche Tendenzen nach der Krise. Insbesondere auf dem Arbeitsmarkt dürfte auch ein konjunktureller Aufschwung die Situation nicht grundlegend ändern.

Die Diskontinuität der privaten Investitionstätigkeit — zwischen 1968 und 1970 nahm sie real um 55 % zu, zwischen 1971 und 1975 wieder um 25 % ab — ist eine wichtige Grundlage für konjunkturelle Schwankungen, für wirtschaftliche Instabilität und Verschwendung. Dagegen verlangt die Komplexität der gesellschaftlichen Produktion eine kontinuierliche Entwicklung des industriellen Kapazitätsausbaus, der von kurzfristigen Nachfrageschwankungen und Profiterwartungen unabhängig sein muß. So ist Finanzminister Apel durchaus zuzustimmen wenn er formuliert: „Die Investitionen entscheiden über unsere wirtschaftliche Zukunft, und insofern berührt die Frage nach der wünschenswerten Gestaltung des Investitionsprozesses die Grundsatzprobleme unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung."

Gerade die Entwicklung der letzten Jahre, die ja zusätzlich durch eine intensive Nutzung der staatlichen Regulierungsinstrumente gekennzeichnet war, zeigt, daß die von Apel trotz der oben zitierten Erkenntnis verteidigte „unternehmerische Investitionsfreiheit" („Frankfurter Rundschau" v. 7. 6. 1975) nicht geeignet ist, die notwendige Kontinuität der Entwicklung zu gewährleisten. Zweifellos ist ein wichtiger Aspekt der gegenwärtigen Krise die extreme Schwankungsbreite der industriellen Investitionstätigkeit. Diese stetiger zu gestalten berührt sicher „Grundsatzprobleme unserer Wirtschaftsordnung". Das aber wird nur dann zu erreichen sein, wenn derart in wirklichem Sinne „öffentliche" Fragen — d. h. Fragen, von denen die Existenz der Masse der Bevölkerung abhängt — auch öffentlich, demokratisch entschieden werden. Dazu aber muß das Monopol der privaten Entscheidungskompetenz über die industriellen Investitionen aufgehoben werden.

Jörg Goldberg

Aus dem Alltag der Marktwirtschaft

Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie

Am 10. und 11. Juni hielt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in München seine 26. Jahresmitgliederversammlung ab, auf der zugleich der „Jahresbericht 74/75" vorgelegt wurde. Im Jahresbericht wie auf der Jahrestagung greift der BDI vor allem die Steuer- und Sozialpolitik der Bundesregierung sowie die Lohnpolitik der Gewerkschaften an und behauptet, sie seien für die gegenwärtige Wirtschaftskrise hauptverantwortlich. Der Präsident des Verbandes, Hans-Günter Sohl, bekräftigte diese Stoßrichtung auf der Abschlußkundgebung der Tagung, indem er behauptete:

„Die Defizite in den öffentlichen Haushalten wären nur halb so hoch, wenn eine den Unternehmen gegenüber freundlichere Steuerpolitik getrieben worden wäre. Und außerhalb hätten wir nur halb so viele Arbeitslose, wenn wir eine vernünftigere Lohnpolitik gehabt hätten" („Süddeutsche Zeitung" [SZ] v. 12. Juni 1975, S. 17).

„Nach Ansicht des BDI hängt die Wende zum Besseren zur Zeit vor allem von den Selbstheilungskräften der Wirtschaft und der Märkte ab. Um sie zu aktivieren, müßten Rahmenbedingungen geschaffen werden, die das Investitionsklima fundamen-

tal verbesserten und neues Vertrauen in die Zukunft gründeten. Politische Rücksichtnahme auf wirtschaftliche Bedingungen sowie die enge Kooperation aller Gruppen mit dem Staat sei dringender denn je. Der BDI vermißt vor allem einen „Konsens über eine langfristige Verteilungsvorstellung". Es drohe die Gefahr, daß ohne ein solches Konzept der mühsam erkämpfte Spielraum einer neuen Wachstumsphase wiederum zur weiteren ‚Füllung der sozialen Gießkanne' beansprucht werde. Die rapide wachsenden Finanzierungsdefizite des Staates zwängen dazu, die ‚Sozialpolitik auf einen neuen Kurs zu bringen'. Die Aufgabe der Zukunft heiße: ‚Konsolidierung des Systems der sozialen Sicherung und Ermutigung zur weiteren individuellen Vorsorge'. Das aber bedeute zugleich: weg von immer neuen Belastungen, die von den Beschäftigten und den Unternehmen zu finanzieren sind. Der BDI hält es für höchst gefährlich, angesichts der Stagnation so zu tun, als ob jährlich 10 % oder noch mehr Zuwachs zu verteilen wären. Ein Zuwachs von nur 1 % für 1975 sei für das Bruttosozialprodukt bereits jetzt eine höchst optimistische Prognose. Um ein künftiges reales Wachstum von 3 % zu sichern, müßten die Unternehmen zum Investieren gebracht werden. Das aber setze voraus, sie von fortdauernder Überbelastung zu befreien. Ebenso wie der Sachverständigenrat fordert der BDI deshalb ‚mehr Verständnis für die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Unternehmensgewinne zu schaffen' (SZ v. 6. Juni 1975, S. 25).

Der BDI ist einer der mächtigsten Interessenverbände der westdeutschen Privatwirtschaft. Er bildet zusammen mit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), dem Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) und dem Bundesverband Deutscher Banken die Führungsgruppe des „Gemeinschaftsausschuß der deutschen gewerblichen Wirtschaft", des höchsten Koordinierungsgremiums der westdeutschen Unternehmen, in dem insgesamt 14 Spitzenverbände zusammengeschlossen sind.

Der BDI wurde am 19. Oktober 1949 als Spitzenverband der deutschen Wirtschaftsverbände und als Nachfolgeorganisation des früheren „Reichsverbandes der deutschen Industrie" gegründet; sein Zweck war und ist die „geschlossene, möglichst alle Wirtschaftszweige umfassende schlagkräftige Vertretung der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Interessen der industriellen Unternehmer" (Hermann Reusch, Haniel-Konzern, zit. nach „IPW-Berichte", 11/1973, S. 67). Im BDI sind 39 Spitzenverbände jeweils einer gesamten Industriegruppe zusammengeschlossen; der Umfang des Stimmrechts der einzelnen Industrieverbände richtet sich nach der Zahl der bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmer, so daß die großen Konzerne von vornherein einen dominierenden Einfluß auf die Politik des Verbandes ausüben.

Präsident des BDI ist Hans-Günter Sohl, 69 Jahre alt. Sohl „trat 1933 in das Rohstoffdezernat von Krupp ein und übernahm 1935 die Leitung dieser für die Kriegsrüstung bedeutsamen Einrichtung. 1941 wurde er Vorstandsmitglied, 1943 stellvertretender Vorstandsvorsitzender des großen Rüstungskonzerns Vereinigte Stahlwerke. 1942 übernahm er als faschistischer Wehrwirtschaftsführer die Geschäftsführung der ‚Reichsvereinigung Eisen'. ...

Nach Kriegsende wurde Sohl von den Westalliierten für eineinhalb Jahre interniert. Dann betrieb er unter Ausnutzung der langjährigen Verbindungen zum amerikanischen Monopolkapital als „Liquidator" der Vereinigten Stahlwerke systematisch die Restauration des Thyssen-Konzerns. 1953 wurde er Vorsitzender des Vorstandes der als Nachfolgegesellschaft der Vereinigten Stahlwerke gegründeten August Thyssen-Hütte AG, heute größter westeuropäischer Stahlkonzern. Sohl übernahm den Vorsitz, später den stellvertretenden Vorsitz der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, wurde Mitglied des Wirtschaftsrates der CDU, zunächst Vizepräsident des BDI und mit Wirkung vom 1. Januar 1972 als Nachfolger von Fritz Berg Präsident. Seine zahlreichen Aufsichtsratsposten, so u. a. als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Dresdner Bank AG, Frankfurt (Main), der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG, Essen, und der Ruhrkohle AG, Essen, seine Ehrenmitgliedschaft im American Iron and Steel Institute (als erster BRD-Bürger) und im British Iron and Steel Institute unterstreichen Sohls Position als eines der mächtigsten Exponenten des monopolkapitalistischen Systems in der BRD" („IPW-Berichte", 11/1973, S. 70).

Sohl äußerte sich jüngst in einem Gespräch mit dem „Spiegel" zu seiner aktiven Rolle bei der Rekonzentration der westdeutschen Stahlindustrie: „Ich habe eigentlich nur ein demontiertes Unternehmen, die in 18 Stücke zerschlagenen Vereinigten Stahlwerke, wieder in einigen Teilen zusammengefügt. Das war keine Fusion, sondern eine Reparatur", und antwortete auf die Frage nach seinen wirtschaftspolitischen Ratschlägen an den Kanzler:

„Ich würde ihm drei Dinge mit großer Eindringlichkeit vorschlagen: Erstens müßten die Steuern im Unternehmensbereich, insbesondere die gewinnunabhängigen Steuern, genau geprüft und vermindert werden. Nur wenn die Wirtschaft atmen kann, kann die Volkswirtschaft wachsen. Und nur dann kommt auch der Fiskus auf seine Kosten. Zweitens würde ich ihm raten, darauf hinzuwirken, daß der Verteilungskampf entkrampft wird und alle Gruppen ruhig und vernünftig miteinander darüber reden, wie es weitergehen soll, was verteilt werden kann und wer es bekommt. Und drittens würde ich ihm raten, auf jene gesellschaftspolitischen Vorhaben zu verzichten, die neue Konflikte und Kontroversen programmieren.

„Spiegel": Die Mitbestimmung?

Sohl: Ja, die Mitbestimmung im Sinne der Regierungsvorlage, aber auch manches andere („Spiegel", Nr. 25 v. 16. 6. 1975, S.33).

Jörg Huffschmid

Dokumente zum Zeitgeschehen

Kommuniqué des Revolutionsrates und Politischer Aktionsplan der Bewegung der Streitkräfte Portugals vom 21. Juni 1975

(Wortlaut)

Der Revolutionsrat in Portugal billigte nach einwöchigen Beratungen in seiner Sitzung vom 21. Juni 1975 den „Politischen Aktionsplan" der Bewegung der Streitkräfte (MFA). Nachstehend dokumentieren wir das Kommuniqué vom 21. Juni 1975 im Wortlaut. D. Red.

Politischer Aktionsplan

1. Politische Definition

1.1. Die Bewegung der Streitkräfte (MFA) ist die überparteiliche Befreiungsbewegung des portugiesischen Volkes, die als ihr wesentliches Ziel die nationale Unabhängigkeit definiert.
Die MFA anerkennt, daß diese nationale Unabhängigkeit über einen internen Entkolonisationsprozeß verläuft, der nur durch den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zu erreichen ist.
1.2. Unter der als Endziel zu erreichenden sozialistischen Gesellschaft wird eine klassenlose Gesellschaft verstanden, die geschaffen wird durch die Kollektivierung der Produktionsmittel unter Abschaffung aller Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und in welcher allen Personen gleiche Bildungs-, Arbeits- und Aufstiegsmöglichkeiten ohne Ansehen der Geburt, des Geschlechts, des religiösen oder ideologischen Bekenntnisses zu gewähren sind.
Der Weg des Übergangs von der gegenwärtigen Gesellschaft zu einer sozialistischen Gesellschaft führt notwendigerweise durch verschiedene Phasen, von denen die in der Plattform des konstitutionellen Einverständnisses *) festgelegte Übergangszeit eine erste ist und deren weitere Etappen durch die sozialökonomische und politische Entwicklung des portugiesischen Volkes bestimmt werden.
Die MFA hat bereits definiert, daß dieser Weg ein pluralistischer sein wird.
1.3. Der Pluralismus bedeutet freie Äußerung und Diskussion von Meinungen und von Versuchen beim Aufbau der neuen Gesellschaft in offenem und ständigem Dialog mit dem gesamten portugiesischen Volk.

*) Vgl. Wortlaut in „Blätter", 6/1975, S. 704 ff.

Der sozialistische Pluralismus umfaßt die Koexistenz von verschiedenen Formen und Konzeptionen des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft in Theorie und Praxis.
Die MFA lehnt demnach die gewaltsame oder diktatorische Errichtung des Sozialismus ab.
Der Parteienpluralismus, so wie er in der Plattform zum Verfassungsabkommen erwähnt wird, enthält die Anerkennung des Vorhandenseins von verschiedenen politischen Parteien und Meinungsströmungen, selbst wenn sie nicht notwendigerweise sozialistische Optionen vertreten. Er läßt also eine Opposition zu, deren Kritik nützlich und konstruktiv sein kann, sofern ihre Tätigkeit sich nicht dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft auf demokratischem Weg entgegenstellt.
Die MFA wird als natürliche Träger und Stütze die Parteien haben, die durch ihr politisches Programm und ihre politische Praxis ein wirkliches Interesse an der Annahme und Verwirklichung der objektiven Maßnahmen zeigen, welche der Weg des Übergangs zum Sozialismus fordert; mit ihnen wird sie die notwendigen Bündnisse und Koalitionen herstellen.
1.4. Die politischen Parteien sollen während des Übergangswegs zum Sozialismus eine höchst wertvolle Rolle spielen, nicht nur durch ihre erzieherische Aktivität der Bewußtseinsbildung und Mobilisierung der Massen, sondern auch als Übermittler der Volksmeinung, die sich in verschiedenen Formen, einschließlich der Form der Wahlen, aktiviert.
Inzwischen ist es notwendig, daß die Wahlverfahren, die während der Übergangszeit zu entwickeln sind, in den revolutionären Prozeß gewissenhaft einbezogen werden, wobei es unzulässig ist, daß sie für diesen ein Hindernis bilden.
1.5. In Übereinstimmung mit ihrer erklärten Mission als nationale Befreiungsbewegung beabsichtigt die MFA, daß das gesamte portugiesische Volk aktiv an ihrer eigenen Revolution teilnimmt, wozu sie es entscheidend unterstützen und Verbindungen mit allen unitarischen Basisorganisationen herstellen wird, deren Ziele mit der Verwirklichung und Verteidigung des Programms der MFA für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft übereinstimmen.
Diese Volksorganisationen werden das Anfangsstadium eines experimentellen Systems direkter Demokratie bilden, über die man eine aktive Beteiligung des gesamten portugiesischen Volkes bei der öffentlichen Verwaltung und im nationalen politischen Leben in Verbindung mit den örtlichen und regionalen Organen der Zentralgewalt erreichen zu können glaubt. Sie werden noch den Vorteil haben, von der Basis her die Übereinstimmung der Anstrengungen der verschiedenen Parteien durch die Einheit bei der Verwirklichung der gemeinsamen Ziele zu fördern.
Zivile bewaffnete Organisationen, ob Parteiorganisationen oder nicht, werden jedoch nicht zugelassen. Die Volksorganisationen können auf Initiative der MFA selbst und unter ihrer Kontrolle und Einbeziehung — im Fall des nationalen Notstandes — Aufgaben der Selbstverteidigung von lebenswichtigen Zielen übernehmen.
Innerhalb der Streitkräfte werden keine MFA-fremden Organisationen politisch-militärischen Charakters, ob parteienorientiert oder nicht, zugelassen. Sämtliche Militärangehörigen sind zunehmend in ihre Bewegung zu integrieren.
1.6. Die MFA bekräftigt erneut ihre Entschlossenheit, die Bestimmung der Plattform des konstitutionellen Einverständnisses, die mit den portugiesischen politischen Parteien frei hergestellt wurde, vollständig zu erfüllen und erfüllen zu lassen, indem sie feierlich versichert, daß sie alle erklärten oder versteckten Haltungen, die den unterzeichneten Pakt in Frage zu stellen versuchen, aufdecken und gegen sie vorgehen wird.
1.7. In Übereinstimmung mit den festgelegten Grundsätzen hält die MFA es für ihre Pflicht, ausdrücklich zu erklären, daß die Verfassungsgebende Versammlung als ausschließliche Befugnis die patriotische Mission hat, die politische Verfassung der portugiesischen Nation auszuarbeiten. Jegliche andere offizielle Einmischung in das politische Leben oder in die Verwaltung ist ihr verwehrt.
1.8. Auf außenpolitischer Ebene wird die MFA eine Politik der nationalen Unabhängigkeit und des Beitrages für den Frieden und die Sicherheit in Europa und in der Welt verfolgen.
Innerhalb dieser Richtlinien werden die bereits geschlossenen Bündnisse und Abkommen, namentlich die Teilnahme Portugals in der NATO, in der Weise anerkannt, daß das politisch-militärische Gleichgewicht Europas nicht beeinträchtigt wird.
Im politischen Bereich wird Portugal eine Strategie der Öffnung zu allen Ländern der Welt verfolgen, ohne sich in die jeweiligen inneren Angelegenheiten einzumischen, aber auch ohne eine Einmischung in seine eigenen zu dulden. Es fühlt die historische Berufung als Bindeglied zwischen den europäischen Völkern und den Ländern der Dritten Welt, ganz besonders mit den Brudervölkern portugiesischer Sprache.
Im wirtschaftlichen Bereich wird die nationale Außenpolitik auf eine fortschreitende Diversifizierung der Handelsbeziehungen orientieren; keinem Land oder Block wird sie

erlauben, über den Weg der Wirtschaftsbeziehungen zu versuchen, dem portugiesischen Volk irgendeine Herrschaftsform aufzuzwingen.

2. Ausübung der Autorität

2.1. Aus der Analyse der gegenwärtigen politischen Situation und ihrer voraussichtlichen Entwicklung ergibt sich die Notwendigkeit, die revolutionäre Autorität der MFA zu verstärken und zu bekräftigen. Diese ist die unerläßliche Basis für eine Staatsmacht, die eine normale und friedliche Entwicklung auf dem Wege des Übergangs zum Sozialismus gestattet.
Tatsächlich bestehen Drohungen konterrevolutionärer Aktivitäten, gefördert von außerhalb des Landes und im Innern unterstützt durch Agenten des nationalen Kapitalismus und nationalen Kolonialismus, auf dem Wege der Zerstörung, die eine schwere Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit von Personen und Gütern darstellen würden, falls sie nicht fest und exemplarisch unterbunden werden. Sie könnten ein günstiges Klima für eine Rückkehr in ein faschistisches Rechtsregime schaffen.
Andererseits drohen gewisse Demonstrationen einer pseudorevolutionären Linken — wenn auch oft in guter Absicht — anarchische Situationen zu schaffen, die einen folgerichtigen revolutionären Prozeß zutiefst stören müssen. Im Resultat werden objektiv jene Kräfte in ihrem erklärten Spiel gestärkt, die bekämpfen zu wollen sie bekunden oder vorgeben.
Daraus folgt, daß nur die Ausübung einer starken Autorität, wenn auch nicht vorwiegend repressiv, den Erfolg der Revolution garantieren kann, für die die MFA und das portugiesische Volk sich einsetzen.

2.2. Damit wird der Entschluß bestätigt, die Gesetze unbeirrt erfüllen zu lassen, die mit den Zielen der portugiesischen Revolution vereinbar sind, bis der historische Prozeß nachweist, daß sie den konkreten Gegebenheiten der Gesellschaft nicht entsprechen.
Zum Zweck dieser starken Ausübung der Autorität sollen außer der bereits verabschiedeten revolutionären Gesetzgebung neue Gesetze erlassen werden, um die festgelegten Ziele zu erreichen.

2.3. Die Notwendigkeit, mit der erforderlichen Härte die mögliche Aktivität von Gruppen oder heimlich bewaffneten Organisationen zu unterbinden, verpflichtet zur Verkündung eines Sondergesetzes, das sich in Vorbereitung befindet und das erlauben wird, die Teilnehmer an solchen konterrevolutionären Organisationen mit schweren Strafen zu belegen.

2.4. Zur Bekämpfung des Linksradikalismus wird erwogen, daß sie besonders auf ideologischem Felde zu führen ist und versucht werden soll, die gutwilligen Elemente der Linksradikalen für die Ziele und Aufgaben der Revolution zu gewinnen.
Es wird indessen eine Abwehr in verschiedenen Formen ausgeübt, einschließlich der bewaffneten Aktion — falls notwendig — gegen die Gruppen oder Organisationen, die durch ihre Tätigkeit und Praxis systematisch die öffentliche Ordnung zerstören und die festgelegten Normen für den Aufbau des Sozialismus auf pluralistischem Weg mißachten.

2.5. Man weiß, daß einer der Bereiche, in denen die Demonstrationen des ungezügelten Linksradikalismus das nationale öffentliche Leben am meisten durcheinandergebracht haben, das Bildungs- und Unterrichtswesen ist. Die MFA bekräftigt ihren Entschluß, das betreffende Ministerium bei der Wiederherstellung einer normalen produktiven Atmosphäre zu unterstützen, in der die Studenten unter demokratischen Bedingungen ihre Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft erfüllen und sich für ihre Aufgaben als Werktätige der Zukunft vorbereiten können.
Man darf nicht vergessen, daß es wünschenswert ist, daß im intellektuellen Bereich eine starke revolutionäre Bewußtseinsbildung besteht. Die intellektuellen Arbeiter, zu denen die Studenten gehören, haben die Verpflichtung, nicht zuzulassen, daß ihre politische Aktivität ihre spezifische Arbeit derart schädigt, daß sie sich potentiell in Parasiten der Gesellschaft verwandeln würden.

3. Wirtschafts- und Finanzpolitik

3.1. Die gegenwärtige Wirtschaftslage des Landes ist durch die folgenden drei kritischen Grundaspekte gekennzeichnet:
a) eine sehr markante Unausgeglichenheit der Zahlungsbilanz. Zum Jahresende 1975 ist ein erheblich höheres Defizit anzunehmen, als es 1974 in Höhe von 17 Mio. Contos (17 Mrd. Escudos) veranschlagt wurde:
b) eine ziemlich hohe Arbeitslosigkeit mit ungefähr 250 000 Arbeitslosen, was 8 % der erwerbstätigen Bevölkerung entspricht;
c) ein Absinken der Inlandsproduktion, das die nationale Unabhängigkeit in Gefahr bringt. Falls die derzeitigen Bedingungen für die Produktion keine Änderungen erfahren,

ist bis zum Jahresende 1975 mit einem Rückgang des Bruttosozialproduktes im Vergleich zu 1974 um 6 % zu rechnen.

3.2. Man muß daher eine ganz klare Vorstellung von der wirtschaftlichen und finanziellen Situation des Landes haben, die in folgenden Fakten ausgedrückt werden kann:

3.2.1. Die Einfuhren — zum großen Teil Nahrungsgüter — liegen erheblich höher als die Ausfuhren. Zum Jahresende 1975 werden sie diese möglicherweise mit ungefähr 50 Mio. Contos (50 Mrd. Escudos) überschreiten. Dieser Wert ist zum großen Teil auf die gestiegenen Preise der Nahrungsmittel und des Öls in den Ursprungsländern zurückzuführen.

3.2.2. Dieses Defizit wird abgeschwächt durch ausländische Devisen, die in Portugal einfließen aufgrund der Geldsendungen der im Ausland lebenden Portugiesen und der Einnahmen aus dem Tourismus (wie bekannt ist, macht dieser zur Zeit eine tiefe Krise durch).

3.2.3. Zum Jahresende 1975 rechnet man damit, daß das Land ein Defizit in der Zahlungsbilanz in Höhe von 30 Mio. Contos (30 Mrd. Escudos) aufweist, die durch Devisenreserven der Bank von Portugal gedeckt werden müssen, und diese sind praktisch aufgebraucht (mit Ausnahme der Goldreserven).

3.2.4. Die geschilderte Finanzsituation schlägt sich in einem Wirtschaftsrahmen nieder, bei dem der im Lande produzierte Reichtum — falls die gegenwärtige Tendenz sich nicht ändert — im laufenden Jahr um ungefähr 6 % im Vergleich zum Vorjahr absinken wird, selbst unter Berücksichtigung der Erhöhung auf dem landwirtschaftlichen Sektor.

3.2.5. Die geschilderte Situation ist sehr schwierig, aber nicht erschreckend, denn sie entspricht einer sozialpolitischen Phase der Beseitigung der Irrtümer des Monopol- und Latifundienkapitalismus, der unser Land kennzeichnete, und zudem der Krise des internationalen Kapitalismus. Damit sie aber nicht unabänderlich wird, muß das portugiesische Volk entschieden an den Aufbau des neuen ökonomischen Systems des Sozialismus herangehen. Die werktätigen Klassen müssen gewissenhaft wählen zwischen dem Sozialismus, der bedingte und zeitweilige Opfer verlangt, die sein Aufbau erforderlich macht, und dem Kapitalismus mit all seiner Ausbeutung und Unterdrückung, die ihm wesenseigen sind.

3.2.6. In der Tat, wenn die Zerstörung des Kapitalismus die Liquidierung der Ausbeutungsmacht der mächtigen Monopol-, Latifundien- und Finanzbourgeoisie erfordert, so verlangt der Aufbau des Sozialismus Arbeit, Opfer, politische Bewußtheit der arbeitenden Klassen. Das Ziel ist die künftige Gesellschaft ohne Klassen und ohne Ausbeutung. Das kann jedoch kurzfristig nicht bedeuten, daß alle Ungerechtigkeiten, geschaffen im vorhergehenden Regime, aufgehoben werden und daß man unverzüglich jedem portugiesischen Arbeiter einen Lohn zahlen kann, der seinen gerechten Erwartungen und realen Bedürfnissen entspricht.

3.2.7. Unter diesen Voraussetzungen macht die Politik der Wahrheit, welche die MFA dem portugiesischen Volk immer dargelegt hat, die Annahme einiger realistischer Maßnahmen *dringend notwendig*, wenn das werktätige Volk tatsächlich den Sozialismus aufbauen will.

a) Sperrung nicht tragbarer Lohnerhöhungen, wobei die Erhöhung der Lebenshaltungskosten und die Beseitigung von einigen besonders ungerechten Situationen zu berücksichtigen sind.

b) Senkung des Umfangs der Einfuhren, insbesondere der überflüssigsten Artikel und solcher Produkte, die in unserem Land hergestellt werden können.

c) Eine Politik der Sparsamkeit im Verbrauch.

d) Erhöhung der Inlandsproduktion, insbesondere der Waren — wie zum Beispiel Nahrungsmittel —, die die Einfuhrgüter ersetzen oder die den Wert unserer Exporte erhöhen können.

3.3. Angesichts der geschilderten Wirtschaftssituation, die als sehr ernst anzusehen ist, erweist sich folgendes als dringlich:

a) rechtzeitige Sofortmaßnahmen;

b) eine Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung, definiert im Hinblick auf die drei kritischen Punkte Zahlungsbilanz, Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Unabhängigkeit;

c) die künftige Gestaltung des sozial-wirtschaftlichen Systems, eingeschlossen ist die Erörterung der folgenden Punkte:

— organisierte Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter;
— örtliche Mobilisierung für die Entwicklung;
— Organisation des Planungssystems;
— qualitative Untersysteme der Wirtschaft im Übergang (Sektor des Staates — privater Sektor);

d) die Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Ausland.

3.4. Die zwei Grundthemen Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung und Gestaltung

des Wirtschaftssystems werden mit aller Dringlichkeit erörtert vom Wirtschaftsteam der Provisorischen Regierung und von den vier Ministern ohne Geschäftsbereich, die die Koalitionsparteien vertreten, in Verbindung mit dem Revolutionsrat. Die entsprechenden Entscheidungen sind bis Ende Juli 1975 zu treffen, um die Ausarbeitung eines Übergangsplans für 1976/77/78 ermöglichen.
Die Diskussion dieser Themen und der für richtig gehaltenen Sofortmaßnahmen wird einen bedeutsamen Test für die politischen Möglichkeiten der gegenwärtigen Koalition darstellen, sowie für ihre Fähigkeit, einheitlich zu den realen Zielen des Sozialismus vorauszuschreiten.

4. Regierung und Verwaltung

4.1. Provisorische Regierung
Die provisorische Regierung soll unter den gegenwärtigen Bedingungen als eine Einheitsregierung amtieren, die schnell und wirksam den oben definierten nationalen und patriotischen Zielen beim Aufbau des Sozialismus entsprechen soll.
Die MFA ist der Auffassung, daß die ernste wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes der jetzigen Koalitionsregierung die Überwindung der natürlichen Meinungsverschiedenheiten und das Erreichen einer gemeinsamen Lösung für das Problem der wirtschaftlichen Entwicklung abverlangt.
Die MFA ist der Auffassung, daß das portugiesische Volk, in seiner überwältigenden Mehrheit vertreten durch die politischen Parteien, welche die jetzige Koalition bilden, das Recht hat, von jenen Parteien die Erfüllung ihrer historischen Pflicht zu verlangen; anderenfalls würde die jetzige Koalition im Hinblick auf die objektiven Bedürfnisse des Landes als ungeeignet angesehen.
Die MFA ist also der Auffassung, daß die Diskussion der Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung und des wirtschaftlichen Gesellschaft-Modells, die sofort von der provisorischen Regierung eingeleitet und Ende Juli beendet werden soll, einen äußerst wichtigen Test darstellt; das portugiesische Volk hat das Recht, ihn gelöst zu sehen.

4.2. Untätigkeit des Staatsapparates
Der äußerst träge und bürokratische jetzige Staatsapparat ist eindeutig ungeeignet für die Dynamik des gegenwärtigen revolutionären Prozesses; nur langsam und mit Mühe erledigt er die ihm gestellten Forderungen. Um dieses Problem zu lösen, hält die MFA folgendes für wesentlich:
a) die Dezentralisierung der Verwaltung;
b) die schrittweise Errichtung eines neuen, überparteilichen und nach einem dynamischen Muster organisierten Staatsapparates, der konkrete, grundsätzliche Ziele hat und mit Personen besetzt ist, die den Forderungen der revolutionären Dynamik genügen. Parallel dazu werden die Arbeiten für eine tiefgreifende Wirtschaftsreform eingeleitet werden;
c) eine korrekte Politik der Reklassifizierung und Wiedergewinnung der Staatsbediensteten, wobei nur in den unzweifelhaft aussichtslosen Fällen eine Säuberung stattfinden soll;
d) die Kraft des Dialogs zwischen den verschiedenen Stufen der Organe der Staatsgewalt und den einheitlichen Volksorganisationen der jeweils entsprechenden Ebene, denen allmählich die Kontrolle über die Tätigkeit jener Organe des Staatsapparates übergeben werden soll;
e) Beseitigung der übertrieben komplizierten und bürokratischen Verfahren innerhalb des Staatsapparates und deren Ersatz durch zügige und revolutionäre Verfahren, die geeignet sind, den drängenden Forderungen nachzukommen, wobei die ausführenden Personen die volle Verantwortung dafür übernehmen.

4.3. Dezentralisierung des Verwaltungsapparates
Obwohl es sich hierbei um ein Thema handelt, das in den Rahmen der zukünftigen politischen Verfassung fällt, verlangt die Dynamik der Bevölkerung bei der Schaffung von eigenen Körperschaftsformen zur Wahrung von gemeinsamen Interessen seitens des MAI (Ministerium für Innere Verwaltung) Maßnahmen, welche die MFA für richtig hält, zur regionalen Dezentralisierung von verschiedenen staatlichen Dienststellen und ermöglicht somit auf regionaler Ebene die Planung auszuarbeiten, die den örtlichen Gegebenheiten und der Durchführung selbst am besten angepaßt ist, unter allmählicher Beteiligung der örtlichen Volksorganisationen, wobei die notwendige Verbindung und Koordination mit den zentralen Staatsorganen zu gewährleisten ist.
Das angewandte, wesentlich pragmatische Kriterium besteht darin, auf der Ebene eines bestimmten Bezirks einen Planungsstab und eine regionale Beschäftigungskommission zu erreichen, die zusammengesetzt ist aus Vertretern der verschiedenen betroffenen Ministerien und einem Vertreter der MFA. Die Versammlungen von Vertretern der verschiedenen Verwaltungskommissionen der örtlichen Selbstverwaltungskörperschaften arbeiten in

Verbindung mit dem Planungsstab; die örtlichen Selbstverwaltungskörperschaften ihrerseits arbeiten in enger Verbindung mit den zahlreichen Einwohnerkommissionen, Gewerkschaften und anderen Einheitsorganisationen. Diese Initiative, die inzwischen mit ersten Erfolgen im Algarve eingeführt wurde, wird demnächst in den Gebieten eingeleitet werden, die zu den Wehrbereichen Nord, Zentrum und Süd gehören, so daß eine bessere Einbeziehung und eine bessere Unterstützung der lokalen einheitlichen Volksorganisationen seitens der MFA erreicht wird; sie wird flexibel genug sein, um eine spätere Anpassung an die Entscheidungen der verfassungsgebenden Versammlung über diese Materie zu ermöglichen.

4.4. Verbindung zwischen der MFA und den einheitlichen Basisorganisationen im Volke

Die MFA ist der Auffassung, daß in der gegenwärtigen Phase der Revolution die Stärkung und die Dynamisierung der einheitlichen Basisorganisationen des Volkes als entscheidender Faktor für die Volkseinheit und für die Überwindung der Gegensätze auf der Ebene der obersten politischen Strukturen außerordentlich wichtig und möglicherweise ausschlaggebend sind.

Diese neue Richtlinie der Revolution versucht nicht, die Legitimation der vorhandenen politischen Parteien in Frage zu stellen; sie versucht vielmehr durch eine auf Realität gestützte Dynamik ihrer Fundamente, von unten nach oben einen zusätzlichen Impuls zur Einheit und zur Kohärenz zu vermitteln. Die spätere Vereinigung dieser einheitlichen Volksorgane kann die Keimzelle für örtliche Organe oder Versammlungen bilden, welche die Interessen der Bevölkerung vertreten und allmählich und im Dialog mit den örtlichen Organen der öffentlichen Verwaltung diese dynamisieren und sie mit den wahren Zielen der Volksinteressen am Orte in Übereinstimmung bringen.

Die Umrisse dieses politischen Orientierungsweges werden zur Zeit von einer Arbeitsgruppe der MFA entworfen, die zu diesem Zweck einberufen wurde; die anhand von gegebenen realen Daten formulierten Ergebnisse werden in Kürze veröffentlicht.

5. *Dynamisierung und Information*

5.1. Es ist anerkannt, daß der beabsichtigte Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft auf dem vorgesehenen pluralistischen Weg sich nicht verwirklichen lassen wird ohne eine Mobilisierung und Bewußtwerdung des ganzen portugiesischen Volkes, die es ihm ermöglichen, sich positiv zu entscheiden für den Weg des Übergangs zum Sozialismus. Man wird sich im Klaren darüber sein müssen, daß die Einführung eines realen Sozialismus notwendigerweise eine Veränderung der Mentalität einschließt, und zwar in der Weise, daß der überwiegende fast ausschließlich materiell ausgerichtete Teil der Motivation, charakteristisch für kapitalistische Gesellschaften, sich verwandelt in eine geistige Motivation, die es dem Einzelnen ermöglicht, von einer egoistischen und individualistischen Haltung zu seinen Mitmenschen zu einer altruistischen und kollektivistischen Haltung überzugehen, die sich auf das Gemeinwohl ausrichtet.

Diese Mobilisierung und Bewußtseinsbildung wird nur durch eine Politik der adäquaten Information ermöglicht, die beschleunigt durch eine tiefgreifende Strukturveränderung der Organe und Dienststellen der sozialen Kommunikation einzuleiten ist.

Dies bedeutet nicht, daß die Information einen monolithischen Charakter gezielter Propaganda annehmen soll, denn dieses würde man nicht als übereinstimmend mit dem pluralistischen Grundsätzen ansehen können, die von der portugiesischen Revolution verfolgt werden.

Aber es ist notwendig, daß diese Information zugleich pädagogisch ist und das Volk aufklärt und belehrt, nicht aber aufputscht und verwirrt, wie das in der Vergangenheit zeitweise der Fall gewesen ist. Die MFA ist der aufrichtigen Ansicht, daß Freiheit und Option für den Sozialismus nicht miteinander unvereinbar sind; es ist vielmehr notwendig, daß die Ausübung des einen nicht die Existenz des anderen einschränkt.

5.2. Eine der notwendigen Maßnahmen zur Verwirklichung der erwähnten Ziele besteht in der Umwandlung einer oder mehrerer Tageszeitungen, die gegenwärtig bereits dem Staat gehören, in offiziöse Organe, deren Berichterstattung und Doktrin selbstverständlich die Positionen der MFA widerspiegeln sollen.

Es ist zu hoffen, daß mit dieser Maßnahme das portugiesische Volk über unkontroverse Organe der Tagespresse verfügen wird, die ohne irgendwelche Abhängigkeiten und parteiische Politik sein werden und die eine generelle Politik der Wahrheit und Aufklärung für die Öffentlichkeit verfolgen, wobei die Praktizierung dieser Grundsätze diesen Zeitungen eine hohe Wertschätzung verschaffen wird.

5.3. Mit gleicher Zielsetzung wird eine Kontrolle über Staatsrundfunk und -fernsehen notwendig werden, damit man der Bevölkerung, und zwar in systematischer Form,

die Position und Doktrin der MFA hinsichtlich der politischen Praxis und der Ereignisse des nationalen Lebens verdeutlichen kann.

5.4. Die Mobilisierung der öffentlichen Meinung für Ziele nationalen Interesses wird durch eine rationale Nutzung der Werbung geschehen müssen, die durch Organe der Information verbreitet wird, was naturgemäß auch die Ausnutzung der verstaatlichten Werbeagenturen einschließen wird.

5.5. Auch wenn man in Portugal das Recht auf freie Information berücksichtigt, muß man erkennen, daß es in vielen Fällen mißbraucht worden ist, wobei es der Presse, Rundfunk und Fernsehen die Möglichkeit gab, bewußt falsche Nachrichten zum Zwecke der Verwirrung und Beunruhigung zu verbreiten. Das gleiche geschah auch bei verschiedenen Auslandskorrespondenten, die die ihnen gewährte Gastfreundschaft mißbrauchten und ihren Organen falsche und entstellte Nachrichten zukommen ließen, die mit Absicht dem Bild Portugals in der Welt schadeten.

Da das Pressegesetz eine entschiedene und schnelle Maßnahme gegen diese Individuen nicht erlaubt und diese Personen diese Möglichkeit mißbrauchen, um, bis jetzt unbestraft, Taten zu begehen, die man mit vollem Recht als konterrevolutionär bezeichnen kann, ist die MFA entschlossen, gegen sie direkt und wirksam vorzugehen, indem sie, sofern es notwendig sein wird, eine angemessene revolutionäre Gesetzgebung erlassen wird.

5.6. Die großen portugiesischen Gemeinschaften, die in der ganzen Welt verstreut sind und deren nationales Bewußtsein für immer andauern wird, sind Opfer systematischer Kampagnen der Diffamierung der Ereignisse in ihrem Vaterland geworden, wobei diese Kampagnen darauf ausgerichtet waren, die Portugiesen dem Gefühl der nationalen Befreiung zu entfremden und sie teilweise auszunutzen als Waffen der Reaktion bei den in Portugal verbliebenen Freunden und Verwandten.

Die MFA hofft, daß die ganze portugiesische Nation, einschließlich derjenigen Teile, die wegen der Beschränkung der Freiheit und der Lebensbedingungen in ihrem Lande zu Emigration gezwungen waren, stolz auf ihre Nationalität ist, wofür es erforderlich ist, daß sie wahrheitsgemäß über den revolutionären Prozeß unterrichtet wird.

Zu diesem Zweck werden die Ministerien für Auswärtige Beziehungen und Soziale Kommunikation die geeigneten Maßnahmen ergreifen.

5.7. Die Mobilisierung des portugiesischen Volkes für den sozialistischen Weg erfordert, abgesehen von einer neuen Politik der Information, eine beständige dynamisierende Aktivität, die durch ihre Präsenz und ihre Praxis die von den Zentralorganen herausgegebenen Empfehlungen und Programme sichtbar und wirksam macht. Dazu ist erforderlich eine intensive und wirksame Aktion der angemessenen kulturellen und militärischen Dynamisierung gemeinsam mit den einheitlichen Basisorganisationen des Volkes, die besser als irgend jemand die berechtigten Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung erkennen können. Für diese Aktion werden die geeigneten menschlichen und materiellen Mittel bereitgestellt werden müssen, wobei nicht vergessen werden darf, daß die Revolution des 25. April für das Volk gemacht worden ist und daß es dieses Volk sein wird, aus dem die Revolution ihre Kraft, Kontinuität und Existenzberechtigung ziehen wird.

Mitteilung des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) vom 22. Mai 1975 über britische, dänische, französische, italienische und niederländische Initiativen gegen die Berufsverbote in der BRD

(Wortlaut)

Seit einigen Monaten wächst in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, vor allem in Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien und den Niederlanden, die Beunruhigung über die Diskriminierung oppositioneller Minderheiten in der Bundesrepublik, insbesondere über die Anhörungsverfahren im öffentlichen Dienst und das von der Bundesregierung geplante „Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften". Dem Bund demokratischer Wissenschaftler sind Protesterklärungen aus Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien und den Niederlanden übersandt worden, in denen sich namhafte Intellektuelle gegen die Berufsverbotspraxis wenden und die gesetzgebenden Instanzen der Bundesrepublik auffordern, von dem projektierten Sondergesetz Abstand zu nehmen.

A. Italien

214 italienische Intellektuelle und Künstler, darunter zahlreiche Professoren und Richter, haben einen *öffentlichen Appell* unterzeichnet, der mit folgenden Worten schließt:

„Wir sind der Ansicht, daß das geplante Gesetz die notwendige Zusammenarbeit und Entspannung zwischen den europäischen Staaten gefährdet, denn antidemokratische Maßnahmen in einem wichtigen europäischen Land können die Rechtskräfte in anderen Staaten ermutigen. Aus den Erfahrungen unseres Landes heraus, in dem es ein solches Gesetz seit der Zerschlagung des Faschismus nicht mehr gibt, können wir versichern, daß die freie kulturelle und wissenschaftliche Diskussion durch die Vielfalt der im öffentlichen Dienst vertretenen Meinungen nicht eingeschränkt, sondern gefördert wird. Aus all diesen Gründen meinen wir, daß es nicht als Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes mißverstanden werden kann, wenn wir an die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesrepublik Deutschland appellieren, von ihrem Gesetzesvorhaben Abstand zu nehmen."

Dieser Appell trägt unter anderem die Namen des Komponisten Luigi Nono, des Dirigenten Claudio Abbado, des Pianisten Maurizio Pollini, des Regisseurs Pier Paolo Pasolini und des Schauspielers Gian Maria Volonté.

B. Frankreich

In Frankreich finden gegenwärtig zwei Aktionen gegen die in der Bundesrepublik praktizierten Berufsverbote und das geplante Sondergesetz statt:

Simone de Beauvoir, Claire Etcherelli, André Gorz, Jean Pouillon und Jean Paul Sartre sind Erstunterzeichner eines *„Appells von Intellektuellen, Künstlern und Wissenschaftlern in Frankreich"*, der mit folgenden Worten schließt:

„Unsere Solidarität gilt denjenigen, denen die Ausübung ihres Berufs aus politischen Gründen untersagt wird, und allen denjenigen in der Bundesrepublik Deutschland, welche für die Beseitigung dieser undemokratischen Maßnahmen und Gesetzesprojekte kämpfen."

Eine zweite *öffentliche Erklärung*, die zur Zeit ebenfalls in Frankreich kursiert, hat folgenden Wortlaut:

„Wir protestieren gegen das Berufsverbot im öffentlichen Dienst für Demokraten verschiedenster Richtungen, insbesondere Sozialisten und Kommunisten, in der Bundesrepublik und gegen die Vorbereitung eines Gesetzes, welches diese ungerechten Maßnahmen sanktioniert. Diese erinnern in Frankreich an unglückselige Zeiten der Vergangenheit und sind geeignet, die Demokratie zu zerstören und die Völkerverständigung unmöglich zu machen."

Dieser Appell ist inzwischen von über 2000 Personen, darunter zahlreiche Universitätsprofessoren und ehemalige Widerstandskämpfer, unterzeichnet worden. Kopien der Erklärung, welche dem Bund demokratischer Wissenschaftler übersandt wurden, werden durch die Organisatoren dieser Aktion gleichzeitig der Botschaft der Bundesrepublik in Paris zugestellt.

C. Großbritannien, Dänemark und Niederlande

Ein *„Appeal of intellectuels, artists, scholars and scientists in Great Britain"*, der in den Grundzügen seiner Argumentation mit dem „Appell von Intellektuellen, Künstlern und Wissenschaftlern in Frankreich" übereinstimmt, wurde von 130 Wissenschaftlern und Künstlern in Großbritannien unterzeichnet.

Dieser Text kursiert zur Zeit auch in Dänemark. Hier wurde er bisher von 100 Wissenschaftlern, darunter 20 Professoren, unterschrieben.

In Amsterdam hat sich im Februar 1975 ein „Aktionskomitee gegen die Berufsverbote in der Bundesrepublik Deutschland" konstituiert, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, vom Ausland her für die von der Diskriminierung Betroffenen einzutreten. Außerdem hat sich der niederländische Verband der bildenden Künstler mit den vom Berufsverbot Betroffenen solidarisiert und die Abschaffung derartiger Praktiken gefordert.

Appell des internationalen Hearings zu den Berufsverboten in der BRD vom 7. Juni 1975 in Bonn

(Wortlaut)

Am 7. Juni 1975 fand in Bonn-Bad Godesberg unter starker Beteiligung ausländischer Gäste — darunter Abgeordnete und Gewerkschaftsvertreter aus Italien und Frankreich, Vertreter von dänischen und niederländischen Komitees gegen die Berufsverbote in der BRD — ein internationales Hearing statt, zu dem die Initiative „Weg mit den Berufsverboten" eingeladen hatte. Aus der BRD selbst gaben u. a. die Landtagsabgeordneten Enderlein (Baden-Württemberg) und Weber (Hamburg), der Vorsitzende der Deutschen Journalisten-Union in der IG Druck und Papier, Spoo, und die Professoren Stuby, Piepenstock und Paech Stellungnahmen ab. Nachstehend veröffentlichen wir im Wortlaut den Appell, den die Teilnehmer des Hearings verabschiedeten. D. Red.

Die Teilnehmer des internationalen Hearings in Bonn erklären:

— Die Berufsverbote in der BRD haben sich als Gefahr für die Entwicklung einer demokratischen und humanen Gesellschaft herausgestellt. Die Berufsverbote gefährden nicht nur die politische Meinungsfreiheit und schränken nicht nur die Vielfalt der Meinungen ein, sie gefährden wesentliche Errungenschaften der Demokratie.

— Die Berufsverbote verletzen das Grundgesetz, insbesondere in den Artikeln 3 (Gleichheit vor dem Gesetz), 5 (Meinungsfreiheit, Wissenschafts- und Theoriefreiheit), 9 (Vereinigungsfreiheit), 12 (Freiheit der Berufswahl), 8 (Versammlungsfreiheit) und besonders den Artikeln 20 (Volkssouveränität) und 21 (Parteienprivileg).

— Die Berufsverbote sind unmittelbar mit einer ausgeweiteten Anhörungs- und Ausforschungspraxis verbunden, die jegliche gesellschaftliche, politische und gewerkschaftliche Betätigung einer Beurteilung durch die ausforschenden Behörden unterzieht. Die BRD ist auf dem Wege zu einem Überwachungsstaat.

— Die Berufsverbote verstoßen gegen internationales Recht. Sie verstoßen gegen die Präambel der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" sowie ihre Artikel 2, 7, 19, 21, 29; gegen die „Internationale Konvention über Bürgerrechte und politische Rechte", insbesondere Artikel 19, 20, 25, 26; gegen die „Internationale Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte", besonders Artikel 13. Verletzt werden Artikel 1 des „UNESCO-Übereinkommens gegen Diskriminierung im Erziehungs- und Unterrichtswesen" und die ILO-Konvention Nr. 111, Art. 1.

— Die Berufsverbote mißachten die antifaschistisch-demokratische Zielsetzung des Grundgesetzes.

— Der internationale Widerstand gegen den Nationalsozialismus hatte zum Ziel, Frieden in Europa und demokratische Rechte und Freiheiten zu schaffen. Es ist historische Erfahrung, daß die Bedrohung der Freiheit auch von staatlichen Instanzen ausgehen und sich der Abbau eines demokratischen Verfassungssystems schrittweise vollziehen kann.

— Die Berufsverbote höhlen tragende demokratische Prinzipien aus: Die Souveränität des Volkes und die Mitwirkung der Parteien an der Willensbildung des Volkes. Die Erfüllung dieser Prinzipien ist nicht mehr gewährleistet, wenn in einem Lande die Kandidatur anläßlich parlamentarischer Wahlen, die Wahrnehmung von Mandaten in Mitbestimmungsgremien in Betrieben, Hochschulen und Seminaren, die Teilnahme an Demonstrationen und der Besuch politischer und gewerkschaftlicher Versammlungen, die Herausgabe von Flugblättern und Leserbriefen belastend vorgehalten wird.

— Die Berufsverbotspraxis reiht sich in die von rechten Kräften gestarteten Versuche ein, den Demokratisierungsprozeß zu bremsen und die historische Entwicklung aufzuhalten. Die aktive Wahrnehmung demokratischer Rechte durch immer mehr Bürger ist eine notwendige Voraussetzung für die Entwicklung der Demokratie. Dieser Prozeß hat in Portugal und Griechenland eine demokratische Entwicklung eingeleitet. Eine vergleichbare Diskriminierung von Bewerbern des öffentlichen Dienstes gibt es sonst nur noch in Spanien. Deshalb stößt die Berufsverbotspraxis in der BRD auf wachsende Kritik des Auslands, wie sie in der Anfrage der Menschenrechtskommission der UNO, in der Anfrage im Europa-Parlament und zahlreichen Protestunterschriftensammlungen zum

Ausdruck kommt. Eine neue außenpolitische Isolierung der BRD ist zu befürchten, die gerade durch die Entspannungspolitik überwunden schien.
Wir appellieren deshalb:
— An die demokratische Öffentlichkeit, einzeln oder gemeinsam mit Gleichgesonnenen öffentlichen Protest gegen die Berufsverbote zu erheben, gerade deshalb, um zu beweisen, daß mündige Bürger sich nicht einschüchtern lassen,
— an die Gewerkschaften, politische und praktische Solidarität mit den mittel- und unmittelbar vom Berufsverbot Betroffenen zu üben und den Einfluß der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft einzusetzen, diese Berufsverbotspraxis zu beenden,
— an die Abgeordneten des Bundestages und die Parteien in der BRD, einer weiteren Aushöhlung der Volkssouveränität entgegenzuwirken, deshalb den eingebrachten Gesetzesentwürfen nicht zuzustimmen und die Bedenken der demokratischen Öffentlichkeit des In- und Auslandes in die parlamentarische Beratung einzubeziehen.

Petition der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" an das Europäische Parlament, übergeben in Straßburg am 17. Juni 1975

(Wortlaut)

Eine Delegation des Arbeitsausschusses der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" — die Initiative ist ein Zusammenschluß von über 200 regionalen Bürgerinitiativen —, bestehend aus Prof. Dr. Gerhard Stuby, Peter Becker und Helmut Stein, wurde am 17. Juni 1975 in Straßburg vom Präsidenten des Europäischen Parlaments, Herrn Georges Spenale, empfangen.
Die Delegation übergab dem Präsidenten eine Petition des Arbeitsausschusses, in der das Europäische Parlament gebeten wird, sich gemäß seinen Kompetenzen mit der Situation der Berufsverbote in der Bundesrepublik zu beschäftigen.
Der Präsident sicherte der Delegation zu, daß er die Petition entsprechend den Statuten des Europäischen Parlaments den zuständigen Institutionen weiterleiten werde.
Nach dem Empfang durch den Präsidenten führte die Delegation zahlreiche Gespräche mit Fraktionen, einzelnen Abgeordneten und Sekretären von Fraktionen und Ausschüssen des Europäischen Parlaments. D. Red.

Initiative „Weg mit den Berufsverboten"
— Arbeitsausschuß —

Ingrid Kurz
2 Hamburg 6
Schanzenstraße 115

Horst Bethge, Hamburg; Dr. Richard Bünemann, Plön/H.; Dr. Kurt Bunke, Kiel; Hinrich Enderlein, MdL, Tübingen; Erhard Gipperich, Leverkusen; Helga Kern, Jeinsen; Ingrid Kurz, Hamburg; Erich Roßmann, Mettmann; Prof. Theo Schiller, Schröck; Ingrid Schuster, Frankfurt/M.; Eckart Spoo, Hannover; Helmut Stein, Hamburg; Prof. Gerhard Stuby, Bremen; Werner Stürmann, Hamburg; Sönke Wandschneider, Norderstedt; Gerhard Weber, MdBü, Hamburg

An den
Herrn Präsidenten des
Europäischen Parlaments
Strasbourg/Frankreich

Hamburg, den 14. Juni 1975

Sehr geehrter Herr Präsident!
Mit dieser
Petition
wenden wir uns an das Europäische Parlament
— In Anbetracht der Tatsache, daß in der Bundesrepublik Hunderte von Bürgern ausschließlich wegen ihrer politischen Meinung, wegen ihrer verfassungsmäßig legalen politi-

schen Betätigung, wegen Zugehörigkeit zu einer legalen Organisation oder zu einer zu den Wahlen kandidierenden Partei diskriminiert werden und den erlernten Beruf als Lehrer, Arzt, Jurist, als Krankenschwester, Sozialarbeiter, Techniker im öffentlichen Dienst nicht ausüben dürfen, und zwar auch da, wo der Staat das Monopol bei der Vergabe der Arbeitsplätze hat,

— in Anbetracht der Tatsache, daß in diesem Zusammenhang mehrere hunderttausend Bewerber durch politische Polizei und Verfassungsschutzämter auf ihre sogenannten politische Zuverlässigkeit und verlangte Treuepflicht zum Staat überprüft wurden,

— in Anbetracht der Tatsache, daß dem Bundestag Gesetzentwürfe vorliegen, die diese Praxis fortschreiben würden,

— sind wir der Auffassung, daß das Europäische Parlament sich mit dieser Frage befassen sollte, um im Rahmen seiner rechtlichen Kompetenzen und seiner Möglichkeiten zu bewirken, daß dieser Zustand beendet wird, der sowohl dem innerstaatlichen Recht der Bundesrepublik — dem Art. 33, dem Art. 21 und den Grundrechten nach Art. 3,5 und 12 des Grundgesetzes — als auch der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. 12. 1948, der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. 11. 1950, der Internationalen Konvention über Bürgerrechte und politische Rechte vom 16. 12. 1966 widerspricht.

Zur weiteren Begründung erlauben wir uns, auf die beigefügte gutachterliche Äußerung von Professor Dr. Stuby zu verweisen.

Nach Registrierung dieser Petition gemäß Art. 48 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments möchten wir Unterlagen und Dokumentationen vorlegen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 183, Telefon 36 22 41.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfrs 28,—/56,—; öS 175,—/350,—; hfl 25,—/50,—; bfrs 360,—/720,—; FF 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lit 5500,—/11 000,—; dkr 55,—/110,—; nkr 50,—/100,—; skr 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Telefon 36 25 01. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Druck: Peter Millard KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

EHRLER, Klaus, M. A., geb. 1930 in Leipzig, Studium der Geschichte, Physik und Philosophie, Lektor, stellvertretender Vorsitzender der Regionalkonferenz Westberlin der CFK (Christliche Friedenskonferenz, Prag); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *ALBERS, Detlev*, geb. 1943 in Goslar, Studium der Rechts- und Sozialwissenschaften, Assistenzprofessor am Studienbereich Arbeitslehre/Politik der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GULDENPFENNIG, Sven*, geb. 1943 in Potsdam, Studium der Leibeserziehung und Germanistik an der FU Berlin, Sportlehrer an der TU Berlin; Buchveröffentlichungen im Rahmen der Reihe „Sport-Arbeit-Gesellschaft", u. a.: Grenzen bürgerlicher Sportpädagogik, Köln 1973. *** *SCHULKE, Hans-Jürgen*, geb. 1945 in Naumburg/Saale, Studium der Erziehungs- und der Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg, Hochschullehrer für Sportwissenschaft an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *WEINBERG, Peter*, geb. 1946 in Jever, Studium der Sozialwissenschaften und Sportwissenschaft in Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *MATTHIESSEN, Gunnar*, geb. 1939 in Köln, Studium der Germanistik und Geschichte in Köln, Sekretär des Initiativkreises Europäische Sicherheitskonferenz. *** *MOLDENHAUER, Bernd*, geb. 1945, Studium der Philosophie, Soziologie und Rechtswissenschaften an der Universität Frankfurt/M., Doktorand, lebt in Bremen; Buchveröffentlichung zu Fragen der Atomwirtschaft für Herbst 1975 geplant. *** *HECKER, Wolfgang*, geb. 1946 in Vellmar/Kassel, Studium der Wissenschaftlichen Politik und Soziologie an der Universität Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BIEBER, Léon*, Dipl.-Politologe, geb. 1943 in La Paz (Bolivien), Studium der Politischen Wissenschaften am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, derzeit wissenschaftlicher Assistent am Lateinamerika-Institut der FU Berlin. *** *MEYER, Dr. Gert*, geb. 1943 in Swinemünde, Studium der Philosophie in Frankfurt/M. und Marburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Es schrieben bisher u. a.

Wolfgang Abendroth
Ulrich Albrecht
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres †
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v Aretin
Axel Azzola
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Friedhelm Baukloh †
Arno Behrisch
Max Bense
Frank Benseler
Igor Bestushew
Kurt Beutler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Borm
Achim v. Borries
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
John Collins
Eberhard Czichon
Wilfried Daim
Wolfgang Däubler
Frank Deppe
Hans-Ulrich Deppe
Karlheinz Deschner
Philippe Devillers
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann †
Barbara Dietrich
Klaus Ehrler
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster †
Gertrud v. le Fort †
Wolfgang Friedmann
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Georg Fülberth
Hans-Jochen Gamm
Christian Geißler
Albrecht Goes
Werner Goldschmidt
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Kurt R. Grossmann
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Dshermen Gwischiani
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Friedrich Heer
Hans G. Helms
Ernst Henry
Werner Otto v. Hentig
Sebastian Herkommer
Joachim Hirsch
Werner Hofmann †
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka †
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Walter Jens
Gerhard Kade
William K. Kapp
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Friedrich Klein
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Oswald A. Kohut
Karsten Kullmann
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Walter Lewald
Carlo Levi
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Werner Maihofer
Iwan Maiski
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias †
Gunnar Matthiessen
Ernst May †
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Wayne Morse
Friedrich Müller
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Friedrich Neunhöffer
Knut Nevermann
Friedhelm Nyssen
Gustav Obermair
Paul Oehlke
Reinhard Opitz
Hans Joachim Orth
László Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling
Helveg Petersen
Claudia Pinl
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Helge Pross
L. A. Puntila
Adam Rapacki †
Harold Rasch
Albert J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Rolf Rendtorff
Felix Rexhausen
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Alfred Rinken
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell †
Paul Schallück
Franz R. Schick
Theo Schiller
Josef Schleifstein
Richard Schmid
Franz Paul Schneider †
Robert Scholl †
Rudolf Schottlaender
Conrad Schuhler
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman †
Ulrich Sonnemann
Ilse Staff
A. S. Graf v. Stauffenberg †
Max Steenbeck
Gerhard Stuby
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Bassam Tibi
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Grigori Tunkin
John E. Ullman
Imre Vajda †
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
Roderich Wahsner
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn †
Wilhelm Wengler
Hans Wirtz †
Michail Woslenski
Konni Zilliacus †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

EHRLER, Klaus, M. A., geb. 1930 in Leipzig, Studium der Geschichte, Physik und Philosophie, Lektor, stellvertretender Vorsitzender der Regionalkonferenz Westberlin der CFK (Christliche Friedenskonferenz, Prag); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *ALBERS, Detlev*, geb. 1943 in Goslar, Studium der Rechts- und Sozialwissenschaften, Assistenzprofessor am Studienbereich Arbeitslehre/Politik der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GULDENPFENNIG, Sven*, geb. 1943 in Potsdam, Studium der Leibeserziehung und Germanistik an der FU Berlin, Sportlehrer an der TU Berlin; Buchveröffentlichungen im Rahmen der Reihe „Sport-Arbeit-Gesellschaft", u. a.: Grenzen bürgerlicher Sportpädagogik, Köln 1973. *** *SCHULKE, Hans-Jürgen*, geb. 1945 in Naumburg/Saale, Studium der Erziehungs- und der Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg, Hochschullehrer für Sportwissenschaft an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *WEINBERG, Peter*, geb. 1946 in Jever, Studium der Sozialwissenschaften und Sportwissenschaft in Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *MATTHIESSEN, Gunnar*, geb. 1939 in Köln, Studium der Germanistik und Geschichte in Köln, Sekretär des Initiativkreises Europäische Sicherheitskonferenz. *** *MOLDENHAUER, Bernd*, geb. 1945, Studium der Philosophie, Soziologie und Rechtswissenschaften an der Universität Frankfurt/M., Doktorand, lebt in Bremen; Buchveröffentlichung zu Fragen der Atomwirtschaft für Herbst 1975 geplant. *** *HECKER, Wolfgang*, geb. 1946 in Vellmar/Kassel, Studium der Wissenschaftlichen Politik und Soziologie an der Universität Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BIEBER, Léon*, Dipl.-Politologe, geb. 1943 in La Paz (Bolivien), Studium der Politischen Wissenschaften am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, derzeit wissenschaftlicher Assistent am Lateinamerika-Institut der FU Berlin. *** *MEYER, Dr. Gert*, geb. 1943 in Swinemünde, Studium der Philosophie in Frankfurt/M. und Marburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.